

DER BÜRGER IM STAAT

2-2008



Kuba

lpb

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg

DER BÜRGER IM STAAT

HEFT 1-2008
58. JAHRGANG
ISSN 0007-3121

„Der Bürger im Staat“ wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben.

DIREKTOR DER LANDESZENTRALE
Lothar Frick

REDAKTION
Siegfried Frech, siegfried.frech@lpb.bwl.de

REDAKTIONSASSISTENZ
Barbara Bollinger, barbara.bollinger@lpb.bwl.de

ANSCHRIFT DER REDAKTION
Stafflenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon 0711/164099-44, Fax 0711/164099-77

HERSTELLUNG
Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG
Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern-Ruit
Telefon 0711/4406-0, Fax 0711/442349

GESTALTUNG TITEL
Bertron.Schwarz.Frey, Gruppe für Gestaltung, Ulm

GESTALTUNG INNENTEIL
Britta Kömen, Schwabenverlag Media
der Schwabenverlag AG

VERTRIEB
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH
Postfach 1207, 70773 Filderstadt
Telefon 0711/7001530, Fax 0711/70015310

Der Bürger im Staat erscheint vierteljährlich.
Preis der Einzelnummer 3,33 EUR.
Jahresabonnement 12,80 EUR Abbuchung.

Bitte geben sie bei jedem Schriftwechsel mit dem Verlag Ihre auf der Adresse aufgedruckte Kundennummer an.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers und der Redaktion wieder.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

INHALT

Heinrich Pachner Kuba: Entwicklungspotentiale einer Karibikinsel aus natur- und kulturgeographischer Sicht	85
Hans-Joachim König Kuba: Vom Objekt zum Subjekt im historischen Prozess? Ein historischer Überblick	94
Hans-Jürgen Burchardt Fidel Castro: Der alte Mann und das Meer	108
Stefan Reith Von Fidel Castro zu Raúl – die Demokratie auf Kuba muss warten	114
Bert Hoffmann Vom Dritte-Welt-Sozialismus zur großen Krise – und der schwierigen Reform von heute	122
Nikolaus Werz Deutschland, Lateinamerika und Kuba – Außenpolitische Beziehungen	128
Bettina Hoyer Lost in Transition: Kubanisches Schattentheater	136
Arne Birkenstock / Eduardo Blumenstock Santería, Son und Revolution – eine kurze Geschichte der kubanischen Musik	145
Wolfgang Rössig Kuba im Spiegel der Literatur	154
Buchbesprechungen	162

THEMA IM FOLGEHEFT

China

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Das Denkmal für den kubanischen Nationalhelden José Martí und die kubanische Nationalfahne auf dem „Platz der Revolution“ in Kubas Hauptstadt Havanna. **picture alliance/dpa**

Kuba

„Alle träumten von Cuba“ – so lautet der Titel des Romans von Miguel Barnet über den galicischen Auswanderer Manuel Ruiz, der das „Armenhaus“ Spaniens verlässt, um auf der Antilleninsel ein besseres Auskommen und sein Glück zu finden. Dieses Bekenntnis könnte als Motto über der Geschichte und der Gegenwart Kubas stehen. Jedoch scheiden sich an dieser Insel die Geister. Kuba ist kein Land, das sich mit einfachen Wahrheiten begnügt.

Auf dem politischen Parkett hingegen sind Debatten über Kuba häufig emotional aufgeladen. Galt den Linken doch Kuba seit den Zeiten Ernesto Che Guevaras, der mit Fidel Castro für den Aufbau des „Cuba Socialista“ und gegen die Amerikaner kämpfte, als Symbol des erfolgreichen Widerstands gegen die Weltmacht USA. Wie kein anderes Land wurde die exotische Zuckerinsel zur Leinwand, auf der man seine eigenen revolutionären Utopien projizieren konnte: Rum, Rumba und Revolution, Sonne und Sozialismus. Den anderen hingegen ist die Insel ein Dorn im Auge. Nach dem Zerfall der Sowjetunion und der marktwirtschaftlichen Umorientierung Chinas ist Kuba eines der letzten Länder, das den Sozialismus zu praktizieren versucht.

Kuba schwankt zurzeit zwischen Agonie und Aufbruchstimmung. Raul Castro, der ein Land im bankrotten Zustand übernahm, kritisierte unlängst die Korruption und bürokratische Wirtschaft, geißelte die niedrigen Löhne, versprach eine bessere Versorgung mit Alltagsgütern, kündigte Reformen und die Suche nach ausländischen Investoren an. Währenddessen mutmaßt die Bevölkerung über den Gesundheitszustand seines älteren Bruders, der im of-

fiziellen Staats- und Parteiblatt „Granma“ seitenlange Elogen über die kubanische Revolution schreibt. Wird Fidel Castro seine Macht abgeben? Erklärte er doch schon vor geraumer Zeit: „Ich bin Revolutionär und Revolutionäre gehen nicht in Rente!“ Die letztlich entscheidende Frage wird sein, ob es für Kuba nach Castro ein Transformationsmodell, welches eine Öffnung für Wirtschaftsreformen und gleichzeitige Demokratisierung ermöglicht, geben wird.

Die zwischen Nord- und Südamerika gelegene Insel Kuba stellt seit dem Revolutionsjahr 1959 ein Forschungsfeld für Politologen, Wirtschaftswissenschaftler und Geographen dar. Allein durch ihre Lokalisation nahe dem politischen Gegner USA ein Brennpunkt der Weltpolitik, durch ihren politisch und wirtschaftlich eigenen Weg, der in jüngster Zeit in Lateinamerika zunehmend Anhänger findet, aber auch durch ihre physischen Grundlagen ist die große Antilleninsel hochinteressant für Amerika und die übrige Welt. Seit den 1990er-Jahren besteht außerdem mit dem Tourismus ein wichtiger neuer Wirtschaftszweig, der in Kuba eine interessante und für viele „Konkurrenten“ nachahmenswerte Entwicklung genommen hat und unter anderem Auslöser für die zunehmende marktwirtschaftliche Öffnung der kubanischen Politik in den letzten Jahren ist. Heinrich Pachner gibt im einführenden Beitrag des Heftes einen Überblick von den physisch-geographischen über die kulturellen bis hin zu den wirtschaftlichen Gegebenheiten und beleuchtet Kubas Potenzial- und Engpassfaktoren.

Hans-Joachim König beschreibt Kubas langen Weg in die Unabhängigkeit. 1492 von Kolumbus

entdeckt, wurde Kuba Teil des spanischen Kolonialreiches. Nur wenige indianische Ureinwohner überlebten die Eroberung, so dass ab 1522 Sklaven aus Westafrika für die Arbeit auf den Zuckerrohrplantagen auf die Insel gebracht und ausgebeutet wurden. Havanna entwickelte sich zu einem wichtigen Brückenkopf für die Eroberung Lateinamerikas und zu einem Handelszentrum für Tabak und Zucker. Der eigentliche Zuckerboom auf Kuba begann Ende des 18. Jahrhunderts, ausgelöst durch den Sklavenaufstand in Haiti, der zum Niedergang der dortigen Zuckerherstellung führte. Während sich rund um Kuba die Loslösung ehemaliger Kolonien von Spanien vollzog, blieb Kuba – durch das Festhalten der Zuckeroligarchie am kolonialen Status – die „immer treue Insel“ Spaniens. Wachsendes kreolisches Selbst- und Nationalbewusstsein führte zum ersten Unabhängigkeitskrieg (1868–1878) gegen Spanien, in dessen Folge einige Reformen zugestanden wurden, aber noch nicht die Unabhängigkeit. Unter José Martí, dem Nationalhelden Kubas, begann 1895 der zweite Unabhängigkeitskrieg, in den die USA intervenierten. Kuba erhielt seine Unabhängigkeit, jedoch als „Republik“ von Amerikas Gnaden. Das Präsidenten- und Regierungskarussell drehte sich bis 1959. Castros Überfall auf die Moncada-Kaserne im Jahre 1953 war der Auftakt zur Revolution, die 1959 mit dem Einmarsch der „Bärtigen“ in Havanna und Santiago de Cuba ihren Schlusspunkt fand. Der Aufbau des sozialistischen Kubas vollzog sich in der Großwetterlage des Kalten Krieges. Die Kuba-Krise brachte die Welt 1962 an den Rand eines dritten Weltkrieges. Der Zusammenbruch der UdSSR stürzte Kuba Anfang der 1990er-Jahre in seine

schwerste Wirtschaftskrise. Man darf nach dem „Herbst“ des Patriarchen Castro gespannt sein, wie die Entwicklung weitergeht.

Kuba und Fidel Castro werden zumeist in einem Atemzug genannt. Der kürzlich zurückgetretene kubanische Staatschef, der die Weltpolitik des zwanzigsten Jahrhunderts prägte, ist eine interessante, widersprüchliche und reichlich umstrittene Persönlichkeit. Mit Castro assoziiert man politische Eigenwilligkeit, Revolutionsexport in die Dritte Welt, Tropensozialismus und eine fulminante Machtfülle im eigenen Land. Ist er für die einen ein Prophet der Befreiung, gilt er den anderen als rücksichtsloser Diktator und unberechenbarer Politiker, dem man gleichwohl Respekt zollt. Der ehemalige Jesuitenschüler und Sohn eines Großgrundbesitzers ist ein brillanter und angesichts der Länge seiner Reden gefürchteter Rhetoriker, ein „ewiger Revolutionär“ und zugleich ein charismatischer Patriarch, der Kuba bis zuletzt straff regierte. Hans-Jürgen Burchardt beschreibt Fidel Castros politischen Werdegang, charakterisiert sein politisches Denken sowie Handeln und öffnet so den Blick für diese schillernde und wirkmächtige Figur.

Fast ein halbes Jahrhundert nach der kubanischen Revolution wächst mit dem Rückzug Fidel Castros die Hoffnung, dass auch in Kuba eines Tages demokratische Verhältnisse Einzug halten könnten. Bis dahin ist es noch ein langer Weg. Die Machtübergabe des 81-Jährigen an seinen nur fünf Jahre jüngeren Bruder Raúl ist keineswegs als demokratischer Aufbruch zu werten. Die zaghafte Reformpolitik auf Raten zielt vor allem darauf ab, die Grundbedürfnisse der kubani-

schen Bevölkerung besser zu erfüllen und damit die Akzeptanz des Regimes und das Erbe der kubanischen Revolution zu sichern. Größere politische Freiheiten sind damit zunächst nicht verbunden. Dennoch eröffnen sich mit dem Ende der Ära Fidel Castro neue Handlungsspielräume, die einen – sicher langwierigen – Demokratisierungsprozess durchaus begünstigen könnten. Um Aussagen über die zukünftige Entwicklung Kubas treffen zu können, analysiert Stefan Reith den jeweiligen Einfluss sowie die Interessen der maßgeblichen Akteure. Nicht nur das Führungspersonal, zentrale Institutionen des Regimes sowie die kubanische Bevölkerung, sondern auch das internationale Umfeld – allen voran die USA – sind in erster Linie an Stabilität und einem friedlichen Wandel interessiert.

Als in Berlin die Mauer fiel, brach für Kuba eine Welt zusammen. Das Land, das im Kalten Krieg das stolzeste Aushängeschild des Sozialismus in der Dritten Welt gewesen war, stürzte 1989 in eine tiefe, alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft erfassende Krise. Waren die ersten Jahre nach der Revolution von 1959 noch eine „euphorische“ und von sozialen Errungenschaften im Bildungssystem und Gesundheitswesen geprägte Zeit, sind für viele Kubaner aus heutiger Sicht die Jahre zwischen 1980 und 1989 die „goldene Zeit“ des kubanischen Sozialismus. Waren die sozialen Kosten der Krise anfangs der 1990er-Jahre noch halbwegs gleich auf die gesamte Gesellschaft verteilt, offenbart die nunmehr 17 Jahre anhaltende „Spezialperiode in Friedenszeiten“ gesellschaftliche Erosionsprozesse und Zweifel am politischen System Kubas. Inzwischen hat sich die Wirtschaft des Landes

ein Stück weit stabilisiert, dies allerdings auf prekärem Niveau. Immer noch herrscht das eigenwillige Mischsystem von hartem und schwachem Peso, Plan und Markt, Rationierungskarte und Devisenshops. Die Regierung von Raúl Castro, der im Februar 2008 offiziell das Erbe seines erkrankten Bruders antrat, hat deshalb allem Triumphalismus abgeschworen und, so das Fazit der Analyse von Bert Hoffmann, einen vorsichtigen Reformkurs eingeschlagen, um die tiefen wirtschaftlichen Verwerfungen zu überwinden.

Seit der kubanischen Revolution 1959 hat die Insel eine außenpolitische Rolle erlangt, die weit über ihre Größe und wirtschaftliche Bedeutung hinausgeht. Ein kleines Land mit einer großen Außenpolitik – so charakterisiert Nikolaus Werz den Stellenwert Kubas in seinem Beitrag. Neben der geographischen Lage in unmittelbarer Nähe zu den USA waren es vor allem politische Motive, die dazu beitrugen: Kuba geriet zum Brennpunkt des Kalten Krieges in Lateinamerika und später zu einem Akteur im Nord-Süd-Konflikt. Dazu gehörte der versuchte Revolutionsexport nach Südamerika in den 1960er-Jahren und in den 1970er-Jahren der Einsatz kubanischer Streitkräfte in Afrika. Unterstützung kam aber auch aus den Industrieländern, denn die Revolution „wirkte nicht nur als Funken im ibero-amerikanischen Pulverfass, sondern beeindruckte auch die von der Gesellschaft des Überflusses gelangweilten, nach neuem Glauben suchenden Intellektuellen des Westens“, schrieb Boris Goldenberg, der 1960 die Insel als kubanischer Staatsbürger verließ. Schnell avancierten die bärtigen Guerilleros zu Idolen des internationalen Jugendprotestes. Bei Ernesto

Che Guevara besiegelte seine Erschießung in Bolivien 1967 den Aufstieg in den Heldenstatus, Fidel Castros Haltung gegen eine vermeintlich allmächtige US-Herrschaft verschafften ihm internationale Popularität. Erstaunlicherweise hatte die Revolution Anhänger sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR. Kuba beförderte Utopien und revolutionäre Fantasien im geteilten Deutschland und diente auch als Projektionsfläche für eine im eigenen Land verpönte oder heruntergespielte Debatte über Nationalismus und Identität

Kuba hat nach dem Zerfall der Sowjetunion ein anderes Gesicht bekommen. Die seit 1990 herrschende Krise wird euphemistisch mit dem Terminus „Spezialperiode in Friedenszeiten“ überschrieben. Ein Großteil der Grundnahrungsmittel muss importiert werden, Bezugsscheine für Lebensmittel und das karge Warenangebot haben in Kuba eine Art Schatten-Infrastruktur entstehen lassen, mit deren Hilfe man die Versorgung mit notwendigen Gütern meistern kann. So versucht die kubanische Bevölkerung mit kreativen und fantasievollen Methoden eine kleine Scheibe vom Devisenkuchen zu ergattern. Das ständige Pendeln zwischen der Welt des kubanischen Peso und der eigentlich nur für Touristen zugänglichen Währung des Peso convertible kennzeichnet den von Entbehrungen geprägten Alltag. Bettina Hoyer zeichnet in ihren dichten Beschreibungen ein Bild des kubanischen Alltags, der nur mit einer Mischung aus stoischer Gelassenheit, Melancholie sowie einer unerschütterlichen Portion Optimismus bei gleichzeitiger Hoffnung auf sich ändernde Zustände zu ertragen ist. Mit Metaphern des Theaters zeigt sie die kubanische Bevölkerung als „Publikum“, das an der Inszenie-

rung eines morbiden Stückes mitspielt, die Intendanten und Hauptdarsteller nicht demontieren will, jedoch neue Rollen vorsichtig erprobt und tradierte Inszenierungen in Frage stellt.

Musik liegt in Kuba fast rund um die Uhr in der Luft! Musik ist für Kubaner ein Ventil, aber auch ein Konzentrat der Lebensfreude und Vitalität. Die Ursprünge kubanischer Musik liegen in der afrikanischen Kultur, deren musikalisches Repertoire eine Fusion mit der Musik der spanischen Kolonialherren einging. Die Riten der Santería, die ihre Wurzeln in den religiösen Vorstellungen der Yoruba-Völker Westafrikas hat, verschmolzen mit den Traditionen des Bänkelliedes, das spanische Migranten nach Kuba brachten. Ebenso stehen die Habanera, der erste musikalische „Export“ Kubas nach Europa, und die Rumba musikalisch in der Tradition Afrikas. Der heutige Exportschlager und das Herzstück kubanischer Musik, der Son, ist ein Paradebeispiel für die kreative Fusion afrikanischer, spanischer und indianischer Instrumente und Rhythmen in der kubanischen Populärmusik schlechthin. Mambo, Chachachá und schließlich der Bolero entstanden in den Vergnügungspalästen von Havanna, in denen sich wohlhabende US-Amerikaner vergnügten. Kubas Einfluss auf den Latinjazz und die Salsa fallen ebenfalls in diesen Zeitraum. 1959 hält im Zuge der kubanischen Revolution der Nueva Trova Einzug und schuldet mit revolutionären Hymnen pflichtbewusst dem Zeitgeist Tribut. Doch trotz staatlich gelenkter und politisch genehmer Musikproduktionen – so das Fazit von Arne Birkenstock und Eduardo Blumenstock – entwickelt sich Kubas Musikszene weiter, setzt Trends in der Populärmusik und versteht es sehr wohl, sich mit musikalischen Anleihen aus dem „imperialisti-

schen“ Teil der Welt zu vermischen.

José Martí, Kubas Nationalheld, erfährt als Dichter dieselbe Verehrung wie als Freiheitskämpfer. Die Verbindung von Geschichte, Politik und Literatur ist charakteristisch für Kubas Literaturschaffende. In vielen Werken sind die Suche nach der kubanischen Identität und das Streben nach politischer Unabhängigkeit zentrale Motive. Kubanische Literaten haben sich in ihren Gedichten und Büchern schon immer mit den historischen, politischen und sozialen Verhältnissen, in denen die Menschen auf Kuba lebten und leben, auseinandergesetzt. Gerade die Literatur des 20. Jahrhunderts spiegelt eindrucksvoll die wechselvolle und schillernde Wirklichkeit der karibischen Insel wider. So darf es nicht verwundern, dass viele Schriftsteller nach der Revolution des Jahres 1959 in ihrem literarischen Schaffen beeinträchtigt wurden. Ein Teil von ihnen wählte das Exil. Aus ihren Werken spricht oftmals eine trotzige Liebe zu Kuba. Gleichzeitig rechnen sie provokant mit den hehren Idealen der Revolution ab und schildern überaus realistisch das karge Leben in den Zeiten der „Sonderperiode“. Wolfgang Rösing beschreibt wesentliche Epochen der kubanischen Literatur und vermittelt Einblicke in Leitmotive, Werk und Schaffen der bekanntesten kubanischen Schriftstellerinnen und Schriftsteller.

Indem die Autorinnen und Autoren Einblicke in Geographie, Geschichte und Gegenwart, in Politik, in Alltagsleben und Kultur vermitteln, präsentieren sie ein lebendiges und genaues Kuba-Bild. Allen Autorinnen und Autoren sei an dieser Stelle gedankt. Dank gebührt auch dem Schwabenverlag für die stets gute und effiziente Zusammenarbeit.

Siegfried Frech

Kuba: Entwicklungspotentiale einer Karibikinsel aus natur- und kulturgeographischer Sicht

Heinrich Pachner

Die zwischen Nord- und Südamerika gelegene Insel Kuba stellt seit dem Revolutionsjahr 1959 ein Forschungsfeld für Politologen, Wirtschaftswissenschaftler und Geographen dar. Allein durch ihre Lokalisation nahe dem politischen Gegner USA ein Brennpunkt der Weltpolitik, durch ihren politisch und wirtschaftlich eigenen Weg, der in jüngster Zeit in Lateinamerika zunehmend Anhänger findet, aber auch durch ihre physischen Grundlagen ist die große Antilleninsel hochinteressant für Amerika und die übrige Welt. Seit den 1990er-Jahren besteht außerdem mit dem Tourismus ein wichtiger neuer Wirtschaftszweig, der in Kuba eine interessante und für viele „Konkurrenten“ nachahmenswerte Entwicklung genommen hat und unter anderem Auslöser für die zunehmende marktwirtschaftliche Öffnung der kubanischen Politik in den letzten Jahren ist. In einem Überblick von den physisch-geographischen über die kulturellen bis hin zu den wirtschaftlichen Gegebenheiten werden im folgenden Beitrag Potenzial- und Engpassfaktoren beleuchtet.

Lage und naturräumliche Grundlagen

Als größte der Westindischen Inseln liegt Kuba am westlichen Ende der Inselkette der Großen Antillen. Es bildet die Verlängerung der jeweils weniger als 200 km

entfernt liegenden Halbinseln Yucatán und Florida und trennt den Atlantischen Ozean im Osten vom Golf von Mexiko im Norden und dem Karibischen Meer im Süden. Im Osten Kubas liegt in nur 80 km Entfernung die Insel Hispaniola; südöstlich befindet sich Jamaika in 150 km Entfernung.

Kuba liegt vollständig in den Randtropen und weist Jahresmitteltemperaturen von durchschnittlich 25° Celsius auf; sein nördlichster Punkt liegt mit 23°17' nur knapp unter dem nördlichen Wendekreis. Die stark verwitterten Ferralite, die in weiten Teilen der Insel die Böden bilden, deuten ebenfalls auf das tropische Klima. Die Fläche der Insel entspricht mit rund 111.000 Quadratkilometern etwa den zusammengelegten Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg, jedoch erstreckt sich Kuba in Ost-West-Richtung über 1.250 km und bleibt dabei stets unter 150 km schmal. Auf dem Schelf der Insel Kuba liegen außerdem die Isla de la Juventud und über 1.000 kleinere Inseln, die teils aus Rifften aufgebaut sind.

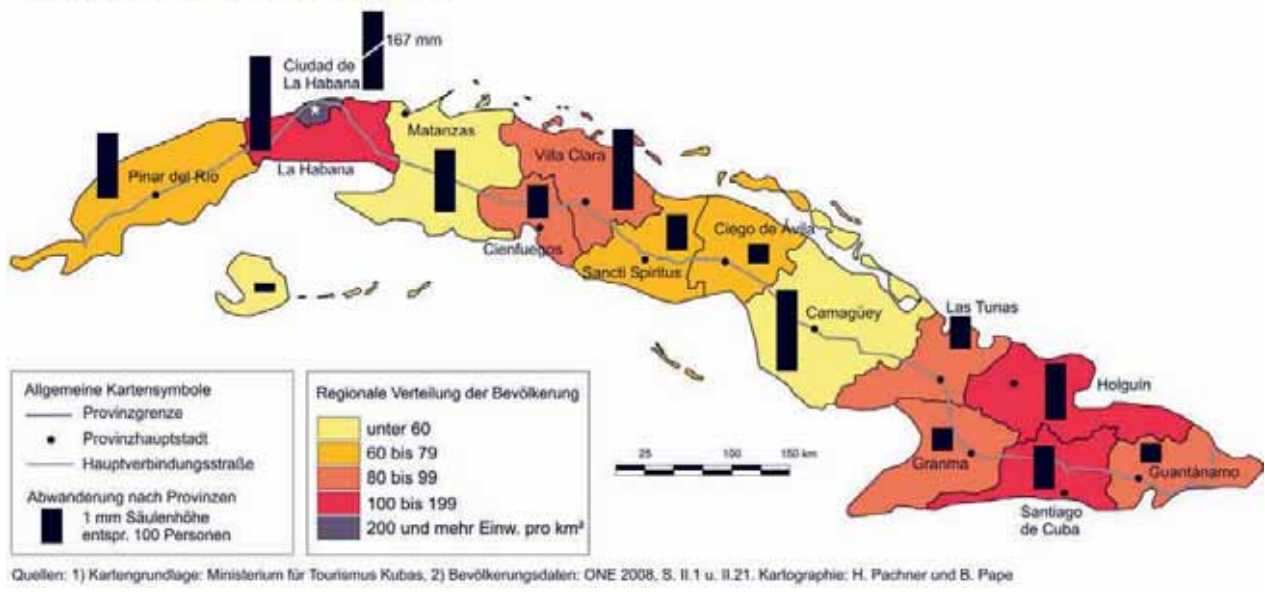
Im Gegensatz zu den gebirgigen großen Antilleninseln Jamaika und Haiti prägen weite Ebenen die Oberfläche Kubas, die nur von kleineren, räumlich sehr begrenzten Gebirgszügen gegliedert wird. Insgesamt lässt sich die Insel so in neun Naturräume und die Inselwelten untergliedern, die sich in Topographie und Klima teils deutlich voneinander unterscheiden (siehe Karte 1).¹

Entsprechend der von den kubanischen

Behörden bevorzugten West-Ost-Reihenfolge ist hier zunächst die naturräumliche Einheit *Westkuba* zu nennen. Diese entspricht grob der Provinz Pinar del Río und wird in seinem zentralen Teil vor allem durch ein Mittelgebirge, das Guaniguanico-Massiv, geprägt. Dieses Massiv gliedert sich wiederum in zwei Ketten – die Sierra del Rosario im Süden und die Sierra de los Organos im Norden. In der Sierra del Rosario befindet sich mit 692 m Höhe der höchste Punkt Westkubas. Das Massiv fällt zu allen Seiten hin ab und wird von Hügel- und Tiefland umgeben, das teilweise in Sumpfwäldern übergeht. Das Klima ist tropisch-feucht mit höhenabhängig zwischen 1.000 und 2.000 mm Jahresniederschlag, der auf der Südseite aufgrund der Südost-Passatwinde und Steigungsregen am Gebirge geringfügig stärker ausfällt als auf der Nordseite. Eine Naturgefahr sind die Hurrikane, die im Herbst meist aus der Karibik kommend auf Westkuba treffen und Starkregeneignisse mit sich bringen. Dies fördert hier ebenso wie in den im Osten angrenzenden Gebieten der Südküste die Bildung von Feucht- und Mangrovegebieten. Östlich an Westkuba anschließend folgt der *Naturraum um die Hauptstadt Havanna*. Auch dieser Raum wird von einem Hügelland bis knapp unter 400 m Höhe bestimmt, das den Rumpf eines älteren Gebirges repräsentiert und keine deutlichen Gebirgsstrukturen mehr aufweist. Ähnlich wie Westkuba wird auch der Raum um Havanna im Süden stärker beregnet als



Karte 2: Regionale Differenzierung von Bevölkerungsdichte (nach Provinzen) und Abwanderung ins Ausland (2006)



im Norden, jedoch insgesamt – aufgrund vorgelagerter Ebenen im Südosten – deutlich schwächer. In der Stadt Havanna selbst, im Regenschatten des Gebirges gelegen, fallen für tropische Klimate knappe 1.000 mm Niederschlag. Verkarstung spielt für den Untergrund und die Vegetation hier eine wichtige Rolle; insbesondere der Nordabfall zur Küste hin ist von dieser Erscheinung geprägt.

Dem Raum um Havanna südlich vorgelagert liegen die *Feuchtgebiete vom Zapata*. Dieses nur knapp über dem Meeresspiegel gelegene, kaum besiedelte oder erschlossene Moor- und Mangrovegebiet fängt den Großteil der Niederschläge ab. Hier fallen trotz des geringen Reliefs jährlich bis zu 1.600 mm Niederschlag. Östlich schließen sich daran die *Westlichen Ebenen von Colón* an. Auch dieses Gebiet ist flach, jedoch niederschlagsärmer, von Natur aus waldbestanden und ohne ausgedehnte Feuchtgebiete. Die wellige Landschaft mit Höhen bis maximal 100 m erhält jährlich 1.000 bis 1.100 mm Niederschlag.

Der Grenzsäum zwischen den Westlichen Ebenen von Colón und der Mittelgebirgsregion von Santa Clara als nächstem Naturraum Kubas verläuft etwa entlang der Senke zwischen den westlichen, nur flachwelligen Ebenen und den Alturas de Santa Clara, die von den Flüssen Sagua la Grande nach Norden und Río Cienfuegos nach Süden entwässert werden. Hier schließt sich östlich unmittelbar das vulkanische Escambray-Gebirge mit Höhen bis zu 1.140 m sowie dessen nördliches, zur Nordküste hin langsam abfallendes und ebenfalls verkarstetes Vorland an. Aufgrund der Höhen, die unmittelbar hinter der Südküste ansteigen, erhält die Mit-

telgebirgsregion von Santa Clara ab 1.600 bis stellenweise über 2.000 mm Niederschlag pro Jahr. Dementsprechend fließen in einigen Gebieten ganzjährig zahlreiche Bäche und Flüsse, andere liegen aufgrund der Verkarstung ganzjährig trocken. Das Klima dieses Naturraums kann stellenweise höhenbedingt als subtropisch eingestuft werden, was der Artenvielfalt der Vegetation entspricht.

Zwischen der Mittelgebirgsregion und den Hochgebirgen Ostkubas lassen sich mit den *Östlichen Ebenen und dem Bergland von Camagüey* zwei weitere Naturräume differenzieren. Das Bergland von Camagüey wird charakterisiert durch ein lang gezogenes, durchgehend auf 200 bis 300 m Höhe aberodiertes Rumpfgebirge im zentralen Teil und die umliegenden, oft gewässerreichen Niederungen, die im westlichen Teil aufgrund der veränderten Niederschlagsituation als *Östliche Ebenen* einen eigenen Naturraum bilden. In Küstennähe versumpfen die Ebenen zum Teil, so dass auch der Mensch eher die zentral gelegenen Höhen des Berglands als Siedlungsschwerpunkte auswählte. Die natürliche Vegetation außerhalb der Feuchtgebiete besteht in den *Östlichen Ebenen* aufgrund des Trockenhalbjahres mit unter 300 mm Niederschlag aus steppenhafter Vegetation, im Bergland von Camagüey aus feuchtem Regenwald. Die Niederschläge nehmen von West nach Ost zu. Während in den *Östlichen Ebenen* stellenweise nur 1.000 mm fallen, die zudem ungleichmäßig über das Jahr verteilt sind, sind im Südosten des Berglandes rund 1.600 mm mit höherer Gleichmäßigkeit zu erwarten. Das östliche Ende der Insel Kuba wird vom *Hochgebirge der Sierra Maestra* do-

miniert, die mit 1.974 m auch den höchsten Punkt des kubanischen Festlandes enthält. Das in West-Ost-Richtung über die an dieser Stelle stark verbreiterte Insel verlaufende Gebirge teilt sich in die westlich gelegene Cordillera del Turquino, vier kleinere, östlich davon gelegene Gebirgsketten vulkanogenen Ursprungs und die allseits von Gebirgen umschlossene Guantánamo-Küstenzone, die selbst eine sehr begrenzte Tiefebene mit klimatischen Besonderheiten darstellt. Die Sierra Maestra ist Teil einer Subduktionszone, bei der die Nordamerikanische Kontinentalplatte, auf der Kuba selbst gänzlich liegt, unter die südlich angrenzende Karibische Platte subduziert. Daher setzt sich ihr steiler Südhang unmittelbar vor der Küste unter dem Meeresspiegel auf bis unter 4.800 m Tiefe fort.

Das Klima *Ostkubas* ist bedingt durch die Höhenlage in weiten Teilen subtropisch-feucht, die Niederschlagsmengen nehmen nach Osten hin zu und liegen höhenabhängig zwischen 1.200 mm im unmittelbaren nördlichen Regenschatten der Sierra Maestra und über 3.000 mm auf den Gipfeln des Hochgebirges.

Eine Besonderheit stellt die *Guantánamo-Bucht* mit ihrer Küstenzone dar. Dieser zu drei Seiten von Gebirge umschlossene Bereich erhält jährlich um 600 mm Niederschlag bei tropischen Temperaturen, so dass Steppenvegetation vorherrscht. Im Trockenhalbjahr fallen dabei sogar weniger als 200 mm Regen.

Auf der Nord- und der Südseite wird Kuba von zwei *Inselbereichen* umschlossen. Der nördliche Inselraum ist geprägt von einer Vielzahl kleiner und mittelgroßer Inseln, die meistens Teil des Schelfs sind. Die Niederschlagsmenge liegt mit durch-

schnittlich 1.200 mm unter der der südlichen Inseln. Der südliche Inselbereich um Kuba erhält bis 1.800 mm Regen, ist durchschnittlich wärmer als der nördliche und morphologisch geprägt von kleinen Saumriffen einerseits und größeren Inseln andererseits, von denen die Isla de la Juventud die mit Abstand größte darstellt. Der südliche Inselbereich liegt meist im direkten Einzugsbereich der Tropenstürme, die aus der Karibik kommend über die Riffe fegen und erheblichen Einfluss auf Vegetation und auch Siedlungsverhalten des Menschen haben.

Sozial- und wirtschaftshistorische Entwicklung von Kuba

Entgegen den eher ungünstigen naturräumlichen Voraussetzungen auf der Insel, die von feuchtem Tiefland, unfruchtbaren Ferralitböden und Tropenstürmen maßgeblich beeinflusst werden, ist Kuba vergleichsweise dicht bevölkert. Insgesamt wohnen auf der Insel 11,4 Millionen Menschen, die sich zudem höchst ungleich über die Fläche verteilen (siehe Karte 2). So leben im Ballungsraum um die Hauptstadt Havanna bereits rund

2,9 Millionen Menschen; in den östlich und westlich anschließenden Provinzen liegt die Bevölkerungsdichte pro Quadratkilometer jedoch unter 80, teilweise unter 60 Personen. Einen weiteren Bevölkerungsschwerpunkt bildet die Gebirgsregion im östlichen Teil der Insel, wo in den Provinzen Holguín und Santiago de Cuba weitere 2,1 Millionen Menschen leben und die Bevölkerungsdichte erneut auf 100 bis 150 Personen pro Quadratkilometer ansteigt.

Was sind die Ursachen für die große Bevölkerungszahl der Insel und wie lässt sich die sehr unterschiedliche Bevölkerungsdichte erklären? Dazu ist die wirtschaftshistorische Dimension bis zurück in die Kolonialzeit zu betrachten. Hier spielt die Nutzung Kubas als primärer Zucker- und Kaffeelieferant unter den spanischen Kolonien eine wichtige Rolle. Nachdem die Spanier Anfang des 15. Jahrhunderts die wenigen mineralischen Ressourcen ausgebeutet hatten, wurde die Insel in einem zweiten Siedlungsschub um 1650 zur landwirtschaftlichen Nutzung gezielt dichter besiedelt. Wurde die ersten hundert Jahre noch vergleichsweise ineffektiv gewirtschaftet, wurden Ende des 18. Jahrhunderts mit zahlreichen Großgrund-

KUBA: ENTWICKLUNGSPOTENTIALE EINER KARIBIKINSEL AUS NATUR- UND KULTURGEOGRAPHISCHER SICHT

besitzern Strukturen geschaffen, die der Insel eine wichtige Lieferantenstellung für die spanische Krone erschufen. Obwohl die Landwirtschaft im 20. Jahrhundert stark an Bedeutung verloren hat, sind anhand der Bevölkerungsdichte der einzelnen Provinzen noch heute die naturräumlichen Voraussetzungen zu erkennen: so leben dort am wenigsten Menschen, wo Topographie und Klima die besten Voraussetzungen für die Ferralitisierung des Bodens erzeugten, nämlich in den regenwald- und mangrovenbestandenen Ebenen des Ostens und des Westens. Im zentral gelegenen Mittelgebirgsbereich, dem Gebirge Westkubas und der Sierra Maestra Ostkubas sind die Bevölkerungsdichten deutlich höher, da das Relief und die Gebirge selbst bessere landwirtschaftliche Untergrundvoraussetzungen schaffen.

Neuzeitliche Entwicklungen sind dagegen für das allgemeine Bevölkerungswachstum von 5,88 Millionen Einwohnern im Jahr 1950 auf 10,7 Millionen Men-

Abbildung 1: Zeittafel zu den raumwirksamen Ereignissen in Kuba.

Phasen	Jahre	Wesentliche Ereignisse und Entwicklungsfaktoren
Präkolumbianische Zeit	6000 2000 BC	Älteste archäologische Funde der Antilleninseln auf Kuba
	um 1500	Zwei indianische Stämme in Ost- und Westkuba kultivieren bereits die heute noch angebauten Feldfrüchte
Kolonialzeit	1492	Inbesitznahme von Kuba für Spanien durch Christoph Columbus auf seiner ersten Reise
	1511–1515	Eroberung Kubas durch die Spanier, dabei Ausrottung der Indianer. Ausbeutung der mineralischen Ressourcen, anschließend nur noch landwirtschaftliche Nutzung und geringe Besiedlung
	1607	Havanna wird zur Hauptstadt der Kolonie und zum wirtschaftlichen Zentrum Kubas
	Ab 1650	Zweiter Siedlungsschub aus Spanien zur landwirtschaftlichen Nutzung aller Gebiete
	1762–1763	Eroberung Kubas durch die Briten, Rückgabe an Spanien im Tausch gegen Florida. In der Zwischenzeit Freihandel und erstmals Wohlstand auf Kuba
	1791	Von Haiti geflüchtete französische Großgrundbesitzer schaffen Zucker- und Kaffeepflanzungen auf der Insel, die weiterhin zur Versorgung Spaniens dienen
	1812–1844	Acht große Sklavenaufstände, die alle niedergeschlagen wurden. Entstehung von Parteien, die verschiedene Schutzmächte für Kubas Zukunft forderten
Versuche der Unabhängigkeit und oligarchische Systeme	1868	Einseitiger Ausruf der Republik Kuba, Beginn des Unabhängigkeitskrieges
	1878	Frieden von Zanjón gewährt Kubanern Vertretung im spanischen Parlament und Sklavenbefreiung, jedoch keine Autonomie
	1895	Spanisch-amerikanischer Krieg, USA unterstützen Aufstände der Kubaner
	1895–1898	Unabhängigkeitskrieg gegen Spanien, in den die USA 1898 eintraten und der mit einer Herrschaft der USA über die Insel endete
	1898	Frieden von Paris: Spanien tritt Kuba und Puerto Rico an USA ab
	1901	Kuba wird unabhängig, Interventionsrecht der USA bleibt erhalten
	1902	Kuba erhält eigene Verfassung und wird schein-unabhängig, erhält jedoch keine Souveränität von den USA
	1903	Die USA sichern sich Guantánamo und ein weiteres Militärterritorium auf Kuba
	1906–1919	„Kanonenbootpolitik der USA“ gibt Kuba keine eigene Souveränität, Präsidenten ordnen sich dem Willen der USA unter
	1925–1953	Verschiedene Diktatoren regieren die Insel, zuletzt Fulgencio Batista. Der Rechtsanwalt Fidel Castro klagt gegen ihn und wird abgewiesen

Phasen	Jahre	Wesentliche Ereignisse und Entwicklungsfaktoren
Kubanische Revolution	1953	Beginn der Bewegung des 26. Juli unter Führung von Fidel Castro, die Demokratie und Sozialreformen zum Ziel hatte
	1956	Castro kehrt aus Exil in Mexiko zurück und erobert Teile Kubas mit seinen Guerilla-Kämpfern
	1959	Bewegung des 26. Juli erobert Havanna, Batista flieht. Castro übernimmt Amt des Ministerpräsidenten
		Land- und Agrarreform schafft Großgrundbesitz ab, bildet Kooperativen und staatliche Betriebe und verbietet Landbesitz für Ausländer
Nach der Revolution	1960	USA und andere westliche Staaten verhängen Handelsembargo gegen Kuba
	1961	Scheitern der Invasion in der Schweinebucht, der ersten antikubanischen Maßnahme der USA
		Proklamation der Sozialistischen Republik Kuba
	1962	Totales Einfuhreembargo der USA gegen alle Güter aus Kuba
		Installation von Atomraketen auf Kuba durch die Sowjetunion, aggressives Verhalten der USA. Kuba-Krise bringt die Supermächte an den Rand des Kriegs, jedoch diplomatische Beilegung und Abbau der Atomraketen
		Kuba beginnt Unterstützung von Befreiungsbewegungen und Entwicklungshilfe in Lateinamerika und Afrika, so z.B. in Angola
	1964	Ausschluss Kubas aus der Organisation Amerikanischer Staaten, alle Staaten bis auf Mexiko brechen diplomatische Beziehungen ab
Krise nach dem Ende der Sowjetunion	1972	Beitritt zum COMECON, der Wirtschaftsorganisation der Ostblockstaaten
	1976	Neue Verfassung tritt in Kraft, Castro wird Präsident und Ministerpräsident zugleich
	1991	Schwere Wirtschaftskrise durch Wegfall des Verbündeten Sowjetunion, Ausrufung der „Sonderperiode in Friedenszeiten“. Verschärfung der totalen Blockade Kubas im Torricelli Act der USA
		Kuba befindet sich in einem Prozess des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Wandels
	1994	Balsero-Krise: Nach Demonstrationen Aufhebung der Küstenüberwachung; Massenflucht aus Kuba
Wirtschaftliche und politische Impulse der Gegenwart	1995	Tourismus erlebt Aufschwung, während Landwirtschaft und Industrie von der Wirtschaftskrise weiterhin schwer betroffen sind
	2005	Gründung der ALBA durch Venezuela und Kuba. Venezuela unterstützt den Aufbau der kubanischen Wirtschaft, Kuba sendet dafür Fachkräfte aus dem Gesundheits- und Erziehungsbereich nach Venezuela
	2006	Abgabe der Regierungsgeschäfte von Fidel an Raúl Castro aus gesundheitlichen Gründen
	2008	Raúl wird zum neuen Vorsitzenden des Staats- und Ministerrates gewählt und kündigt wirtschaftliche Reformen unter Beibehaltung des Sozialismus an
		Erste marktwirtschaftliche Reformen und Raúl Castro erlauben Kubanern den Besitz von Mobiltelefonen und diversen bisher verbotenen Haushaltsgeräten sowie das Benutzen bisher für ausländische Touristen reservierter Bereiche. Brach liegende landwirtschaftliche Nutzflächen wurden an Kooperativen vergeben, die Ankaufpreise der Regierung für landwirtschaftliche Produkte wurden zum Produktionsanreiz angehoben
Quellen: König 2006; Widderich 2002; Ette/Franzbach 2001. Entwurf: H. Pachner (2008)		

schen im Jahr 1990 und die Stagnation bei inzwischen ca. 11 Millionen Menschen verantwortlich zu machen. Das vorbildlich ausgebaute Gesundheits- und Bildungssystem des Landes führte zu niedriger Kindersterblichkeit, hoher Lebenserwartung und einer Geburtenrate, die nur knapp über Industrieland-Niveau liegt. Dies führte direkt nach der Revolution schnell zu einem demographischen Übergang.

Die Auflösung der Sowjetunion im Jahr 1991 hatte für die kubanische Wirtschaft, die eng mit deren sozialistischer Wirtschaft verknüpft und von ihr als Abnehmer abhängig war, schwerwiegende Folgen. Einbrüche in der Landwirtschaft und Industrie hatten auch Einfluss auf die Bevölkerungszahl, die bis heute nur noch geringfügig wächst, nämlich um 0,25 Prozent pro Jahr bei einer Lebenserwartung von 77,3 Jahren (CIA 2008).

Auch die hohe Bevölkerungsdichte der Provinz um Havanna ist eine nicht durch naturräumliche Gegebenheiten, sondern

durch neuzeitliche Einflüsse erklärbare Tatsache – hier spielt die Land-Stadt-Wanderung eine entscheidende Rolle. Allgemein stellt der Agglomerationsraum um Havanna das Sprungbrett für Abwanderung ins Ausland dar – hier liegen die Abwanderungsraten deutlich über denen ländlicher Provinzen (siehe Karte 2). In Relation zur Bevölkerungszahl weisen die Abwanderungszahlen auch auf den relativen Wohlstand Ostkubas hin – obwohl beispielsweise in den Ostprovinzen Holguín, Santiago de Cuba und Guantánamo 3,3 Mal so viele Menschen leben wie im westlich angrenzenden Camagüey, wanderten im Jahr 2006 nur etwa 1,5 Mal so viele Menschen von dort ins Ausland ab (ONE 2008, II.21).

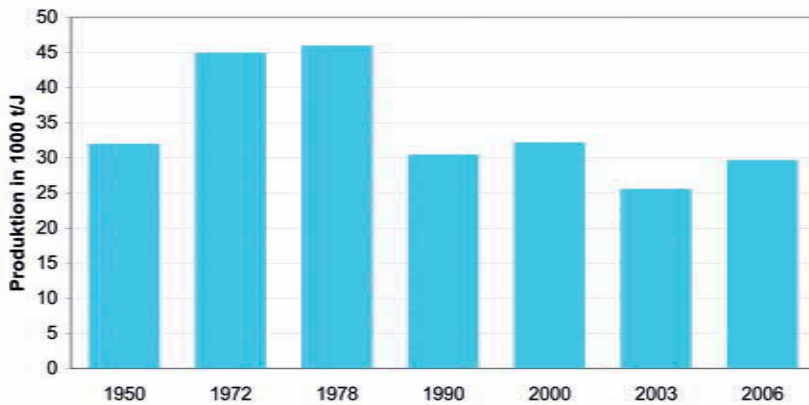
Zur Wirtschaftsgeographie

Kubas Wirtschaftssystem einer Planwirtschaft wird seit Jahrzehnten aufmerksam von Wirtschaftswissenschaftlern beob-

achtet und gilt teilweise als Modell für ein nicht gescheitertes sozialistisches Wirtschaftssystem. Noch heute sind die meisten Arbeitnehmer in Kuba vom Staat angestellt und fast alle Betriebe in Staatsbesitz. Auch die meisten Preise und die Rationierung der Verbrauchsgüter werden vom Staat festgelegt. Erst in jüngster Zeit findet eine allmähliche Öffnung hin zu privaten und auch ausländischen Investitionen statt, was als langsamer Beginn einer Transformation aufgefasst werden kann. Diese Transformation ist zwangsläufige Folge der Wirtschaftskrise ab 1990, die nach Wegfall der Handelspartner der ehemaligen Sowjetunion einsetzte, einen Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um rund 50 Prozent verursachte und noch heute nicht völlig ausgestanden ist.

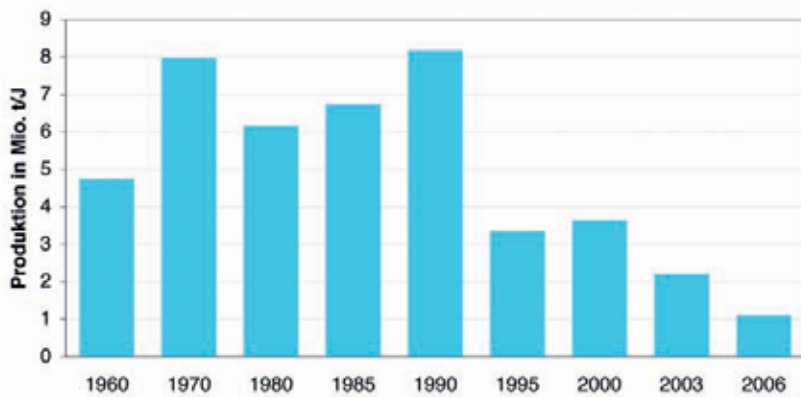
Die kubanische Wirtschaft wird seit kolonialer Zeit durch die Landwirtschaft und den Export geprägt. Die primären Exportprodukte sind Zuckerrohr und Tabak; mit Abstand folgen Kaffee, Zitrusfrüchte, Fi-

Abb. 2: Tabakproduktion in Kuba während unterschiedlicher Wirtschaftsperioden (1950-2006)



Quellen: 1) Wilkie (1981, S. 201) für 1950–1978, 2) ONE (2008, S. X.10) für 1990–2006.

Abb. 3: Zuckerrohrproduktion in Kuba während der Wirtschaftsperioden 1960-2006



Quellen: 1) United Nations (1983, S. 248) für 1960–1980, 2) ONE (2008, S. X.5) für 1985–2006.

schereierzeugnisse und auch einige Bergbauprodukte wie Nickel. Noch heute beschäftigt der Agrarsektor 20 Prozent der Bevölkerung, erwirtschaftet aber nur 5,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (CIA 2008). Seit 1990 spielt außerdem der Tourismus eine zunehmende, seit 1995 eine dominierende Rolle für die kubanische Exportstruktur.

Aufgrund der nur auf wenigen Standbeinen fußenden schwachen Wirtschaft muss das Land die meisten Verbrauchsgüter, vor allem Nahrungsmittel und Brennstoffe, aber auch Investitionsgüter wie Maschinen und Chemikalien importieren. Im Jahr 2007 lag die Handelsbilanz 6,4 Milliarden US-Dollar im Minus und erreichte damit 14,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (CIA 2008).

Interessant und aufschlussreich sind im Hinblick auf die landwirtschaftliche Orientierung und den staatlich forcierten Wandel zur Tourismus-Dienstleistungsgesellschaft die Entwicklungen der Produktionsmengen der primären Exportgüter

Tabak und Zuckerrohr seit den Jahren der kubanischen Revolution. Die im Jahr 1950, also vor der Revolution, produzierten 32.000 Tonnen Tabak konnten durch die sozialistische Agrarpolitik bis 1972 auf 45.000 Tonnen erheblich gesteigert werden; dieses Niveau bleibt bis in die 1980er-Jahre hinein erhalten (siehe Abb. 2). Eine ähnliche Entwicklung nahm die Zuckerindustrie nach der Revolution; noch 1960 bei 4,75 Millionen Tonnen Jahresproduktion, konnte die Produktion dieses Exportguts bis 1970 auf knapp 8 Millionen Tonnen erhöht werden (siehe Abb. 3).

Noch vor der großen Krise, die 1989 mit dem Fall der Mauer in Berlin einsetzte, zeichneten sich in den 1980er-Jahren Rückgänge in der Produktion von Tabak, Zucker und auch Kaffee ab, die Folgen der Agrarpolitik und des Rückgangs des Kleinbauertums waren. Im Jahr 1990 war die Produktion von Tabak bereits auf rund 30.000 Tonnen gefallen; seitdem stagniert die Produktion auf diesem Niveau und lag zuletzt 2006 bei 29.700 Tonnen.

Von der Wirtschaftskrise viel stärker betroffen war der Sektor der Zuckerproduktion. Im Jahr 1990 noch auf einem Rekordniveau von 8,2 Millionen Tonnen, fiel mit der Sowjetunion nicht nur der Hauptabnehmer, sondern auch der Hauptsubventionierende dieses Wirtschaftszweigs weg. Die im Rahmen sozialistischer Handelsbeziehungen durch die Sowjetunion gezahlten Preise für Zucker lagen deutlich über den Weltmarktpreisen, so dass nach dem Wegfall dieses Abnehmers nicht nur Teile, sondern die gesamte Zuckerbranche der Insel Absatzprobleme bekam. Bis 1995 verringerte sich die Jahresproduktion von Zucker auf knapp 3,4 Millionen Tonnen. Die Regierung hatte zwar Maßnahmen zur Produktivi-

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Zuckerrohrernte bei Cardenas in der Provinz Matanzas. picture alliance/dpa



Quellen: Bähr (2003, S. 135) für 1990–1999, 2) ONE (2008, S. X.10) für 2000–2005.

tätssteigerung und Kostensenkung bei der Produktion von Zucker ergriffen und auch eigene Zucker verarbeitende Industrie aufgebaut, jedoch sinken die Produktionszahlen weiter, da Kuba mit konkurrierenden Entwicklungsländern preislich nicht Schritt halten kann. Gleichzeitig nimmt der Anteil des Zuckers an allen exportierten Gütern und Dienstleistungen stetig ab, was vorwiegend der gestiegenen Bedeutung des Tourismus-Sektors zu verdanken ist (siehe Abb. 4). Zuletzt wurden im Jahr 2006 etwa 1,1 Millionen Tonnen Zucker produziert.

Die insgesamt aber vergleichsweise langsam laufende Planwirtschaft lässt sich am einfachsten bei einem Besuch der Insel feststellen. Anders als bei einem sozialistischen Land zu erwarten, boomt neben dem Tourismus auch der informelle Sektor, der gering Entlohnten oder unterbeschäftigten Arbeitern ein zusätzliches Einkommen, möglicherweise sogar in konvertiblen Peso, ermöglicht. Auch die gute Straßeninfrastruktur hat für die Be-

völkerung, die nur selten im Besitz privater Pkw ist, wenig Nutzen. So ist selbst die vierspurig ausgebaute Nationalstraße, die fast alle Provinzhauptstädte auf über 1.000 km Länge miteinander verbindet, außerhalb der Ballungsräume kaum befahren.

Auch die touristische Infrastruktur leidet unter der Planwirtschaft und der Trennung des inländischen vom ausländischen Tourismus. Hotelanlagen im Landesinneren sind nur zeitweise ausgelastet (vor allem durch Partei-Funktionäre) und Strände werden nur saisonal genutzt.

Tourismus als Entwicklungsfaktor für Kuba

Seit dem Einbruch in der Landwirtschaft und großen Teilen der Industrie infolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion um 1990 ist mit dem Tourismus ein Wirtschaftszweig entstanden, der für Kuba in

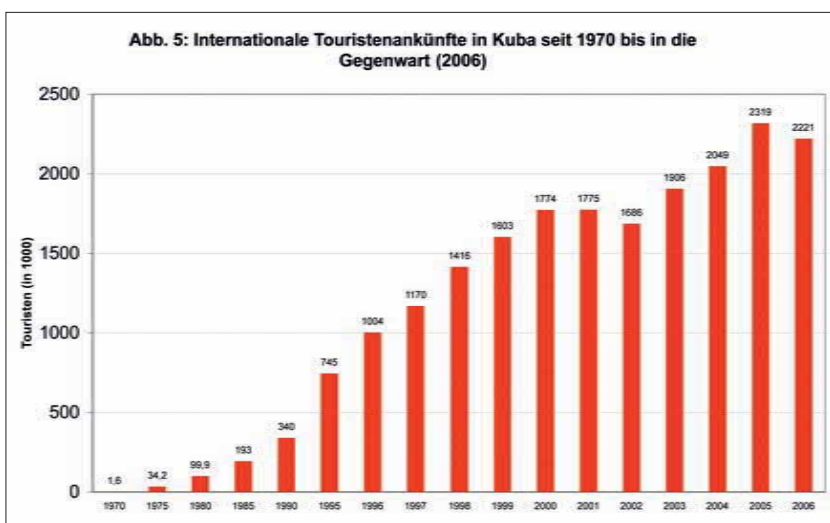
den letzten 18 Jahren zu einem tragenden Pfeiler der Wirtschaft geworden ist, das Bruttoinlandsprodukt quasi allein wieder aufgerichtet hat und aktuell für ein akzeptables Wachstum sorgt.

Die Insel Kuba bietet vielfältige touristische Potentiale, die erst seit rund zwei Jahrzehnten dazu genutzt werden, der in die Krise geratenen Wirtschaft auszuhelfen. Dazu zählen die Insellage, die Lage in den Randtropen und dem Karibischen Meer in der Nähe wirtschaftsstarker Staaten wie den USA und den zunehmend wachsenden Wirtschaften Südamerikas. Die vielfältigen Naturräume der Insel, zu denen Gebirge wie Ebenen, Korallenriffe und zahlreiche Buchten mit Stränden, Regenwälder wie Feucht- und Savannengebiete zählen, die vielfältigen Kulturräume wie die kolonial geprägten und teils unter UNESCO-Schutz stehenden Altstädte, die Zuckerrohr- und Tabakplantagen sowie hohe öffentliche Sicherheit und Bildungsniveau stellen ein großes Potential dar für die Entstehung eines Touristenschwerpunktes in der Karibik (vergleichbar mit Cancún und Acapulco in Mexiko und den Balearen in Europa).

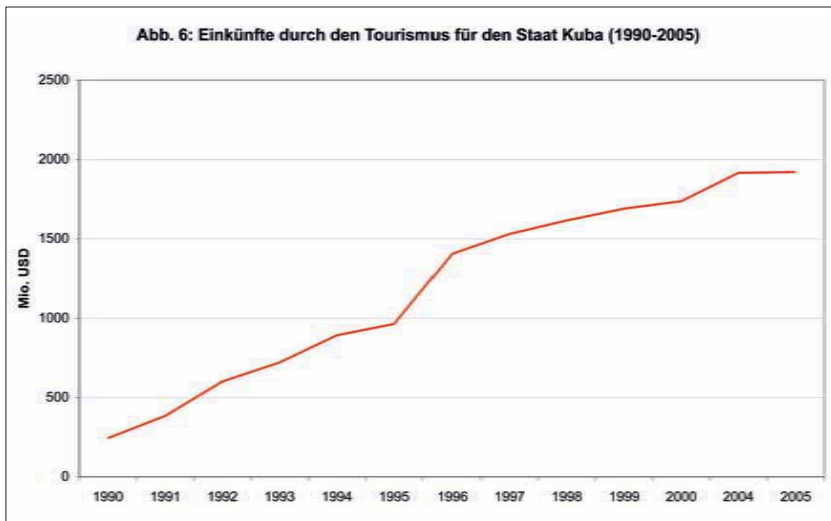
Während beschränkt durch politische Restriktionen im Jahr 1970 nur rund 1.600 Ausländer auf die Karibikinsel kamen, so war die Zahl bis 1990 im Zuge des wachsenden globalen Tourismus auf immerhin 340.000 internationale Touristen angewachsen (siehe Abb. 5). In den kommenden fünf Jahren sollte die Zahl sich mehr als verdoppelt und bis 1996 gar auf über eine Million Touristenankünfte verdreifacht haben. Dies ist vor allem dem Förderungsplan der Regierung zu verdanken, die nach dem Einbruch der Wirtschaft gezielt den Ausbau touristischer Infrastrukturen vorantrieb. Im Jahr 2005 wurde, nachdem infolge der Terroranschläge vom 11. September 2001 die Zahl der Ankünfte kurz zurückgegangen war, mit 2,3 Millionen internationalen Touristen das bisherige Maximum erreicht, das 2006 nur knapp unterboten wurde.

Parallel zu den wachsenden Touristenzahlen auf der Insel stiegen auch die volkswirtschaftlichen Einkünfte durch den Tourismus seit 1990 sprunghaft an (siehe Abb. 6). Hatten die Einnahmen durch den Tourismus im Jahr 1990 einen Wert von rund einer Viertelmilliarde US-Dollar, so wurde 1995 die Milliardengrenze überschritten. 2005 betrug die Einkünfte durch den Tourismus bereits knapp zwei Milliarden US-Dollar. Betrachtet man den Anteil des Tourismus an allen exportierten Gütern und Dienstleistungen Kubas, so liegt seine gesamtwirtschaftliche Bedeutung aufgrund des staatlichen Abbaus der Zuckerwirtschaft und der weiterhin stagnierenden Exporte noch deutlich höher (vgl. Bähr 2003, S. 135).

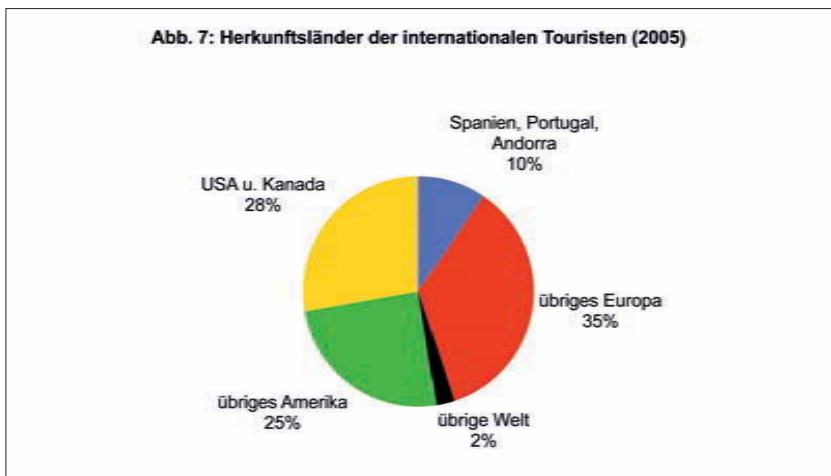
Bezüglich der Herkunftsländer internationaler Touristen auf Kuba dominieren Län-



Quellen: ONE (2000, S. XIII.1), ONE (2008, S. XIII.1), Wehrhahn/Widderich (2000, S. 94).



Quellen: 1) Bähr (2003, S. 135) für 1990–1999, 2) World Tourism Organization (2006, S. 11) für 2000–2005.



Quelle: World Tourism Organization 2006, S. 9.

der von dem amerikanischen und dem europäischen Kontinent das Bild (siehe Abb. 7). So stammten im Jahr 2005 rund 98 Prozent aller ausländischen Touristen auf Kuba von diesen beiden Kontinenten. Auf Asien, Afrika und Australien entfielen die übrigen 2 Prozent. Intern weiter aufgliedert sind 53 Prozent aller Touristen Nord- oder Südamerikaner, wobei die Verteilung auf beide Subkontinente etwa gleich ausfällt. Dieses Verhältnis neigt sich nur aufgrund der Einreisebeschränkungen für US-Amerikaner nicht deutlich zur Überlast der Nordamerikaner aus. Hinzu kommt der Ruf Kubas als günstiges Reiseziel neben der Dominikanischen Republik, so dass die Insel auch für einen größeren Kreis südamerikanischer Touristen ein relevantes Urlaubsziel ist. 45 Prozent aller Touristen stammen aus Europa, darunter allein 10 Prozent von der Iberischen Halbinsel, was knapp über deren Bevölkerungsanteil am europäischen Kontinent liegt. Der hohe Anteil europäischer Touristen lässt sich einerseits auf eine inzwischen gut laufende

Vermarktung der Insel und Präsenz in den Medien zurückführen, andererseits auch auf die sehr gut ausgebauten direkten Flugverbindungen von zahlreichen europäischen Flughäfen nicht nur in die Hauptstadt Havanna, sondern auch direkt zu den Touristenzentren Varadero, Holguín und Cayo Coco. Ein einschneidender Faktor für den internationalen Tourismus auf Kuba stellt das von Anfang an verfolgte Konzept der Konzentration auf All-Inclusive-Tourismus an wenigen Standorten der Insel dar. Die als Tourismuspole bezeichneten Standorte liegen vorwiegend an der von Inseln und Halbinseln geprägten Nordküste sowie der Südostküste der Insel und verfügen neben einer Konzentration von Hotels über die entsprechende Infrastrukturbindung in Form von internationalen Flughäfen. Trotz einer Verteilung der Tourismuspole auch an anderen Küstenstandorten und in jüngerer Zeit etablierten neuen Polen wie Holguín dominieren wirtschaftlich weiter die schon länger existierenden Standorte. So stellten im

KUBA: ENTWICKLUNGSPOTENTIALE EINER KARIBIKINSEL AUS NATUR- UND KULTURGEOGRAPHISCHER SICHT

Jahr 2006 Havanna und das bei Matanzas gelegene Varadero rund 59 Prozent aller Hotelbetten; in den fünf Jahren seit 2001 wurde die Bettenkapazitäten an diesen ohnehin starken Standorten um 21 Prozent erhöht (vgl. ONE 2008, S. XIII.8).

Neben den Versuchen, die geographische Aufteilung der Tourismusgebiete zu dezentralisieren, gibt es seit Ende der 1990er-Jahre Bestrebungen, neben dem dominierenden Strandtourismus auch die Städte und das Hinterland in Wert zu setzen. In die Sanierung der bisher eher nebensächlich für Städtetourismus genutzt

Abb. 8: Schutzgebietskategorien in Kuba und deren regionale Verteilung

1) Kulturlandschaftliches Erbe der Menschheit

- Viñales-Tal
- Paisaje arqueológico de las primeras plantaciones de café del sudeste de Cuba

2) Von der UNESCO anerkannte Weltbiosphärengebiete

- Halbinsel Guanacahabibes, Pinar del Río (101.500 ha) seit 1989
- Sierra del Rosario, Pinar del Río (25.000 ha) seit 1985
- Baconao, Santiago de Cuba (184.600 ha) seit 1989
- Cuchillas del Toa, Guantánamo (127.500 ha) seit 1989

3) Nationalparks

- Ciénaga de Zapata (größtes Sumpfgelände der Karibikinsel)
- Gran Parque Nacional Sierra Maestra, Granma
- Parque Nacional Desembarco del Granma, Granma
- Parque Nacional Turquino, Santiago de Cuba
- Parque Nacional Alejandro de Humboldt, Guantánamo

4) Weitere Schutzgebietskategorien

- Naturpark Naranjobucht
- Yumurí-Tal
- Valle de Los Ingenios (Tal der Zuckerfabriken)
- Topes de Collantes
- Mayabe-Tal
- Cayo Saetía
- Gran Piedra
- Baracoa

Quellen: ergänzt nach Stroh (2003, S. 62) und Kubanisches Fremdenverkehrsamt (2003, S. 71).

ten und unter UNESCO-Weltkulturerbeschutz stehenden Altstädte von Havanna, Cienfuegos und Santiago de Cuba sowie einiger weiterer Altstädte sollen laut Aussage des kubanischen Fremdenverkehrsministeriums bis ins Jahr 2010 rund 220 Millionen Euro investiert werden. Ferner sind die Errichtung von Themenparks, Golfplätzen und die Entwicklung von Konzepten für Ökotourismus Schritte in Richtung einer zunehmenden und geographisch weit reichenden Ausrichtung der Wirtschaft auf den Tourismus. Aktuell existieren in Kuba rund 20 unter Naturschutz stehende Gebiete, die teilweise bereits touristisch beworben werden und infrastrukturell erschlossen sind (siehe Abb. 8).

Hemmend wirkt sich die strikte Trennung von nationalem und internationalem Tourismus aus, die es bis vor kurzem kubanischen Staatsbürgern verbot, die für Ausländer reservierte touristische Infrastruktur zu nutzen. Damit wird die durchschnittliche Hotelauslastung landesweit zwangsläufig verringert. In diesem Zusammenhang drängt sich die Frage auf, warum Kubaner außerhalb der Parteihierarchie nicht an natur- und kulturräumlichen Potenzialen ihres Landes partizipieren (sprich „sich erholen“) dürfen. Allein zwischen 2001 und 2006 ging die Auslastung aller im jeweiligen Jahr existierenden Beherbergungsbetriebe von durchschnittlich 65 Prozent im Jahr 2001 auf 61 Prozent im Jahr 2006 zurück (ONE 2008, S. XIII.10). Im Jahr 2008 wurden von Raúl Castro einige Verbote für Kubaner aufgehoben, darunter sei auch eine Lockerung der Touristikvorschriften für den Inlandstourismus gewesen (vgl. Welt Online vom 4.4.2008).

Ferner ist die Existenz zweier verschiedener Währungen auf der Insel, dem nur im Tourismussektor eingesetzten konvertiblen und dem „normalen“ kubanischen Peso, ein Hemmnis für den Austausch der Wirtschaftssektoren untereinander. Der erzwungene Wechsel mitgebrachter Devisen in konvertible Peso durch die Touristen bringt der Regierung zwar Einkünfte, behindert aber die Akzeptanz und den Wertzuwachs des kubanischen Peso sowie das Wachstum der indirekt vom Tourismus lebenden Branchen wie Straßenverkäufer erheblich.

Urlauber am Palmenstrand von Varadero. Varadero ist das größte Tourismusgebiet und beliebteste Reiseziel Kubas. Bis vor kurzem galt auf Kuba die strikte Trennung von nationalem und internationalem Tourismus. **picture alliance/dpa**

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Fazit

Kuba besitzt in jeder Hinsicht enorme Gegensätze, große Entwicklungspotentiale und eine spannende Zukunft: angefangen bei den naturräumlichen Gegebenheiten, über die Wirtschaft, die sich aus diesem Naturraum heraus entwickelt hat und im 20. Jahrhundert gravierenden Veränderungen unterworfen war, bis hin zum politischen System des Sozialismus, das sehr langsam den Weg einer Marktwirtschaft einschlagen zu wollen scheint, ausgelöst durch Ereignisse, die zum Ende des letzten Jahrhunderts am entgegen gesetzten Ende der Welt stattgefunden haben. Aus den Zuckerrohr- und Tabakplantagen werden in der Neuzeit vielleicht Golfplätze und Themenparks, aus exklusiv den Ausländern vorbehaltenen Gunsträumen werden für alle Bewohner zugängliche Erholungszentren. Trotz wachsender Wirtschaft und guter Aussichten für den Tourismus ist es schwierig, einen bestimmten Weg Kubas in der Zukunft zu prognostizieren, da sich das System des Sozialismus aufgrund der Revolutionserfolge im Gesundheitswesen, Bildung und Arbeitsbeschaffung festgesetzt hat und derzeit in Verbindung mit anderen Staaten vor allem in Lateinamerika an Selbstbewusstsein gewinnt. Sicher ist jedoch, dass die Transformation des bestehenden Systems, im Gegensatz zu den schnellen Wechseln des 20. Jahrhunderts, sehr langsam und sukzessive voranschreitet, so dass Kuba seinen eigenen Weg finden kann.

LITERATUR

Adademia de Ciencias de Cuba (Ed.) (1969): Atlas Nacional de Cuba. La Havanna.
Ammerl, Thomas u.a. (2006): Kuba – Von der ökonomischen zur ökologischen Transformation? In: Glaser, Rüdiger/Krems, Klaus (Hrsg.) (2006): Nord- und Südamerika. Darmstadt, S. 126–137.
Auswärtiges Amt (2008): Länder, Reisen, Sicherheit: Kuba. Berlin; URL: www.auswaertigesamt.de (25.6.2008).
Bähr, Jürgen (2003): Kuba in der Krise – Wirtschaftliche und soziale Probleme eines sozialisti-

schen Entwicklungskonzeptes im Übergang zur Marktwirtschaft. In: Struck, Ernst (Hrsg.) (2003): Ökologische und sozioökonomische Probleme in Lateinamerika. Passauer Kontaktstudium Erdkunde 7. Passau, S. 127–139.
Bähr, Jürgen (1997): Der wirtschaftliche Wandel in Kuba: Reform oder Transformation. In: Geographische Rundschau, 11/1997, S. 624–630.
Bähr, Jürgen/Mertins, Günther (1989): Regionalpolitik und -entwicklung in Kuba 1959–1989. In: Geographische Rundschau, 1/1989, S. 4–13.
Buchardt, Hans-Jürgen (1994): Kuba im Umbruch. Ein Entwicklungsprozess zwischen Transformation und Stagnation. In: WSI Mitteilungen, 9/1994, S. 569–579.
Carasa Pereira, J./Domínguez Portillo, R. (Hrsg.) (1978): Atlas de Cuba. La Havanna.
CIA (Hrsg.) (2008): The World Factbook 2008. Washington.
Cubanisches Fremdenverkehrsamt (Hrsg.) (2003): Infomappe Kuba 7. Frankfurt.
DiePresse.com (2008): Fremdenverkehr: Kuba putzt seine Altstädte für Urlaubsgäste auf. Wien; URL: www.diepresse.com (18.1.2008).
Ette, Ottmar/Franzbach, Martin (Hrsg.) (2001): Kuba heute. Politik, Wirtschaft, Kultur. Biblioteca Ibero-Americana Bd. 75. Frankfurt am Main.
Göll, Edgar (2006): Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik in Kuba: Überblick und kritische Würdigung eines Weges zur Zukunftsfähigkeit. IZT Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung, Werkstattbericht Nr. 83. Berlin.
Henkel, Knut (1996): Kuba zwischen Plan und Markt. Die Transformation zur „dualen Wirtschaft“ seit 1985. Demokratie und Entwicklung 21. Hamburg.
Hoffmann, Bert (Hrsg.) (1996): Wirtschaftsformen in Kuba. Konturen einer Debatte. Schriftenreihe des Instituts für Ibero-Amerika-Kunde Hamburg, Heft 138. Frankfurt am Main.
Hoffmann, Bert: Kubas Wirtschaft in Zahlen. Lateinamerika. In: Analysen-Daten-Dokumentationen, 30/1995, S. 51–63.
Klima, Andreas/Kulke, Elmar (Hrsg.) (2000): Kuba. Bericht zur wirtschaftsgeographischen Hauptexkursion 1999. Berlin.
Knippert, Ulrich (Hrsg.) (2007): Haack Weltatlas, Edition Baden-Württemberg. Gotha/Stuttgart.
Kohlhepp, Gerd/Förster, Horst u. Pachner, Heinrich (Hrsg.) (2003): Kuba. Exkursion vom 8. bis zum 29. September 2001 (Exkursionsbericht). Tübingen.
Kohlhepp, Gerd/Förster, Horst u. Pachner, Heinrich (Hrsg.) (2001): Reader zur Kuba-Exkursion vom 8.9. bis 28.9.2001. Tübingen.
König, Hans-Joachim (2006): Kleine Geschichte Lateinamerikas. Bonn.
Mathéy, Kosta (Hrsg.) (1994): Phänomen Cuba. Alternative Wege in Architektur, Stadtentwicklung und Ökologie. Karlsruhe Städtebauliche Schriften Bd. 2. Karlsruhe.
Mertins, Günther (2003): Städtetourismus in Havanna (Kuba). In: Geographische Rundschau, 3/2003, S. 20–25.

KUBA: ENTWICKLUNGSPOTENTIALE EINER KARIBIKINSEL AUS NATUR- UND KULTURGEOGRAPHISCHER SICHT

Mertins, Günther/Nuhn, Helmut (Hrsg.) (2001): Kubas Weg aus der Krise: Neuorganisation der Produktion von Gütern und Dienstleistungen für den Export. Marburger Geographische Schriften, Bd. 138. Marburg/Lahn.
Oficina Nacional de Estadísticas/ONE (Hrsg.) (2008): Anuario Estadístico de Cuba 2007. Havanna 2008.
Oficina Nacional de Estadísticas/ONE (Hrsg.) (2000): Anuario Estadístico de Cuba 2001. Havanna 2000.
Pachner, Heinrich: El Centro de Caracas en Cambio. Procesos actuales en zonas históricas de una metropolis (Vortrag mit 12 Seiten Text + Abbildungen). In: Mathéy, Kosta/Bancroft, Ruben (Hrsg.) (1998): Shelter and Revitalization of Old and Historic Urban Centres. Havanna.
Ruiz, F. J. (2006): Ein weiterer Riss in der Mauer. Berichte und Zeugnisse der Neuen Kubanischen Presse. Buenos Aires.
Sevilla, Rafael/Rode, Clemens (Hrsg.) (1993): Kuba. Die isolierte Revolution? Bad Honnef.
Stroh, Steffen (2003): Tourismus-Destination Kuba: Analyse von seitheriger Entwicklung, Perspektiven und Risiken des Tourismus auf Kuba. Tübingen.
United Nations CEPAL (Hrsg.) (2008): Anuario Estadístico de América Latina y el Caribe. Statistical Yearbook of Latin America and the Caribbean 2007. Santiago de Chile.
United Nations (Hrsg.) (1983): Economic Survey of Latin America and the Caribbean 1983. Volume 1. New York.
Wehrhahn, Rainer/Widderich, Sönke: Tourismus als Entwicklungsfaktor im kubanischen Transformationsprozess. In: Erkunde 1-4/2000, S. 93–107.
Welt Online (2008): Kubas Flirt mit der freien Marktwirtschaft. Berlin; URL: www.welt.de (4.4.2008).
Widderich, Sönke (2002): Die sozialen Auswirkungen des kubanischen Transformationsprozesses. Kieler Geographische Schriften Bd. 106. Kiel.
Wilkie, James W. (Hrsg.) (1981): Statistical Abstract of Latin America. UCLA Latin American Center Publications, Vol. 21. Los Angeles.
World Tourism Organization (Hrsg.) (2006): Tourism in Iberoamerica. Madrid.

ANMERKUNGEN

1 „Muchas gracias“ für die wertvolle Unterstützung bei Karten, Texten und Abbildungen an Herrn Benjamin Pape.

Prof. Dr. Heinrich Pachner, Regionalwissenschaftler (Schwerpunkt Lateinamerika), Lehrstuhl für Wirtschaftsgeographie und Regionalstudien, stellvertretender Direktor des Geographischen Instituts der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Heinrich Pachner arbeitet seit über 30 Jahren zu wirtschafts- und kulturgeographischen Themen vor allem in Bolivien (Koordinator der Bolivien-Arbeitsgruppe der ADLAF in Deutschland), Venezuela und der Karibik.

UNSER AUTOR

Kuba: Vom Objekt zum Subjekt im historischen Prozess? Ein historischer Überblick

Hans-Joachim König

Hans-Joachim König beschreibt Kubas langen Weg in die Unabhängigkeit, die erst nach 500 Jahren der Fremdherrschaft erreicht werden konnte. 1492 von Kolumbus entdeckt, wurde Kuba Teil des spanischen Kolonialreiches. Nur wenige indianische Ureinwohner überlebten die Eroberung, so dass ab 1522 Sklaven aus Westafrika für die Arbeit auf den Zuckerrohrplantagen auf die Insel gebracht und ausgebeutet wurden. Havanna entwickelte sich zu einem wichtigen Brückenkopf für die Eroberung Amerikas und zu einem Handelszentrum für Tabak und Zucker. Der eigentliche Zuckerboom auf Kuba begann Ende des 18. Jahrhunderts, ausgelöst durch den Sklavenaufstand in Haiti, der zum Niedergang der dortigen Zuckerherstellung führte. Während sich rund um Kuba die Loslösung ehemaliger Kolonien von Spanien vollzog, blieb Kuba – nicht zuletzt durch das Festhalten der Zuckeroligarchie am kolonialen Status – die „immer treue Insel“ Spaniens. Wachsendes kreolisches Selbst- und Nationalbewusstsein führte zum ersten Unabhängigkeitskrieg (1868–1878) gegen Spanien, in dessen Folge einige Reformen zugestanden wurden, aber noch nicht die Unabhängigkeit. Unter José Martí, dem Nationalhelden Kubas, begann 1895 der zweite Unabhängigkeitskrieg, in den die USA intervenierten. Kuba erhielt zwar seine Unabhängigkeit, jedoch als „Republik“ von Amerikas Gnaden. Das Präsidenten- und Regierungskarussell drehte sich bis 1959. Castros Überfall auf die Moncada-Kaserne im Jahre 1953 war der Auftakt zur Revolution, die 1959 mit dem Einmarsch der „Bärtigen“ in Havanna und Santiago de Cuba ihren Schlusspunkt findet. Der Aufbau des sozialistischen Kubas vollzog sich in der Großwetterlage des Kalten Krieges. Die Kuba-Krise brachte die Welt 1962 an den Rand eines dritten Weltkrieges. Der Zusammenbruch der UdSSR stürzte Kuba Anfang der 1990er-Jahre in seine schwerste Wirtschaftskrise. Man darf nach dem „Herbst“ des Patriarchen Castro gespannt sein, wie die Entwicklung in Kuba weitergeht. |

Kuba gehörte zu den Inseln, die Kolumbus schon 1492 auf seiner ersten Westfahrt über den Atlantik auf der Suche nach einem Seeweg nach Indien entdeckte. Der Kupferstich von Theodor de Bry aus dem Jahre 1596 stellt die Landung auf Guanahani (heute: San Salvador) am 12. Oktober 1492 dar. **picture alliance/dpa**

Die Bedeutung Kubas im spanischen Kolonialreich

Entdeckung und Kolonialisierung

Kuba, die größte der Antilleninseln, gehörte zu den Inseln, die Kolumbus schon

1492 auf seiner ersten Westfahrt über den Atlantik auf der Suche nach einem Seeweg nach Indien für Spanien und die Alte Welt entdeckte. Nach den ersten Berührungen mit fremden Inseln seit dem 12. Oktober stieß er am 27. Oktober auf die Nordküste von Kuba, spanisch Cuba.

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Dieser Name geht wohl auf eine Bezeichnung in der Aruak-Sprache der Taínos, der Hauptgruppe der Inselbewohner, zurück, die „fruchtbares Land“ oder „Garten“ bedeutete. Die ersten Erkundungen brachten nur eine geringe Ausbeute an Gold, aber zahlreiche Belege für den landwirtschaftlichen Reichtum der Insel. Doch wurde Kuba von den Spaniern anfangs nicht weiter beachtet. Die Spanier eroberten zunächst die Nachbarinsel Hispaniola (heute Haiti und Dominikanische Republik) und entwickelten dort die wichtigsten kolonialen Verwaltungseinrichtungen und wirtschaftlichen Ausbeutungsinstrumente. Erst ab 1510/1511 erfolgte die endgültige Eroberung der Insel.

1510 betraute Vizekönig Diego Colón, Sohn von Christoph Kolumbus, den erfahrenen und bewährten Eroberer und Siedler auf Hispaniola Diego Velázquez mit der endgültigen Eroberung von Kuba. Dieser segelte Anfang 1511 mit einer Expedition von ungefähr 300 Mann zur Nachbarinsel. Auf die brutale Unterwerfung der von Haus aus friedlichen Inselbewohner folgte dann die Besiedlung Kubas in der üblichen Form der Städtegründung (Havanna 1514/1519 an der Nordwestküste, Santiago de Cuba 1515 an der Südostküste), der Landzuweisung an spanische Siedler und der Zuteilung indianischer Arbeitskräfte. Bartolomé de Las Casas, der die Expedition als Feldgeistlicher

KUBA: VOM OBJEKT ZUM SUBJEKT IM HISTORISCHEN PROZESS? EIN HISTORISCHER ÜBERBLICK

begleitete, gibt in seiner „*Historia de las Indias*“ (Buch III, Kap. XXV) einen erschütternden Einblick in die Verhaltensweisen der Spanier und ihre Einstellung zu den unterworfenen und zur Arbeit dienstverpflichteten Indios, die in den Augen der Spanier nicht mehr als „Stücke“ (piezas) waren, so als ob sie von soundso viel Stück Vieh sprachen.

Wie auf den anderen Antilleninseln begann auch auf Kuba ein Massensterben der Urbevölkerung. Binnen kurzer Zeit starben von den 200.000 Menschen, die bei der Ankunft der Spanier auf Kuba lebten, bis zu 90 Prozent. Dieser dramatische Bevölkerungsrückgang wurde verursacht nicht nur durch die gewaltsame Unterwerfung, sondern auch durch Ausbeutung und Arbeitsüberlastung sowie durch für die Indios bisher ungekannte Krankheiten. In dem Maße, wie sich das Arbeitskräftereservoir erschöpfte und durch Sklavenjagden auf Indios an der Küste Südamerikas oder zunehmend durch Negerklaven aus Afrika ersetzt werden musste, wie ferner die anfangs lohnende Goldgewinnung zurückging und die wirtschaftliche Betätigung sich auf eine noch wenig ergiebige Landwirtschaft beschränkte, richtete sich das Interesse der spanischen Siedler auf das amerikanische Festland und auf die Entdeckung weiterer Gegenden, wo sie leichter Reichtum und Gold zu finden hofften. Wie Hispaniola wurde auch Kuba zu einer Operationsbasis für die Eroberung des amerikanischen Festlands, indem es nicht nur Nahrungsmittel, sondern auch Menschen bereitstellte.

Aktionsraum europäischer Kolonialmächte

Die Eroberung und Besiedlung Mexikos (ab 1519) und Perus (ab 1533) brachte für die Karibik insgesamt eine gewisse Vernachlässigung mit sich. Denn mit den Bergbauregionen an der Westküste Amerikas, auf die sich wegen der Edelmetallvorkommen und deren lukrativen Abbau das Hauptinteresse der spanischen Kolonisierungs- und Wirtschaftspolitik richtete, konnte sie als Anbaugbiet von weitgehend für den Eigenbedarf bestimmten landwirtschaftlichen Produkten nicht konkurrieren. Bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts blieben Kuba, Hispaniola und Puerto Rico letztlich nur wegen ihrer Schutzfunktion für die mit Edelmetall beladenen spanischen Flotten wichtig. Die kleineren Inseln in der Karibik waren erst gar nicht besiedelt worden, was dazu führte, dass sie von den europäischen Rivalen Spaniens England, Frankreich und den Nie-

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

derlanden besetzt wurden und diesen als Stützpunkte für illegalen Handel oder für Piraterie dienten. 1623 kamen die Engländer nach St. Christopher/St. Kitts und 1627 nach Barbados. Die Holländer eroberten 1634 Curaçao vor der Küste Venezuelas und bauten die Insel zu einem Stützpunkt für den Schmuggelhandel mit Venezuela aus. 1635 besetzten die Franzosen Martinique und Guadeloupe. 1655 ging Jamaika, das ab 1509 unter spanischer Herrschaft gestanden hatte, an die Engländer verloren und wurde ebenfalls zu einem Schmuggelzentrum für die Karibik ausgebaut. Im Frieden von Rijswijk, 1697, musste Spanien den Westteil der Insel Hispaniola, wo schon seit 1665 französische Niederlassungen nicht mehr hatten abgewehrt werden können, an Frankreich abtreten; hier entstand die französische Kolonie Saint-Domingue.

Im Schnittpunkt dreier Meeresstraßen

Aus dieser Situation, d. h. die Karibik als Ziel- und Auslaufregion der spanischen Silber- und Versorgungsflotten und als Aktionsraum europäischer Rivalen, erwuchs Kuba wegen seiner strategischen Lage in der Karibik eine neue Bedeutung. Denn die Insel lag im Schnittpunkt von drei wichtigen Meeresstraßen, auf denen sich wegen der Winde und Strömungen die Schiffsverbindung zwischen Spanien und Amerika abspielte, d. h. der Passage südlich der großen Antillen, die den Atlantik mit der westlichen Karibik bis nach Zentralamerika verbindet; der Passage entlang der zentralamerikanischen Küste bis Yucatán in den Golf von Mexiko und der Passage aus dem Golf von Mexiko durch die Floridaenge in den Atlantik.

Diesen für die Segelschiffahrt der damaligen Zeit wichtigen Bedingungen trugen die Spanier bei ihrem Amerikahandel Rechnung. Insgesamt organisierten sie den Handelsaustausch als einen geschlossenen Wirtschaftsraum zwischen Mutterland und ihren Kolonien, indem sie bestimmte Routen und Auslauf- bzw. End- und Zielhäfen festlegten, vor allem aber ausländische Kaufleute und Schiffe ausschlossen. Spaniens einziger Ausfahrhafen war Sevilla bzw. nach 1711 Cádiz, wo die führenden Sevillaner Kaufmannsfamilien, die den Amerikahandel betrieben, 1543 die Erlaubnis von der Krone erlangten, sich zu einer Kaufmannschaft (*Consulado*) mit eigener Gerichtsbarkeit in Handelsdingen zusammenschließen zu dürfen. Die Sevillaner Großkaufleute erreichten es auch, dass ab 1543 der gefährliche Verkehr von Einzelschiffen nach Westindien und Amerika verboten wurde und seitdem nur einmal jährlich das Auslaufen von mehreren Schiffen als geschlossener Konvoi-Verband, als *flota*, und unter Bedeckung von Kriegsschiffen erlaubt war.

Dadurch sollte nicht nur ihr Monopol, sondern auch der Schutz vor feindlichen Nationen oder deren Piraten gewährleistet werden.

Der ab 1564 streng geregelte transatlantische Handelsaustausch vollzog sich unter Berücksichtigung von Wind und Strömungen auf der Westindienroute, der *Carrera de las Indias*. Die Mexikoflotte, die *flota*, stach im April in See. Sie passierte nach der Atlantiküberquerung die kleinen Antillen in Höhe von Dominica, segelte südlich an den großen Antillen vorbei, entließ einzelne Schiffe in die dortigen Häfen San Juan, Santo Domingo, Santiago de Cuba und landete schließlich im Zielhafen Veracruz, von wo aus der Weitertransport ins Landesinnere von Neu-Spanien erfolgte bzw. wo die Schiffe mit den mexikanischen Waren und dem Silber beladen wurden. Die im August aufbrechende Perufflotte, nach dem Typ des spanischen kombinierten Kriegs- und Handelsschiffes, der *Galeone*, benannt *galeones*, fuhr auf einer südlichen Route in den Karibikraum, nördlich an Trinidad vorbei, segelte dann an der venezolanischen und neu-granadinischen Karibikküste entlang, entließ unterwegs Schiffe in die dortigen Häfen Maracaibo, Santa Marta, landete dann in Cartagena de Indias/Neu-Granada und schließlich am eigentlichen Zielhafen Nombre de Dios/Portobello auf dem Isthmus von Panama. Dort wurden die für Peru bestimmten Waren entladen bzw. die von dort kommenden Güter, die Silbertransporte, geladen. Diese Güter wurden auf dem Landweg über die mittelamerikanische Landenge von bzw. nach Panamá-Stadt an der Pazifikküste auf Maultieren transportiert. Beide Atlantikflotten überwinterten in den jeweiligen Zielhäfen. Zur gemeinsamen Rückfahrt über den Atlantik trafen sie sich dann im März/April in Havanna auf Kuba, wo noch einmal gebunkert wurde und von wo aus sie mit ihrer wertvollen Fracht die gefährliche, d. h. wegen der Piraten gefährdete Rückreise gemeinsam antraten.

Die strategische Rolle Havannas

Damit kam Kuba eine wichtige Schutzfunktion zu, von der besonders die Hafenstadt Havanna und die dort lebenden Spanier und ihre auf Kuba geborenen Nachkommen, die Kreolen, profitierten, zumal dann, als das Verwaltungszentrum der Insel, das bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts in Santiago de Cuba lag, faktisch dadurch nach Havanna verschoben wurde, dass dieses 1607 neben Santiago zu einem eigenen Gouvernement (*Gobernación*) erhoben wurde, deren Gouverneur und Generalkapitän dem von Santiago übergeordnet war.

Die strategische Rolle Havannas kam auch darin zum Ausdruck, dass hier im

Jahr 1723 eine königliche Werft errichtet wurde und neben Puerto Rico die im karibischen Raum operierende spanische Marine konzentriert war. Das alles machte Havanna allerdings auch zu einem begehrten Objekt anderer europäischer Mächte, die im karibischen Raum Spanien die Vorherrschaft streitig machten. Das zeigte sich besonders in Kriegen, wenn europäische Auseinandersetzungen auch in den Kolonien ausgetragen wurden bzw. sich auf sie auswirkten. Bedrohungen gingen vor allem vom Rivalen England aus, das im 17. Jahrhundert in der Karibik Stützpunkte wie Jamaika (1655) erworben und ausgebaut hatte und die Handelsverbindungen zwischen Spanien und Amerika bedrohte. Während des Spanischen Erbfolgekriegs (1701–1713) brachen fast alle Schiffsverbindungen Kubas mit Spanien zusammen, und in den Vereinbarungen des Friedens von Utrecht 1713 erlangte England offiziellen Zugang zum spanischen Kolonialbereich, indem die South Sea Company den Vertrag (*Asiento*) für Sklavenversorgung auf einem Schiff pro Jahr erhielt. In den außereuropäischen Auseinandersetzungen des Siebenjährigen Krieges (1756–1763) gelang es den Engländern 1762 sogar, Havanna einzunehmen und für ein knappes Jahr besetzt zu halten. Im Frieden von Paris 1763 erhielt Spanien gegen die Abgabe von Florida an England Havanna wieder zurück – und als Ausgleich von Frankreich dazu noch die riesigen Gebiete Louisianas westlich des Mississippi.

Zentrum spanischer Präsenz in Amerika

Um Havanna, Kuba und die Karibik besser verteidigen zu können, erhob die spanische Krone im Rahmen der so genannten Bourbonischen Reformen, d. h. ihrer Anstrengungen, Spanien zu modernisieren und die frühere Weltgeltung wieder zu erlangen, die Provinz Kuba 1764 zu einer Verwaltungseinheit mit Militärfunktionen, zum Generalkapitanat, zu dem auch die riesigen Gebiete Louisianas gehörten. Außerdem ließ sie die Festungsanlagen von Havanna ausbauen und auf Kuba das Militärwesen reorganisieren. Permanente Milizen mit kreolischen Offizieren aus den einflussreichen Familien der Großgrundbesitzer wurden aufgestellt, womit die sonst von hohen politischen Posten ausgeschlossenen Kreolen neue Ehrenämter erhielten. Für die Verteidigungsanstrengungen und die mit ihnen verbundenen finanzpolitischen Fragen setzte die Krone einen Heeres- und Finanzintendanten ein, der, wie bei allen Posten üblich, aus Spanien kam. Die für diese Maßnahmen erforderlichen Finanzen brachte die spanische Krone u. a. durch das Kronmonopol für Tabak auf, das seit 1717 sehr zum Ärger der privaten Tabakbauern den Aufkauf bestimmter

Mengen von Tabak zu festgesetzten Preisen und den Transport nach Europa zum dortigen Verkauf regelte. Insgesamt entwickelte sich Kuba zum Zentrum der spanischen Präsenz in Amerika, das auch von Spaniens neuen Handelsregelungen profitierte. Denn seit 1765 nahm die spanische Krone eine schrittweise Liberalisierung des Handels zwischen Mutterland und Kolonien vor. Die Besetzung Havannas durch die Engländer und das Wirken englischer Kaufleute, die Kuba und sogar Neu-Spanien (Mexiko) mit englischen Waren belieferten, hatten die Vorzüge eines freieren Handels vor Augen geführt. So schaffte die spanische Krone 1765 in einem ersten Schritt die Steuern ab, die den Handel mit den Antillen belasteten, und erlaubte, dass die Kaufleute der Karibikinseln auch mit anderen als den bisher üblichen Häfen Sevilla und Cádiz Handel trieben. Und Schiffe aus Havanna mussten sich nicht mehr den Flotten anschließen, sondern durften als registrierte Schiffe den Atlantik überqueren. Das berühmte Freihandelsreglement vom 12. Oktober 1778 bedeutete dann die endgültige Abschaffung des bisherigen monopolistischen Systems und die Formulierung eines freieren Handels.

Kuba im Kontext der lateinamerikanischen Unabhängigkeitsbewegungen

Kreolisches Selbst- und wachsendes Nationalbewusstsein

In der Umbruchzeit des ausgehenden 18. Jahrhunderts machten sich zahlreiche kubanische Kreolen Gedanken über die Entwicklung ihrer Insel und ihren Status als abhängige Kolonie. Dabei zeigte sich eine wachsende Identifizierung mit ihrem Vaterland Kuba. Anregungen erhielten sie durch verschiedene Einrichtungen, mit denen Spanien im Sinne aufklärerischer, d.h. modernisierender Bestrebungen Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung geben wollte. Das Zentrum dieser Bestrebungen war die 1792 gegründete Königliche Patriotische Gesellschaft von Havanna (*Real Sociedad Patriótica de la Habana*), deren wichtigster Sprecher Francisco Arango y Parreño, ein kreolischer Jurist und Ökonom, in zahlreichen Schriften und Eingaben die Probleme und Hindernisse, aber auch die Möglichkeiten der Entwicklung Kubas darlegte und dabei weder die Interessendivergenzen zwischen Europaspaniern und Kreolen noch die von den kubanischen Kreolen als Diskriminierung empfundene politische Ungleichheit verschwieg. Die Kreolen standen zwar mit den Spaniern gemeinsam an der Spitze der hierarchisch und durch die Hautfarbe gegliederten Gesellschaft und verfügten als Kaufmannselite oder Pflan-

zeraristokratie über Wohlstand, fühlten sich aber von politischen Entscheidungen ausgeschlossen.

Doch während in den anderen spanischen Kolonien in Amerika vor allem wegen der politischen Ungleichheit ab 1808 die Unabhängigkeitsbewegungen begannen und in den beiden ersten Dekaden des 19. Jahrhunderts souveräne Staaten entstanden, blieben Kuba und Puerto Rico spanisch. Das ist nur auf den ersten Blick verwunderlich. Denn die historische Entwicklung Kubas im ausgehenden 18. Jahrhundert vollzog sich zwar ähnlich wie die in den übrigen Teilen des spanischen Imperiums, unterschied sich aber doch auch wieder sehr. Das hatte mit Veränderungen zu tun, die u. a. von außen angestoßen waren.

Zuckerboom und Sklavenhandel

In dieser Zeit nämlich machten die Kräfte des Marktes den Zucker zum dominierenden Faktor der wirtschaftlichen Aktivitäten auf der Insel, und dieser Wandel berührte und veränderte sowohl die Beziehungen zwischen Metropole und der Insel als auch die Beziehungen der Kolonialgesellschaft, die zwischen Weißen und Schwarzen sowie die zwischen den Weißen selbst, d.h. zwischen Kreolen und Europaspaniern. Ausgangspunkt dieses Wandels war der Sklavenaufstand 1791 auf Saint-Domingue (Haiti). Innerhalb eines Jahrzehnts brach die Produktion in der französischen Kolonie zusammen, wodurch die wichtigsten Lieferanten von Zucker, Kaffee und Kakao entfielen. Gerade mit diesem Zusammenbruch von Saint-Domingue ergaben sich unerwartete, aber günstige Möglichkeiten für die kubanischen Produzenten. Denn der Produktionsrückgang auf Saint-Domingue bedeutete einen Boom für die Zuckerproduzenten auf Kuba, wo es seit dem 16. Jahrhundert Zuckerplantagen gab. Nun profitierte dieser bisher schwach entwickelte Wirtschaftssektor von dem Zustrom von ca. 30.000 Siedlern, die bis 1808 vor den revolutionären Exzessen der Nachbarinseln nach Kuba flohen. Sie brachten nicht nur Kapital und Kenntnisse nach Kuba, sondern erhöhten auch die Arbeitskräfte. So weiteten sich seit dem Ende des 18. Jahrhunderts die Zuckerplantagen von der Umgebung von Havanna immer weiter ins Landesinnere Richtung Matanzas aus. Andere Zuckerzentren entstanden in der Nähe der südlichen Häfen in der Gegend von Trinidad und Santiago. Die Zahl der Zuckermühlen (*ingenios*) stieg von 529 im Jahr 1792 auf ungefähr 1.000 im Jahr 1827; und die Produktion wuchs von 19.000 Tonnen auf 73.000 im Jahr 1829.

Diese Entwicklung rief ihrerseits weitere gesellschaftliche Veränderungen hervor, denn die Ausweitung der Zuckerproduktion erforderte zusätzliche Arbeitskräfte.

Nun war zwar in Kuba die Sklaverei schon früh im 16. Jahrhundert eingeführt worden und hatte sich auch ausgeweitet, aber bis zum Ende des 18. Jahrhunderts stand die Arbeit von afrikanischen Sklaven nicht im Zentrum der wirtschaftlichen Produktion. Sklaven waren hauptsächlich in häuslichen oder städtischen Diensten, nicht in der Agrarwirtschaft tätig. Das änderte sich nun mit dem Zuckerboom.

Mit ihm verschoben sich die Gewichte zwischen den drei gesellschaftlich wichtigen Gruppen der kubanischen Gesellschaft, d.h. zwischen den Europaspaniern, den Kreolen und den Farbigen. Gerade deren Mitglieder, besonders die Sklaven auf den Zuckerplantagen, wurden immer wichtiger, und ihr prozentualer Anteil an der Bevölkerung wuchs. Sklaven waren oder wurden die Quelle des Reichtums der Plantagenbesitzer. Seit 1780 besaß die Insel die Erlaubnis, Sklaven zu importieren, und ab 1790 gelangten jährlich 7.500 Afrikaner als Sklaven nach Kuba. Spanien selbst war in den Sklavenhandel eingetreten, seitdem es 1778 durch Abtretung von Portugal die afrikanische Insel Fernando Póo erhalten hatte, und nicht mehr auf die Zulieferung durch andere europäische Mächte angewiesen war. Nach den Zahlen des Zensus von 1792 gab es etwa 85.000 afrikanische Sklaven und circa 54.000 freie Farbige. Schon 1810 hatten sich diese Zahlen fast verdoppelt: Jetzt lebten auf Kuba über 217.000 Sklaven und 109.000 freie Farbige. Das bedeutete, dass der Bevölkerungsanteil der Weißen gegenüber freien Farbigen und Sklaven abnahm und sich im Jahr 1817 nur noch auf 43 Prozent belief.

Die kreolische Oligarchie, die sich seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert zu organisieren und der Kolonialverwaltung wie auch der Regierung in Madrid ihre wirtschaftlichen und politischen Vorschläge zu unterbreiten begann, erreichte es sogar, dass die verschiedenen spanischen Regelungen bezüglich Sklavenhandel und Sklaverei für Kuba nicht galten. Seit 1790 durfte Kuba Handel mit Neutralen, vor allem mit nordamerikanischen Schiffen treiben, und 1795 wurde auf Initiative von Francisco de Arango y Parreño die Königliche Kaufmannschaft für Landwirtschaft und Handel von Havanna (*Real Consulado de Agricultura y Comercio de la Habana*) errichtet, die als Zentrum für Vorschläge zur Entwicklung von Wirtschaft und Handel diente.

Nun erfolgte die neue wirtschaftliche Prosperität in Kuba zu einem Zeitpunkt politischer Rebellion und sozialer Proteste in den außereuropäischen Kolonien

Frankreichs und Spaniens. Und diese zeitliche Parallelität bestimmte das Verhalten der kubanischen Kreolen, der so genannten Zuckeraristokratie (*sacarocracia*), die unter anderen Umständen womöglich anders agiert hätte. Die verschiedenen Sozial-Rebellionen im Karibischen Raum (z.B. Saint-Domingue, Coro in Venezuela) machten nämlich deutlich, wie fragil die sozialen, politischen und militärischen Kräfte waren, die für den Erhalt der Sklaverei notwendig waren. Die Nachfrage der Zuckerproduzenten nach immer mehr Sklaven, mit denen die Produktionssteigerungen nur zu erreichen waren, fiel mit dem Niedergang des legalen Sklavenhandels zusammen und erfolgte zu einer Zeit, als die Sklaverei sowohl von den Sklaven auf Kuba selbst, als auch von europäischen Staaten wie England in Frage gestellt wurde.

Die „immer treue Insel“

Als die anderen amerikanischen Kolonien sich von Spanien zu lösen begannen, erschien es deshalb der kubanischen Zuckeroligarchie sinnvoll, den kolonialen Status beizubehalten. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts sahen viele kubanische Kreolen keine bessere Alternative zur spanischen Herrschaft, von der sie die Bereitstellung ausreichender Arbeitskräfte, die Weiterführung der Sklaverei und den Schutz vor Sklaven-Rebellionen gewährleistet sahen. Beim spanischen Mutterland zu bleiben, schien politische Stabilität, soziale Ordnung und wirtschaftliche Prosperität zu garantieren. Im Übrigen sollte die militärisch-politische Präsenz Spaniens dazu dienen, die bisherige hierarchische koloniale Struktur in Kuba aufrechtzuerhalten.

Während also in den spanisch-amerikanischen Regionen des Festlandes die kolonialen Beziehungen wegen der Interessendivergenzen zwischen Kreolen und Spaniern zerbrachen, erhielten sie in Kuba neues Leben. Das hieß nicht, dass die kreolische Oberschicht mit dem Kolonialstatus vollkommen zufrieden gewesen wäre. Als im Juli 1808 die Nachricht vom erzwungenen Rücktritt Ferdinands VII. bekannt wurde, verfasste Arango eine Bittschrift mit dem Ziel, eine kubanische Oberste Junta (*Junta Suprema Provincial*) zu bilden; allerdings ohne Erfolg, denn gerade die Offiziere der Milizen verweigerten ihre Unterschrift. Auch andere Autonomiebewegungen waren nicht stark genug, um mit dem Projekt der Zuckerproduzenten erfolgreich zu konkurrieren. Diese waren um Regelungen bemüht, die ihnen die Kontrolle über die Produktion, den Schutz ihres Grundbesitzes und auch eine gewisse politische Beteiligung zumindest auf lokaler Ebene zusicherten, sie also von der spanischen Ordnungsmacht profitieren ließen. Arango y Parreño formulierte entsprechende politische Vor-

schläge für eine größere politische Autonomie, allerdings ohne großen Erfolg. Mehr Erfolg hatten die Kreolen in Bezug auf wirtschaftliche Zugeständnisse. Als das spanische Ständeparlament, die Cortes, in Cádiz (1810–1812) die Abschaffung des Sklavenhandels in Amerika diskutierte, wies der kubanische Delegierte Jauregui auf die negativen wirtschaftlichen Folgen dieser Maßnahme für Kuba hin. Und tatsächlich ging die Krone in der zweiten Phase der Unabhängigkeitskriege auf dem Kontinent auf die Proteste der kubanischen Kreolen ein, schon um sich Kubas als einer stabilen Basis ihrer verbleibenden Macht in Amerika zu versichern. Der Sklavenhandel wurde fortgeführt, und die Zwangsimmigration von Afrikanern nach Kuba nahm zu. Ein zusätzlicher Schmuggelhandel stellte die für die Zuckerproduktion erforderlichen Arbeitskräfte bereit und diente damit sowohl den wirtschaftlichen Interessen der kubanischen Produzenten als auch der Staatskasse der spanischen Regierung. Zwar musste Spanien 1817 in einem Vertrag mit England das Verbot des Sklavenhandels aussprechen, was keinesfalls dessen Ende bedeutete; allenfalls nahmen die Risiken zu, stiegen die Preise und wuchsen die Vorteile der Sklavenhändler und der öffentlichen Beamten. Überdies wurde im Jahr 1817 das königliche Monopol für Tabak abgeschafft, wodurch sich dessen Produktion ausweitete. Im folgenden Jahr verbesserten sich die Außenhandelsbedingungen ganz entscheidend. Andere Dekrete (Oktober 1817 und 1819) ermöglichten die Einwanderung von Weißen und den freien Kauf und Verkauf von Grund und Boden, was für das Zahlenverhältnis von Weißen und Schwarzen wichtig war. Weitere Reformen zur Qualitätsverbesserung der Grundschulbildung oder zur Errichtung spezieller Fachschulen für Handel, Produktion und Landwirtschaft ließen ebenfalls positive Auswirkungen für die Wirtschaft erwarten.

Auch wenn es der kreolischen Oberschicht während der Krise des Spanischen Imperiums nicht gelang, für sich einen Teil der politischen Macht zu erlangen, eröffneten ihr die wirtschaftlichen Maßnahmen neue Möglichkeiten, ihren Einfluss in der Kolonialgesellschaft zu steigern. Externe und interne Faktoren einer wirtschaftlichen Entwicklung, von der eine entscheidende Gruppe der kubanischen Elite profitierte, führten zu einer Stabilisierung der kolonialen Beziehungen, wodurch Kuba zur „immer treuen Insel“ (*la siempre fiel isla*) wurde. Die dominante Gruppe der Zuckerproduzenten war sich zwar des kolonialen Status bewusst, aber anstatt ihn mit einem anticolonialen Nationalismus zu attackieren, bediente sie sich des kolonialen Systems zu ihrem eigenen Vorteil.

Von sicherheitsbedingter Treue zur späten Unabhängigkeit

Erster Unabhängigkeitskrieg gegen Spanien

Als die anderen Kolonien den kolonialen Status überwandten und sich vom Mutterland lösten, hielt die dominante Gruppe der Zuckerproduzenten am kolonialen Status fest, um von ihm zu profitieren. Das hieß konkret, dass sie für die am Beginn des 19. Jahrhunderts in Gang gekommene Expansion der Zuckerproduktion weiterhin nicht nur die Versorgung mit der erforderlichen Arbeitskraft von Sklaven, sondern auch die Disziplinierung der Sklavengesellschaft durch das Mutterland und seine Militärmacht erwartete. Immerhin gab es in der Zeit von 1825 bis 1850 fast 90 Erhebungen von Feldsklaven und 1843/44 sogar den Versuch einer Revolution von städtischen Farbigen mit weißen Verbündeten, bei der über 4.000 Verdächtige verhaftet wurden. Solange also während des 19. Jahrhunderts die Frage der Sklaverei virulent war, – und um die Mitte des Jahrhunderts machte die Gesamtzahl der Sklaven mit 43 Prozent und der freien Farbigen mit 15 Prozent mehr als die Hälfte der kubanischen Bevölkerung aus – hatten diese ökonomischen und Sicherheitsinteressen Priorität gegenüber Forderungen nach politischer Souveränität und bewogen die einheimischen Pflanzer, die spanische Herrschaft zu ertragen, allenfalls mehr Autonomie zu verlangen. Deshalb fanden kreolische Verschwörungen wie die von 1823 oder diejenigen in den 1850er-Jahren keine allgemeine Unterstützung.

Breitere Forderungen und Bestrebungen nach mehr Autonomie, ja nach Souveränität, die zum so genannten Zehnjährigen Krieg von 1868 bis 1878, dem ersten Krieg um die Unabhängigkeit führten, wurden erst in der Zeit erhoben, als in den 1860er- und 1870er-Jahren die Sklavenfrage ihre Problematik verlor, d.h. sowohl der Anteil der Sklaven an der Gesamtgesellschaft als auch die Nachfrage nach Sklavenarbeit zurückgingen. Kubas Wirtschaft war ganz auf den Zucker ausgerichtet, mehr als 25 Prozent des bebaubaren Bodens wurden für den Zuckerrohranbau genutzt, so dass sie sich ab 1840 als eine Monokulturwirtschaft auf großen Zuckerplantagen darstellte. Fortschrittliche Technologien wie die Dampfmaschine verminderten den hohen Einsatz von Sklavenarbeit; um 1861 waren 71 Prozent aller Zuckerrohrplantagen mit Dampfmaschinen ausgestattet. Als 1866 Spanien im Kontext der internationalen Anstrengungen zur Abschaffung der Sklaverei den Sklavenhandel endgültig verbot, waren viele Pflanzer schon zur freien Lohnarbeit übergegangen, für die überdies spanische Immigranten oder Kontraktarbeiter sogar aus

China zur Verfügung standen. Vor Ausbruch des Zehnjährigen Kriegs 1868 betrug die Sklavenbevölkerung etwa 365.000 Personen, bei Beendigung des Kriegs war sie auf 228.000 Personen gesunken; als dann Spanien 1886 die Abschaffung der Sklaverei proklamierte, lag die Zahl der noch vorhandenen Sklaven unter 30.000. Um 1887 waren ca. 68 Prozent einer Gesamtbevölkerung von 1,75 Millionen Personen Weiße, u. a. als Ergebnis einer forcierten Einwanderungspolitik Spaniens in den Jahren 1882 bis 1884, als ungefähr 250.000 Spanier nach Kuba einwanderten.

Der erste Unabhängigkeitskrieg begann zudem in einer Zeit politischer Schwierigkeiten in Spanien, als um die Mitte der 1860er-Jahre gemachte Zusagen über Reformen in Kuba, wie eine Liberalisierung der spanischen Handelsbestimmungen, gleiche Rechte für Spanier und Kreolen und eine politische Vertretung der Kreolen in Spanien, widerrufen wurden, und sogar neue Beschränkungen wie höhere Steuern, noch mehr Handelsprotektionismus und politische Repression hinzukamen. Wie in den Unabhängigkeitskriegen auf dem Kontinent waren es wieder in ihren Interessen getroffene Kreolen, die am 10. Oktober 1868 mit dem Aufruf von Yara, dem *Grito de Yara*, in der Provinz Oriente, also im Ostteil der Insel, die Unabhängigkeit Kubas proklamierten und mit dem Grundbesitzer Carlos Manuel de Cespedes als Präsident eine provisorische Republik ausriefen. Auf diesen Teil, dessen Landwirtschaft diversifizierter und nicht auf Zucker konzentriert war, blieb auch während der folgenden zehn Jahre die Republik beschränkt, weil es den aufständischen Kreolen und ihren Anhängern nicht gelang, die Spanier im Westen zu besiegen. Zum einen war ihre Bewegung im Umfang zwischen 10.000 und 20.000 Personen zahlenmäßig zu gering und hatte noch wenig Resonanz bei der Bevölkerung, obwohl sie besonders von freien Farbigen und befreiten Sklaven unterstützt wurde. Zum anderen verweigerten die Plantagenbesitzer im Westen, wo in der wirtschaftlich wichtigsten Region mit fast 80 Prozent der Bevölkerung noch das Sklavereisystem Vorrang hatte, ihre Unterstützung aus Furcht vor einer sozialen Revolution im Gefolge des Krieges. Zwar hatten die Aufständischen die Abschaffung der Sklaverei nicht in ihr Sofortprogramm aufgenommen, doch erhielten im Verlauf der Auseinandersetzungen in der Provinz Oriente Sklaven ihre Freiheit, und militärische Führer wie der freie Farbige Antonio Maceo und Máximo Gómez aus Santo Domingo setzten sich für die Abschaffung der Sklaverei ohne Entschädigung als Hauptziel des Krieges ein. Angesichts dieser Radikalisierung sahen die weißen Plantagenbesitzer im Westen wenig Grund zur Unterstützung.

Ein „fauler“ Friede

Der für beide Seiten verlustreiche – insgesamt waren 250.000 Tote zu beklagen – und für die Landwirtschaft im Oriente verheerende Krieg endete am 11. Februar 1878 mit dem Friedensvertrag von Zanjón, den der Dichter José Martí als eine feige Kapitulation der zur Oberschicht gehörenden Führer der Bewegung bewertete. Der Vertrag sah eine Generalamnestie für alle Aufständischen vor, bestätigte die Freiheit für alle Sklaven, die mitgekämpft hatten, und sicherte den Kubanern einige politische Rechte zu, stellte auch die politische Mitwirkung loyaler Kubaner in Aussicht. Die Anführer der Aufständischen, unter ihnen José Martí, mussten ins Exil. Für Spanien bedeutete der Vertrag zunächst eine Stärkung seiner Herrschaft, eine 1878 gegründete und von spanischen Konservativen beherrschte Partei der Konstitutionellen Union (*Partido Unión Constitucional*) setzte sich als Sprachrohr der spanischen Kaufleute und Verwaltung dafür ein, Kuba für immer für Spanien zu erhalten. Ihre Gegenpartei, der *Partido Autonomista*, propagierte demgegenüber die Autonomie Kubas innerhalb des spanischen Reiches.

Doch da Spanien seine Versprechungen nicht einhielt, vielmehr neue Steuern erhob, Pflanzler im Ostteil der Insel die Beschlagnahme ihres Eigentums erlebten, wuchsen die Vorbehalte der Kubaner, und als die weltweite Zuckerkrise der 1880er-Jahre auch die wirtschaftliche Stellung der kubanischen Führungsschicht im Westteil der Insel gefährdete, erstarkte der Widerstand gegen Spanien. Es begannen neue Bestrebungen, nun endlich die Unabhängigkeit zu erlangen, nicht nur größere Autonomie zu erhalten, sondern ein freies Kuba zu gründen.

Die Unabhängigkeit von US-Amerikas Gnaden

Cuba libre

Sprachrohr dieser neuen Zielsetzung wurde die vom Exil aus in den USA wirkende Revolutionäre Kubanische Partei (*Partido Revolucionario Cubano*), in der Martí im Januar 1892 die revolutionären Kräfte vereint hatte, und die das Ideal eines freien Kuba, *Cuba libre*, propagierte. Zu den Führern dieser Partei gehörten ehemalige Mitstreiter des zehnjährigen Kriegs wie Tomás Estrada Palma, Antonio Maceo und General Máximo Gómez, der im Januar 1893 zum Oberbefehlshaber des „Revolutionsheeres“ ernannt wurde. Doch der eigentliche Motor dieser Bewegung war José Martí, der die Partei in den USA organisierte und dort Geld für den bevorstehenden Kampf sammelte. Sein Ziel war

KUBA: VOM OBJEKT ZUM SUBJEKT IM HISTORISCHEN PROZESS? EIN HISTORISCHER ÜBERBLICK

es, ein freies Kuba zu schaffen, das sich durch eine diversifizierte Landwirtschaft, die Umverteilung des Eigentums und die Gleichheit der Rassen auszeichnen sollte. Dabei meinte freies Kuba nicht nur die Unabhängigkeit von Spanien, sondern auch die Unabhängigkeit von den USA, deren neue hegemoniale Politik in Mittelamerika und der Karibik Martí hellsichtig als Bedrohung Kubas sah und auch öffentlich anprangerte.

Zweiter Unabhängigkeitskrieg gegen Spanien

Im Februar 1895 begann der Aufstand und erfasste im Unterschied zum ersten Unabhängigkeitskrieg die ganze Insel und besaß eine größere Massenbasis, bot sich doch für die verarmte Landbevölkerung, für die arbeitslosen ehemaligen Sklaven die Möglichkeit, ihre Lage zu verbessern. Der Krieg wurde mit wechselnden Erfolgen bis 1898 geführt, die Verluste waren auf beiden Seiten enorm hoch, Martí war schon zu Beginn des Kriegs im Mai 1895 gefallen. Nachdem um die Jahreswende 1895/96 Antonio Maceo mit seinen Guerilla-Kriegern weit in den Westen der Insel vorgedrungen war, gewannen die Aufständischen allmählich die Oberhand, obwohl Spanien seine Truppen bis auf 200.000 Mann verstärkt hatte. Madrid war nicht mehr in der Lage, für Ordnung und Sicherheit zu sorgen, den Schutz von Eigentum und Leben seiner Bürger und vor allem derjenigen der USA zu gewährleisten. Dies war der Augenblick, in dem die USA intervenierten. Schon seit dem Gewinn der eigenen Unabhängigkeit waren wichtige Politiker der USA wie zum Beispiel Thomas Jefferson und John Quincy Adams an Kuba interessiert, das quasi vor ihrer Haustür lag und ihnen ebenso wie Puerto Rico als natürliches Anhängsel der USA erschien, und hatten verschiedentlich (1848, 1854) schon Kaufangebote an Spanien gemacht. Auch Kubaner hatten im Laufe des 19. Jahrhunderts mit dem Gedanken einer Annexion an die USA gespielt, zumal es enge wirtschaftliche Beziehungen mit den USA gab. So gingen um 1850 30 Prozent aller Ausfuhren in die USA, um 1860 schon 45 Prozent, während das Mutterland Spanien nur 15 Prozent abnahm. US-Bürger und -Firmen hatten in den Zuckerplantagen investiert und zahlreiche Anlagen erworben. Ende 1897, nach zwei Jahren „Unordnung“, als die Krisensituation in Kuba für die US-Bürger in der Provinz Matanzas bedrohlich wurde, bat der amerikanische Konsul Fitzhugh Lee die Regierung in Washington darum, ein

Kriegsschiff in kubanische Gewässer zu entsenden. Am 15. Dezember ankerte das Schlachtschiff „Maine“ in Key West, nur einige Seemeilen von Havanna entfernt und wartete auf seinen Einsatz. Die USA unter Präsident William McKinley waren dazu übergegangen, Spanien zur Ordnung zu bringen, und damit wurde der kubanisch-spanische Unabhängigkeitskrieg zum „Spanisch-amerikanischen Krieg von 1898“.

Amerikas gewaltsame Intervention

Am 24. Januar 1898 schickte Präsident McKinley das Schlachtschiff zu einem „Freundschaftsbesuch“ nach Havanna. Eine gewaltige Explosion auf dem amerikanischen Kriegsschiff im Hafen von Havanna in der Nacht zum 15. Februar, bei der 260 Besatzungsmitglieder starben und das Schiff brennend sank, gab expansionsfreudigen Politikern und Wirtschaftskreisen in den USA den gewünschten Vorwand, auf Kuba zu intervenieren. Die USA sollten, wie es Präsident McKinley am 11. April in seiner Botschaft an den Kongress formulierte, „durch eine gewaltsame Intervention in Kuba für Frieden sorgen.“ Am 20. April nahm der Kongress eine gemeinsame Resolution an, die als weiteres Ziel der Intervention die Unabhängigkeit Kubas nannte, Spanien zum Rückzug seiner Militärmacht aufforderte und den Präsidenten ermächtigte, militärische Mittel zur Erreichung dieser Forderung einzusetzen. Zugleich erklärten die USA in dem so genannten Teller-Amendment, dass sie keine Absicht hätten, die Insel zu annektieren, und sie Regierung und Kontrolle des Landes den Kubanern überlassen würden. Am 22. April ordnete McKinley eine Seeblockade rund um Kuba an, woraufhin Spanien den USA am 24. April den Krieg erklärte.

Die Kuba-freundliche Haltung der USA änderte sich jedoch bald nach einem kurzen und siegreichen Krieg von 113 Tagen. Nachdem die US-Navy Ende Mai zunächst die spanische Flotte im Hafen von Santiago de Cuba ausgeschaltet hatte, konnten die amerikanischen Truppen am 17. Juli Santiago de Cuba erobern und die Kapitulation der Spanier entgegennehmen. Die kubanischen Freiheitskämpfer, die in dreijährigem Kampf die Spanier schon soweit niedergedrungen hatten, dass sie den amerikanischen Truppen kaum mehr nennenswerten Widerstand leisteten, durften an dem Einzug in Santiago und dem Akt der Kapitulation nicht teilnehmen. Sie, die sich wegen des hohen Anteils schwarzer Soldaten schon während der Kämpfe beleidigende und rassistische Äußerungen von Seiten der US-amerikanischen Truppen hatten anhören müssen, wurden geradezu zu Statisten degradiert und blieben es auch für die nächste Zeit. Denn als am 1. Oktober

1898 in Paris die Friedensverhandlungen aufgenommen wurden, fanden diese nur zwischen einer spanischen und amerikanischen Delegation statt. Die Kubaner waren gar nicht vertreten und konnten ihre Sicht hinsichtlich einer eigenen Regierung auf der Insel gar nicht vortragen. Dieser Punkt besaß für die USA auch keine Priorität mehr. Im Friedensvertrag vom 10. Dezember 1898 trat Spanien die letzten Reste seines Kolonialreichs Puerto Rico, Guam und die Philippinen an die USA ab und verzichtete auf jedwedes Hoheitsrecht in Kuba. Im Austausch dazu erhielt die USA die Verpflichtung, besser gesagt das Recht, die Ordnung auf der Insel herzustellen und dafür zu sorgen, dass die Kubaner in nächster Zeit eine eigene Regierung stellen könnten.

„Pseudo-Republik“ und Platt-Amendment

So erlangte Kuba fast hundert Jahre später als die spanisch-amerikanischen Kolonien seine Unabhängigkeit, erhielt aber nach dem Austausch der Ratifizierungsurkunden und der offiziellen Beendigung des Spanisch-Amerikanischen Krieges im

April 1899 zunächst eine Militärregierung der US-Amerikaner. Die aufständischen Kubaner gaben ihre Waffen ab und überließen es der amerikanischen Besatzung, für Ruhe und Ordnung zu sorgen oder wie es Präsident McKinley in seiner Jahresansprache am 5. Dezember 1899 formulierte, die entsprechenden Bedingungen für eine eigenständige kubanische Regierung zu schaffen und auch Regelungen für künftige Beziehungen zwischen Kuba und den USA zu treffen. Für diese Regelungen fand sich bald eine Formel, die einerseits die im Teller-Amendment zugesicherte Unabhängigkeit Kubas bewahrte, andererseits aber den USA entscheidenden Einfluss auf Politik und Wirtschaft der Insel gewährte. Am 25. Februar 1901 legte Senator Orville H. Platt, Vorsitzender der Senatskommission für die Beziehungen mit Kuba, durch den Rückgriff auf Vorschläge des Kriegsministers Elihu Root eine Ergänzung zur Army Appropriation Bill vor, die am 2. März vom Kongress mit großer Mehrheit angenommen wurde. Diese als Platt-Amendment berühmt gewordene Zusatzartikel, die die Kubaner in ihre neue Verfassung aufnehmen soll-

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

ten, schränkten in den ersten beiden Artikeln die Souveränität Kubas in der Weise ein, dass es keine Verträge mit anderen Ländern schließen und im Ausland keine Schulden aufnehmen durfte, die seine Unabhängigkeit gefährden könnten. In Artikel 3 sollte die kubanische Regierung den USA das Recht auf Intervention in folgenden Fällen zugestehen: zur Erhaltung der kubanischen Unabhängigkeit (bei Angriffen von europäischen Ländern), zur Aufrechterhaltung einer Regierung, die in der Lage sein sollte, Leben, Eigentum und persönliche Freiheit zu schützen, und zur Erfüllung der im Vertrag von Paris eingegangenen Verpflichtungen. Artikel 7 sah vor, dass Kuba einen Teil seines Territoriums an die USA zur Einrichtung von Flotten- und Militärstützpunkten abtreten sollte. Obwohl in Kuba eine Welle des Protests gegen diese Aushöhlung der nationalen Souveränität losbrach, blieb den kubanischen Politikern, wollten sie die amerikanische Militärregierung nicht unnötig weiter verlängern, nichts anderes übrig, als den amerikanischen Pressionen nachzugeben. Am 28. Mai 1901 willigte eine knappe Mehrheit der seit Anfang

November 1900 an einer neuen Verfassung arbeitenden 31 gewählten Delegierten ein, das Platt-Amendment als Zusatz in die kubanische Verfassung aufzunehmen, was dann wenige Tage später auch geschah. Nachdem dann am 31. Dezember 1901 Tomás Estrada Palma, der sehr gute Beziehungen zu den USA besaß, zum Präsidenten gewählt worden war – Máximo Gómez, einer der führenden Generale der Unabhängigkeitskriege, hatte eine Kandidatur ausgeschlagen –, endete am 20. Mai 1902 die Militärherrschaft der USA in Kuba.

Beschränkte Souveränität – Abhängigkeit von den USA

Protektorat der USA

Damit hatte Kuba zwar formal seine Souveränität erlangt, wurde aber durch das Platt-Amendment zu einem Protektorat der USA, und hatte überdies mit dem nach Artikel 7 abgetretenen Stützpunkt Guantánamo die „Schutzmacht“ im eigenen Land. Bis 1934 galt das Platt-Amendment und diente den USA zur Rechtfertigung mehrerer militärischer Interventionen (1906–1909, 1912, 1917) zum „Schutz“ Kubas und ihrer eigenen Interessen. In wirtschaftlicher Hinsicht wirkte sich die enge Verbindung mit den USA und dem in Kuba vermehrt investierten US-amerikanischen Kapital insofern günstig aus, als die Hauptprodukte der Insel, Zucker und Tabak, in den USA einen guten Absatzmarkt fanden, wovon die kubanische, kooperationswillige Oberschicht profitierte. Hinter der Fassade der Zuckerprosperität, die auch Abhängigkeit von einer Monokultur bedeutete, aber bestanden schwere soziale Spannungen, die mit der Unabhängigkeit nicht gelöst waren. Auch als die USA das politisch-militärische Interventionsrecht aufgaben, konnten sie weiter intervenieren, indem sie zur Steigerung des Außenhandels, an der sowohl ihnen als auch Kuba gelegen war, bilaterale Handelsverträge auf Wechselseitigkeit und Gegenseitigkeit abschlossen. Diese läuteten die systematische Ausbeutung Kubas ein. Die von den USA gewährten Vorzugspreise und Abnahme-

garantien für Zucker verstärkten die Konzentration auf das Monoprodukt Zucker, und da Kuba als Gegenleistung Zollpräferenzen für Importe von Fertigwaren aus den USA zugestehen musste, wurde der Ausbau einer eigenständigen Industrie blockiert. Die Folgen der monokulturellen Zuckerexportwirtschaft waren Bodenkonzentration einerseits und Fremdbestimmung andererseits, da die US-Firmen bald alle bedeutenden Wirtschaftssektoren des Landes fest in ihrer Hand hatten. So verfügten am Vorabend der Revolution ca. 3 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe über 57 Prozent des Bodens, während sich 78,5 Prozent der Betriebe mit 15 Prozent des Bodens begnügen mussten. Nur während der Zuckerernte (*zafra*) fiel die Arbeitslosigkeit auf 9 Prozent, während sie in der Zeit nach der Ernte bei 21 Prozent lag. Wie kaum ein anderes Land war Kuba von US-amerikanischem Kapital durchdrungen. 1958 besaßen US-amerikanische Zuckergesellschaften 48 Prozent der Zuckerrohrländereien und produzierten ca. 37 Prozent des Zuckers. US-Firmen kontrollierten andere Bereiche wie zum Beispiel Bergbau, Erdölraffinerie und öffentliche Eisenbahn zu mehr als 50 Prozent, bisweilen sogar bis zu 90 Prozent. Produktivität und Gewinne der US-Konzerne erreichten besonders im Zuckersektor Rekordhöhen, an denen die Landbevölkerung keineswegs beteiligt war. Immer mehr mussten Kleinbauern den ausufernden Zuckerplantagen weichen und fanden dort nur in der Erntesaison schlecht entlohnte Beschäftigung. Insgesamt entstand auf Kuba eine polarisierte Sozialstruktur mit einer extrem ungleichen Einkommensverteilung. So besaßen 1953 die untersten 50 Prozent der Einkommensempfänger nur rund 11 Prozent der Einkommen, während auf die 5 Prozent der obersten Einkommensempfänger mehr als doppelt so viel, nämlich über 26 Prozent der Einkommen entfielen. US-Firmen dominierten auch den Tourismus. Vor allem in den 1920er- und den 1950er-Jahren wurde Kuba das begehrte Ziel US-amerikanischer Touristen und entwickelte sich Havanna mit Casinos und Nachtclubs zur Metropole für vergnügungssüchtige und zahlungskräftige US-Amerikaner, mit allen negativen Konsequenzen hinsichtlich Verbrechen, Korruption und einer kulturellen Überfremdung.

Das Präsidenten- und Regierungskarussell

Kubas Politiker leisteten dieser Entwicklung nur selten und wenig Widerstand, und im Rahmen der wirtschaftlichen und politischen Abhängigkeit scheiterten die

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Während des Wahlkampfes 1954 warb Staatspräsident Fulgencio Batista mit einem übergroßen Ganzkörper-Plakat und dem Slogan „Este es el hombre“ (Das ist der Mann). Batista agierte zunächst als graue Eminenz, wirkte am Sturz mehrerer Regierungen mit und fungierte von 1940 bis 1944 als Staatspräsident. 1952 übernahm er nach einem Putsch erneut die Macht, bis er im Januar 1959 ins Exil flüchtete.

picture alliance/dpa

spärlichen Versuche, eine repräsentative Demokratie zu errichten. In den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit bildete sich unter dem Schutz des Platt-Amendments eine korrupte, abhängige politische Klasse, die sich persönlich bereicherte, sich zur Absicherung ihrer Macht der Unterstützung der USA durch ökonomische Zugeständnisse versicherte und, um politische Rivalen auszuschalten, Interventionen der USA in Kuba geradezu herausforderte. 1925 kam Gerardo Machado Morales an die Macht, der besonders nach der Weltwirtschaftskrise 1929 ein autoritäres Regime etablierte und gegen oppositionelle politische Gruppen, die zusätzlich zu den traditionellen Parteien der Konservativen und Liberalen in den Jahren von 1920 bis 1925 entstanden waren, mit blutiger Gewalt vorging, um jeden Widerstand zu brechen. 1933 wurde er von einer breiten politischen Volksbewegung gestürzt, zu der u. a. auch Aktivisten der Studentenbewegung, untere Ränge der Armee sowie Intellektuelle gehörten. Mit Ramón Grau San Martín gelangte ein Reformpolitiker und eine Regierung an die Macht, die erstmals auch die unterprivilegierten Schichten repräsentierte und eine gegen den wachsenden Einfluss der USA gerichtete Politik betreiben wollte, indem sie mit der Verfassung von 1901 auch das Platt-Amendment außer Kraft zu setzen versuchte. Auf Druck der USA und der kubanischen Oberschichten musste 1934 Grau San Martín zurücktreten. In der Folge wechselten verschiedene Regierungen einander ab, die zwar formal aus Wahlen hervorgingen, sich aber durch Gewalt und wachsende Korruption auszeichneten.

Zur dominierenden politischen Figur der folgenden 25 Jahre wurde der schwarze Sergeant Fulgencio Batista, der an der Spitze junger aufständischer Militärs 1933 am Sturz Machados mitgewirkt hatte. Er agierte gestützt auf die Armee indirekt als graue Eminenz im Hintergrund, stützte oder stürzte Regierungen, begann allerdings auch mit vorsichtigen Reformen und stabilisierte mit der neuen Verfassung von 1940 sogar den Prozess der Demokratisierung. Denn diese Verfassung sah u. a. die Rassengleichheit, das Frauenwahlrecht, Mindestlöhne, das Recht auf Arbeit, Achtstundentag, Sozialversicherung und das Recht auf gewerkschaftliche Organisation zumindest auf dem Papier vor. Von 1940 bis 1944 wirkte er auch direkt als gewählter Präsident. Sein Hauptinteresse galt jedoch der persönlichen Bereicherung. Im Jahr 1952 griff Batista in die politischen Auseinandersetzungen ein und putschte gegen die schwache und korrupte Regierung von Präsident Carlos Prío Socarrás (1948–1952), indem er mit einem Staatsstreich den legalen Wahlen zuvorkam und die Rechte und Freiheiten der Verfassung von

1940 außer Kraft setzte. Bald verrohte sein Regime immer mehr, Korruption, soziale Ungerechtigkeit und Armut nahmen zu.

Souveränität durch soziale und antiimperialistische Revolution

Der Weg zur Revolution

Gegen dieses korrupte und diktatorische Regime von Fulgencio Batista richtete sich 1953 eine bürgerliche Oppositionsbewegung, deren Anhänger hauptsächlich zur Mittelschicht gehörten und die von dem jungen Rechtsanwalt Fidel Castro Ruiz angeführt wurde. Am 26. Juli 1953 griff Castro mit einer kleinen Schar Gleichgesinnter die Moncada-Kasernen in Santiago de Cuba an, um die Bevölkerung bewaffnen zu können. Dieser Angriff, später bekannt geworden als „Bewegung des 26. Juli“, scheiterte. Die wenigen Überlebenden, unter ihnen Fidel Castro und sein Bruder Raúl, wurden vor Gericht gestellt und verurteilt. Castro erhielt 15 Jahre Gefängnis. Der Rechtsanwalt Castro hatte sich selbst verteidigt. Im Gefängnis rekonstruierte er seine Verteidigungsrede, die aus dem Gefängnis geschmuggelt und unter dem Titel „Die Geschichte wird mich freisprechen“ gedruckt wurde. Diese Verteidigungsrede, sie ist zugleich eine Anklagerede, indem sie die bestehende Situation analysierte, enthielt die wichtigen Programmpunkte und Zielsetzungen der Rebellen, denn sie umriss die Probleme, deren Lösung die Rebellen in Angriff nehmen wollten: das Problem der Landreform, das Problem der Industrialisierung, das Wohnungsproblem, das Arbeitslosenproblem, das Erziehungsproblem und das Problem der Volksgesundheit, außerdem sollten die Grundrechte und die politische Demokratie wiederhergestellt werden. Diese Rede wurde später zum Manifest der Revolution.

Der Sturz Batistas

Nachdem Batista 1954 seine Herrschaft durch manipulierte Wahlen legitimiert hatte, konnte Castro im Rahmen einer Generalamnestie 1955 ins Exil nach Mexiko gehen. Dort bereitete er die Rückkehr nach Kuba, d.h. einen erneuten Angriff gegen das Batista-Regime vor, während in Kuba die „Bewegung des 26. Juli“, zu meist aus jungen Leuten aus der Mittelschicht und Studenten bestehend, in den Städten den Widerstand zu mobilisieren versuchte.

Am 2. Dezember 1956 landete Castro mit einer neuen Gruppe von 81 Revolutionären, unter ihnen der argentinische Arzt Ernesto „Che“ Guevara, auf dem berühmt gewordenen Küstenschiff „Granma“ an der kubanischen Küste in der Provinz Ori-

ente. Der für denselben Tag geplante Generalstreik schlug fehl, weil die Beziehungen der „Bewegung des 26. Juli“ zu den Gewerkschaften nicht sehr intensiv waren. Auch die Invasion war zunächst ein Misserfolg, denn sie wurde von Batistas Truppen entdeckt und die Rebellen fast aufgerieben. Nur 18 Rebellen, unter ihnen auch die beiden Castros, gelang es, sich ihren Verfolgern in die unzugänglichen Gebiete der Sierra Maestra zu entziehen. Bald jedoch fand diese Kerntruppe weitere Unterstützung vor allem durch die mit den bestehenden Verhältnissen unzufriedene Landbevölkerung, Bauern ohne Landtitel. Dort bauten sie ein Rebellenheer auf, das mit Guerillaaktivitäten militärische Erfolge hatte und Batistas Regime in eine Krise stürzte. Bald war der Kampf der Guerillabewegung, die im November 1958 den Kampf aus den Bergen auf weite Teile der Insel verlagerte und den Truppen Batistas hart zusetzte, so erfolgreich, dass der Diktator Batista in der Silvesternacht 1958/59 ins Exil in die Dominikanische Republik floh. Am 2. Januar 1959 zog Castro mit seinen Guerillatruppen in Santiago de Cuba ein, während eine andere Kolonne unter Che Guevara und Camilo Cienfuegos Havana besetzte.

Die Konsolidierung des Castro-Regimes

Zunächst übernahmen zivile Oppositionspolitiker aus städtischer Mittelschicht und Bürgertum die höchsten Regierungsämter; einerseits hielten sich Castro und seine Anhänger zurück, andererseits regte sich in den Städten Widerstand gegen Castros Führungsanspruch und seine Guerillas; Regierungsform, Reformpolitik und die Beziehungen zu den USA bildeten Streitpunkte. Castro war zunächst nur Oberkommandierender. Die neue Regierung unter Staatspräsident Manuel Urrutia, einem Richter aus Santiago, löste den Kongress auf und erließ im Februar 1959 eine neue Verfassung, die der Exekutive die Macht zumaß und die Verwaltungsautonomie der Gemeinden abschaffte. Im selben Monat trat Castro in die Regierung Urrutia ein und übernahm das Amt des Ministerpräsidenten, das er seitdem nicht mehr abgab. Als im Juni Urrutia zurücktrat, bedeutete das zugleich den Einflussverlust ziviler Oppositioneller; seitdem bestimmten Castro und seine Anhänger die politische Richtung in Kuba. Dabei stützten sie sich nicht auf die alte Sozialistische Volkspartei der Kommunisten (*Partido Socialista Popular*), sondern zunehmend auf neu mobilisierte Massenorganisationen in der Stadt und auf dem Land wie zum Beispiel die 1959 auf dem Gewerkschaftskongress gegründete bewaffnete Miliz aus Mitgliedern der Gewerkschaft und studentischer Organisationen, den 1960 gegründeten Kubani-

schen Frauenverband (*Federación de Mujeres Cubanas*), die Komitees zur Verteidigung der Revolution (*Comités de Defensa de la Revolución*) und den Nationalverband der Kleinlandwirte (*Asociación Nacional de Agricultores Pequeños*) mit weniger als 67 Hektar. Mit diesen Massenorganisationen gelang es der neuen politischen Führung, den eingeleiteten politischen und ökonomischen Wandel in der Bevölkerung zu verankern und breite Teile besonders der unteren Schichten in die Konsolidierung des neuen Regimes einzubeziehen. Um diese Organisationen zu koordinieren, wurde 1961 die Institution Integrierte Revolutionäre Organisation (*Organizaciones Revolucionarias Integradas*) geschaffen. Sie bildete den Kern der späteren Revolutionspartei, die von 1963 bis 1965 Einheitspartei der Sozialistischen Revolution (*Partido Unido de la Revolución Socialista*) hieß, bevor sie sich 1965 in Kommunistische Partei Kubas, die bis heute einzige offizielle Partei in Kuba, umbenannte.

Agrarreform schürt erste Konflikte mit den USA

Auch die Agrarreform vom Mai 1959 brachte neue Anhänger. Die Agrarreform wurde nicht nur ausgelöst durch den zweijährigen Aufenthalt Fidel Castros in der Sierra Maestra, wo er in der unmittelbaren Berührung mit der ländlichen Bevölkerung ihre Probleme kennen gelernt hatte, sie entsprang auch nicht Castros subjektivem Willen, sondern entsprach den tatsächlichen Verhältnissen im beherrschenden Wirtschaftssektor, die eine Neu- und Umverteilung von Grund und Boden notwendig machten. Das Agrarreformgesetz vom 17. Mai 1959 – eine der ersten Maßnahmen der neuen revolutionären Regierung – leitete „von oben“ die Agrarreformpolitik ein. Es legte als Höchstgrenze für landwirtschaftliche Betriebe etwa 402 Hektar fest und brach damit den privaten Großgrundbesitz im Zucker- und Viehwirtschaftssektor. Mit der Aufteilung des in wenigen, zumal ausländischen Händen konzentrierten Bodens zielte sie zum einen auf eine soziale und wirtschaftliche Verbesserung der Situation der landwirtschaftlichen Bevölkerung, auf die Gewährung des freien Eigentums an Boden und auf eine Verringerung der Agrarimporte ab. Zum anderen hatte sie zum Ziel, durch eine Ausdehnung der Anbauflächen und über eine Diversifizierung der Landwirtschaft die Abhängigkeit der kubanischen Wirtschaft von der Monokultur des Zuckerrohrs zu lockern und bei gleichzeitiger Industrialisierung dadurch die ökonomische Abhängigkeit von den USA zu überwinden. Auf diese Weise sollte der Weg zu politischer und ökonomischer Selbständigkeit besritten werden.

Tatsächlich wurden im Jahr 1959 an die 850.000 Hektar Land enteignet, allerdings nur 420.000 Hektar an Kleinbauern verteilt. Diese Enteignungen fanden nicht die Zustimmung der Mittelschichten und schon gar nicht der USA, weil sie besonders die großen US-amerikanischen Zuckergesellschaften trafen. Sie schürten die ersten Konflikte mit den USA, die sich zu einer Reihe von ökonomischen Aktionen und Reaktionen aufschaukelten und letztlich zur Umwandlung der Revolution in eine sozialistische Revolution führten. Anfang 1960 unterzeichnete die Sowjetunion ein Wirtschaftsabkommen mit Kuba und verpflichtete sich zur Abnahme von 1 Million Tonnen Zucker pro Jahr und zur technischen Hilfestellung beim Aufbau einer industriellen Infrastruktur. Als sich Mitte Juni die US-amerikanischen Erdölgesellschaften in Kuba weigerten, sowjetisches Erdöl zu raffinieren, ließ Castro diese Gesellschaften verstaatlichen. Als dann im Juli Präsident Eisenhower die für Kubas Wirtschaft lebenswichtigen zugesagten Zuckerkäufe drastisch um 700.000 Tonnen reduzierte und ab Oktober eine immer schärfer werdende Wirtschaftsblockade gegen Kuba verhängte, die trotz eigener konzeptioneller Entwicklungsfehler der Revolutionäre um Castro die wirtschaftlichen Erfolge der Revolution erheblich beeinträchtigten, zögerte Castro nicht, sämtlichen Besitz US-amerikanischer Banken, Elektrizitäts-, Telefon-, Eisenbahn- und Zuckergesellschaften zu enteignen. Die USA wiederum reagierten auf diesen Schritt mit einem massiven Handelsembargo, das noch heute gilt, ja sogar noch verschärft ist.

Bündnis mit der Sowjetunion

Castro begann, sich von den USA ab- und der Sowjetunion zuzuwenden, zumal diese die Abnahme der von den USA reduzierten Zuckermenge von 700.000 Tonnen zusagte. Nach der von den USA unterstützten Invasion von Exilkubanern – größtenteils Angehörige der ehemaligen Mittel- und Oberschicht und mit Hilfe der CIA in Trainingslagern ausgebildet – am 16. April 1961 in der Schweinebucht, die innerhalb von drei Tagen zerschlagen war, brach Castro vollständig mit den USA. Er proklamierte den sozialistischen Charakter der Revolution und erklärte am 2. Dezember Kuba zur sozialistischen Republik auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Die USA sahen Kuba daraufhin als „Brückenkopf des internationalen Kommunismus“ an und erreichten es mit massivem Druck, dass auf der 8. Konsultativversammlung der Außenminister der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) im Januar 1962 in Punta del Este Kuba wegen Inkompatibilität seines Systems mit dem interamerikanischen System von einer Zweidrittelmehrheit von der Teil-

nahme am interamerikanischen System ausgeschlossen wurde.

Seit der gescheiterten Invasion in der Schweinebucht gab es im Inneren keinen nennenswerten militärischen Widerstand mehr. Allerdings dauerten Infiltrationen und Aktionen von Exilkubanern fort. Bis heute versuchen diese von den USA, besonders Florida, aus, Kuba durch den Aufbau und die Finanzierung von Dissidentengruppen politisch zu destabilisieren. Die Invasion, die „imperialistische Aggression“, hatte keinesfalls den von den USA erwarteten Volksaufstand ausgelöst, vielmehr bewirkte sie eine stärkere Identifizierung der Bevölkerung mit den Zielen der Revolution. Es war nicht das letzte Mal, dass Angriffe von außen und die Verteidigung der nationalen Souveränität das revolutionäre Regime und Castro stützten, selbst dann noch als Kuba ökonomische und politische Krisen erlebte. 1961/62 aber waren positive Veränderungen sichtbar: Die soziale Lage der Bevölkerung verbesserte sich durch die neuen Eigentumsverhältnisse, durch die Reduzierung der Arbeitslosigkeit, vor allem aber durch die für lateinamerikanische Verhältnisse enormen Veränderungen im unentgeltlichen Gesundheits- und Schulwesen. So ermöglichte die freiwillige Alphabetisierungskampagne von 1961 innerhalb eines Jahres 700.000 Menschen eine Grundschulausbildung, wodurch sich die Zahl der Analphabeten von 32,6 Prozent auf 3,9 Prozent reduzierte; sie sank bis 1981 weiter auf 1,9 Prozent.

Die Kuba-Krise

Mit Castros Bekenntnis zum Sozialismus begannen sich die Instrumente und Wege zur angestrebten sozialen und ökonomischen Entwicklung zu ändern. Das lag auch daran, dass wegen des Wirtschaftsembargos durch die USA die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Beziehungen zur Sowjetunion und zum Ostblock ausgebaut wurden. Dieser Ausbau gipfelte im Sommer und Herbst 1962 in der Stationierung sowjetischer Mittel- und Langstreckenraketen auf Kuba. US-Präsident John F. Kennedy antwortete mit der Seeblockade Kubas. Die Kuba-Krise zwischen den USA und der Sowjetunion brachte die Welt an den Rand eines dritten Weltkriegs, und erst der ohne Absprache mit Castro gefasste Beschluss des sowjetischen Präsidenten Nikita Chruschtschow, die Raketen von Kuba abzuziehen, entschärfte die weltweite politische Krise. In der westlichen Hemisphäre, in Amerika, verschlechterte sich die Position Kubas. Hatte die Revolution

bei den anderen lateinamerikanischen Staaten wegen ihres Erfolgs, die politische und wirtschaftliche Bevormundung durch die USA abzuschütteln, zunächst Sympathien genossen, so bewirkten der Trend zum Sozialismus und die Allianz mit der Sowjetunion eine Verschlechterung der Beziehungen. Immerhin handelte es sich noch um die heiße Phase im Kalten Krieg. So erreichten es die USA, die Sanktionen gegen Kuba zu verschärfen, besonders empfindlich war der Lieferstopp für Öl aus Venezuela, und auf der 9. Konsultativkonferenz der OAS-Außenminister im Juli 1964 den Abbruch aller politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen der OAS-Staaten zu Kuba durchzusetzen. Bis auf Mexiko brachen alle amerikanischen Staaten die diplomatischen Beziehungen zu Kuba ab, obwohl sie in der Praxis die Wirtschaftsblockade immer wieder umgingen. Dennoch war Kuba auf Grund der internationalen Lage innerhalb der westlichen Hemisphäre isoliert; umgekehrt wirkte sich die internationale Lage ihrerseits auf die Geschichte des neuen Regimes aus.

Permanente Revolution und neue Abhängigkeiten

Aufbau des „Cuba Socialista“

Die revolutionäre Führung versuchte in den 1960er-Jahren nach einer ersten Verteilungsphase das Problem der Steigerung des Sozialprodukts, also das Produktionsproblem in den Griff zu bekommen. Sie ging dazu über, die Entwicklung von oben durch den Staat planwirtschaftlich durchzusetzen, Entscheidungsprozesse zu zentralisieren, den Privatsektor einzuschränken und den Bodenbesitz hauptsächlich in Staatsfarmen zusammenzufassen. 1963 verabschiedete die Regierung eine zweite Agrarreform, die den Grundbesitz auf 67 Hektar beschränkte und ungefähr 250.000 Landarbeiter der Kontrolle des Staates unterstellte. 1968 wurden mit der so genannten „revolutionären Offensive“ auch alle Kleinbetriebe im Handels- und Dienstleistungssektor verstaatlicht; die Marktwirtschaft verschwand völlig. Bis 1970 waren mit Ausnahme des bäuerlichen Kleinbesitzes alle Wirtschaftsbereiche in Staatseigentum übergegangen. In diesen Veränderungen spiegelt sich ein gewisses Experimentieren wider. Denn die neue Regierung hatte kein fertiges Wirtschaftskonzept und musste ein neues Wirtschaftsmodell entwerfen, was angesichts der US-amerikanischen Wirtschaftsblockade nicht leicht war. Zunächst sollte durch die Umgestaltung vor allem des Agrarsektors die bisherige Konzentration auf die Zuckerproduktion, d.h. der Anteil der Zuckerexporte von 80 Prozent auf 60

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Prozent der kubanischen Exporte gesenkt werden und parallel dazu durch eine industrielle Planwirtschaft eine allmähliche Importsubstitution durch den Aufbau eigener Industrieunternehmen in Gang kommen.

Doch schon 1963 revidierte das Regime die Entwicklungsstrategie, weil es sich genötigt sah, statt der vorgesehenen Diversifizierung und Industrialisierung sich wieder auf den Zuckerexport als den wirtschaftlichen Impulsgeber zu konzentrieren. Bei dem Industrialisierungsmodell hatten die Wirtschaftsplaner nicht an die für die Produktion von Fertigwaren erforderlichen Rohstoffe und ausgebildeten Industriearbeiter gedacht. Im Übrigen hatte das Entwicklungsmodell wegen des Einnahmerückgangs beim Zucker zu hohen Handels- und Zahlungsbilanzdefiziten geführt. Und eine sinkende Arbeitsmoral, der so genannte *ausentismo*, das Fernbleiben von der Arbeit, verschärfte die allgemeinen Schwierigkeiten.

Die Propagierung des „neuen Menschen“

Um der sinkenden Arbeitsmoral zu begegnen, deren Hauptursachen fehlende

materielle Anreize, die Herausbildung einer neuer bürokratischen Funktionärskaste und damit verbunden die unzureichende Einbeziehung der Arbeiter in ökonomische Entscheidungsprozesse waren, versuchte die Regierung, der Bevölkerung neue kollektive Wertsetzungen zu vermitteln, die dem Menschen die Arbeit zu einer „moralischen Tugend“ werden lassen sollten. Durch ideologische Beeinflussung in den Schulen, Universitäten, den zahlreichen Kursen zur Erwachsenenbildung wollte man den Menschen bewusstseinsmäßig fortentwickeln. Jener „neue Mensch“ sollte geschaffen werden, der seine individuell-kapitalistische Einstellung aufgeben, ein wahrhaft kollektives Bewusstsein haben und seine technische Intelligenz zum Wohle der Allgemeinheit einsetzen würde. Auf materielle Anreize wurde weitgehend verzichtet. Über die Bewusstseins- bzw. Gesellschaftsentwicklung, wie sie besonders Che Guevara propagierte und Castro in der „revolutionären Offensive“ noch einmal einforderte, sollte die Wirtschaftsentwicklung vorangetrieben werden. Bei der kollektiven Bewusstseinsbildung orientierten sich die Revolutionäre vor allem an ihrer eigenen revolutionären Ver-

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Die Propagierung des „neuen Menschen“ diente auch der permanenten Mobilisierung von Freiwilligen. Studenten, Industriearbeiter und Armee-Divisionen wurden jedes Jahr zur Zuckerrohrernte abgestellt. Das Bild zeigt das „Vorbild“ Fidel Castro bei der Zuckerrohrernte.
picture alliance/dpa

sowie Schlamperei in der Verwaltung gegeben hatte.

Sowjetisches Modell und kubanischer Weg

Castro reagierte auf diese Krise mit Selbstkritik und mit Kritik an ineffizienter Bürokratisierung und Selbstprivilegierung leitender Kader. Um die Missstände zu überwinden, versprach er, eine umfassendere politische Beteiligung einzuführen und überhaupt das politische System zu institutionalisieren. Denn bis dahin gab es trotz der Übergangsverfassung von 1959 keine formalisierte politische Willensbildung zum Beispiel durch Wahlen oder andere demokratische Partizipationsmechanismen. Bisher hatte Castro jegliche Institutionalisierung mit dem Hinweis auf die äußere Bedrohung abgelehnt. Das politische System war geprägt durch seine charismatische Autorität, die von ihm nach Loyalität eingesetzten und abgesetzten Regierungsmitglieder sowie einen nicht formalisierten Dialog zwischen Führung und Bevölkerung.

Die Krise von 1970 veranlasste Castro zu einer politischen Neuorientierung, mit der das revolutionäre Kuba in eine neue Phase seiner Geschichte eintrat. Denn nun band Castro Kuba enger als zuvor an die Sowjetunion und richtete es am sowjetischen Modell aus, dabei allerdings auf die Wahrung eines kubanischen Weges bedacht. Im ökonomischen Bereich rückten statt moralischer Anreize nun Effizienzkriterien und materielle Anreize in den Vordergrund; wirtschaftlich unrentable Betriebe sollten mit dem früher verworfenen sowjetischen System der wirtschaftlichen Rechnungsführung, der Kosten-Nutzen-Analyse wieder rentabel gemacht werden. Dazu gehörte auch der Ausbau einer mit dem Zuckersektor verbundenen Industrie. Kuba wurde sogar Teil des sozialistischen Blocks. 1972 nämlich unterzeichneten Castro und der sowjetische Staatschef Leonid Breschnew in Moskau mehrere Abkommen, die Kuba sämtliche Schulden gegenüber der Sowjetunion erließen, ihm weitere technologische Unterstützung und wirtschaftliche Zusammenarbeit zusagten, indem Kuba in den „Gemeinsamen Markt“ der Ostblockländer (COMECON), auch „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ genannt, aufgenommen wurde. Damit konnte Kuba durch Ölimporte aus der Sowjetunion seine Energieversorgung sicherstellen und überhaupt seine Außenhandelsbeziehungen absichern. In den nächsten Jahren wurden 80 Prozent seines Außenhandels über COMECON abgewickelt. Doch es

gegangenheit. Der Guerilla-Arbeiter, der pausenlos im heroischen Arbeitseinsatz stehende Mensch, wurde zum Leitbild des Kubaners. Der Schaffung des „neuen Menschen“ mit dem kollektiven Bewusstsein diente auch die permanente Mobilisierung von Freiwilligen. Implizit bedeutete diese Betonung der moralischen Werte, dass soziales Verhalten und Treue zur Revolution Vorrang hatten vor abstraktem marxistisch-leninistischem Wissen.

Wirtschaftliche Transformation und Entwicklungsstrategie

Zur kollektiven Bewusstseinsbildung bot sich ganz natürlich der Zuckersektor an, der wieder Impulsgeber geworden war und 1964 durch einen Vertrag mit der Sowjetunion vor den Schwankungen der Zuckerpreise auf dem internationalen Markt geschützt war. Nachdem sich Castro im sowjetisch-chinesischen Machtkampf und Ideologiestreit zunächst neutral verhalten hatte, vorübergehend sogar auf die chinesische Linie eingeschwenkt war, sich seit 1966 wieder stärker hinter den Moskauer Kurs gestellt und nach dem Tod Che Guevaras 1967 in Bolivien die von der Sowjetunion uner-

wünschte Förderung der Revolution in Lateinamerika aufgegeben hatte, konnte er mit der notwendigen Wirtschaftshilfe der Sowjetunion rechnen. In einem ehrgeizigen Sechsjahresplan wurde deshalb für 1970 die Produktion von zehn Millionen Tonnen Zucker vorgesehen. Studenten, Industriearbeiter, ganze Ministerien und Armee-Divisionen – von 1968 bis 1970 ungefähr 50.000 Soldaten pro Jahr – wurden zum Einsatz bei der Zuckerrohrernte abgestellt.

Das ehrgeizige Produktionsziel, auf das über Jahre alle Anstrengungen konzentriert waren, scheiterte und löste eine allgemeine Wirtschaftskrise mit einem Produktionsrückgang in allen Bereichen aus und verlangte den privaten Haushalten zwangsweise Konsumverzicht ab. Allerdings erwuchs daraus keine politische Krise, obwohl die Bevölkerung ihren Unmut äußerte. Vieles spricht dafür, dass die Mobilisierungskampagnen gewirkt und die Massen in das politische System eingebunden hatten. Zudem hatten die Freiwilligen tatsächlich genügend Zuckerrohr geschlagen. Das Produktionsziel war nur deswegen verfehlt worden, weil der Industrieapparat veraltet war und es logistische Schwierigkeiten beim Transport

begab sich auch in eine starke Abhängigkeit von einem einzigen Handelspartner, was die alte strukturelle Abhängigkeit vom Hauptexportgut, dem Zucker, noch verstärkte.

Die Zeit relativer Stabilität und bescheidenen Wohlstands

1975/1976 löste Castro nach längerem Vorlauf auch sein Versprechen für mehr politische Beteiligung ein. Im Dezember 1975 trat der 1. Parteikongress der 1965 gegründeten Kommunistischen Partei Kubas zusammen – immerhin 16 Jahre nach der Machtübernahme! – und bestätigte eine neue Verfassungsvorlage. Diese folgte den Prinzipien des demokratischen Zentralismus und der sozialistischen Demokratie, erklärte die Kommunistische Partei als Einheitspartei zur führenden Kraft der Gesellschaft und sah eine von oben gelenkte Mitbestimmung der Bürger auf Gemeinde- und Provinzebene durch gewählte Gemeinde- und Provinzräte vor, während die alle fünf Jahre indirekt gewählte Nationalversammlung aus ihren Reihen den 31-köpfigen Staatsrat wählen und die Minister und den Ministerrat ernennen sollte. Staats- und Ministerpräsident sollten in Personalunion vereinigt sein. Nach dem Parteikongress konnten die Volksorganisationen den Verfassungstext diskutieren und brachten tatsächlich Änderungsanträge in Richtung einer stärkeren Zentralisierung des politischen Systems ein. In einem Volksreferendum wurde die Verfassung schließlich 1976 angenommen. Castros Wahl zum Präsidenten des Staatsrates bestätigte seine bisherige Macht. Durch die vorgesehene Personalunion, die auch den Oberbefehl über die Streitkräfte einschloss, erhielt Castro eine enorme Machtfülle, die er bis zum Februar 2008 innehatte, als er wegen seiner schweren Krankheit von allen Ämtern zurücktrat.

Die politische Institutionalisierung, die wirtschaftlichen Maßnahmen und die sowjetische Wirtschaftshilfe wirkten sich positiv auf Kubas Wirtschaft aus. Auch die internationale Lage, vor allem der Spannungskurs des US-amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter (1977–1981) trugen zu einer positiven Entwicklung bei. Westliche Banken gewährten nach der internationalen Ölkrise von 1973, als sie über ausreichend Gelder verfügten, trotz der US-amerikanischen Blockade Kredite, und 1975 lockerten die OAS-Staaten ihren Wirtschaftsboykott gegenüber Kuba. So erlebte Kuba in den 1970er-Jahren eine Zeit relativer Stabilität und bescheidenen Wohlstands, 1975 wurde sogar der 1968 verstaatlichte Einzelhandel wieder privatisiert, und 1980 wurden erstmals freie Bauernmärkte zugelassen, um das Konsumangebot für die gewachsene Nachfrage auszuweiten. War Kuba vor

der Revolution das Ziel US-amerikanischer Touristen gewesen, wurde es nun zum Urlaubsziel für Funktionäre aus dem Ostblock. Kuba schien hinsichtlich seiner sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung auf einem guten Weg zu sein. Auch international gewann es als Mitglied der Bewegung der Blockfreien Staaten durch sein politisches und militärisches Engagement für die Länder der Dritten Welt, wie zum Beispiel die Unterstützung der Volksbewegung zur Befreiung Angolas zwischen 1975 und 1991 mit 300.000 Soldaten, politische Anerkennung. So wurde Castro 1979 auf dem Treffen der Blockfreien Staaten in Havanna für drei Jahre zu deren Sprecher gewählt.

Konsensverlust und Massenexodus

Doch in den 1980er- und 1990er-Jahren tauchten, verursacht durch ein Bündel interner und externer Faktoren, wieder Probleme und Herausforderungen auf, die das System ernsthaft bedrohten und zum Verlust des bisherigen Konsenses führten. Nach wirtschaftlichen Erfolgen zeigten sich am Ende der 1970er-Jahre erneut Mängel als Folge der zentralisierten Marktwirtschaft. Um den Schuldendienst auch gegenüber den westlichen Gläubigern bedienen zu können, mussten die Importe reduziert und die Investitionsquoten gesenkt werden, was eine Einschränkung des Inlandkonsums bedeutete. Die zaghafte Liberalisierung des Marktes hatte eine privatkapitalistische, oft korrupte Händler- und Spekulantenschicht



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Hans-Joachim König studierte Geschichte, Latein und Spanisch in Münster und Hamburg. Promotion und Habilitation für Geschichte Lateinamerikas an der Universität Hamburg; Akademischer Oberrat am Lehrstuhl für Neuere Geschichte und an der Forschungsstelle für Europäische Expansion der Universität Bamberg (1984–1988); Universitätsprofessor für Geschichte Lateinamerikas an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und Mitdirektor des dort ansässigen Zentralinstituts für Lateinamerika-Studien (1988–2006). Hans-Joachim König hat zahlreiche Veröffentlichungen zur Geschichte Lateinamerikas vorgelegt.

entstehen lassen, die dem staatlichen Sektor Ressourcen entzog und das Preisgefüge zu bestimmen begann. Die daraus resultierende Versorgungskrise löste soziale Spannungen aus, die sich im April 1980 in der Besetzung der peruanischen Botschaft durch ca. 10.000 auswanderungswillige Kubaner äußerten. Um der bedrohlichen und fast unkontrollierbar gewordenen Unzufriedenheit in Teilen der Gesellschaft zu begegnen, gestattete die Regierung die Auswanderung. In den nächsten Monaten kam es zu einem Massenexodus von über 125.000 meist jüngeren Menschen in Richtung USA. Verschärft wurde diese Krise 1981 dadurch, dass die Zuckerpreise auf dem Weltmarkt drastisch fielen. Zudem gab die US-amerikanische Regierung unter Präsident Ronald Reagan (1981–1989) die Entspannungspolitik wieder auf und verstärkte den Druck auf das kommunistische Lager.

Die Phase der „Berichtigung“

Das Regime reagierte 1986 mit einer erneuten politischen Kursänderung, der so genannten *Rectificación*, der Berichtigung gemachter Fehler. Sie verbot die freien Märkte, führte Kampagnen gegen Korruption durch, betonte erneut die Bedeutung moralischer Anreize und revolutionären Bewusstseins und revidierte die wirtschaftliche Dezentralisierung, um den gewachsenen Einfluss der Technokraten abzubauen und insgesamt die Führungsfunktion von Partei und Regierung zu sichern. Die „Berichtigung“ war auch gegen die Politik der Perestrojka Michail Gorbatschows und den Reformkurs einiger sozialistischer Länder gerichtet, deren Politik sich für Kuba negativ auswirkten, weil Hilfsleistungen gekürzt, Vorzugsbedingungen abgebaut und die unentgeltlichen Waffenlieferungen gestrichen wurden. Die „Berichtigung“ führte zu keinem positiven Ergebnis: Das Haushaltsdefizit vervierfachte sich von 1986 bis 1989, Versorgungsengpässe traten auf.

Die große Krise

An dieser Krise hatten der Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa und der Zerfall der Sowjetunion 1989/91 wesentlichen Anteil, denn der Zerfall führte auch zur Auflösung des COMECON und damit zum Fortfall der wichtigsten Außenhandelspartner. So reduzierten sich die Exporteinnahmen 1990 um 1 Milliarde US-Dollar, worauf hin nicht-lebensnotwendige Güter kaum noch importiert wurden. Angesichts der prekären Wirtschaftslage rief Castro 1990 als Notstandsprogramm die „Spezialperiode in Friedenszeiten“, *Periodo Especial en tiempos de paz*, gekoppelt mit dem „Nahrungsmittelman“, *Plan Alimentario*, aus, mit denen das Regime der Bevölkerung

Entbehrungen und Konsumeinschränkungen abverlangte sowie auf Selbstversorgung vor allem bei den Grundnahrungsmitteln, aber auch auf Lebensmittelrationierung und Erhöhung der Lebensmittelpreise setzte. Doch wuchs die Wirtschafts- und Versorgungskrise derart an, dass es 1994 zu spontanen Revolten kam, viele Kubaner illegal zu fliehen versuchten und, nachdem die Regierung die illegale Ausreise vorübergehend straffrei gemacht hatte, zehntausende Kubaner auf Flößen und Booten ins Exil flohen. Ein Sturz des Regimes aber trat nicht ein. Immerhin hatten nach einer Wahlrechtsreform und Verfassungsänderung von 1991, die statt der sozialistischen Ideologie die nationalen Ideen von José Martí betonte und Religionsfreiheit gewährte, 1992/93 erstmals direkte und geheime Wahlen zur Nationalversammlung der Volksmacht, wenn auch mit Einheitslisten von vorab gewählten Kandidaten, stattgefunden. Auch oppositionelle Gruppen waren zugelassen.

Die Regierung versuchte, der Krise erneut mit Reformen besonders in der Wirtschaft zu begegnen, indem sie die freien Bauernmärkte und marktwirtschaftliches Verhalten wieder zuließ, und auch mit einer vorsichtigen Öffnung gegenüber dem Auslandskapital, besonders gegenüber dem Tourismus, mit guten Investitionsbedingungen begann; der Dollar war schon 1993 legalisiert worden. Zwar stellten sich in diesen Bereichen hohe Wachstumsraten ein, doch es entstanden auch neue soziale Unterschiede zwischen denen, die Zugang zu diesen Bereichen und damit zum Dollar hatten, und denen, die in die staatlich kontrollierte Binnenwirtschaft einbezogen waren und keinen Zugang zum Dollar hatten. Die Folge dieser Politik war eine Spaltung der Gesellschaft, wodurch sich die in den ersten Jahrzehnten der Revolution erreichte Egalisierung der Gesellschaft auflöste und das Gleichheitsideal bis heute lediglich noch in der politischen Rhetorik lebt. Denn ein wachsender Schwarzmarkt, Arbeitslosigkeit, Kriminalität und Prostitution gehören wieder zum Alltag Kubas. Bis heute versucht die politische Führung,

diesen Entwicklungen zu begegnen, indem sie in einer Mischung aus Öffnung und Repression weiterhin am Ideal einer sozialistischen Gesellschaft festhält.

Kuba als gesuchter Partner für Linksregierungen

Die äußeren Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume haben sich dafür in den letzten Jahren geändert. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks, als Kuba auch seine Rolle als „Brückenkopf des internationalen Kommunismus“ verlor, hatten die USA versucht, Kubas Wiedereingliederung in den Weltmarkt dadurch zu verhindern, dass sie 1992 die Wirtschaftsblockade durch Ausweitung des Handelsembargos auf ausländische Tochterunternehmen amerikanischer Firmen (Torricelli-Act) verschärften und 1996 im Helms-Burton-Act Staaten und Institutionen Sanktionen androhten, die Kuba Kredite gewährten und ehemaliges US-amerikanisches Eigentum erwarben. Im Unterschied zu dieser auf Destabilisierung des kubanischen Systems ausgerichteten Handelspolitik, die auf Druck US-amerikanischer Unternehmer erst 2000/01 für die Belieferung Kubas mit Lebensmitteln und Medikamenten aufgeweicht wurde, erwächst Kuba eine neue Rolle durch die neue politische Lage in Lateinamerika. Der seit einigen Jahren erkennbare Linksruck lateinamerikanischer Regierungen baut Kubas jahrzehntelange Isolation auf dem eigenen Kontinent ab und unterstützt eine Politik mit sozialen Inhalten. Jetzt ist Kuba ein gesuchter Partner, zumindest für die Linksregierungen von Hugo Chávez in Venezuela, Evo Morales in Bolivien und auch Rafael Correa in Ecuador, die wie Castro auch eine antimperialistische Haltung gegenüber den USA einnehmen. Besonders in Hugo Chávez hat Castro einen Partner gefunden, der sein nationales Projekt von Freiheit und Selbstbestimmung unterstützt. Es ist zudem ein reicher Partner, der Kuba im Austausch zu der Entsendung von Ärzten und Lehrern mit Öl versorgt, wie es Chávez und Castro im Dezember 2004 innerhalb der von Chávez initiierten Bolivaria-

KUBA: VOM OBJEKT ZUM SUBJEKT IM HISTORISCHEN PROZESS? EIN HISTORISCHER ÜBERBLICK

nischen Alternative für die Völker unseres Amerikas, *Alternativa Bolivariana para los pueblos de Nuestra América*, (ALBA), vertraglich regelten. Ob mit ALBA für Kuba wirklich die „Morgenröte“ erscheint, die diese Abkürzung auch bedeutet, ist offen.

LITERATUR

- Annino, Antonio (1996): Kuba. In: Handbuch der Geschichte Lateinamerikas. Band 3. Herausgegeben von Hans-Werner Tobler/Walther L. Bernecker. Stuttgart, S. 483-565.
- Benjamin, Jules R. (1990): *The United States and the Origins of the Cuban Revolution: An Empire of Liberty in an Age of National Liberation*. Princeton.
- Burchardt, Hans-Jürgen (1999): *Kuba: Im Herbst des Patriarchen*. Stuttgart.
- Ette, Ottmar/Franzbach, Martin (Hrsg.) (2001): *Kuba heute*. Frankfurt am Main.
- Hell, Jürgen (1989): *Geschichte Kubas*. Berlin.
- Heydenreich, Titus (Hrsg.) (1987): *Kuba: Geschichte, Wirtschaft, Kultur*. München.
- Hoffmann, Bert (2002): *Kuba*. München.
- Hubermann, Leo/Sweezy, Paul M. (1968): *Anatomie einer Revolution*. Frankfurt am Main (engl. Originalausgabe 1960).
- König, Hans-Joachim (2006): *Kleine Geschichte Lateinamerikas*. Stuttgart.
- Krakau, Knud (1968): *Die kubanische Revolution und die Monroe-Doktrin*. Frankfurt am Main/Berlin.
- Liss, Sheldon B. (1994): *Fidel! Castro's Political and Social Thought*. Boulder.
- Mesa-Lago, Carlos (Hrsg.) (1993): *Cuba – After the Cold War*. Pittsburgh/London.
- Pérez, Louis A. Jr. (1952): *Cuba: Between Reform and Revolution*. Oxford/New York.
- Pérez, Louis A. Jr. (1997): *Cuba and the United States: Ties of Singular Intimacy*. Athens, London.
- Sevilla, Rafael/Rode, Clemens (Hrsg.) (1993): *Kuba: die isolierte Revolution? Unkel*.
- Spillmann, Kurt R. (1987): *Die Kubakrise von 1962: geschichtliche, politische und strategische Hintergründe*. Zürich.
- Thomas, Hugh (1998): *Cuba: The Pursuit of Freedom*. New York. (dtisch: *Castros Cuba*. Berlin 1984).
- Williams, Eric (1970): *From Columbus to Castro: the History of the Caribbean 1492–1969*. London.
- Zeuske, Michael (2003): *Kleine Geschichte Kubas*. München.
- Zeuske, Michael/Zeuske, Max (1998): *Kuba. 1492–1902*. Leipzig.

Die Zeitschrift „Der Bürger im Staat“ wird herausgegeben von der LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG Baden-Württemberg.

Direktor der Landeszentrale: Lothar Frick

Redaktion: Siegfried Frech, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax (07 11) 16 40 99-77.

Herstellung: Schwabenverlag Media der Schwabenverlag AG, Senefelderstraße 12, 73760 Ostfildern (Ruit),

Telefon (07 11) 44 06-0, Telefax (07 11) 44 23 49

Vertrieb: Verlagsgesellschaft W. E. Weinmann mbH, Postfach 12 07, 70773 Filderstadt,

Telefon (07 11) 7 00 15 30, Telefax (07 11) 70 01 53 10.

Preis der Einzelnummer: EUR 3,33, Jahresabonnement EUR 12,80 Abbuchung.

Die namentlich gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Haftung.

Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier und elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung der Redaktion.

Fidel Castro: Der alte Mann und das Meer

Hans-Jürgen Burchardt

Kuba und Fidel Castro werden zumeist in einem Atemzug genannt. Der kürzlich zurückgetretene kubanische Staatschef, der die Weltpolitik des zwanzigsten Jahrhunderts prägte, ist eine interessante, widersprüchliche und reichlich umstrittene Persönlichkeit. Mit Castro assoziiert man politische Eigenwilligkeit, Revolutionsexport in die Dritte Welt, Tropensozialismus und eine fulminante Machtfülle im eigenen Land. Ist er für die einen ein Prophet der Befreiung, gilt er den anderen als rücksichtsloser Diktator und unberechenbarer Politiker, dem man gleichwohl Respekt zollt. Der ehemalige Jesuitenschüler und Sohn eines Großgrundbesitzers ist ein brillanter und angesichts der Länge seiner Reden gefürchteter Rhetoriker, ein „ewiger Revolutionär“ und zugleich ein charismatischer Patriarch, der Kuba bis zuletzt straff regierte. Hans-Jürgen Burchardt beschreibt Fidel Castros politischen Werdegang, charakterisiert sein politisches Denken sowie Handeln und öffnet so den Blick für diese schillernde und wirkmächtige Figur. Hans-Jürgen Burchardt erörtert abschließend die Machtform der „charismatischen Herrschaft“, die von Max Weber skizziert wurde. Dieser Herrschaftstypus und seine wesentlichen Charakteristika erlauben es, eine Antwort auf die politische Zukunft des Karibikstaates „nach Castro“ zu geben. |

Wer Kuba sagt, denkt Fidel Castro

1951 schrieb sich Ernest Hemingway mit „The old Man and the Sea“ in den Olymp der Weltliteratur. Seine epische Erzählung vom Kampf zwischen Mensch und Natur fand an einem Ort statt, der bald selbst Weltruhm erlangte. Die Karibikinsel Kuba. Gerade einmal doppelt so groß wie Niedersachsen, wirtschaftlich und militärisch ein Leichtgewicht, beeinflusste Kuba in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts die Weltpolitik stärker als so manche Industrienation. 1959 siegte hier eine viel bestaunte Revolution, die unter dem Banner der Menschlichkeit und der Demokratie antrat und sich schon zwei Jahre später in der Schweinebucht-Invasion gegen eine nordamerikanische Militärintervention behaupten musste. Wies man dabei den Koloss im Norden in seine Schranken, katapultierte 1962 die kubanische Raketenkrise gleich die ganze Menschheit an den Rand eines neuen Weltkrieges.

Es folgte ein manchmal an Abenteuererturn erinnernder Revolutionsexport, der über drei Jahrzehnte das Weiße Haus und den Kreml gleichermaßen beunruhigte und die „Dritte Welt“ aufrührte. Wurde in Lateinamerika auch nie der ersehnte Flächenbrand der Befreiung entfacht, blieben dank der kubanischen Unterstützung in Ländern wie Nicaragua oder El Salvador politische Bewegungen einflussreich, die sich einst der Emanzipation verschrieben hatten. In Angola gelang es Kuba sogar, die Expansionsgelüste der südafrikanischen Apartheid zu stoppen. Die kubanische Militärmission ab 1975, die mehr einer Regionalmacht als einem kleinen Inselstaat würdig war, stellte für ganz Afrika die politischen Weichen neu in Richtung Unabhängigkeit und Selbstbestimmung.

Auch in den 1990er-Jahren beugte sich Kuba nicht dem Gang der Geschichte, sondern schrieb seine eigene: Als die sozialistischen Bruderstaaten der Insel einer nach dem anderen zusammenbrachen und teilweise ganz verschwanden, wurde auch der am Subventionstropf der UdSSR hängende Tropensozialismus ausgezählt. Doch der erste Sozialismus auf amerikanischem Boden verweigerte sich dem globalen Trend in Richtung Marktwirtschaft und Demokratie und behauptet sich bis heute zäh gegenüber allen Widrigkeiten. Was lange als Starrsinn und Rückständigkeit beklagt oder belächelt wurde, scheint sich zuletzt wieder zu bewähren: Das seit drei Dekaden unerfüllte Versprechen auf Wohlstand und Teilhabe für alle hat in Lateinamerika die soziale Frage wieder virulent gemacht und in der Politik zu einem weit reichenden „Linksruck“ geführt. Die Sozialstaatlichkeit Kubas wird heute für so manchen wieder zum Leuchtturm.

Die politische Eigenwilligkeit, das von hohen Idealen und standhafter Überzeugung geleitete Engagement in vielen Ländern der Welt und die mutige Beharrlichkeit auch bei spürbaren Widerständen zeichnet nicht nur Kuba aus, sondern sind gleichzeitig zentrale Eigenschaften der Person, die untrennbar mit dem Schicksal der Insel verbunden ist. Denn wer Kuba sagt, denkt Fidel Castro.

Der alte Mann bastelt längst an seinem letzten Projekt: der Unsterblichkeit. Nicht wie Hemingways gescheiterter Träumer will er in die Geschichte eingehen, sondern als Heros für die gerechte Sache.

picture alliance/dpa

Revolutionär, charismatischer Führer, Rhetoriker und Patriarch

Kubas Jahrhundertfigur prägte in den letzten fünfzig Jahren wie kein anderer seine Heimat und seine Region. An ihm entzündeten sich die Köpfe und spalteten sich die Geister, niemand wurde mehr geliebt und niemand mehr gehasst. Für die einen war er der Messias der Dritten Welt, der Prophet der Befreiung von Abhängigkeit und Zwangsherrschaft und der Verkünder einer besseren Zukunft; für die anderen der rücksichtslose Diktator, der brutale *caudillo* oder der ewige Politikdinosaurier. Doch eines einte sogar Freund und Feind: der Respekt vor Castros Entschlossenheit und seinem Mut. Denn Fidel Castro nahm furchtlos den Fehdehandschuh auf, den ihm der Goli-

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

ath USA schon zu Beginn seiner Herrschaft hinwarf und ließ sich auch danach von keiner Drohung und keiner Attacke einschüchtern. Er überlebte nicht nur seine zahlreichen eigenen Fehlschläge, sondern auch die Amtszeit von zehn US-Präsidenten, die ihm mehr oder weniger alle nach dem Leben trachteten. 600 Attentate zählte Castro selbst gegen sich auf, 30 bestätigten die USA. Ist die letzte Zahl auch näher an der Wirklichkeit, kann sie die Monstrosität der dahinter stehenden Politik nicht schmälern.

Das Privatleben des Menschen hinter dem öffentlichen Leben des ewigen Guerilleros gehört zu den bestgehüteten Geheimnissen auf der Insel. Darum berufen sich die meisten Porträts von Fidel auf Gerüchte, kurze persönliche Eindrücke, Fehl- und Falschinformationen, Halb- oder Unwahrheiten, Fabeln und Anekdoten. Alle Versuche, sich dem Mythos Fidel Castro anzunähern, gehen von der Gewissheit aus, dass es sich um eine Persönlichkeit handelt, die Geschichte geschrieben hat. Weniger berücksichtigt wird, dass nicht nur Castro seiner Epoche einen Stempel aufdrückte, sondern Fidel selbst

auch ein Kind seiner Zeit war. Den *Comandante en Jefe* nicht nur über seine Attitüden und sein Handeln zu sehen, sondern ihn gleichzeitig als Kristallisationspunkt und Ausdruck einer eigenen Epoche zu verstehen, bringt uns beide näher: Den Menschen Fidel und den *máximo líder* Castro.

1926 als Sohn eines wohlhabenden Landbesitzers geboren und mit einem standesgerechten Jurastudium auf dem Weg zu einer gut situierten Existenz, riskierte Fidel Castro schon als 26-Jähriger Leib und Leben und widmete sich dem Kampf gegen die blutige und korrupte Batista-Diktatur. Ein von ihm im Sommer 1953 dilettantisch ausgeführter Angriff auf die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba, der zweitgrößten Stadt des Archipels, wurde zu einem militärischen Fiasko. Er endete für viele von Fidels Gefolgsleuten mit Folter und Tod und für die Castro-Brüder mit Haft und anschließendem Exil. In seiner berühmten Verteidigungsrede „Die Geschichte wird mich freisprechen“ verwandelte Fidel aber schon diese Niederlage in einen politischen Sieg und ließ sein bewaffnetes Abenteuer zum Fanal für den

FIDEL CASTRO: DER ALTE MANN UND DAS MEER

Widerstand gegen Terror und Unterdrückung werden. Der 26. Juli 1953 wurde zum Initiationsritual der kubanischen Revolution und der weiße, kultivierte und gut aussehende Anwalt, der gegen den ungebildeten, rüden dunkelhäutigen Diktator antrat, empfahl sich der kubanischen Öffentlichkeit frühzeitig als charismatischer Führer und brillanter Rhetoriker. Fidels klandestine Rückkehr aus dem Exil, sein anfangs völlig aussichtsloser, aber entschlossener Guerillakampf gegen die Armee und Schergen der Diktatur, seine Operationsbasis in den Bergen der Sierra Maestra, die zunehmende Popularität und militärischen Erfolge seiner bärtigen Guerilla-Bewegung, schließlich die Vertreibung des Diktators und der Einmarsch in Havanna am 8. Januar 1959 wurde für Generationen von Revolutionsromantikern Kult. Hemingways Novelle „Der alte Mann und das Meer“ scheint in ihrer Symbolik genau diese Entwicklung vorwegzunehmen: Der Held fährt aus, um Ruhm für sich und Nahrung für die Seinen zu suchen, begibt sich in einen aussichtslosen Kampf mit einem übermächtigen Gegenüber und gewinnt mit dem Credo „Man kann vernichtet werden, darf aber nicht aufgeben“.

Auf diesem idealen Nährboden für Mythenbildung entstanden zahllose Legenden über die kubanische Revolution, ihres charismatischen Führers Castro und ihres späteren Märtyrers Che Guevara, der als eine Mischung zwischen edler Wilder und nobler Revoluzzer zur Politik-Ikone aufstieg. Der Umstand, dass der Triumph der Guerilla nicht so sehr deren militärischer Taktik zuzuschreiben war, als vielmehr dem desolaten Zustand der Batista-Armee, dank dessen sich das repressive Regime rascher selbst zersetzte als es besiegt werden konnte, wurde rasch vergessen. Ebenso wie die Tatsache, dass nicht der heroische Kampf in den Bergen als vielmehr das mühevoll Ringen um die Köpfe in den Städten Kubas den entscheidenden Ausschlag für den Zusammenbruch der Diktatur gab.

Nach dem Sieg seiner Bewegung zeigte Fidel Castro schnell, dass er sich nicht nur in den Bergen zu behaupten wusste. Als erstes bewies er ein ausgeprägtes Gespür für die Belange und Bedürfnisse der Inselbevölkerung: In seinen legendären Marathonreden beschwor er immer wieder das gemeinsame Projekt der Befreiung und Unabhängigkeit, mit dem er die stark zerklüftete Gesellschaft Kubas zu vereinen suchte. Es gelang ihm darüber, fast die gesamte Bevölkerung zu mobilisieren: Anfang der 1960er-Jahre, als in Deutschland ein gewisser Konrad Aden-

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

auer noch auf politische Konservierung setzte, stand ganz Kuba im Zeichen des Aufbruchs.

„Erzfeind“ USA eint die kubanische Volksseele

Unterstützung für seine anfangs wankende Revolution bekam Fidel Castro aus einer unerwarteten Ecke: den Vereinigten Staaten. Schon die Schweinebucht-Invasion 1961 einte und radikalisierte die Bevölkerung. So unterstützten die Massen den Wandel von einer sozialdemokratisch ausgerichteten Revolution hin zu Castros Postulat eines Sozialismus als einzigen Garanten der Unabhängigkeit. Mit ihrem arroganten Selbstverständnis, Kubas Politik mitzubestimmen, und ihren zahllosen Versuchen, die Revolution samt ihrem *máximo líder* mit Gewalt zu zerstören, haben die USA die Insel danach zum Frontland gemacht. Die von den Vereinigten Staaten zu verantwortende politische Isolation, die wirtschaftlichen Sanktionen und die zahlreichen kubanischen Opfer nähren seither den Eindruck, dass sich Kuba in einem ständigen Krieg niedriger Intensität befindet, der der Insel das Recht auf Selbstbestimmung rauben will.

Was die USA bei ihrem Engagement unberücksichtigt ließen, war das kubanische Volksempfinden: Denn das traumatische Erlebnis der quasi doppelten Kolonialisierung erst durch Spanien ab dem 16. Jahrhundert und dann ab 1898 durch die USA haben in Kuba einen kollektiven Willen zum Erhalt der nationalen Unabhängigkeit geschaffen. Für die Bevölkerung wurde die Selbstbestimmung nach 500 Jahren Fremdherrschaft erstmals durch die Revolution von 1959 Wirklichkeit. Die US-Aggression, die heute für Außenstehende wie ein letzter Anachronismus des Kalten Krieges wirkt, wurde und wird darum von den Kubanern als eine Bedrohung wahrgenommen, die nicht nur die Nation, sondern auch ihre persönlichen Belange berührt. Statt Castro zu schwächen, hat die USA mit ihrer Politik vielmehr die Differenzen innerhalb der kubanischen Bevölkerung verschwinden und sie zu einer Einheit zusammenschmelzen lassen.

Castro selbst wusste diese Befindlichkeit der kubanischen Volksseele geschickt zu nutzen. Dank ihrer fortgesetzten Einmischung ließ sich die USA glaubwürdig zu einem Feind erklären, der zum Sündenbock für sämtliche interne Schwierigkeiten gemacht werden konnte und die eigene Politik als nationalistischen Akt legitimierte, der innere Geschlossenheit erfordert. Die zahlreich belegten Versuche, von den USA aus Dissidentengruppen auf der Insel aufzubauen, um das Regime zu destabilisieren, setzte oppositionelle Stimmen sofort dem Verdacht des Vater-

Die kubanische Revolution war der ideale Nährboden für zahllose Legenden und Mythen, die sich um den charismatischen Castro und den „Märtyrer“ Che Guevara, der als eine Mischung zwischen edler Wilder und nobler Revoluzzer zur Politik-Ikone aufstieg, ranken picture alliance/dpa

landsverrates aus und legitimierte ihre repressive Verfolgung – schließlich war man im Krieg. Kubas Dissidenten wurden so in dem Spannungsfeld zwischen nord-amerikanischer Instrumentalisierung und staatlicher Repression zerrieben und konnten bis heute keine politische Glaubwürdigkeit erlangen.

Nicht die Repression, sondern die Abwesenheit von politischen Alternativen, die immer auch Kubas Unabhängigkeit gegenüber den USA garantiert, ist darum der primäre Grund für das Fehlen einer einflussreichen Opposition auf der Insel. Ohne die Schweinebucht-Invasion, US-Blockade und Sabotage würde Kuba darum heute wohl eine weit offenere Gesellschaft haben. Doch dies entsprach nicht Castros Vorstellungen. Er schürte darum den Nationalismus, machte ihn zum Programm und stilisierte sich selbst zum Sinnbild und Schutzherrn der nationalen Selbstbestimmung.

Volkstribun und Potentat

Castro schuf darüber einen politischen Konsens und eine soziale Kohäsion, die bis heute zu den zentralen Stützpfählern der Revolution gehört. Persönlich trat er immer wieder als Anwalt der kleinen Leute auf und scheute keinen Konflikt. So bot er bei einer hausgemachten Wirtschaftskrise von 1970 der Bevölkerung öffentlich seinen Rücktritt an oder stellte sich 1994 bei gewalttätigen Tumulten in Havanna persönlich der randalierenden Masse. Mit diesen Attitüden sichert sich Fidel gegenüber der eigenen Bevölkerung eine Glaubwürdigkeit und Integrität, die höher als politische Differenzen gewertet wurde und seine Führungsposition selbst in Krisen unangreifbar machte; die Kubaner wurden zu *fidelistas*. Eng verbunden war diese intuitive wie taktische Volksnähe mit einem egomanischen Machtinstinkt. Nach dem Sieg der Revolution ließ er manche Weggefährten als politische Abweichler verhaften; oder sie kamen wie Camilo Cienfuegos, der als Revolutionär der ersten Stunde ein ebenso großes Ansehen wie Fidel genoss, unter ungeklärten Umständen ums Leben. Bald danach gelang es Castro, in einem geschickten Ränkespiel erst die bürgerliche Opposition auszuschalten und sich dann die Sozialistische Partei unterzuordnen. Nachdem sich 1965 Che Guevara in einem offenen Brief aus der Inselpolitik ver-

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

abschiedete und seinen Gefährten Fidel als einzig legitimen Erben der Revolution bestätigte, war Castros Alleinherrschaft auf Kuba besiegelt.

Gegenüber der Bevölkerung garantierte er den Landlosen, Tagelöhnern und Kleinbauern über zwei Agrarreformen und großzügige Strukturhilfen eine solide Existenzgrundlage und machte sie zu treuen Bündnispartnern. Den mehrheitlich ausgegrenzten Schwarzen öffnete er den Zugang zur Gesellschaft, gab ihnen Wohnraum, Bildung und Arbeit und sicherte sich nebenbei die bedingungslose Loyalität von mindestens einem Fünftel der Bevölkerung. Die konfliktfähige weiße Oberschicht der Hauptstadt drängte er

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

aus dem Land und platzierte die seit langem frustrierte kleinbürgerliche Mittelschicht der benachteiligten Ostprovinzen – aus denen er selbst stammte – in die strategisch wichtigsten Führungspositionen der Revolutionsregierung. Seitdem weiß er seinen Staatsapparat von treuen Parteigängern verwaltet.

Als Vorsitzender der 1965 gegründeten Kommunistischen Einheitspartei PCC (*Partido Comunista de Cuba*) ließ Fidel Castro seinen Machtanspruch institutionell festschreiben. Danach regierte er die Insel hauptsächlich seinem Gewissen und den Idealen Gleichheit, Gerechtigkeit, Unabhängigkeit und internationaler Solidarität verpflichtet. Wenig angetan war er

von formalen Prozeduren, Gewaltentrennung, Kompetenzverteilung oder gar Meinungspluralismus und demokratischer Mitbestimmung. Massenmobilisierungen war die wichtigste Dialogform zwischen Regierung und Bevölkerung und diente als Substitut für Partizipation. Erst 1975 erhielt die kubanische Revolution ihre erste Verfassung. Und in dem bis dahin nach sowjetischem Abbild geschaffenen Staatsgebilde genoss Fidel als Vorsitzender der KP Kubas sowie des Staats- und Ministerrats, als Präsident der Regierung und als Oberbefehlshaber der kubanischen Streitkräfte eine fulminante Machtfülle, die in alle Bereiche des öffentlichen Lebens hineinragte.

Trotz seiner unumstrittenen Führungsrolle achtete Fidel zeitlebens darauf, dass keine der verschiedenen Strömungen der ihn umgebenden Elite zu einflussreich wurde oder sich von ihm unabhängig machen konnte. So ließ er 1989 den in der Bevölkerung höchst beliebten Angola-Veteran und General Arnaldo Ochoa nach einem Schauprozess hinrichten. Und 1992 entmachtete er seinen einstigen Privatsekretär Carlos Aldana Escalante, der nach den Castro-Brüdern bereits als dritter Mann der Regierung gehandelt wurde. Aufgrund seiner Reformansichten hatte er als der „heimliche Gorbatschow Kubas“ viel Sympathie in der Bevölkerung geerntet. Kein kubanischer Führungskader hat danach versucht, sich ohne Castros Zustimmung neben ihm zu positionieren.

Und nicht nur gegenüber möglichen Rivalen war Castro wenig zimperlich: In der Kubakrise 1962 bot er dem Sowjetchef Nikita Chruschtschow an, das ganze kubanische Volk zu opfern, wenn der Sozialismus dadurch den Kalten Krieg gewinnen würde. Oppositionsbestrebungen erstickte er im Keim, Andersdenkende wurden unerbittlich verfolgt, nicht selten öffentlich erniedrigt und hart bestraft. Immer wenn die Spannungen auf der Insel zu groß wurden, öffnete er kurzfristig die Grenzen und ließ den entstehenden Druck nach außen entweichen – Tausende von Beziehungen und Familien wurden so zerrissen. Und in den 1990er-Jahren verlangte er der ganzen Bevölkerung zur Absicherung des Status quo Kubas enorme Entbehrungen ab, welche nicht nur einmal die Grenzen des Erträglichen überschritten. Der Volkstribun Fidel wurde dann zum Potentaten Castro – der alles tat, um sein Reich zu retten oder nach seinen Gutdünken zu formen.

Castros politisches Denken und Handeln

Geprägt war Fidel Castros politisches Denken und Handeln immer von seinen militärischen Erfahrungen. Politisch sozialisiert durch den gewaltsamen Widerstand gegen die Diktatur und als Guerillaführer zur Macht aufgestiegen, fand er sich in einer permanenten Konfrontation mit den USA wieder, deren verschiedene Regierungen immer wieder versuchten, ihn zu ermorden. Er wurde dazu gezwungen, sowohl seine eigene Unversehrtheit, als auch die der Insel militärisch abzusichern. Für Castro wurde Politik und Diplomatie darum zur Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Sowohl seine üblichen Auftritte in der olivgrünen Tarnuni-

form als auch der Duktus seiner Reden vermittelten dies deutlich: Da wurde selbst ein Hurrikan zum Angriff auf die Revolution. Fidel denkt in Freund-Feind-Schemata und bei Interessenskonflikten eher an Überwältigung als an Ausgleich. Dialog ist bestenfalls ein taktisches Mittel, Kompromisse werden als Waffenstillstand geschlossen und Anweisungen befohlen statt vermittelt.

Entsprechend ist auch das politische Klima Kubas stark von staatlicher Allmacht und Obrigkeitsdenken geprägt. Doch was viele Beobachter als Ausdruck einer Diktatur unter Castro heranführen, hat tiefe historische Wurzeln: In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts war Kuba eines der am höchsten entwickelten Länder Lateinamerikas. Doch der Reichtum der Insel war nur auf wenige verteilt und die Mehrheit der Bevölkerung lebte in Bedrängnis oder Elend. Die meisten Politiker, die in den postkolonialen Demokratien Kubas antraten, die Ungleichheiten auf der Insel abzubauen, ließen sich rasch korrumpieren und stürzten eine Regierung nach der anderen in die Krise. Zweimal folgte auf das Versagen der Demokratie eine blutige Militärdiktatur und ließ in der Bevölkerung ein weit verbreitetes Misstrauen gegenüber demokratischer Politik heranwachsen.

Auch aufgrund der Erfahrung, dass in Kuba Krisen der Demokratie immer zu antidemokratischen Lösungen tendierten, vernachlässigten Fidel Castro und seine Mitstreiter bei der Neuausrichtung der kubanischen Politik Demokratie als Leitbild. Sie kamen vielmehr zu dem Entschluss, dass die Revolution ihre Glaubwürdigkeit am besten durch konkrete Ergebnisse unter Beweis stellen könnte. Und nach militärischer Logik waren in der sozial zerrissenen Gesellschaft Kubas solche Fakten am effektivsten über eine autoritär festgelegte und straff durchgesetzte Sozial- und Wirtschaftspolitik zu schaffen. Die spätere soziale Gleichheit in Kuba wurde also nicht in einem partizipativen Mit- und Gegeneinander verschiedener Kräfte erreicht, sondern gelang über einen starken und geschlossenen Zentralstaat, der wie eine Entwicklungsdiktatur die autoritär vorgegebenen Ziele umsetzte. Mit anderen Worten: Die soziale und wirtschaftliche Integration der Massen geschah durch ihren politischen Ausschluss.

Wohlfahrtsstaat, chronischer Mangel und neue Armut

Was die soziale Frage betrifft, konnte dieses Vorgehen eine ansehnliche Bilanz aufweisen. Die historisch zusammengewürfelte und vielfach gespaltene Inselgesellschaft wurde langsam homogener und die allen zugänglichen Sozialsysteme

gehören zweifelsohne bis heute zu den Sonnenseiten des karibischen Sozialismus. Ihre Exzellenz, Qualität und Innovation ist breit anerkannt und konnte auch nicht in den beiden letzten Krisendekaden substantiell zerstört werden. Fidel Castro ist es gelungen, in Kuba den ersten Wohlfahrtsstaat Lateinamerikas zu errichten und mit ihm das Versprechen der sozialen Gleichheit und Gerechtigkeit zu erfüllen. Traditionell benachteiligte Gruppen wurden in die Mitte der Gesellschaft geholt und erfreuen sich bis heute vieler Rechte: So sind die gesellschaftlichen Mitbestimmungsmöglichkeiten von Frauen auf der Insel nach UN-Messungen weit größer als in vielen Industrienationen. Und in Kuba gibt es mehr schwarze Hauseigentümer als in jedem afrikanischen Land. Solche Leistungen sind in Lateinamerika, in dem Marginalisierung und Ausschluss immer noch zur gesellschaftlichen Wirklichkeit gehören und in dem es weder über intensive Industrialisierung noch über drei Jahrzehnte Demokratie bis heute gelungen ist, die soziale Ungleichheit zu verringern, ein bemerkenswerter Erfolg, der seinesgleichen sucht.

Im Feld der Wirtschaft hat sich auch der kubanische Sozialismus immer schwer getan. Zwar wurden Hunger und Elend schnell von der Insel vertrieben. Aber schon im dritten Revolutionsjahr begann man erst Grundnahrungsmittel und dann immer mehr Güter zu rationieren. Seit fast einem halben Jahrhundert beschneiden seither Lebensmittellkarten die Konsumgüter der Bevölkerung und chronischer Mangel wurde zur Alltagserfahrung von mehr als einer Generation Kubanern. Auch die erste Hälfte der 1980er-Jahre, in der die Planwirtschaft ihre Potenziale voll entfaltete und sich das Versprechen auf Wohlstand für alle zu erfüllen schien, war nur ein kurzes Intermezzo für die darauf folgende dramatische Krise. Mit dem Zusammenbruch des Sowjetsozialismus kollabierte auch die kubanische Wirtschaft und Hunger und Armut wurden auf der Insel wieder bekannte Größen.

In Kuba wurde zwar eisern darauf geachtet, dass die neuen sozialen Kalamitäten nicht nur die Ränder der Gesellschaft trafen. Die Regierung vermied Massenentlassungen, garantierte subventionierte Lebensmittel für alle und weigerte sich trotz leerer Kassen, den Sozialstaat abzubauen. Die Lasten der Krise wurden von allen geschultert und die Schwächsten der Gesellschaft besonders unterstützt. Dafür verwandelte Fidel die Inselökonomie in das, auf was er sich und seinen Apparat seit Jahrzehnten vorbereitet hat: In eine Kriegswirtschaft mit zentralem Kommando und totaler Rationierung. Struktur-reformen der ineffizienten Planwirtschaft wurden weiterhin vermieden, allein punktuelle Anpassungen gewagt. Die Regie-

rung pickte sich aus der Wirtschaft einige Rosinen wie den Tourismus oder die Biotechnologie heraus und schottete diese Pole gegenüber der Gesellschaft ab. Solche Segmente wurden dann über exklusive Investitionsbedingungen und niedrige Löhne für den Weltmarkt fit gemacht und hatten die dringend benötigten Devisen für Kuba zu beschaffen.

Es war wieder einmal Fidel Castro, der eine solche Minimallösung gegen den Rat seiner Experten und Mitstreiter durchsetzte. Als Strukturkonservativer achtete er eitel darauf, dass sein Lebenswerk mit möglichst wenigen Veränderungen durch die Anwürfe der Zeit manövriert wurde. Die Strategie der selektiven Weltmarktintegration führte aber bald zu ersten sozialen Verwerfungen zwischen denen, die weiter für die sozialistische Kriegswirtschaft tätig waren und denen, die die heiß begehrten Dollars ergatterten, mit denen man in Kuba alles kaufen kann. Da letzteres vor allem durch unqualifizierte Jobs möglich wurde, dreht sich seit rund zwanzig Jahren die Sozialpyramide in Kuba um: Der Kofferträger eines Devisenhotels wurde zum Neureichen, der Universitätsprofessor darbt an den Rationierungen und lebt schlechter als manch seiner Studenten. So fraß sich die neue Armut auf Kuba nicht von den Rändern in die Gesellschaft, sondern begann sich von der Mitte her auszubreiten und raubt seither dem Regime langsam seine Legitimation. Jetzt wird die ganze Tragödie von Castros Herrschaft deutlich. Die Bedingungen seines Erfolges werden zu den Ursachen seines Scheiterns: Es waren Entschlossenheit, Beharrlichkeit und Rücksichtslosigkeit, die die kubanische Revolution stark machten, und es sind Starrsinn, Konservatismus und Kompromisslosigkeit, die ihren Stern sinken lassen.

Die Machtfom der charismatischen Herrschaft

Wie geht es also weiter mit Fidel und dem *castrismo*? Auffassungen hierzu gibt es so viele wie Sand auf Kuba, sie sind meistens wenig fundiert und immer tendenziös. Wer im Meer der Spekulationen aber keinem Irrlicht aufsitzen will, ist manchmal gut beraten, sich den Methoden der Wissenschaft anzuvertrauen. Hier bietet sich der Soziologe Max Weber an, der sich intensiv mit Fragen der Herrschaft beschäftigte. Unter anderem beschrieb er die Form der *charismatischen Herrschaft*, die zweifelsohne Fidel Castros Machtgebaren ähnelt. Nach Weber handelt es sich bei diesem Herrschaftstypus um eine "große revolutionäre Macht", die sich durch das „Außeralltägliche“ und das „Wirtschaftsfremde“ auszeichnet. Das Außeralltägliche verkörperte Fidel durch seine Rolle als Initiator einer Revo-

lution: Um ihn wurde ein Mythos geschaffen, der voll auf der Linie iberisch-katholischer Denkmuster liegt, und er stilisierte sich zu einem Führer, der den Massen Hoffnung und eine Vision gab. Mit seinem unkonventionellen Politikstil hat er sich dieses Außeralltägliche erhalten und mit seinem gefürchteten politischen Temperament immer wieder erneuert. Auch das Wirtschaftsfremde an Castros Herrschaft ist unübersehbar: selbst wenn seine Gegner unzählige Besitztümer aufzählen – im Vergleich mit seiner Macht nimmt sich diese mutmaßliche Bereicherung bescheiden aus. Castro war zwar an Macht, aber nie an Geld interessiert. Sein Führungsstil basierte auf einer streng moralischen Lebenseinstellung, die er mit seinem jesuitisch geprägten Sendungsbewusstsein auch den Massen glaubwürdig vermitteln konnte.

Nach Weber verwandelt sich charismatische Herrschaft im politischen Alltagsgeschäft oft in eine Regierungsform, die eher über Legitimität als über Institutionalisierung verfügt. Sie erlangt ihre Glaubwürdigkeit durch Protektion, die der Herrscher seinen Anhängern gewährt und wird über Klientelismus untermauert – der Herrschende ist nicht Vorgesetzter, sondern der persönliche Herr. Diese Patronage wird häufig über gemeinsame Interessen und Pfründe gesichert. Zwei zentrale Voraussetzungen dafür sind zum einen eine fehlende Solidarität innerhalb der Elite: sie machen die Herrschaftsbeziehungen unvorhersehbar, begünstigen einen autokratischen Führungsstil und erhöhen die Loyalität gegenüber der Führung. Und zum anderen ist eine Monopolisierung der zentralen Ressourcen erforderlich, durch die der Herrschaft eine wirt-

schaftliche Grundlage gegeben wird. Lange hierarchische Netzwerke organisieren dann das ganze System über eine Unzahl von Seilschaften, sichern es ab und laufen in der Führungsspitze zusammen. Max Weber bezeichnet diese Form des Herrschens als *Patrimonialismus*. In Kuba nennt man die Dinge direkt beim Namen. Dort spricht man schon lange vom *socialismo*, der Vetternwirtschaft.

Die *charismatische Herrschaft* ist eine Machtform, die bis zum Tode des Charisma-Trägers genuin bleibt. Danach steht die zurückgebliebene Elite vor einem Problem: Sie muss die Herrschaft versachlichen und rationalisieren, ohne dass der Glauben an sie verloren geht. Weber erinnert daran, dass solche Übergänge in der Geschichte oft nicht kampflos stattfanden und die einstigen politischen Ziele meist in ihr Gegenteil verkehrt wurden. Wohl um solche Gefahren zu minimieren, hat Fidel seine Macht schon zu Lebzeiten übergeben. Den Hinterbliebenen – allen voran seinem jüngeren Bruder – wird die Gelegenheit gegeben, über eine erfolgreiche Politik der vollen Bäume und symbolischen Freiheiten ausreichend neue Legitimität zu schaffen, bevor das Fehlen des Charismas die Macht und mit ihr die Elite im Lande ganz in Frage stellt. Nicht mehr der *máximo líder*, sondern die Maximale Institutionalisierung ist nun das neue Programm in Kuba.

Ob diese Strategie aufgeht, ist allerdings fraglich. Denn wo *big brother is watching you* nicht mehr gilt, unterliegt auch das Auspendeln der Elite nicht mehr hochnotpeinlichen Zwängen. Wie schon in anderen ex-sozialistischen Ländern werden sich Clanbeziehungen bilden, die nur ihre eigenen Interessen im Auge haben, aber nicht mehr die der Nation, der Bevölkerung oder gar die hehren Ideale der Revolution. Letztere gleicht darum immer mehr dem Riesenfisch aus Hemingways Novelle: Der lässt sich erst von einem kubanischen Fischer kaum besiegen, strahlt dann gegenüber seinem Bezwinger soviel Würde aus, das sein Ende unangebracht erscheint. Zuletzt wird der tote Fisch von Haien attackiert, die nur ein blankes Skelett zurücklassen.

Der alte Mann und sein letztes Projekt

Hemingways Protagonist wird dabei vom Jäger zum Seelenverwandten des Fisches, um dann dem Verschlingen seiner Beute hilflos gegenüberzustehen. Dem Fischer bleibt nur die Erschöpfung und der Traum von neuer Größe. Ein solches Ende ist so gar nicht nach Fidels Geschmack – vielleicht hat er deshalb nie „Der alte Mann und das Meer“ gelesen. Das von seiner Revolution zumindest das Gedenken einstiger Größe bleibt, ist ihm gewiss.

Ihre Zukunft ist ihm hingegen nur insofern wichtig, dass ihr Scheitern nicht mit ihm in Verbindung gebracht wird. Nur darum hat er seine Machtbefugnisse schon vor seinem Ableben übergeben. Wer diese Machtübergabe mit Entmachtung verwechselt, hat nie die tieferen Motive Fidels oder den besonderen Charakter des Tropensozialismus verstanden.

Castro bastelt längst an seinem letzten Projekt: der Unsterblichkeit. Nicht wie Hemingways gescheiterter Träumer will er in die Geschichte eingehen, sondern als Heros für die gerechte Sache. Er misst sich dabei mit Persönlichkeiten wie Napoleon Bonaparte. Ebenso wie der charismatische Franzose sieht er sich als leidenschaftlicher Aufklärer und kultivierter Revolutionär im Namen der Befreiung und Einigung. Auch Fidels Mission bestand in der Umkämpfung der Welt. Seiner Heimat zwang er einen beispiellosen gesellschaftlichen Modernisierungsschub auf. Wie Napoleon steht Fidel für effektive Verwaltungen, für kühle Kalkulationen, eiskalte Taktik und beachtliche Kühnheit. Er teilte auch Napoleons Hang zur Macht und zum Machtmissbrauch und achtete bei der Durchsetzung seiner Allmachtsfantasien wenig auf die Zahl der Opfer. Aber Fidel Castro weiß, dass mehr als die Erinnerung an die Opfer die Taten die Nachwelt überdauern und kennt genau Napoleons Platz in der Geschichte. Hier fühlt er sich ebenbürtig, hierhin geht er seinen letzten Gang.

Zwar hat Fidel Castro Hemingways Kuba-Novelle nicht gelesen, sonst war er aber als Vielleser bekannt; auch hier schien er nur schwer Grenzen zu finden. Zu seiner Lieblingslektüre gehörten übrigens historische Biographien großer Persönlichkeiten. Besonders anregend fand er schon immer die Schilderungen über einen gewissen Franzosenkaiser. Fidel Castro wird uns also noch lange erhalten bleiben. Und er wird uns weiter belehren. Als nächstes werden wir erfahren, dass so etwas wie Tod für manche keine Grenze ist, an der alles endet, sondern vieles erst anfängt.



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Hans-Jürgen Burchardt leitet den Lehrstuhl für Internationale und intergesellschaftliche Beziehungen an der Universität Kassel und ist Sprecher des Forschungskollegs *Global Social Policies and Governance*. Er hat an den Universitäten Freiburg, Havanna und Bremen studiert und promoviert sowie in Hannover habilitiert. Seine aktuellen Forschungsschwerpunkte sind Nord-Süd-Beziehungen, Demokratie und soziale Ungleichheit, globale Entwicklungs- und Sozialpolitik sowie Lateinamerika.

LITERATUR

Fuentes, Norberto/Castro, Fidel (2006): Die Autobiographie des Fidel Castro. München 2006.
Villa, José de/Neubauer, Jürgen (2006): *Máximo Líder: Fidel Castro – eine Biographie*. Berlin 2006.
Gratius, Susanne (2005): *Fidel Castro*. München 2005.
Coltman, Leicester (2005): *Der wahre Fidel Castro*. Düsseldorf 2005.
Skierka, Volker (2002): *Fidel Castro*. Reinbek bei Hamburg 2002.

Von Fidel Castro zu Raúl – die Demokratie auf Kuba muss warten

Stefan Reith

Kuba ist die letzte Diktatur in der westlichen Hemisphäre und wird es auf absehbare Zeit wohl auch bleiben. Doch fast ein halbes Jahrhundert nach der kubanischen Revolution wächst mit dem Rückzug Fidel Castros die Hoffnung, dass auch in Kuba eines Tages demokratische Verhältnisse Einzug halten könnten. Bis dahin ist es noch ein langer Weg. Denn die Machtübergabe des 81-Jährigen an seinen nur fünf Jahre jüngeren Bruder Raúl ist keineswegs als demokratischer Aufbruch zu werten. Die zaghafte Reformpolitik auf Raten, die der als pragmatisch geltende Raúl bislang eingeleitet hat, zielt vor allem darauf ab, die Grundbedürfnisse der kubanischen Bevölkerung besser zu erfüllen und damit die Akzeptanz des Regimes und das Erbe der kubanischen Revolution zu sichern. Größere politische Freiheiten sind damit zunächst nicht verbunden. Die Strategie scheint auf die Fusion des Einparteiensystems mit einer marktwirtschaftlich geprägten Wirtschaftsordnung ausgerichtet zu sein. Dennoch eröffnen sich mit dem Ende der Ära Fidel Castro neue Handlungsspielräume, die einen – sicher langwierigen – Demokratisierungsprozess durchaus begünstigen könnten. Um Aussagen über die zukünftige Entwicklung Kubas treffen zu können, analysiert Stefan Reith den jeweiligen Einfluss sowie die Interessen der maßgeblichen Akteure. Nicht nur das Führungspersonal, zentrale Institutionen des Regimes sowie die kubanische Bevölkerung, sondern auch das internationale Umfeld – allen voran die USA – sind in erster Linie an Stabilität und einem friedlichen Wandel interessiert. All dies spricht gegen eine schnelle Änderung des Status quo und einen raschen Regimewechsel. |

Reibungsloser Stabwechsel

Bereits in der schweren Krise der 1990er-Jahre nach dem Wegfall der massiven Wirtschaftshilfen durch die Sowjetunion war ein Rücktritt Fidel Castros immer wieder vorausgesagt worden. Mit der wirtschaftlichen Erholung ab Ende der 90er-Jahre saß Fidel aber wieder fest im Sattel. Freund und Feind richteten sich darauf ein, dass der „Oberkommandierende der kubanischen Revolution“ bis zu seinem Tode die Zügel der Macht nicht mehr aus der

Hand geben würde. Doch im Juli 2008 verschlechterte sich der Gesundheitszustand Fidels infolge einer Darmerkrankung dramatisch, so dass er sich einer Notoperation unterziehen musste. In einer offiziellen Erklärung wurde die „vorläufige“ Übergabe seiner Ämter und Funktionen bekannt gegeben. Seitdem leitet der 76-jährige Raúl Castro, zuvor langjähriger Verteidigungsminister und treuer Diener der kubanischen Revolution, die Staatsgeschäfte. Zwar erholte sich Fidel von der schweren Operation und zeigte sich wiederholt im Staatsfernsehen, doch eine Rückkehr in die alten Führungsfunktionen ließ sein Gesundheitszustand offenbar nicht mehr zu. Nachdem Raúl die Geschicke des Landes 19 Monate lang als Fidels Stellvertreter geleitet hatte, übernahm er im Februar 2008 offiziell die Ämter als Staats- und Regierungschef. Damit ist es dem Regime wider Erwarten gelungen, noch zu Fidels Lebzeiten einen reibungslosen Stabwechsel zu inszenieren, ohne dass es dabei zu Unruhen in der Bevölkerung oder Auflösungserscheinungen im Regime selbst gekommen wäre. Unmittelbar nach seiner Wahl zum Staatschef durch die kubanische Nationalversammlung machte Raúl deutlich, dass er nicht daran denke, als Fidel II. in die Fußstapfen seines Bruders zu treten. Fidel sei unersetzbar. Sein Erbe könne nur die kommunistische Partei antreten, so Raúl in seiner Antrittsrede. Damit deutet sich ein tief greifender Wandel innerhalb des bestehenden Regierungssystems an. Denn Raúl ersetzt das System seines Bruders durch einen neuen, auf Kuba bislang ungekannten Politikstil. Bisher war das gesamte politische Leben Kubas auf Fidel zugeschnitten, der neben den staatlichen Institutionen ein Netz von Parallelstrukturen und ihm persönlich unterstehenden Sondergremien eingerichtet hatte, die mit weit reichenden Kompetenzen ausgestattet waren. Ministerien und Regierungspartei verloren demgegenüber an Bedeutung. Raúl, dem der Ruf eines effizienten Verwalters vorausleitet, will das Gewicht der staatlichen Institutionen wieder stärken und die im Rahmen von Fidels „persönlichem Regiment“ entstandenen Parallelstrukturen zurückschneiden. Denn der neue Staatspräsident, der nicht über das Charisma seines Bruders verfügt, versteht seine Rolle anders als Fidel eher als Primus inter Pares. Er gibt zwar den Ton

an, zieht es ansonsten aber vor, sich auf die staatlichen Institutionen und ihre Bürokratie zu stützen.

Notwendiger Reformprozess wurde eingeleitet

Über den Wechsel des Politikstils hinaus hat Raúl einen Reformprozess eingeleitet, der in vielem an die wirtschaftlichen Liberalisierungsschritte der frühen 1990er-Jahre anknüpft. Damals stand das Land nach dem Wegfall der Unterstützung durch die Sowjetunion, die am Ende rund fünf Milliarden US-Dollar jährlich betragen hatte, vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch. Das Regime griff zu „Maßnahmen, die uns nicht gefallen“, wie Fidel Castro damals bekannte. Die verbotenen Bauernmärkte wurden wieder eröffnet, um die massive Versorgungsnotlage der Bevölkerung zu lindern, und Raúl Castro ließ in den militärgeführten Agrarbetrieben in großem Stil Nahrungsmittel produzieren, um die Preise stabil zu halten. Kuba öffnete sich verstärkt für den internationalen Tourismus und holte im Rahmen von Joint Ventures Auslandskapital ins Land. Der US-Dollar wurde de facto als Zweitwährung legalisiert, was die Überweisungen der Auslandskubaner an ihre Verwandten auf der Insel, die so genannten *remesas*, erleichterte. Die Regierung eröffnete Devisenläden, legalisierte selbstständige Arbeit auf eigene Rechnung im Dienstleistungssektor und Kleingewerbe und wandelte staatliche Agrarbetriebe in private Produktionsgenossenschaften um.

Sobald die schlimmsten Auswirkungen der Wirtschaftskrise überstanden waren, schraubte Fidel die Reformen der „Sonderperiode in Friedenszeiten“, wie die Krisenjahre im Regierungsjargon hießen, jedoch schrittweise wieder zurück. 2004 wurde der US-Dollar als legales Zahlungsmittel wieder verboten und durch den *Peso convertible* (CUC) ersetzt. Dieser ist zwar fest an den Dollar gebunden, kann aber nur mit einem Abschlag von zehn Prozent auf den Dollar eingetauscht werden. Ein CUC ist rund 28 nationale Pesos wert. Viele Produkte, selbst Güter des täglichen Bedarfs wie Zahnpasta, sind häufig nur gegen konvertible Pesos erhältlich. Ein Großteil der Bevölkerung ist daher auf die Überweisungen der im

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Der Reformbedarf spiegelt sich deutlich in der Hauptstadt Havanna wider. Abseits der Prachtboulevards schreitet der Verfall voran. In so manchen Straßenzügen reiht sich ein marodes Wohnhaus an das andere. picture alliance/dpa

Ausland lebenden Verwandten angewiesen. Die *remesas* werden inzwischen auf eine Milliarde Dollar pro Jahr geschätzt. Wer dagegen nur von seinem Lohn in Landeswährung leben muss – der monatliche Durchschnittslohn beträgt 18 Dollar – bleibt auf die staatlichen Bezugskarten für die Grundversorgung dringend angewiesen. Die Existenz von zwei Parallelwährungen und die damit verbundene Spaltung der kubanischen Gesellschaft in diejenigen, die mit dem konvertiblen Peso einkaufen, und diejenigen, die ohne ihn auskommen müssen, werden in weiten Teilen der Bevölkerung massiv kritisiert. Eine Überprüfung dieses Systems hat Raúl bereits angekündigt.

Nirgends spiegelt sich der allgegenwärtige Reformbedarf so deutlich wider wie in der Hauptstadt Havanna, einst die Perle der Karibik. Abseits der Prachtboulevards schreitet der Verfall voran und verwandelt ganze Stadtteile in Ruinenfelder. Die Statistiken verzeichnen einhalb Gebäudeeinstürze pro Tag, weil einfachste Mittel zur Renovierung fehlen! Die Bevölkerung lebt zum großen Teil in Behausungen, die nach europäischen Maßstäben als unbewohnbar gelten – oft auf engstem Raum. Denn nach offiziellen Angaben fehlen in Kuba eine Million

Wohneinheiten; Beobachter schätzen den Bedarf sogar auf das Doppelte. Auch die Infrastruktur, die Straßen-, Schienen- und Stromnetze sind in einem desolaten Zustand, der Fuhrpark ist vollkommen überaltert. Vier Fünftel der Industrie liegen brach und die verbliebenen Anlagen sind meist marode. Die staatlich gelenkte Landwirtschaft liegt ebenfalls am Boden und produziert nur einen Bruchteil des Bedarfs. Rund die Hälfte der landwirtschaftlichen Flächen bleibt ungenutzt; trotz günstiger klimatischer Verhältnisse müssen rund 80 Prozent der benötigten Lebensmittel importiert werden. Was wegen der grassierenden Korruption nicht in dunklen Kanälen verschwindet, um dann zu überhöhten Preisen wieder auf dem Schwarzmarkt aufzutauchen, kann in den staatlichen Läden mittels Lebensmittelkarten bezogen werden. Auch wenn die Versorgungslage heute nicht mehr so katastrophal ist wie in den 1990er-Jahren, als Hungeraufstände drohten: Alles was über die reine Grundversorgung hinausgeht, bleibt – wie zum Beispiel Schweine- und Rindfleisch – meist Mangelware. Trotz gravierender Missstände und Versorgungsengpässe hat sich die Wirtschaft des Landes nach Jahren der Krise merklich erholt und verzeichnet beachtli-

che Wachstumsraten, wenn auch von sehr niedrigem Niveau ausgehend. Die offiziellen Statistiken, die zweistellige Wachstumsraten ausweisen, erscheinen zwar wenig verlässlich, doch geht auch das Wirtschaftsprogramm der Vereinten Nationen für Lateinamerika (CEPAL) von hohen einstelligen Wachstumsraten aus. Das Wirtschaftswachstum wird dort für 2007 mit 7,5 Prozent beziffert und für 2008 prognostiziert man 7,0 Prozent – rund drei Prozent mehr als der lateinamerikanische Durchschnitt.

Die prekären Lebensverhältnisse der Bevölkerung haben sich trotz der positiven makroökonomischen Entwicklung bislang kaum verändert. Zwar profitieren die Bürger noch von einem kostenlosen und im lateinamerikanischen Vergleich vorbildlichen Gesundheits- und Bildungssystem – die Analphabetenrate in Kuba ist niedriger als in den USA –, deren Leistung auch von Gegnern Castros anerkannt werden. Doch die staatlichen Fesseln lähmen bislang jede private, unternehmerische Initiative und verwehren den Bürgern damit die Möglichkeit, selbstständig ihren Lebensunterhalt zu verbessern. Die Erwartungshaltung der Bevölkerung an Raúl Castro ist daher groß. Während der Dogmatiker Fidel jeden leisen Ruf nach wirtschaftlicher Liberalisierung im Keim erstickte und als Verrat an der Revolution brandmarkte, haftet Raúl – als einer der Architekten der wirtschaftlichen Öffnung in den 90er-Jahren – der Ruf eines Pragmatikers an.

Reformpolitik in Raten – Erleichterungen im Alltagsleben

Nach der „provisorischen“ Übernahme der Staatsgeschäfte folgte Raúl einer Strategie der vorsichtigen Wirtschaftsreformen bei gleichzeitigem Systemerhalt. Schon im Juli 2006 rief er am Jahrestag der Revolution dazu auf, Missstände öffentlich zu diskutieren und Verbesserungsvorschläge bei den Behörden einzureichen. Dem Aufruf folgte statistisch betrachtet fast jeder zehnte Bürger; die öffentlichen Stellen vermeldeten über eine Million Eingaben. In einer bis dato nicht gekannten Offenheit wurden anschließend die Probleme des Landes diskutiert. Besonders kritisiert wurde das erwähnte System der doppelten Währung. Forderungen nach Informations- und Kommunikationsfreiheit wurden ebenso laut wie Kritik am strikten Verbot jeglicher selbstständigen wirtschaftlichen Betätigung. Raúl versprach den Kubanern daraufhin bei seinem offiziellen Amtsantritt,

die „exzessiven Verbote“ langsam aber gründlich abzuschaffen.

Seinen Ankündigungen ließ er bereits erste Reformschritte folgen. Der Einheitslohn wurde abgeschafft; Arbeitnehmer sollen nun nach Leistung bezahlt werden, um die Effizienz der staatlichen Planwirtschaft zu steigern. Eine neue Verordnung erlaubt den Kubanern, die Eigentumsrechte an ihren staatlichen Mietwohnungen und -häusern zu erwerben – ein erster Schritt zu privatem Grundbesitz. Die Weitervermietung bleibt zwar vorerst verboten, doch berichten gut informierte Quellen, dass die Regierung die private Zimmervermietung an In- und Ausländer bald wieder zulassen werde. Zur Verbesserung der Versorgungslage hat Raúl eine tief greifende Landreform angekündigt. Offenbar plant die Regierung, brachliegende staatliche Flächen zur Nutzung an Privatpersonen zu übertragen. Schon jetzt darf Land wieder privat bewirtschaftet werden, bislang allerdings noch nicht von Einzelpersonen, sondern nur von Genossenschaften. Düngemittel und landwirtschaftliches Gerät, das bisher von staatlicher Seite zugeteilt wurde, können jetzt je nach Bedarf in neuen Bauernläden eingekauft werden. Auch die Wiedereröffnung der Bauernmärkte steht bevor; die staatliche Preisbindung für Lebensmittel wird weitgehend aufgehoben. Kassiert wurde auch das Verkaufsverbot für Computer, DVD-Player, Fernseher und andere Elektrogeräte, die bisher nur auf dem Schwarzmarkt zu haben waren. Seit kurzem dürfen die Kubaner sogar Mobiltelefone besitzen, die bislang Ausländern und hochrangigen Regimevertretern vorbehalten waren.

Das neue Warenangebot, das praktisch über Nacht in die Schaufenster kam, bleibt für die Mehrheit der Kubaner, die ihre wenigen gesparten konvertiblen Pesos nicht für solche Luxusgüter ausgeben können, jedoch vorerst unerschwinglich. Kritiker sprechen deshalb von kosmetischen Reformen ohne reale Auswirkungen auf den Alltag des Normalbürgers. Diese Einschätzung dürfte zumindest für die Aufhebung des Verbots gelten, das Kubanern die Übernachtung in Touristenhotels untersagt. Diese kann sich der Normalkubaner zwar ohnehin nicht leisten, aber die Regelung war in der Bevölkerung wegen ihres diskriminierenden Charakters besonders verhasst. Gelockert wurden inzwischen auch die Ausreisebestimmungen. Bis vor kurzem mussten die

Kubaner noch einen demütigenden Behördenmarathon und hohe Gebühren für die notwendigen Papiere in Kauf nehmen, wenn sie ihre Verwandten im Exil besuchen wollten.

Derzeit wird eifrig spekuliert, welches Verbot als nächstes fällt – die Erwartungen sind groß. Die Kubaner hoffen insbesondere auf die Zulassung von privaten Kleinunternehmen, die Legalisierung der Arbeit auf eigene Rechnung und die Aufhebung des doppelten Währungssystems. Auch die Legalisierung des Handels mit Autos oder gar Immobilien scheint nicht mehr ausgeschlossen. Sicher scheint, dass Raúls Reformpolitik, die manche an Gorbatschows *Perestrojka* erinnert, weiter vorangetrieben wird. Der Reformbedarf und die Erwartungshal-

tung in der Bevölkerung sind zu groß, als dass keine weiteren Schritte folgen könnten. Ob sich Raúl Castro jedoch wirklich als kubanischer Gorbatschow entpuppen wird und die jetzt eingeleiteten Reformen bereits Vorboten eines Demokratisierungsprozesses sind, darf bezweifelt werden. Offiziell jedenfalls geht es um eine „Revolution innerhalb der Revolution“, wie ein Artikel in der Parteizeitung *Granma* betonte. Schon bei der Ankündigung der Reformen versicherte Raúl, dass das Einparteiensystem und die Vorherrschaft der Kommunistischen Partei natürlich nicht zur Debatte stünden. Um den Reformprozess dennoch gegen mögliche Kritik von Hardlinern des Regimes abzusichern, bemüht man ein Zitat Fidels aus dem Jahr 2000: „Revolution heißt, all das

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Wer gibt den Kurs an? Die zögerlichen Reformen von Raúl Castro werden wohl keine Zäsur darstellen, sondern im „Geiste der Revolution“ und im Namen Fidels geschehen. **picture alliance/dpa**

zu verändern, was verändert werden muss.“ Das Zitat ist inzwischen zu einem Motto geworden, das den Kubanern an Plakatwänden im ganzen Land begegnet. Es soll deutlich machen, dass Raúls Reformen keinen Bruch darstellen, sondern im Geiste der Revolution und im Namen Fidels geschehen.

Die aktuelle Menschenrechtslage

Eine substantielle Verbesserung der Freiheits- und Menschenrechte ist derzeit noch nicht in Sicht, auch wenn die von Raúl angestoßene Ausweitung der Freiräume für offene Debatte und Kritik Anlass zur Hoffnung gibt. Es bleibt abzuwarten, ob das Regime die immer selbstbe-

wusster vorgetragene Kritik dauerhaft hinnehmen wird und kanalisieren kann, oder ob es dem Ruf nach Veränderung irgendwann nur noch mit Hilfe des Repressionsapparates zu begegnen weiß. Derzeit legt Raúl jedenfalls eine beachtliche Toleranz an den Tag, die unter Fidel noch undenkbar gewesen wäre. Vergangenen Herbst kam es ausgerechnet in Santiago, Raúls eigenem Wahlbezirk, zu Studentenprotesten. Als die Universitätsleitung die Kritik, die einen ganzen Katalog von Missständen zum Gegenstand hatte, nach bewährtem Muster abzuwiegeln versuchte und anschließend davonfahren wollte, blockierten die Studenten den Weg und legten den Insassen in lautstarken Sprechchören die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel nahe. Ein solcher Vor-

VON FIDEL CASTRO ZU RAÚL – DIE DEMOKRATIE AUF KUBA MUSS WARTEN

gang hätte unter Fidel wohl massive Strafaktionen nach sich gezogen. Doch Raúl verzichtete auf repressive Maßnahmen und schickte stattdessen Parlamentspräsident Ricardo Alarcón, um mit den Studenten über die Missstände zu diskutieren. Dieser sah sich mit überaus kritischen Fragen konfrontiert. Zur Sprache kamen nicht nur der stark reglementierte Zugang zum Internet und die Sperrung bestimmter Websites, sondern auch hochpolitische Fragen vom doppelten Währungssystem bis hin zu den Einheitslisten bei Wahlen. Ein heimlicher Videomitschnitt der Diskussion, die dem Regimevertreter sichtliches Unbehagen bereitete, fand über YouTube weltweite Verbreitung. Dass ausländische Medien das Video weiter verbreiteten, wurde anschließend zwar in der Parteizeitung als Provokation verurteilt, doch die eigentliche Kritik der Studenten bezeichnete das Blatt als konstruktive Verbesserungsvorschläge im Sinne der Revolution. Den neuen Freiraum nutzt auch die populäre Bloggerin Yoani Sánchez, die sich in ihren Texten mit den Schwierigkeiten des kubanischen Alltags beschäftigt. Der Blog der 32 Jahre jungen Kubanerin ist inzwischen so populär, dass das *Time Magazine* sie kürzlich auf die Liste der 100 einflussreichsten Personen der Welt aufnahm. Zudem wurde ihr der bedeutende Journalistenpreis „Ortega y Gasset 2008“ der spanischen Tageszeitung *El País* verliehen, den sie bisher allerdings nicht persönlich in Empfang nehmen konnte. Die Ausreise nach Madrid wird ihr ohne Angabe von Gründen verwehrt.

Der Meinungsfreiheit bleiben also nach wie vor enge Grenzen gesteckt. Kritik ist zulässig, solange sie im Rahmen des für das Regime Erträglichen bleibt. Dies bekamen auch die zehn Frauen der *Damas en blanco* (Frauen in Weiß) zu spüren, deren friedliche Mahnwache für ihre Ehemänner, die als politische Gefangene Haftstrafen absitzen, kürzlich von der Polizei gewaltsam aufgelöst wurde. Nach Angaben unabhängiger Menschenrechtsorganisationen sitzen in den kubanischen Gefängnissen derzeit noch ca. 230 politische Häftlinge ein. Die Haftbedingungen sind in der Regel sehr schlecht; oft werden die Oppositionellen mit gewöhnlichen Kriminellen in eine Zelle gesperrt und damit deren Drangsalierungen ausgesetzt. Essen und Gesundheitsversorgung sind miserabel. Von den 75 Dissidenten, die im März 2003 festgenommen wurden, sind im Laufe der Jahre 16 aus medizinischen Gründen entlassen worden. Vier weitere wurden kürzlich nach Spanien abgeschoben. Optimisten sehen darin eine weitere Geste des guten

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Willens der neuen kubanischen Regierung. Bereits im Februar, nur wenige Tage nach Raúls Amtseinführung, hatte die kubanische Regierung die beiden UN-Abkommen über wirtschaftliche und soziale sowie über politische und bürgerliche Rechte unterzeichnet. Auch wenn die Abkommen bislang noch nicht ratifiziert wurden, bedeutet die Unterzeichnung eine Abkehr von Fidels kompromissloser Haltung in der Menschenrechtsfrage. Noch ist offen, welche konkreten Auswirkungen die Abkommen auf die Situation in Kuba entfalten können. Dissidenten wie der Vorsitzende der illegalen sozialdemokratischen Partei *Vladimiro Roca* wollen den Text aber in der Bevölkerung bekannt machen und sich gegenüber dem Regime auf die darin festgeschriebenen Rechte berufen.

Viele Skeptiker glauben nicht an eine substantielle Verbesserung der Menschenrechtslage und weisen auf die anhaltende Gängelung und Überwachung durch den Repressionsapparat hin. Oppositionelle Internetseiten berichten gar von deutlich erhöhter Präsenz der Sicherheitskräfte und verstärkten Polizeikontrollen überall auf der Insel. Dies legt die Vermutung nahe, dass die neue Regierung einen doppelten Kurs fahren könnte. Einerseits wird der Bevölkerung mehr Raum für freie Meinungsäußerung zugestanden; andererseits werden Vorkehrungen getroffen, um die Notbremse ziehen zu können, falls die angestoßene Debatte in offene Proteste gegen das Regime umschlagen sollte.

Die maßgeblichen Akteure in Kuba

Um Aussagen über die künftige Entwicklung auf Kuba treffen zu können, müssen der jeweilige Einfluss und die Interessen der maßgeblichen Akteure in Betracht gezogen werden. Ein Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem Führungspersonal des Regimes.

Der innere Führungszirkel des Regimes

Raúl Castro selbst kann aufgrund seines fortgeschrittenen Alters von 76 Jahren nur als Übergangsfigur angesehen werden. Er wird das Erbe Fidels früher oder später in jüngere Hände legen müssen, die bei der Revolution im Jahr 1959 noch keine Rolle gespielt haben. Mit Spannung war daher die Zusammensetzung von Raúls Regierungsmannschaft im kubanischen Staatsrat erwartet worden, weil man sich dadurch einen Fingerzeig auf einen möglichen Liberalisierungskurs erhoffte. Wer in diesem Zusammenhang damit gerechnet hatte, dass der 56-jährige *Carlos Lage*, der als pragmatisch und ideologisch flexibel gilt, zum ersten Stellvertreter Raúls ernannt würde, sah sich getäuscht.

Lage, der eigentliche Kopf hinter den Wirtschaftsreformen der 1990er-Jahre, bleibt einer der insgesamt fünf Vizepräsidenten. Zum zweiten Mann an der Spitze des Staates stieg stattdessen *José Ramón Machado Ventura* auf, mit 77 Jahren ein Dinosaurier der kubanischen Revolution. Er gilt als treuer Anhänger Fidels und ideologisches Schwergewicht der kommunistischen Partei Kubas PCC (*Partido Comunista de Cuba*). Reformimpulse sind von ihm nicht zu erwarten. Auch wenn im neuen Staatsrat einige Mitglieder mittleren Alters aus der Generation von *Carlos Lage* vertreten sind, so dominiert doch die alte Garde der Revolutionsveteranen. Das Durchschnittsalter beträgt rund 70 Jahre. Eine der wenigen Ausnahmen bildet der 42 Jahre junge Außenminister *Felipe Pérez Roque*, der politischer Ziehsohn Fidels. Bereits mit 21 Jahren leitete er das Büro des Oberkommandierenden der Revolution; mit 34 Jahren machte ihn Fidel zu seinem Außenminister. Seitdem verkündete Pérez Roque die Botschaften Fidels mit einem solchen Eifer, dass er hinter vorgehaltener Hand auf Kuba schon als „Fidels Faxgerät“ bezeichnet wurde. Auch wenn der Außenminister als treuer Anhänger Fidels und Reformgegner gilt, so berichten Beobachter zuletzt von einer auffälligen Annäherung des jungen Karrierepolitikers an den neuen Staatschef Raúl. Eine wichtige Rolle spielt auch General *Julio Casas Regueiro*. Er übernahm nicht nur die Nachfolge Raúls als Verteidigungsminister, sondern rückte auch auf den einzig freigewordenen Platz eines Vizepräsidenten im Staatsrat vor. *Casas Regueiro*, einer von drei Generälen im Staatsrat, gilt als engster Vertrauter Raúls. Die Zusammensetzung des neuen Staatsrates lässt darauf schließen, dass es Raúl in erster Linie darum ging, die Reihen zu schließen und ideologische Hardliner zu integrieren, um bei seinem Reformkurs Risse im Regime zu verhindern. Die Ernennung des 77-jährigen *Machado Ventura* zum ersten Stellvertreter entspricht dieser Logik. Denn die vor allem im Ausland erwartete Berufung von *Carlos Lage*, der als klarer Reformbefürworter gilt, wäre für die alte Garde wohl ein zu deutlicher Bruch mit der Ära Fidel gewesen. Fidel Castro hat zwar aufgrund seiner Krankheit alle Führungssämter abgegeben und ist nur noch nominell Vorsitzender der Kommunistischen Partei, doch als *Comandante en Jefe* im Ruhestand ist seine Rolle im Hintergrund nicht zu unterschätzen. Eine Politik, die im diametralen Widerspruch zu seinem Lebenswerk steht, ist sicher nicht möglich. Ein solcher Kurs wäre von Raúl, der seinem Bruder jahrzehntelang als Verteidigungsminister gedient hat und die Revolution hinter den Kulissen organisierte, auch kaum zu erwarten. In seiner Rede zur Amtseinführung bat er die Abgeordneten um Zustim-

mung, Fidel bei allen wesentlichen Entscheidungen konsultieren zu dürfen, was ihm selbstredend einstimmig zugestanden wurde. Doch auf die aktuellen Reformprozesse in Kuba dürfte Fidel keinen allzu großen Einfluss entwickeln. Er meldet sich nur noch über Kolumnen in der Parteizeitung *Granma* zu Wort und thematisiert dort in erster Linie internationale Entwicklungen, ohne zu den konkreten Maßnahmen der Regierung Raúl Stellung zu beziehen. Etwaigen Versuchen von Reformgegnern, Fidel für sich in Anspruch zu nehmen, hat Raúl einen Riegel vorgeschoben, indem er seine Politik mit dem erwähnten Fidel-Zitat „Revolution heißt, all das zu verändern, was verändert werden muss“ vorsorglich legitimiert hat.

Die Kommunistische Partei

Schon bei seiner Amtseinführung unterstrich Raúl, dass nur die Kommunistische Partei (PCC) als „Garant der Einheit der Nation“ würdiger Erbe Fidels sein könne. Sie sei höchste Führungskraft von Gesellschaft und Staat. Diese Führungsrolle der Partei ist zwar in Artikel 5 der kubanischen Verfassung festgeschrieben; dennoch wurde die PCC in der Ära Fidel geradezu marginalisiert. Das Exekutivsekretariat wurde 1991 ersatzlos aufgelöst; satzungsmäßig vorgeschriebene Parteikongresse fanden nicht mehr statt. Die wesentlichen Entscheidungen traf Fidel alleine. Das soll sich nach dem Willen Raúls wieder ändern. Er hat inzwischen für das zweite Halbjahr 2009 einen Parteikongress angekündigt, um wesentliche politische und wirtschaftliche Weichenstellungen für die Zukunft Kubas zu diskutieren. Der VI. Parteikongress ist der erste seit 1997. Neben den inhaltlichen Debatten muss auch die Führungsriege, unter anderem der erste und zweite Sekretär, bislang Fidel und Raúl, neu gewählt werden. Spätestens dann wird Fidel wohl auch seinen Parteivorsitz zurückgeben und sich ganz aufs Altenteil zurückziehen. Wie im Staatsrat gibt es aber auch innerhalb des PCC sowohl Reformgegner als auch Reformbefürworter. Letztere dürften allerdings in der Minderheit sein, da Fidel nach der Rücknahme der Wirtschaftsreformen der 1990er-Jahre reformorientierte Köpfe aus den Führungsgremien der Partei entfernte. Mit ca. 900.000 Mitgliedern, fast ein Zehntel der Bevölkerung, und zahlreichen Unterorganisationen ist die Partei tief in der Gesellschaft verankert und verfügt daher über beste Informationskanäle und ein genaues Bild von der Lage und Stimmung der Bevölkerung. Ob der Ruf nach politischen Reformen bis in die obersten Parteigremien durchdringt und dort in politische Beschlüsse umgesetzt wird, ist für die Zukunft Kubas von entscheidender Bedeutung. Dies gilt insbesondere dann, wenn der PCC nach

Raúls Plänen die verfassungsmäßig zugeordnete Rolle als wichtigster Träger der kubanischen Revolution zurückerhält.

Die Revolutionären Streitkräfte FAR

Zweites wichtiges Standbein von Raúls Herrschaft sind die Revolutionären Streitkräfte FAR (*Fuerzas Armadas Revolucionarias*), die er in seiner jahrzehntelangen Amtszeit als Verteidigungsminister zur effektivsten und am besten organisierten Institution Kubas geformt hat. Nicht zuletzt, weil Raúl seine Soldaten während der drohenden Hungerkatastrophe in den 90er-Jahren nicht zur Unterdrückung der Proteste einsetzte, sondern zur Lebensmittelproduktion auf die Felder schickte, genießen die Streitkräfte auch bei der Bevölkerung einen guten Ruf. Die Krise führte zudem zu einem Funktionswandel der FAR. Denn die vorsichtige Öffnung der Wirtschaft wurde damals in erster Linie durch die FAR kontrolliert und umgesetzt, was den Militärs eine zentrale Bedeutung für die kubanische Wirtschaft verschaffte. Heute lenkt das Verteidigungsministerium ein nach marktwirtschaftlichen Maßstäben geführtes Wirtschaftsimperium, dem rund 800 Unternehmen gehören und das über 60 Prozent der kubanischen Wirtschaftskraft kontrolliert. Auch wenn keine genauen offiziellen Zahlen vorliegen, gehen Beobachter davon aus, dass über zwei Drittel der Deviseneinnahmen Kubas von Unternehmen der Streitkräfte erwirtschaftet werden. Unter dem Schirm der Dachgesellschaft *Grupo de Administración Empresarial* (GAE) führen die Militärs große Agrarbetriebe, Zuckermöhlen, Textilfabriken, Ladenketten, etc. und steuern über den Konzern *Gaviota* über die Hälfte des Tourismusgeschäftes. Häufig übernehmen verdiente Offiziere der FAR nach dem aktiven Dienst die Leitung eines der staatseigenen Unternehmen und besuchen sogar Manager-Seminare in Europa. Die Funktion eines Großteils des Militärs besteht heute darin, als Unternehmer Devisen für lebensnotwendige Importe zu beschaffen. Zudem produzieren die armeegeführten Agrarbetriebe Grundnahrungsmittel, die zu günstigen Preisen angeboten werden. Zusätzlich wird das Ansehen der FAR in der Bevölkerung dadurch gestärkt, dass die Armee bei Naturkatastrophen wie den regelmäßigen Hurrikans stets als effizienter Nothelfer auftritt und die Versorgung der betroffenen Bevölkerung sicherstellt.

Die Streitkräfte sind Raúl Castro treu ergeben. Seine Generäle besetzen wichtige Führungsfunktionen an der Spitze von Staat, Partei und Wirtschaft. Die Machtposition der FAR wird zudem dadurch gestärkt, dass sie auch die übrigen staatlichen Sicherheitskräfte wie Polizei und Geheimdienste kontrollieren. Ein mit Raúl eng verbundener Armeegeneral leitet

das Innenministerium. Vor diesem Hintergrund ist zu erwarten, dass die FAR bei einem möglichen Wandel auf Kuba, wie auch immer er aussehen mag, eine wesentliche Rolle spielen werden.

Zivilgesellschaft und Opposition

Eine strukturierte Zivilgesellschaft mit unabhängigen gesellschaftlichen Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften, welche die Interessen der Bevölkerung kanalisieren und gegenüber dem Regime zum Ausdruck bringen könnten, existiert auf Kuba nach fast einem halben Jahrhundert Diktatur nicht mehr. Die Opposition ist zersplittert, wenig vernetzt und hat keinen Zugang zu unabhängigen Massenmedien. Im Untergrund existieren Parteien christdemokratischer, sozialdemokratischer oder liberaler Ausrichtung, die aber einen sehr niedrigen Organisationsgrad aufweisen und daher kaum Einfluss haben. Einer der bekanntesten Oppositionellen ist *Oswaldo Paya*, der mit seinem Varela-Projekt versucht, das Regime auf der Basis der geltenden Verfassung zu demokratischen Reformen zu bewegen. Im Mai 2002 beantragte er bei der Nationalen Volkskammer Kubas diesbezüglich die Abhaltung eines Referendums. Der Antrag, für den laut Verfassung 10.000 Unterschriften nötig gewesen wären, wurde von über 11.000 mutigen Kubanern unterzeichnet. Inzwischen haben sich bereits über 25.000 Kubaner der Initiative angeschlossen. Doch Payás Antrag hatte keinen Erfolg; die Regierung reagierte mit massiver Repression und verhaftete viele Unterstützer des Varela-Projekts. Für sein engagiertes Eintreten für die Demokratie erhielt Payá 2002 den „Sacharow-Preis“ des Europäischen Parlaments, der ihn über die Grenzen Kubas hinaus bekannt machte, was zumindest einen gewissen Schutz vor der direkten Verfolgung durch die kubanischen Sicherheitsdienste bedeutet.

Die einzige regierungsunabhängige, landesweit verankerte Institution ist die katholische Kirche. Sie ist tendenziell regimiekritisch, vermeidet aber die offene Konfrontation mit der Regierung und konzentriert sich auf die Seelsorge und karitative Arbeit. Trotz voller Gottesdienste ist die Position der Kirche offenbar zu schwach, als dass sie sich deutlicher auf die Seite der Opposition stellen könnte. Eine Rolle, wie sie die Kirchen mit den Friedensgebeten bei der deutschen Wiedervereinigung gespielt haben, ist daher auf Kuba kaum zu erwarten.

Viele oppositionelle Initiativen von Intellektuellen, Schriftstellern und Kulturschaffenden haben mangels Zugang zu regierungsunabhängigen Medien auf Kuba inzwischen das Internet für sich entdeckt. Der Blog von *Yoani Sánchez* verzeichnete allein im Januar 2008 über 800.000 Zu-

griffe, davon jeder vierte aus Kuba. Zieht man die geringe Dichte von Internetzugängen in Betracht, ist diese Zahl sehr beachtlich. Wenn nach dem jetzt legalisierten Verkauf von Computern und Handys auch private Internetzugänge erlaubt werden sollten, könnte die Bedeutung des Internets für die Regimiekritiker künftig weiter zunehmen. Dann könnten noch mehr Kubaner als bisher den kritischen Diskussionen auf den Homepages der „Internetrebellen“ folgen und sich so dem staatlichen Informationsmonopol entziehen.

Es bleibt fragwürdig, ob es der Opposition gelingt, künftig breitere Unterstützung in der Bevölkerung zu mobilisieren. Denn bislang verhält sich die große Mehrheit der Bürger eher unpolitisch und zurückhaltend. Die soziale Unzufriedenheit ist zwar groß; doch einen Umsturz wollen die meisten Kubaner nicht, zumal ihnen Fidels Propaganda jahrzehntelang in die Köpfe gehämmert hat, dass der „Erzfeind“ USA, dessen Embargo in erster Linie für die Misere auf der Insel verantwortlich sei, nur darauf warte, Kuba unter seinen Einflussbereich zu bringen. Viele Kubaner fürchten daher den Verlust der wenigen Errungenschaften der Revolution – wie das Recht auf freie Bildung und Gesundheitsversorgung –, den Einzug eines radikalen Neoliberalismus, die daraus resultierenden sozialen Verwerfungen und einen Verlust der nationalen Souveränität. Zudem haben sich viele Kubaner trotz schlichter Lebensverhältnisse mit der Diktatur arrangiert. Bedenkt man, dass sieben von zehn Kubanern geboren wurden, als Fidel bereits an der Macht war, und dass die eingeschränkten Informationsmöglichkeiten den Blick über den kubanischen Tellerrand für den Normalkubaner sehr erschweren, kann diese passive Haltung wenig verwundern. Die Rolle der Bevölkerung als möglicher Motor demokratischer Reformen ist daher kaum einzuschätzen. Vieles wird davon abhängen, ob es Raúl durch eine Verbesserung der Lebensverhältnisse und vorsichtige Zugeständnisse bei den persönlichen Freiheiten gelingt, die soziale Unzufriedenheit abzumildern, oder ob gerade diese Reformen dem Ruf nach Demokratie und Freiheit zusätzliche Nahrung geben.

Das internationale Umfeld

Die wichtigsten externen Akteure, welche die künftige Entwicklung auf Kuba beeinflussen, sind in erster Linie die USA und Venezuela sowie – mit Abstrichen – die Europäische Union.

USA

Die US-Regierung machte unmittelbar nach dem Machtwechsel auf Kuba deutlich, dass sie ihre harte Haltung gegenüber dem Castro-Regime nicht ändern werde, solange es keinen demokratischen Wandel gebe. Der Stabwechsel von Fidel zu Raúl sei aber lediglich eine Fortsetzung der Diktatur, ließ US-Präsident *Bush* offiziell verlauten. Noch im Juli 2006 hatte die im US-Außenministerium angesiedelte *Commission for Assistance to a Free Cuba* in ihrem Bericht unter anderem die Fortführung und Verschärfung der wirtschaftlichen Sanktionsmaßnahmen einschließlich des Helms-Burton-Gesetzes von 1996 empfohlen. Dieses Gesetz droht Unternehmern und Investoren aus Drittstaaten, die sich auf Kuba engagieren und somit das US-Embargo schwächen, mit Vergeltungsmaßnahmen. Mit dem Abtritt der Symbolfigur Fidel scheint eine Wende in der dogmatischen Kubapolitik jedoch möglich, zumal die Insel in den USA nicht mehr als ernsthafte Bedrohung wahrgenommen wird. Solange das Regime nicht nach Massenvernichtungswaffen strebt, kann eine militärische Intervention der USA daher praktisch ausgeschlossen werden. Die einzig realistische Gefährdung der amerikanischen Sicherheit durch Kuba sehen US-Politiker in Flüchtlingswellen, die durch einen plötzlichen Zusammenbruch des Regimes oder einen Bürgerkrieg ausgelöst werden könnten. Das Hauptinteresse der USA liegt daher – anders als zu Zeiten des Kalten Kriegs – auf stabilen Verhältnissen in Kuba, nicht auf einem sofortigen Regimewechsel. Eine Kursänderung ist vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen zwar nicht mehr zu erwarten, aber die Rufe nach einer pragmatischeren Kubapolitik werden bereits lauter. So forderte eine von 107 Kongressabgeordneten unterzeichnete Initiative nach Fidels Rücktritt eine umfassende Überprüfung der Blockadepolitik, die von vielen Beobachtern als kontraproduktiv angesehen wird, weil sie dem Castro-Regime als Legitimationsbasis und Erklärung für die desolote Versorgungslage dient. Auch die US-Wirtschaft drängt auf eine Aufhebung des Embargos, da sie das lukrative Tourismusgeschäft mit Kuba und die Erschließung von Ölfeldern vor der kubanischen Küste nicht länger der europäischen und asiatischen Konkurrenz überlassen will. Selbst bei den Republikanern, die traditionell die Forderungen der Exilkubaner in Florida nach einem harten Anti-Castro-Kurs unterstützen, zeichnen sich hinter den Kulissen erste Lockerungsübungen in der Kubafrage ab. Der demokratische Präsidentschaftskandidat *Barack Obama* stellte bei einem „substantiellen Wandel“ sogar die „Normalisierung der Beziehungen in Aussicht“. Raúl, der anders als sein Bruder bei

Staatsempfängen die scharfe Revolutionrhetorik beiseite lässt und die Armeeuniform gegen Schlips und Anzug tauscht, baut dem Erzfeind derweil Brücken für eine mögliche Verständigung und bot „Verhandlungen ohne Vorbedingungen“ an. Zusätzlich signalisierte er Entgegenkommen in der Menschenrechtsfrage, indem er kürzlich einige Todesurteile in lebenslange Haftstrafen umwandelte. Nach den US-Präsidentschaftswahlen wird sich zeigen, ob sich die Anzeichen für eine Entspannung des bilateralen Verhältnisses bestätigen. Der mögliche Wegfall des wichtigsten Feindbildes könnte für den neuen kubanischen Staatschef allerdings zu einer seiner größten Herausforderungen werden, weil damit zugleich eine zentrale Legitimationsgrundlage des Regimes verloren ginge.

Venezuela

Unter Präsident *Hugo Chávez*, einem glühenden Anhänger Fidel Castros, entwickelte sich Venezuela zum inzwischen wichtigsten Verbündeten Kubas. Das Land ist heute wichtigster Handelspartner der Insel und leistet dank sprudelnder Einnahmen aus dem Ölgeschäft großzügige Unterstützungsleistungen, die Experten mit rund zwei Milliarden US-Dollar pro Jahr beziffern. Kuba erhält pro Tag ca. 100.000 Barrel Erdöl zu Tiefstpreisen, die zu einem beträchtlichen Teil auf dem Weltmarkt weiterverkauft werden, um Devisen für lebenswichtige Importe zu erwirtschaften. Als Gegenleistung entsendet Kuba nicht nur Ärzte und Lehrer nach Venezuela, sondern stellt jungen Venezolanern auch kostenlose Studienplätze an kubanischen Universitäten zur Verfügung. Die engen bilateralen Beziehungen spiegeln sich in der demonstrativ zur Schau getragenen Freundschaft zwischen den beiden Präsidenten wider, welche in fernsehgerecht in Szene gesetzten Besuchen von Chávez am Krankenbett seines politischen Ziehvaters gipfelte. Während das Castro-Regime auf die nachbarschaftliche Unterstützung dringend angewiesen ist, um die desolote Wirtschafts- und Versorgungslage zu verbessern, unterstreicht Chávez so seinen Führungsanspruch in der Region. Die Nähe zu Fidel half ihm, sich als dessen politischen Erben darzustellen und im Namen *Simón Bolívars* – ein in Venezuela verehrter Nationalheld (1783–1830), der den Unabhängigkeitskampf gegen die Spanier anführte – sein Modell eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts für Lateinamerika zu propagieren. Seit dem verlorenen Referendum für seine sozialistische Verfassungsreform Ende 2007 ist die Position des venezolanischen Präsidenten jedoch geschwächt. Ein künftiger Machtwechsel in Venezuela und ein damit drohender Entzug der Unterstützungsleistungen könnten für Kuba ähnlich

gravierende Folgen haben wie seinerzeit der Zusammenbruch der Sowjetunion. Bleibt Chávez jedoch die nächsten Jahre im Amt, ist sein Einfluss auf die Entwicklung in Kuba nicht zu unterschätzen, auch wenn das Verhältnis zu Raúl, der mit seinem zurückhaltenden Naturell das glatte Gegenteil des großspurigen Lautsprechers aus Caracas verkörpert, eher nüchtern sein soll. Zwar versucht Raúl Kuba vor einer einseitigen Vereinnahmung durch Chávez zu schützen, indem er auch die Kontakte zu anderen lateinamerikanischen Nachbarn stärkt, doch ist ihm bewusst, dass die Stabilität seiner Regierung in hohem Maße von der Unterstützung aus Venezuela abhängt.

Europäische Union

Im Vergleich zu den USA und Venezuela spielen die restlichen lateinamerikanischen Staaten, aber auch die Europäische Union eine deutlich geringere Rolle. Die Kubapolitik der EU wird formal durch den Rahmen der 1996 verabschiedeten „Gemeinsamen Position“ zu Kuba geregelt, die auf Betreiben der damals konservativen spanischen Regierung deutlichen Nachdruck auf klare Demokratisierungsschritte legte. Nach der Verhaftung von 75 Dissidenten im Jahr 2003 verhängte die EU diplomatische Sanktionen. Die europäischen Botschaften in Havanna reduzierten die offiziellen Kontakte zu den kubanischen Behörden und luden zu ihren Empfängen verstärkt auch Dissidenten ein. Infolge des sogenannten „Häppchenkriegs“ kühlten sich die Beziehungen



UNSER AUTOR

Stefan Reith studierte in Freiburg und Salamanca (Spanien) Internationale Politik und Geschichte. Nach einem Forschungsaufenthalt in Chile und Arbeiten zu außenpolitischen Strategien, Integrationsbemühungen und Demokratisierungsprozessen in Lateinamerika war er als wissenschaftlicher Assistent in der Außenstelle der Konrad-Adenauer-Stiftung in Madrid (2004–2006) tätig. Hier zählten u. a. die Beziehungen der Europäischen Union mit Lateinamerika zu seinen Arbeitsschwerpunkten. Seit 2006 arbeitet er als Referent im Vorstandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung.

stark ab, bis im Jahr 2005 auf Betreiben des sozialistischen spanischen Regierungschefs Zapatero die Sanktionen wieder aufgeweicht wurden. Das Ringen um eine gemeinsame EU-Kubapolitik bleibt aber schwierig. Während auf der einen Seite Spanien für einen „kritischen Dialog“ mit der kubanischen Regierung plädiert und relativ gute politische und wirtschaftliche Kontakte pflegt, sprechen sich die osteuropäischen Staaten vor dem Hintergrund ihrer eigenen frischen Diktaturerfahrungen gegen Zugeständnisse an das Regime aus, solange keine klaren Schritte in Richtung Demokratisierung erfolgen. Im Vorfeld der jährlichen Überprüfung der EU-Kubapolitik, die für Juni auf der Tagesordnung steht, hat die EU-Kommission die Mitgliedsstaaten aufgefordert, eine Aufhebung der 2003 verhängten Sanktionen in Betracht zu ziehen, da sich mit dem Führungswechsel in Kuba ein Gelegenheitsfenster für einen möglichen Wandel öffnen könnte.

Da diese Analyse nicht von allen geteilt wird, ist es fraglich, ob die Europäer zu einer gemeinsamen Haltung finden und diese konsequent umsetzen können. Zumindest besteht Einigkeit darin, dass der Wandel von den Kubanern selbst gestaltet werden muss und nicht von außen erzwungen werden kann. Dennoch, solange die EU gegenüber dem Castro-Regime nicht geschlossen auftritt, hat sie kaum Aussichten, die Entwicklungen auf Kuba maßgeblich zu beeinflussen.

Reformen ohne Demokratie oder demokratischer Aufbruch?

Die Frage, ob nach Fidels Rücktritt auch die letzte verbliebene Diktatur in der westlichen Hemisphäre in absehbarer Zeit den Weg zur Demokratie finden wird, ist derzeit nicht eindeutig zu beantworten. Fest steht allerdings, dass der Rücktritt Fidels und der von Raúl in Gang gesetzte Reformprozess Anlass zur Hoffnung geben, dass der wirtschaftlichen Öffnung auch politische Reformen folgen könnten. Die Aussetzung der Todesstrafe, die Unterzeichnung der UN-Abkommen über die Freiheits- und Bürgerrechte sowie die neue Toleranz gegenüber Kritik und freier Meinungsäußerung deuten in diese Richtung.

Euphorie ist dennoch fehl am Platz. Denn das erklärte Ziel von Raúls Reformen ist die Verbesserung der Lebensverhältnisse der kubanischen Bürger bei gleichzeitigem Erhalt des politischen Systems. Das vorsichtige Zugeständnis von mehr persönlichen Freiheiten ist ebenfalls in diesem Licht zu sehen. Ein demokratischer Aufbruch verbirgt sich dahinter nicht! Denn die Herrschaft der Kommunistischen Partei bleibt unangetastet, und freie Wahlen stehen ebenfalls nicht auf Raúls

Agenda. Seine Strategie zielt auf die Fusion des kommunistischen Einparteiensystems mit einer marktwirtschaftlich geprägten Wirtschaftsordnung und folgt – nach Einschätzung der meisten Beobachter – dem chinesischen Vorbild, das Raúl 1997 auf einer Reise in die Volksrepublik mit Interesse studiert hat. Die Wiederaufwertung der Kommunistischen Partei und der damit verbundene Versuch, das Erbe der Revolution von Einzelpersonen zu lösen und in die Hände von Institutionen zu legen, entsprechen dieser Logik. Raúl weiß, dass auch ihm aufgrund seines Alters voraussichtlich nur wenige Jahre bleiben, um das Land zu modernisieren und dem Regime durch eine erfolgreiche Verbesserung der Lebensverhältnisse eine neue, eigene Legitimationsbasis zu schaffen. Da er eine Destabilisierung des Regimes um jeden Preis verhindern will, ist absehbar, dass der begonnene Reformprozess schrittweise und unter strikter Kontrolle des Regimes, gestützt auf den Partei- und Sicherheitsapparat, vorangetrieben wird. Allerdings bleibt abzuwarten, ob es Raúl tatsächlich gelingt, mit vorsichtigen Reformen die Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu besänftigen und „Druck aus dem Kessel zu lassen“ oder, ob der einmal aus der Flasche entwichene „Reformgeist“ nicht doch eine Eigendynamik entwickelt, die nicht mehr kontrolliert werden kann. Auch wenn in der Menschenrechtsfrage derzeit einige positive Signale erkennbar sind, ist es nicht unwahrscheinlich, dass Fidels Bruder im letzten Falle auf den Repressionsapparat zurückgreifen würde, um das Regime an der Macht zu halten.

Wenn es Raúl aber gelingt, Reformserfolge zu erzielen und Diadochenkämpfe um seine und Fidels Nachfolge durch die Institutionalisierung der Revolution in den Händen der Kommunistischen Partei zu verhindern, spricht vieles dafür, dass die Einparteienherrschaft auf Kuba auf absehbare Zeit stabilisiert werden kann und Freiheit und Demokratie nur in Form eines sehr langwierigen Prozesses gewonnen werden können. Auch die Tatsache, dass alle maßgeblichen Akteure, das Regime selbst, die kubanische Bevölkerung, aber auch das internationale Umfeld in erster Linie an Stabilität und einem friedlichen Wandel interessiert sind, spricht gegen eine schnelle Änderung des Status quo. Dies gilt auch für die Zeit nach Raúl, der bewusst keinen Vertreter der jüngeren Generation, zum Beispiel den reformorientierten Carlos Lage, als seinen Kronprinzen installiert hat, um den Zusammenhalt des Regimes nicht zu gefährden.

Dennoch bietet Fidels Rücktritt seit Jahrzehnten erstmals eine Chance für die demokratische Opposition, die entstehenden Spielräume für sich zu nutzen und beharrlich zu erweitern. Zugeständnisse des Regimes im Bereich der Informations-

und Meinungsfreiheit könnten dazu genutzt werden, die Bevölkerung stärker als bisher zu aktivieren und sich untereinander besser zu vernetzen. Wenn zudem die USA nach den Präsidentschaftswahlen ihre auf sofortigen Regimewechsel ausgelegte Embargopolitik ändern und zusammen mit den Europäern zu einer abgestimmten Kubapolitik finden würden, könnte die kubanische Regierung durch eine geschickt eingesetzte Mischung aus Sanktionsdrohungen und Belohnungen motiviert werden, die angestoßenen Reformen in einen echten Demokratisierungsprozess münden zu lassen. Externe Akteure können diesen Prozess zwar unterstützen, der Impuls für einen demokratischen Wandel muss aber von den Kubanern selbst kommen und darf die Gesellschaft nach jahrzehntelanger Diktatur nicht erneut in „Verlierer“ und „Gewinner“ spalten. Das Varela-Projekt, das einen demokratischen Wandel auf der Basis der bestehenden Rechtsgrundlage und unter Einbindung aller Kubaner vorschlägt, bietet dafür einen interessanten Ansatzpunkt.

Das Ende der Ära Castro eröffnet die Gelegenheit, Freiheit und Demokratie einzufordern. Die Kubaner sollten diese nutzen, bevor Raúl den Regimeerhalt durch die Institutionalisierung der Revolution in der Kommunistischen Partei zementiert hat. Andernfalls droht, wovon *Alejandro González Rago*, einer der vier jüngst aus der Haft entlassenen Dissidenten kürzlich warnte: „Wenn das kubanische Volk jetzt nicht aufsteht und sich wehrt, können noch einmal 50 Jahre Diktatur drohen.“

LITERATUR

- Fundación Cidal und KAS (Hrsg.) (2005): *Oswaldo Payá Sardiñas und das Varela-Projekt. Der friedliche Kampf um die demokratische Öffnung in Kuba*. Buenos Aires.
 Gratius, Susanne (2008): *Kuba: Entre Continuidad y Cambio*. FRIDE-Arbeitspapier. Madrid, März 2008.
 Hoffmann, Bert (2007): *Kuba in der Nach-Fidel-Ära*. FES-Analyse, März 2007.
 Hoffmann, Bert (2008): *Kuba: Wohin führt die Ära Raúl?* In: GIGA Focus Nr. 2, 2008.
 Priess, Frank (2007): *Escenarios económicos. Economía dirigida, modelo chino o apertura económica*. KAS-Länderbericht Mexiko, Dezember 2007.
 Thiery, Peter/Wierheim, Arndt (2006): *Kuba nach Castro. Akteure und Szenarien der Transformation*. CAP-Analyse Nr. 5, München.

AUSGEWÄHLTE LINKS

- www.cubanet.de (unabh. Nachrichtenportal)
www.desdecuba.com (unabh. Nachrichtenportal)
www.convivenciacuba.es (Online-Zeitschrift)

Vom Dritte-Welt-Sozialismus zur großen Krise – und der schwierigen Reform von heute

Bert Hoffmann

Als in Berlin die Mauer fiel, brach auch für Kuba eine Welt zusammen. 1989 gingen nicht weniger als 85 Prozent des gesamten kubanischen Außenhandels in die Sowjetunion und die sozialistischen Staaten Osteuropas. Das Land, das im Kalten Krieg das stolzeste Aushängeschild des Sozialismus in der Dritten Welt gewesen war, stürzte 1989 in eine tiefe, alle Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft erfassende Krise. Waren die ersten Jahre nach der Revolution von 1959 noch eine „euphorische“ und von sozialen Errungenschaften im Bildungssystem und Gesundheitswesen geprägte Zeit, sind für viele Kubaner aus heutiger Sicht die Jahre zwischen 1980 und 1989 die „goldene Zeit“ des kubanischen Sozialismus. Waren die sozialen Kosten der Krise anfangs der 1990er-Jahre noch halbwegs gleich auf die gesamte Gesellschaft verteilt, offenbart die nunmehr 17 Jahre anhaltende „Spezialperiode in Friedenszeiten“ gesellschaftliche Erosionsprozesse und Zweifel am politischen System Kubas. Inzwischen hat sich die Wirtschaft des Landes ein Stück weit stabilisiert, dies allerdings auf oft sehr prekärem Niveau. Immer noch herrscht das eigenwillige Mischsystem von hartem und schwachem Peso, Plan und Markt, Rationierungskarte und Devisenshops. Die Regierung von Raúl Castro, der im Februar 2008 offiziell das Erbe seines erkrankten Bruders antrat, hat denn auch allem Triumphalismus abgeschworen und einen vorsichtigen Reformkurs eingeschlagen, um die tiefen wirtschaftlichen Verwerfungen überwinden zu können. |

Wie der Sozialismus nach Kuba kam

Es ist Gegenstand endloser Diskussionen, ob Fidel Castro immer schon Kommunist war und anfangs nur eine liberale Fassade wahrte, oder ob erst die USA mit ihrer konfrontativen Politik Kuba in die Arme der Sowjets getrieben habe. Vielleicht war es aber einfach zwangsläufig, das eine Radikalisierung der sozialen Umwälzung in Kuba zum offenen Konflikt mit Washington führen musste. Und dass dieser Konflikt für die Regierung in Havanna nur dann zu bestehen war, wenn die kleine Karibikinsel mächtige Verbündete fand – und dafür gab es in der Ära des

Kalten Krieges nur eine einzige Option: die Allianz mit der Sowjetunion.

Als die von Fidel Castro geführten Guerilla-Kämpfer im Januar 1959 in Havanna einmarschierten, war das ideologische Programm noch völlig offen. Die Revolution, so Fidel im Mai 1959, wolle einen Weg gehen „zwischen dem Kapitalismus, der die Menschen aushungert, und dem Kommunismus, der ihre wirtschaftlichen Probleme löst, aber dafür die Freiheiten unterdrückt, die ihnen so teuer sind.“ Doch die Praxis ließ wenig Raum für einen „dritten Weg“. Kaum im Amt als Premierminister verfügte Fidel Castro, die Mieten für die Unterschicht um 30 bis 50 Prozent zu senken, ebenso die Tarife für Strom und Telefon sowie die Preise für Medikamente. Per Dekret wurden die Löhne der Zuckerrohrarbeiter erhöht. Die Oberschicht war entsetzt. Als Fidel Castro im April 1959, nur vier Monate nach dem Triumph der Revolution, in die USA reiste, wurde auch der internationale Bruch unübersehbar.

Präsident Dwight D. Eisenhower verweigerte dem kubanischen Revolutionsführer den Empfang. Castro seinerseits lehnte zur allgemeinen Verblüffung jegliche Finanzhilfen von Seiten der USA, der Weltbank oder des IWF (Internationaler Währungsfonds) ab. Die soziale Umwälzung, die er wollte, würde nur gegen, nicht mit Washington möglich sein.

Kurz darauf enteignete die Revolutionsregierung auf einen Schlag allen Großgrundbesitz und nahm erste offizielle Kontakte zu Moskau auf. Als im Februar 1960 der sowjetische Vize-Premier Anastas Mikojan zu einem spektakulären Besuch in Kuba eintraf und beide Länder das erste große Handelsabkommen unterzeichneten, wurde dies in den USA als nicht hinnehmbare Affront erlebt. Direkt vor der Küste Floridas forderte die Sowjetunion die westliche Supermacht heraus. In Washington schalteten die Alarmsignale auf tiefstes Rot.

Die Eskalation des Konflikts wurde nun zu einer Kettenreaktion, die in kürzester Zeit zum völligen Bruch zwischen Washington und Havanna führte. Als Kuba begann, sowjetisches Erdöl zu importieren, weigerten sich die ausländischen Ölraffinerien, dieses zu verarbeiten. Daraufhin ließ die kubanische Regierung sie kurzerhand enteignen. Im Gegenzug kürzte der US-Kongress Kubas Zuckereinfuhrquote.

Zwei Tage später erließ der kubanische Ministerrat ein Gesetz zur Nationalisierung US-amerikanischer Unternehmen. Am Tag darauf strichen die USA Kubas Zuckerquote komplett. Vier Tage später erklärte die Sowjetunion, dass sie Kuba allen ursprünglich für den US-Markt vorgesehen Zucker abkaufen würde. Noch im selben Monat unterzeichneten Castro und Nikita S. Chruschtschow das erste Militärabkommen.

Anfang August setzte Kubas Regierung die Enteignung aller US-amerikanischen Großbetriebe in Industrie und Landwirtschaft in die Tat um. Mitte September wurden alle US-Banken konfisziert, und Mitte Oktober wurden nun auch alle rein kubanischen Unternehmen enteignet, die aus Sicht der Regierung die ökonomischen Pläne der Revolution sabotiert hatten, darunter 105 Zuckermühlen, sechs Metall verarbeitende Betriebe, 13 Kaufhäuser, 18 Rum-Destillen, 60 Textilfabriken, sieben Papier produzierende Betriebe, zehn Kaffeeröstereien und elf Kinos. Am 19. Oktober 1960 verbot Washington US-Exporte nach Kuba, ausgenommen Medikamente und Nahrungsmittel; später wurden erst diese Ausnahmen gestrichen, dann ein generelles Handelsembargo gegen die Insel verhängt. Dieses Embargo – oder in der Wortwahl der kubanischen Regierung: Blockade – ist mit Modifikationen bis heute in Kraft (siehe Kasten, S. 124).

Zwei Jahre nach der Revolution waren der gesamte kubanische Großhandel und das Bankenwesen, der größte Teil der Industrie, des Baugewerbes, des Transportwesens und des Einzelhandels sowie mehr als ein Drittel der Landwirtschaft in die Hände des Staates übergegangen. Am 16. April 1961, am Vorabend der von den USA unterstützten Invasion von Exilkubanern in der Schweinebucht, verkündete Fidel Castro dann auch offiziell den „sozialistischen Charakter“ der kubanischen Revolution.

Entwicklungserfolge und neue Abhängigkeiten

Während die Revolution sich Anfang der 1960er-Jahre politisch und militärisch erfolgreich behauptete, erlebte sie wirtschaftlich ihre erste große Krise. Als die Versorgungsengpässe immer gravieren-

der wurden, verfügte die Regierung im März 1962 die Rationierung der Nahrungsmittel: Ein Gutscheinsystem, die so genannte *libreta* (=Heftchen), garantierte nun allen Kubanern eine festgelegte Menge der verschiedenen Grundnahrungsmittel, die zu minimalen Preisen bei staatlichen Verteilungsstellen mehr abzuholen als zu kaufen waren. Ursprünglich als Notmaßnahme gedacht, wurde das System der *libreta* später auch auf andere Konsumgüter ausgeweitet und ist bis heute in Kraft.

Zwar mussten die großen Industrialisierungsstränge der ersten Jahre schnell zurückgestutzt werden, doch die weitreichenden Handelsabkommen mit der Sowjetunion garantierten Kuba einen stabilen Absatzmarkt für seinen Zucker und sicherten gleichzeitig eine großzügige Versorgung mit Erdöl sowie Industrieprodukten zu hoch subventionierten Vorzugskonditionen. Kuba wurde so zum Modell-Land für einen Sozialismus in der Dritten Welt, dessen eindrucksvolle Sozialleistungen weltweite Ausstrahlungskraft hatten.

Der Preis dafür war aber auch eine wachsende Abhängigkeit von der Sowjetunion. Als Fidel Castro, der unermüdliche Verteidiger nationaler Unabhängigkeit, 1968 den sowjetischen Einmarsch in Prag guthieß, war dies für viele ein Schock. Innenpolitisch fing Castro diese Krise mit einer neuerlichen Radikalisierung auf: In der so genannten „Revolutionären Offensive“ verstaatlichte die Regierung den größten Teil der noch in Privathänden verbliebenen Kleinunternehmen, insgesamt 57.000 Handwerksbetriebe und Geschäfte, Hot-Dog-Stände und Cafés, Werkstätten und Restaurants. Castro proklamierte nun den „gleichzeitigen Aufbau von Sozialismus und Kommunismus“, bei dem derartige privatwirtschaftliche „Relikte der Vergangenheit“ nicht mehr zu akzeptieren waren.

Anfang der 1970er-Jahre wich die Experimentierphase der kubanischen Wirtschaftspolitik, bei dem allzu oft der revolutionäre Wille über realistisches Kalkül gestellt wurde, der Übernahme der nüchternen Planwirtschaft sowjetischen Typs. 1972 trat Kuba auch dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) bei, dem Wirtschaftsverbund der sozialistischen Staaten (auch COMECON genannt).

Kubas Ökonomie war nun Teil der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung, eingebunden in die in Moskau ausgehandelten Rahmenpläne. Von den großen heroischen Projekten, etwa jegliche Wohnmieten zu eliminieren oder das Geld überhaupt abzuschaffen, war nun keine Rede mehr. Die Entwicklungsstrategie wurde von einem „neuen Realismus“ geprägt, wurde pragmatischer und unspektakulärer – und in ihren ökonomischen Ergebnissen erfolgreicher. Nicht mehr der

„große Sprung“ nach vorne war das Ziel, sondern stetiges Wachstum. In der Tat konnte das Land in den 1970er-Jahren eine kontinuierliche Verbesserung der Wirtschaftsdaten vorweisen; das Sozialprodukt wuchs, die Arbeitsproduktivität stieg. Mit der Annäherung an die Breschnewsche Wirtschaftspolitik ging seit 1980 auch die Zulassung freier Bauernmärkte nach dem Vorbild der sowjetischen Kolchosmärkte einher, die die Versorgung mit Lebensmitteln spürbar verbesserten. Waren die ersten Jahre nach der Revolution die „euphorischen Jahre“, dann sind für viele Kubaner im Rückblick die Jahre zwischen 1980 und 1986 die „goldene Zeit“ des kubanischen Sozialismus.

Soziale Errungenschaften: Bildungswesen und Gesundheitssystem

Zum Zeitpunkt der Revolution wies Kuba rund eine Million Analphabeten auf. Dies zu ändern wurde die erste soziale Großtat der Revolution. In einer großen Kampagne zogen 270.000 Alphabetisierer, viele selbst noch Jugendliche, aus, um an abgelegenen Orten armen Bauern und Tagelöhnern das ABC beizubringen. Die meisten der improvisierten Jung-Lehrer stammten aus der Mittelschicht und entdeckten ein Kuba, das ihnen bis dahin unbekannt war. Für viele von ihnen wurde die Alphabetisierungskampagne zur prägenden Erfahrung ihrer Sozialisation. Und auch für diejenigen, die von ihnen Lesen und Schreiben beigebracht bekommen, war dies ein Schlüsselerlebnis. Der Stolz über das Lesen- und Schreiben-Können verband sich mit dem Gefühl, in der Gesellschaft erstmals einen würdigen Platz einzunehmen, mit der Hoffnung auf eine bessere Zukunft und mit oft tief empfundener Dankbarkeit gegenüber der Revolution und Fidel.

Als Fidel Castro nur drei Jahre nach dem Triumph der Revolution verkünden konnte, dass ganz Kuba ein „vom Analphabetismus befreites Territorium“ sei, war dies ein Erfolg, der vor allem in der Dritten Welt enorme Anerkennung fand. Mochten Castros Gegner die kommunistische Diktatur noch so anprangern, so hielten ihm die Anhänger Fidels entgegen, dass der Kapitalismus zwar immense Reichtümer schaffen konnte, aber noch in keinem einzigen der unterentwickelten Länder eine Leistung wie die Alphabetisierung der Bevölkerung zustande gebracht hatte.

In der Folge baute Kuba das Erziehungswesen weiter aus. Die privaten, vor allem kirchlichen Schulen wurden verstaatlicht, das gesamte Erziehungswesen vom Kindergarten bis zur Universität wurde kostenlos. Die Zahl der Lehrer auf dem Land verdoppelte sich, auch in Provinzstädten wurden Universitäten gegründet, spezia-

lisierte Hochschulen für Kunst, Musik und Sport ins Leben gerufen. Vor allem in den 1960er- und 1970er-Jahren gab es von den sozialistischen Bruderstaaten in Übersee zudem ein breites Angebot von Stipendien; bis heute sind die Erinnerungen an die unglaublichen Minusgrade in Moskauer Wintern Stoff für viele Anekdoten, und die Fotos von damals, im Schnee und mit Fellmütze auf dem Kopf, werden den staunenden Enkeln gezeigt.

Das kubanische Bildungssystem ist international viel gerühmt und gefeiert worden. Dabei ist manches unter den Tisch gefallen. Den Marxismus-Leninismus-Unterricht der 1970er-Jahre oder die Lehrbücher der sozialistischen Ökonomie findet heute auch unter Kubas Lehrern kaum noch jemand vorbildlich. Die Ernteeinsätze von Schülern und Studenten haben die Trennung von Kopf- und Handarbeit mitnichten aufgehoben – die allermeisten Ärzte, Ingenieure oder Literaturwissenschaftler sind auch in Kuba froh über jeden Kartoffelpflückerinsatz, zu dem sie nicht gerufen werden. Und schließlich waren die Universitäten nun zwar tatsächlich kostenlos, aber dennoch nicht gleichermaßen „für alle“ offen; Studien- und Karriereöglichkeiten waren mal mehr, mal weniger eng an das „richtige“ Engagement für die sozialistische Gesellschaft gebunden.

Und dennoch, es bleibt schlicht beeindruckend, was die Revolution im Bildungsbereich geleistet hat. Ein Zuckerrohrsnitter, dessen Vater schon Zuckerrohrsnitter war, weil auch dessen Vater schon Zuckerrohrsnitter war, konnte erleben, wie seine Tochter Lehrerin wurde und der Sohn Motoren für Erntemaschinen entwickelte. Die Bildungsrevolution eröffnete der halben Bevölkerung ungeahnte Zukunftshorizonte und soziale Aufstiegschancen.

Die zweite „historische Errungenschaft“ der Revolution wurde das Gesundheitssystem. Zwar hatte Kuba auch vor der Revolution modern ausgestattete Krankenhäuser und gute Ärzte; Zugang zu diesen hatte allerdings nur die (mehrheitlich hellhäutige) Mittel- und Oberschicht in den Städten. Mit der Revolution hat sich die Zahl der Ärzte von 6.000 auf rund 60.000 verzehnfacht, Krankenhäuser wurden in den Provinzen errichtet, die ganze Insel mit Gesundheitsposten überzogen. Alle staatlichen Gesundheitsdienste sind kostenlos. Impfprogramme wurden flächendeckend durchgeführt, die hygienischen Bedingungen verbessert. Massenkrankheiten wie Malaria oder Typhus konnten praktisch ausgerottet werden. Die Lebenserwartung in Kuba ist mit durch-

schnittlich 75 Jahren die höchste in Lateinamerika. Auch bei anderen Gesundheitsindikatoren (beispielsweise einer Kindersterblichkeit von 6,5 auf 1.000) rangiert die Insel unter den Ländern der „Ersten Welt“. Kubas Ärzte gelten als sehr gut ausgebildet, und in den Forschungszentren der Insel konnten Impfstoffe entwickelt werden, die das Land heute mit Erfolg exportiert.

Systemerhalt und Notprogramm: Kuba nach 1989

So beachtlich die sozialpolitischen Erfolge der Revolution waren, so wenig darf übersehen werden, dass sie auf einer sehr schwachen und von der Sowjetunion abhängigen ökonomischen Basis fußten. Wie tief diese Abhängigkeit war, wurde den Kubanern erst klar, als der große Mäzen in Osteuropa fehlte.

Bereits seit Mitte der 1980er-Jahre hatte die Krise ihre Schatten voraus geworfen. Während in der Sowjetunion Michail Gorbatschows Perestroika-Politik begann, ging Fidel Castro ideologisch auf Gegenkurs. Er lancierte einen Prozess der *rectificación*, der „Korrektur von Irrtümern“, der jedoch keine Öffnung und Dezentralisierung wie in der UdSSR brachte, sondern vielmehr eine Anti-Markt-Reform: Die Bauernmärkte wurden abgeschafft, die Wirtschaft wurde re-zentralisiert, und statt materieller Anreize sollten nun wieder moralische Kampagnen die Arbeiter motivieren. Zudem begann Gorbatschow damit, die sowjetischen Subventionen für Kuba vorsichtig herunterzufahren. Bei einem Staatsbesuch im April 1989 wurde zwar noch die „unverbrüchliche Freundschaft“ gefeiert, doch bereits drei Monate später verbot Castro die Einfuhr der spanischsprachigen Perestroika-Publikationen Sputnik und *Novedades de Moscú*, die er als ideologisch gefährlich ansah. 1989 wickelte Kuba mehr als 85 Prozent seiner Ex- und Importe mit den RGW-Staaten ab. Entsprechend hart traf es die Insel, als diese zusammenbrachen. Erst jetzt, als Kuba keine privilegierten Beziehungen innerhalb der sozialistischen Welt mehr Zuflucht boten, sah sich die Ökonomie den Zwängen des Weltmarkts ausgesetzt. Und erst jetzt wurde auch das seit Jahrzehnten bestehende Wirtschaftsembargo der USA mit voller Wucht wirksam.

Das Kuba-Embargo der USA: A never-ending story?

Als 1989 die sozialistischen Regierungen in Osteuropa in einer Kettenreaktion eine nach der anderen abdanken mussten, war man sich in Washington sicher, dass Kuba der „nächste Dominostein“ wäre, der fallen würde. Als

dieses jedoch ausblieb, zogen die USA die Daumenschrauben enger und verschärften das 1960 verhängte Wirtschaftsembargo: zunächst 1992 mit dem so genannten Torricelli-Gesetz, danach 1996 noch einmal mit dem Helms-Burton-Gesetz.

Doch seit einiger Zeit gerät die Embargo-Politik in den USA selbst zunehmend unter Druck, und dies vor allem aus ganz unideologischen Gründen. Um den krisengeschüttelten Farmern zu helfen, brachte eine Lobby der agrarisch geprägten US-Bundesstaaten im Verbund mit Pharma-Konzernen eine Initiative durch, die Nahrungsmittel und Medikamente vom Bannstrahl der Sanktionen aufhebt.

Ursprünglich hatte Castro es schroff abgelehnt, von den neuen Handelsmöglichkeiten mit den USA Gebrauch zu machen. Doch kurz vor Weihnachten 2001 konnten die Kubaner erleben, wie erstmals seit vier Jahrzehnten wieder ein Handelsschiff mit Hühnerfleisch und Mais an Bord im Hafen von Havanna festmachte. Inzwischen importiert Kuba jährlich Nahrungsmittel im Wert von rund 500 Millionen Dollar aus den USA, die den Feind im Norden zum fünf wichtigsten Handelspartner der Insel machen.

Dennoch ist das US-Embargo nach wie vor ein kaum zu überschätzendes Hindernis für die kubanische Wirtschaftsentwicklung. Für fast alle Produkte, von der Zahnpasta bis zur Internetverbindung, vom Tourismus bis zur Musikindustrie, wären die USA Kubas „natürlicher Markt“. Für Havanna ist die Anklage der US-Blockade ein fester Bestandteil der politischen Propaganda, aber das ändert nichts daran, dass es der Insel eine schwere Bürde und hohe zusätzliche Kosten auferlegt – paradoxerweise für einen wirtschaftlichen Reformkurs noch erheblich mehr als für ein starres Festhalten am staatssozialistischen Modell alter Prägung.

Solange Fidel Castro in Havanna an der Macht war, war Kuba in den USA ein Politikum mit höchstem Symbolwert. Die Embargo-Politik war ein Glaubenssatz, der keiner weiteren Diskussion darüber ausgesetzt werden musste, ob sie ihre erklärten Ziele eigentlich erreicht oder nicht. Doch mit dem Abtritt Fidels von der großen politischen Bühne ist dies Vergangenheit. Raúl Castro weckt in „Mainstream USA“ nur noch ein Bruchteil der Emotionen. Außerhalb der Exilgemeinde ist kaum noch zu vermitteln, dass Raúls Kuba ein größeres Problem für die USA darstellt als, sagen wir, der Iran, Chávez' Venezuela oder die

Weltmarktkonkurrenz Chinas. Zumal wenn sich die neue Führung außenpolitisch ruhig und berechenbar gibt und bei Drogen und Terrorismus zu weitgehender Kooperation bereit ist.

Doch Washingtons Embargo entzweit inzwischen selbst die kubanische Emigranten-Gemeinde: So erlaubt die US-Regierung den Exil-Kubanern nur einmal alle drei Jahre einen Rückbesuch in der Heimat, und dann auch nur für höchstens zwei Wochen. Auch Geldsendungen an die Verwandten auf der Insel sind eng limitiert, auf maximal 300 US-Dollar pro Vierteljahr und nur an Familienangehörige ersten Grades. So wenig Sympathie die Emigranten auch für die Regierung Castro haben mögen, so sehr wächst doch der Unmut über diese Restriktionen der Kontakte und Unterstützung ihrer Familienangehörigen auf der Insel.

Der Absturz war tief. Die Abnehmer für Kubas Exportprodukte brachen weg, und die Lieferungen aus den sozialistischen Bruderstaaten blieben aus. Alles wurde knapp. Es gab nicht mehr genügend Rohstoffe für die Fabriken und keine Ersatzteile für Autos und Maschinen, nicht genug zu essen und nicht genug Benzin. Zahllose Betriebe im ganzen Land standen still. Nach offiziellen Zahlen fiel Kubas Importkapazität von 8,1 Milliarden Dollar 1989 auf unter zwei Milliarden 1994. Allein das Erdöl: Die Sowjetunion hatte früher jedes Jahr 13 Millionen Tonnen geliefert – weit mehr als die kubanische Wirtschaft brauchte. Rund drei Millionen Tonnen davon konnte das Land sogar auf eigene Rechnung auf dem Spot-Markt in Rotterdam weiterverkaufen, gegen harte Dollars. 1992 hingegen importierte Kuba gerade noch fünf Millionen Tonnen. Von einem kostenlosen Devisenbringer war Öl zu einem alle Wirtschaftsbereiche nach unten ziehenden Mangelprodukt geworden.

Die Regierung Castro reagierte auf die wirtschaftliche Notsituation mit einem rigiden Sparprogramm, der so genannten „*período especial*“ („Sonderperiode“). Öffentlicher Verkehr und Transport kamen weitgehend zum Erliegen. Um Energie zu sparen, wurden Stromsperrungen verfügt, die auf dem Tiefpunkt der Krise 1993 und 1994 bis zu fünf, sieben oder gar zwölf Stunden am Tag die Bevölkerung ohne Strom für Kühlschränke und Ventilatoren ließen, Hochhäuser ohne Fahrstuhl und ganze Stadtteile ohne Licht. Normaler Verkauf „Geld gegen Ware“ wurde fast gänzlich abgeschafft, das Gros der Waren wurde nur noch über Rationierungskarten verteilt. „Was wir haben, ist praktisch eine Kriegswirtschaft“, charakterisierte Castro dies

selbst. Die Zuteilungen an Grundnahrungsmitteln waren knapp, die von Bratöl, Eiern oder gar Fleisch fielen oft ganz aus. Auch grundlegende Konsumartikel von der Seife bis zur Zahnpasta, von Damenbinden bis Unterhosen wurden zu schwer zu beschaffender Mangelware.

Deutlich wurde in der Krise auch, wie sträflich über die reichlich fließenden Importe aus Osteuropa die einheimische Nahrungsproduktion vernachlässigt worden war. Denn die karibischen Knollengewächse wie Boniato, Malanga und Ñame, tropische Früchte wie Mango und Mamey fehlten nun genauso wie die Importwaren aus Übersee. Die Quasi-Kriegswirtschaft konnte den harten Fall des Lebensstandards kaum bremsen; sie ermöglichte es aber – und dies war für das politische Überleben des Systems wichtig – die sozialen Kosten der Krise einigermaßen gleichmäßig auf die gesamte Gesellschaft zu verteilen.

Mit dem Notprogramm einher ging allerdings auch eine kontrollierte Öffnung nach außen, denn das Land brauchte unweigerlich neue Devisenquellen. Zentral dabei waren die Forcierung des internationalen Tourismus sowie das Werben um ausländische Joint-Venture-Unternehmen, die auf Dollar-Basis operierten. Hinter dieser Strategie einer Zweiteilung der Wirtschaft steckte die Hoffnung, dass erstens die sozialistische Peso-Wirtschaft und die neuen Inseln der Dollar-Ökonomie säuberlich voneinander getrennt existieren könnten, und dass zweitens sich mit den Überschüssen der letzteren die Defizite der ersten ausgleichen ließen. Beides war nicht der Fall.

Die Erträge der neuen Dollar-Sektoren waren zu gering, um den Sturz der sozialistischen Ökonomie kompensieren zu können. Und getrennt halten ließen sich beide Sphären nur in der Theorie. Bereits 1992 gingen offizielle kubanische Schätzungen davon aus, dass mehr Pesos auf dem Schwarzmarkt umgesetzt wurden als in der formalen Wirtschaft. Und das immer weitere Auseinanderklaffen zwischen Dollar- und Peso-Sphäre spiegelte sich im Wertverfall der kubanischen Währung: Offiziell 1:1 zum Dollar fiel sie auf rund 130 Pesos pro Dollar auf dem Schwarzmarkt Mitte 1994. Wo der Lohn in der staatlichen Ökonomie unverändert bei knapp unter 200 Pesos blieb, waren dies umgerechnet ganze anderthalb US-Dollar – pro Monat, wohlgerneht. Natürlich sind dabei die Zuteilungen über die *libreta*, das kostenlose Bildungs- und Gesundheitssystem und die fast symbolischen Preise der Wohnungsmiete mit in Rechnung zu stellen. Dennoch wurden die Diskrepanzen gewaltig: Was ein Kellner in einem Touristenhotel bei einem einzigen Frühstück als Trinkgeld bekam, überstieg leicht den Monatslohn eines Stahlarbeiters oder eines Facharztes.

Insbesondere der Tourismus wurde zum Kernstück der Re-Integration Kubas in die Weltwirtschaft. Die Zuwachsraten in den 1990er-Jahren waren beeindruckend, gezogen von Sonne, Strand und Buena-Vista-Social-Club-Romantik. Doch so unverzichtbar der Tourismus als Rettungsanker in höchster Devisennot war, so schwer wogen seine sozialen Konsequenzen. Die Dollar-Welten der Ausländer lebten einen Wohlstand vor, der in bitterem Kontrast zu den Versorgungsengpässen der Kubaner und den Notmaßnahmen der *período especial* stand. Das Wort von der „Dollar-Apartheid“ machte die Runde.

Nicht nur für die Volkswirtschaft, auch individuell wurden die Touristen für viele Kubaner zentraler Bestandteil ihrer Überlebensökonomie: durch den Verkauf von selbst gefertigtem Handwerk oder von illegal „organisierten“ Zigarren aus staatlicher Produktion, über das Angebot privater Unterkünfte oder Taxifahrten, durch Dolmetscher-Dienste oder auch Prostitution. Ein Tourist ist, wie es zuweilen in Kuba heißt, *un fula con patas*, ein „Dollarschein mit Füßen“.

Krise, Reform, Kontrolle: Ein prekäres Mischsystem entsteht

Kubas Wirtschaftskrise erreichte ihren Tiefpunkt im Sommer 1993. Die Importkapazität drohte unter zwei Milliarden Dollar zu fallen, was den Planern der Regierung als kritische Überlebensmarke gilt. In dieser Situation griff die Führung zu einer Notmaßnahme. Ausgerechnet am Revolutionsfeiertag, dem 26. Juli 1993, verkündete Fidel Castro die Legalisierung des US-Dollars in Kuba.

Dieser Schritt veränderte die Grundkoordinaten der kubanischen Wirtschaft. Denn angesichts des dramatischen Wertverlusts des kubanischen Pesos bedeutete die Dollar-Freigabe nicht das Zulassen einer Zweitwährung, sondern das Akzeptieren des US-Dollars als einziger harter Währung des Landes. Wo die Revolution ihre historische Legitimation aus der Befreiung der Nation von der Abhängigkeit von den USA zieht, berührte die Kapitulation vor der Währung des Feindes auch die ideologischen Fundamente des politischen Systems.

Ökonomisch allerdings war die Dollarfreigabe tatsächlich ein Rettungsanker. Sie erschloss dem Land eine neue Devisenquelle von kaum zu überschätzender Bedeutung: die nun legal zu empfangenden Geldüberweisungen von Verwandten aus dem Ausland. Was sich nach Kleingeld anhört, ist in vielen Ländern Lateinamerikas inzwischen eine der zentralen Devisenquellen. In Kuba summieren sich die Geldsendungen der Emigranten Schätzungen zufolge auf rund eine Milliarde US-Dollar jährlich. Über die staatlichen

Dollar-Shops, die von Seife bis zum Videorecorder alles anbieten, was in der Normalökonomie fehlt, wandern diese Überweisungen aus dem Exil zuverlässig in die Kassen des sozialistischen Staates. Im „Sommer der Reform“ 1993 wurden noch drei weitere Schritte zum Umbau der Wirtschaft getan: Erstens, die Zulassung einer Reihe von Gewerben als „Arbeit auf eigene Rechnung“. Zahlreiche Restriktionen sollten dabei jedoch ausdrücklich das Entstehen von „Klein-Unternehmern“ verhindern. Zweitens, die Umwandlung staatlicher Agrarkomplexe in Produktionsgenossenschaften. Als „dritte Agrarreform“ titulierte und mit großen Hoffnungen bedacht, blieben diese neuen Genossenschaften in der Praxis unter der Fuchtel rigider Planvorgaben und staatlicher Betriebe. Und drittens ein Sparprogramm zur Sanierung der öffentlichen Finanzen, das die Preise für Tabak und Alkohol, aber auch für öffentliche Dienstleistungen wie Strom und Wasser erhöhte.

Es bedurfte jedoch der Eskalation der sozialen Krise, um der Regierung eine weitergehende wirtschaftliche Öffnung abzutrotzen. Im Sommer 1994 kam es auf Havannas Küstenstraße, dem *Malecón*, erstmals zu offenen Unruhen gegen die Regierung. Am helllichten Tage wurden die Scheiben von Dollarläden eingeworfen und Anti-Castro-Parolen skandiert. Bereits nach zwei, drei Stunden hatten die Sicherheitskräfte die Lage wieder unter Kontrolle, ohne Panzer und ohne Blutvergießen. Dennoch markiert dieser 5. August 1994 in Kuba einen Einschnitt: Die Tiefe der gesellschaftlichen Erosionsprozesse war unübersehbar geworden. Nur wenige Tage später trat Castro die Flucht nach vorn an und gab die Seegrenzen für alle frei, die die Insel verlassen wollten. Die Folge war ein Massenexodus. In weniger als einem Monat flohen mehr als 32.000 Kubaner auf selbst gezimmerten Flößen und in lebensgefährlicher Überfahrt Richtung Florida. Das Land erlebte eine Untergangsstimmung. Das Schicksal jener *balseros*, die bei ihrem Fluchtversuch verdursteten oder ertranken, blieb in der Gesellschaft als Trauma zurück.

Nur eine Woche, nachdem Fidel Castro die Grenzen wieder für geschlossen erklärte, ließ er seinen Bruder Raúl Castro, Kubas langjährigen Armee-Minister, die lange verweigerte Wiederzulassung der 1986 abgeschafften Märkte für Agrarprodukte verkünden. „Heute ist das wichtigste politische, militärische und ideologische Problem des Landes die Suche nach Nahrungsmitteln!“, so Raúl. Es gibt eine Reihe von Einschränkungen, aber im Prinzip werden die Preise auf den Mär-

ten durch Angebot und Nachfrage definiert. „Die Preise mögen hoch sein“, so die bemerkenswerte Erklärung des zweiten Mannes im Staate, „aber sie werden in jedem Falle niedriger sein als auf dem Schwarzmarkt“.

In der Tat haben die Märkte die Versorgungslage der Bevölkerung spürbar verbessert. Verbunden mit dem Zustrom der Überweisungen und dem Wachstum des Tourismus wurde eine gewisse Entspannung der ökonomischen Situation erreicht. Doch mit der vorsichtigen Stabilisierung der Situation verließ Fidel Castro ab Mitte der 1990er-Jahre auch wieder die Bereitschaft zu wirtschaftlichen Reformen. Nicht Öffnung, sondern „Perfektionierung des Sozialismus“ wurde nun wieder zum Programm. Die internationale Entwicklung kam der kubanischen Regierung dabei zu Hilfe. Im ölreichen Venezuela kollabierte das etablierte politische System, das über Jahrzehnte hinweg durch eine korrupte, aber stabile Zwei-Parteien-Demokratie geprägt war. Oberstleutnant Hugo Chávez, der 1992 einen erfolglosen Putsch anführte, gewann die Präsidentschaftswahlen von 1998 und proklamierte unter dem Titel „Bolivarische Revolution“ eine radikale Umgestaltung. Deren Radikalisierung im Inneren ging einher mit einem immer engeren Bündnis mit Kuba nach außen.

Für Kuba erwuchs damit ein strategischer Verbündeter von ungeheurem Gewicht, zumal der auf Rekordhöhen gestiegene Ölpreis Chávez große finanzielle Spielräume eröffnete. Inzwischen liefert Venezuela Kuba alles Erdöl, das die Wirtschaft der Insel braucht. Im Gegenzug exportiert Kuba seine gut ausgebildeten Fachkräfte: Mehr als 20.000 kubanische Ärzte, medizinisches Fachpersonal und Lehrer wurden von Fidel Castro nach Venezuela geschickt, wo sie das Rückgrat der sozialen Projekte Chávez' darstellen, insbesondere bei der gesundheitlichen Versorgung und Schulbildung in den Armenvierteln. Hinzu kommen Experten in anderen Bereichen, von Sporttrainern bis zu Sicherheitskräften, sowie die medizinische Versorgung Tausender von Venezolanern in kubanischen Krankenhäusern. All dies wird für Kuba so günstig verrechnet, dass dieses Bündnis in den Straßen von Havanna zuweilen als ein „Wir haben eine neue Sowjetunion!“ übersetzt wird.

2004 wurde der US-Dollar wieder aus der kubanischen Ökonomie verbannt. Kubaner dürfen ihn zwar besitzen, müssen ihn jedoch in den „konvertiblen kubanischen Peso“ eintauschen, um in den Devisenshops einkaufen zu können. Diese direkt an den US-Dollar gebundene Hartwährung existiert parallel zum normalen kubanischen Peso, in dem das Gros der Löhne und Renten ausgezahlt wird, und der seit Jahren relativ stabil zwischen 20 und 30 Pesos pro Devisenpeso bzw. US-Dollar

rangiert. Dies ist weit entfernt von dem freien Fall des Peso auf dem Tiefpunkt der Krise, aber es ist immer noch überaus niedrig für diejenigen, die 200 Pesos Rente oder auch 400 Pesos Gehalt beziehen. So herrscht in Kuba heute ein eigenwilliges Mischsystem, das auf der Koexistenz grundverschiedener Währungen und Wirtschaftsmechanismen basiert, von hartem und schwachem Peso, Plan und Markt, Rationierungskarte und Devisenshops. Zudem spiegelte sich die Verbesserung der makroökonomischen Daten nur begrenzt in der Situation der kubanischen Haushalte wider. Zwar ist die offene Notituation der frühen 1990er-Jahre verschwunden, doch zahllose Mängel und Versorgungsengpässe bestehen fort, und die ökonomischen Diskrepanzen zerren am gesellschaftlichen Gefüge. Wo fast alle Kubaner wie selbstverständlich auf die Netzwerke von informellem Handel und Schwarzmarkt zurückgreifen, wird das staatliche Vorgehen gegen diese nicht selten als Schikane erlebt. Und die persönlichen Zukunftsperspektiven sind nach wie vor für viele so ungewiss, dass Auswanderung unverändert ein beherrschendes Thema in der Lebensplanung vieler junger Kubaner ist.

Seit dem politischen Rückzug Fidel Castros im Sommer 2006 wird Tag für Tag deutlicher, auf welch dünnem Eis der Triumphalismus gebaut war, mit dem der alte Comandante zweistellige Wachstumsraten verkündete und heldenhafte Planerfüllung präsentierte. Mit Raúl Castro, der nach Fidels Erkrankung zunächst vorübergehend und inzwischen dauerhaft die Amtsgeschäfte übernahm, hat ein neuer Realismus in der kubanischen Politik Einzug gehalten, der auch die Türen zu Kritik und Debatte zumindest ein Stück weit geöffnet hat. Seitdem bricht sich auf Gewerkschaftstreffen und Betriebsversammlungen, im Studentenverband und der Kleinbauernvereinigung ein seit langem

aufgestauter Unmut Bahn. Darüber, dass sich das Wachstum in den Statistiken nicht in den Löhnen und auf dem Essentisch der Arbeiter einfindet; dass auch der gesetzestreueste Bürger gar nicht anders kann, als auf dem Schwarzmarkt zu kaufen, weil man in der offiziellen Wirtschaft allein kaum über die Runden kommen kann; dass fast die Hälfte der landwirtschaftlichen Nutzfläche brach liegt, weil man lieber mit Chávez' großzügig verteilten Petro-Dollars Lebensmittel importiert hat als für die eigenen Bauern und Genossenschaften vernünftige Bedingungen zur Nahrungsmittelproduktion zu schaffen; oder dass den Kubanern allen stolzen Bildungsleistungen zum Trotz nach wie vor der Zugang zum World Wide Web wehrt bleibt.

Kuba unter Raúl: Eine neue Chance für wirtschaftliche Reformen?

Raúl Castro weiß, dass er ein schwieriges wirtschaftliches Erbe übernimmt. Und er weiß besser als sein Bruder auch um die prekäre Stimmung in der Bevölkerung, bei der im 50. Jahr der Revolution triumphalistische Erfolgsmeldungen und stoische Durchhalteparolen nur noch Ermüdung hervorrufen. Mittelfristig, so sein Kalkül, kann der Machterhalt entweder über ein erhebliches Mehr an manifester Repression gesichert werden – oder aber über Reformen, welche wirtschaftliche Verbesserungen bringen und größere gesellschaftliche Freiräume zulassen. Seit seinem Amtsantritt ist Raúl offenkundig dabei, Letzteres zu versuchen.

Langsam und in vorsichtigen Schritten hat die Regierung Raúl Castros dem Land eine umfassende Reformagenda verordnet, erste Maßnahmen werden umgesetzt. Die Wiederbelebung der heimischen Landwirtschaft etwa hat Priorität bekommen, und erreicht werden soll dies nun nicht mehr nur durch moralische Appelle, sondern durch ökonomische Anreize und Mechanismen: Die Verpachtung von Staatsland an Kleinbauern; höhere Ankaufpreise für landwirtschaftliche Produkte; die Etablierung legaler Märkte für Produktionsmittel wie Dünger, Werkzeuge und Maschinen; weniger Gängelung durch Planvorgaben und mehr Entscheidungsautonomie für Kleinbauern, Genossenschaften und Staatsfarmen. War Fidel immer wieder gegen ideologisch schädliche „Neureiche“ zu Felde gezogen, so wird es nun nicht mehr als Problem gesehen, wenn Bauern wohlhabend werden – wenn sie denn so viele Lebensmittel produzieren, dass sich die Versorgungslage der Bevölkerung in den Städten verbessert.

Auch in anderen Bereichen hat die Regierung den Kubanern mehr wirtschaftliche Freiräume in Aussicht gestellt; in der Dis-



Foto: Susanne Dupont

UNSER AUTOR

Dr. Bert Hoffmann, Politologe, ist stellvertretender Leiter des GIGA Instituts für Lateinamerika-Studien in Hamburg. Er arbeitet seit vielen Jahren über die politische und wirtschaftliche Entwicklung in Kuba. Von ihm ist u. a. erschienen: *Kuba* (C.H. Beck Verlag 2002), *Debating Cuban Exceptionalism* (Palgrave 2007).

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Ohne „libreta“ (Bezugsschein) sind Grundnahrungsmittel in kubanischen Läden, deren Regale oft leer sind, nicht zu erhalten. Manche Familien bekommen in Kuba nur mit Ach und Krach das tägliche Essen auf den Tisch. Es sei denn, sie haben Zugang zum konvertiblen Peso oder erhalten Überweisungen von Verwandten aus dem Ausland.

picture alliance/dpa

kussion sind die Ausweitung der „Arbeit auf eigene Rechnung“, die Verpachtung staatlicher Cafeterias an private Betreiber und ähnliche Schritte. Das Land könne, so das neue Credo, sich nicht auf Hilfen von außen verlassen, sondern müsse seine eigene wirtschaftliche Basis wieder in Schuss bringen.

Zu den ersten Maßnahmen Raúl Castros gehörte auch, dass er eine Reihe einst nur Ausländern gestatteter Produkte wie Handys und Computer zum Verkauf an normale kubanische Bürger freigab. Dieser Schritt war immer wieder gefordert worden, schließlich war die Diskriminierung der eigenen Bürger kaum mit der nationalistischen Legitimation der kubanischen Revolution zu vereinbaren. Trotzdem hat diese Maßnahme deutlich gemacht, wie tief bereits die Ungleichheiten in der einst so egalitären Gesellschaft Kubas sind. Über Nacht sind Handys zum Statussymbol Nummer Eins avanciert. Während viele Familien in Kuba mit Ach und Krach das tägliche Essen auf den Tisch bekommen, gibt es auf der anderen Seite genügend Kubaner, die – ob nun durch legale oder illegale Wege, durch eigene Arbeit oder durch Überweisungen von Verwandten aus dem Ausland – sich trotz prohibitiv hoher Devisenpreise in den langen Schlangen vor den Handy-Verkaufsstellen drängeln.

Ein zentraler Punkt der Reformen betrifft die Währung. Die Löhne, so Raúl, müssten endlich wieder so viel Wert haben, dass die Leute von ihrer Arbeit leben können, nicht von dem, was sie nebenher „organisieren“. Die schrittweise Vereinheitlichung der beiden getrennten Währungswelten, von konvertiblem und normalem Peso, ist bereits für „so bald wie möglich“ angekündigt, ebenso die Abschaffung der *libreta*, der Bezugsscheinkarte für rationierte Lebensmittel. Doch wann dies der Fall sein wird, ist noch ungewiss, die Konsequenzen dieser Schritte sind auch für die Planer in Havanna schwer einzuschätzen, schließlich rühren sie an die ökonomischen und sozialen Fundamente des politischen Regimes.

Denn wenn die Führung in Havanna nun einen Reformkurs einschlägt, dann gilt Gorbatschows Perestroika für sie dabei als das abschreckende Beispiel: Einen derartigen Kontrollverlust, der von der Reform zum Systemkollaps führte, wollen sie um jeden Preis vermeiden. China und Vietnam sind da schon sehr viel eher Orientierungspunkte. Doch auch diese Erfahrungen, wie sich Marktöffnung mit der Fortdauer von KP-Herrschaft verbindet, taugen kaum als Blaupause für die 11-Millionen-Einwohner-Insel 90 Meilen vor der Küste der USA. Allein die Öffnung für Investitionen durch die emigrierten Landsleute, die in starkem Maße zur wirtschaft-

lichen Dynamisierung sowohl in China als auch Vietnam beitragen, lässt sich für Kuba kaum denken, ohne dass die exilkubanische Gemeinde in Florida damit auch die politische Machtfrage stellen würde. Raúl Castros gesamtes Leben ist mit der kubanischen Revolution identifiziert, er war ein halbes Jahrhundert der loyalste Vize den man sich denken kann. Wenn er jetzt Reformen auf die Tagesordnung setzt, dann mit Sicherheit nicht, um einer Mehrparteien-Demokratie westlicher Prägung den Boden zu bereiten, sondern um das Projekt der Revolution zu retten.

Raúl Castro setzt dafür auf kontrollierte, langsame, sehr graduelle Reformen. Er hat dabei auch ein Klima vorsichtiger Diskussion zugelassen, wie es das Land lange nicht mehr kannte, aber an die Spitze des Staates hat er alt gediente Parteikader und Militärs gesetzt, deren Werdegang hundertprozentige Loyalität verkörpert. Der Bevölkerung verspricht er bessere Zeiten, dafür fordert er von ihr Geduld und Disziplin. Nach einem halben Jahrhundert der Herrschaft Fidels weckt der Nachfolger tatsächlich Hoffnungen. Doch dieser Vertrauensvorschuss wird nicht ewig dauern. Anders als der charismatische Fidel kann sich die Regierung Raúls nur durch Leistung legitimieren. Sie wird gemessen werden an ihren Erfolgen, am Ergebnis der Reformen, an dem, was auf die Tische der Kubaner kommt, und an dem, was an Zukunftsperspektiven in den Köpfen möglich wird.

Die Reform des kubanischen Sozialismus erscheint so als Balanceakt mit ungewissem Ausgang. Es ist offen, wie weit die derzeitige Elite bereit ist, mit der begonnenen Veränderungsdynamik zu gehen. Es bleibt abzuwarten, ob die USA von ihrer angestammten Konfrontationspolitik abrücken werden, die kaum weniger als eine bedingungslose Kapitulation der Revolution fordert und damit die Verhältnisse in Kuba mehr zementiert als dass sie zu einem Wandel von innen und in Würde beiträgt. Und schließlich bleibt es die große Unbekannte, wann und in welchen Formen die Kubaner und Kubanerinnen auf der Insel über die Politik ihrer Regierung urteilen werden.

Die kontrollierte Öffnung für Diskussion und Debatte unter Raúl markiert hier kaum mehr als einen Anfang. So hat die Parteizeitung *Granma* seit kurzem eine Leserbriefecke eingerichtet, in der, von der Redaktion gefiltert, einmal pro Woche drei bis vier Leser ihre Beschwerden und Sorgen loswerden können. Drei bis vier Leserbriefe, einmal pro Woche. Man ahnt, dass die kubanische Gesellschaft mehr Mitsprache als dies einfordern wird.

Deutschland, Lateinamerika und Kuba – Außenpolitische Beziehungen

Nikolaus Werz

Seit der kubanischen Revolution 1959 hat die Insel eine außenpolitische Rolle erlangt, die weit über ihre Größe und wirtschaftliche Bedeutung hinausgeht. Ein kleines Land mit einer großen Außenpolitik – so charakterisiert Nikolaus Werz den Stellenwert Kubas in seinem Beitrag. Neben der geographischen Lage in unmittelbarer Nähe zu den USA waren es vor allem politische Motive, die dazu beitrugen: Kuba geriet zum Brennpunkt des Kalten Krieges in Lateinamerika und später zu einem Akteur im Nord-Süd-Konflikt. Dazu gehörte der versuchte Revolutionsexport nach Südamerika in den 1960er-Jahren und in den 1970er-Jahren der Einsatz kubanischer Streitkräfte in Afrika. Unterstützung kam aber auch aus den Industrieländern, denn die Revolution „wirkte nicht nur als Funken im ibero-amerikanischen Pulverfass, sondern beeindruckte auch die von der Gesellschaft des Überflusses gelangweilten, nach neuem Glauben suchenden Intellektuellen des Westens“, schrieb Boris Goldenberg, der 1960 die Insel als kubanischer Staatsbürger verließ, in seiner frühen und klarsichtigen Analyse des Systemwechsels.¹ Schnell avancierten die bärtigen Guerilleros zu Idolen des internationalen Jugendprotestes. Bei Ernesto Che Guevara besiegelte seine Erschießung in Bolivien 1967 den Aufstieg in den Heldenstatus, Fidel Castros Haltung gegen eine vermeintlich allmächtige US-Herrschaft verschafften ihm internationale Popularität. Erstaunlicherweise hatte die Revolution Anhänger sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR. Kuba, die „Insel der Inseln“ (Ottmar Ette), beförderte Utopien und revolutionäre Phantasien im geteilten Deutschland und diente auch als Projektionsfläche für eine im eigenen Land verpönte oder heruntergespielte Debatte über Nationalismus und Identität.² Darüber hinaus spielten beide deutsche Staaten und dann das vereinigte Deutschland eine gewisse Rolle in Kuba. |

Offiziell gibt sich Kuba immer noch anti-imperialistisch und verurteilt die vermeintlich allmächtigen USA. Trotzdem gab es seit Mitte der 1990er-Jahre eine Reihe von vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen Havanna und Washington.

picture alliance/dpa

Späte Unabhängigkeit und Abhängigkeit von den USA

Was die Unabhängigkeit anbelangte, war Kuba in Lateinamerika ein Nachzügler, denn die Emanzipation von Spanien erfolgte erst Ende des 19. Jahrhunderts. Im spanisch-amerikanischen Krieg 1898 befreite sich das Land von der Kolonialherrschaft, geriet allerdings in Abhängigkeit von Nordamerika. Mit dem bis 1934 gültigen Platt-Amendment sicherten sich die USA ein Recht auf Intervention, wann immer der US-Präsident dies „im Interesse des kubanischen Volkes“ als notwendig erachtete. Guantánamo, im Südzipfel der Insel gelegen, ist bis heute ein US-Stützpunkt. Kuba durchlief die Geschichte im Zeitraffer: Nach einer von den USA eingesetzten Militärregierung

wurde 1902 die Republik Kuba gegründet, doch schon 1906 bis 1909 folgte auf deren Scheitern eine zweite US-Intervention. Demokratische Regierungen hatten nur kurzen Bestand. Obwohl Kuba unter anderem als Folge nordamerikanischer Investitionen, der günstigen Zuckerrohrpreise und des Ausbaus der Vergnügungsindustrie beim Pro-Kopf-Einkommen lateinamerikanischer Länder einen vorderen Platz einnahm, galt die Demokratie als wenig effizient und fremdbestimmt. Außenpolitisch folgten die Regierungen in der Regel dem Kurs der USA. Deshalb erschien der Sieg einer von jungen Rebellen getragenen Aufstandsbewegung vielen Bürgern zunächst sowohl als Vollendung des Nationalstaates als auch als eine „demokratische Revolution“. Die eigentümliche Hassliebe zu

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

den USA und ein erstaunliches Sendungsbewusstsein der Kubaner in der internationalen Politik haben hier ihren Ursprung.

Deutschland war ohne größere Bedeutung, die Zahl der Deutschen in Kuba blieb im 19. Jahrhundert gering. 1825 wurde in Habana ein preußisches Konsulat gegründet; 1872 errichtete Berlin ein kaiserlich deutsches Generalkonsulat, womit alle anderen Vertretungen deutscher Länder entfielen. 1861 war der Deutsche Verein entstanden, dem ganze 54 Mitglieder beitraten. Am 7.4.1917 erklärte Kuba dem Deutschen Reich den Krieg; der Eintritt in den Zweiten Weltkrieg erfolgte kurz nach dem japanischen Angriff auf die USA in Pearl Harbour 1941. Das außenpolitische Interesse der Bundesrepublik konzentrierte sich nach 1945 auf die Wiederherstellung von diplomatischen Beziehungen, was 1954 der Fall war. Neben der Intensivierung des wirtschaftlichen Austausches standen Bemühungen um die Nichtanerkennung der DDR im Vordergrund. Erst 1956 kam es zur Freigabe des beschlagnahmten Hauses *Casino Alemán*, im gleichen Jahr folgte auch die Gründung der Deutsch-Kubanischen Handelskammer. 1957 hatte der Deutsche Verein 135 Mitglieder.

Überblick über die Außenpolitik nach der Revolution

Von dem Umfang und der Zahl der beteiligten Guerilleros handelte es sich um eine kleine Revolution, groß und folgenreich waren indessen ihre Wirkungen.³ Immerhin galt die Revolution „als die schwerste Niederlage im Kalten Krieg, die der Westen erlitten habe“.⁴ Erstmals sei ein Land, das geographisch nicht mit der Sowjetunion oder China verbunden war, zum Kommunismus übergeschwenkt.

In Berichten der deutschen Botschaft wurden die ersten Regierungsmaßnahmen als „national und sozialistisch“ eingeschätzt. Die Bezeichnung Kommunismus stieß in Kuba auf geringe Sympathien und wurde in politischen Reden vermieden, die kommunistische Partei war klein. Deshalb und unter dem Eindruck der Erfahrungen mit den USA stellte die neue Führung die Souveränität in den Vordergrund und bezeichnete den Kommunismus-Vorwurf als Teil einer ausländischen Kampagne. „Wir sind keine Kommunisten, machen uns aber nichts daraus, Kommunisten genannt zu werden“. Und: „Wenn das, was Fidel macht, Kommunismus ist, dann sind wir gerne Kommunisten“.

Die postrevolutionäre Außenpolitik lässt sich in folgende Phasen untergliedern:

■ Auf eine Übergangsphase folgte die *Ablösung der US-Dominanz durch Annäherung an das sozialistische Lager*. Bereits nach dem Agrarreformgesetz 1959 begannen Spannungen mit den USA. 1960 unterzeichneten die Sowjetunion und Kuba das erste Militärabkommen. Die außenpolitische Konzeption änderte sich: Der äußere Hauptfeind war nicht mehr die Dominikanische Republik, die damals noch von dem 1961 ermordeten Diktator Trujillo beherrscht wurde, sondern die USA. Kuba bemühte sich 1960 um einen Sitz im Sicherheitsrat, ohne die Beratungen der lateinamerikanischen Gruppe abzuwarten, was bei den westlichen Ländern mit Misstrauen und als Hinweis auf eine zunehmende Zusammenarbeit zwischen Havanna und Moskau gewertet wurde. Die USA verhängten ein Wirtschaftsembargo gegen Kuba und brachen 1961 die diplomatischen Beziehungen ab. Am 17.4.1961 landete eine von den USA unterstützte Gruppe von Exil-Kubanern in der „Schweinebucht“, die Invasion scheiterte; Castro verkündete in diesem Zusammenhang den „sozialistischen Charakter“ der Revolution. 1962 rief die Stationierung von sowjetischen Raketen die Gefahr eines neuen Weltkrieges hervor. Die USA und die Sowjetunion verständig-

DEUTSCHLAND, LATEINAMERIKA UND KUBA – AUSSENPOLITISCHE BEZIEHUNGEN

ten sich in der „Raketenkrise“ ohne Castro zu konsultieren, was dessen Misstrauen gegenüber der Sowjetunion nährte.⁵

■ In den 1960er-Jahren wurde versucht, die *Revolution nach Afrika und Lateinamerika zu exportieren*. Castro bezeichnete sein Land auch als „latinoafrikanische“ Nation. Ausgangspunkt war die Theorie des Guerilla-Fokus: Lateinamerika sei reif für die Revolution, es bedürfe nur eines Funkens, um den Steppenbrand zu entfachen. Dieser Impuls könne von einer kleinen Gruppe von Guerilleros ausgehen, die traditionellen kommunistischen Parteien seien dazu nicht fähig. Nach der Erschießung von Ernesto Che Guevara, der mit seinen Schriften⁶ und seiner Wiederaufnahme des Guerillakampfes als Inkarnation dieses Weges galt, in Bolivien 1967, rückte der bewaffnete Weg in den Hintergrund. Allerdings hat Kuba diese Option auch in den folgenden Jahrzehnten für Lateinamerika nie ausgeschlossen.

■ Ab 1968 erfolgte nicht zuletzt aufgrund wirtschaftlicher Abhängigkeit vom Ostblock ein *Schulterschluss zur Außenpolitik der Sowjetunion*. 1972 wurde Kuba Vollmitglied im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), d.h. der 1991 aufgelösten Organisation zur ökonomischen Integration der sozialistischen Staaten. Allerdings blieb Fidel Castro als bestimmende Kraft der Außenpolitik ein schwer berechenbarer Partner mit eigenen Ambitionen in der Welt und der Blockfreien-Bewegung. Mit der Berufung auf den Befreiungshelden José Martí weist die Außenpolitik eine nationalistisch-antiimperialistische Komponente auf, sah sich aber auch in einer internationalistischen Mission. Mitte der 1970er-Jahre entsandte Kuba militärische Verbände nach Angola und 1977/78 auch nach Äthiopien.⁷ Insgesamt mehr als 200.000 Kubaner kamen zum Einsatz, Mitte der 1980er-Jahre war Kuba in zwölf Staaten Afrikas präsent. Rund 16.000 zivile kubanische Internationalisten arbeiteten in Ländern der Dritten Welt. Von der angolanschen Befreiungsbewegung MPLA (Movimento Popular de Libertacao de Angola) sollen hohe Dollarüberweisungen an Kuba erfolgt sein. Dies sei „kein proletarischer, sondern monetärer Internationalismus gewesen“, hieß es beim Abzug der kubanischen Schutzmacht.⁸ Kubanische Truppen spielten indirekt eine Rolle beim Ende des Apartheid-Regimes in Südafrika, da sie 1975/76

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

und erneut 1988 die territoriale Integrität Angolas sicherten. Dies und der Einsatz von Ärzten und anderen Experten verschafften dem Inselstaat Ansehen in Afrika und Lateinamerika. Nach dem Sieg der Sandinistischen Revolution 1979 in Nicaragua wurde Kuba zum wichtigsten außenpolitischen Verbündeten. Bei der US-Invasion in Grenada gegen eine linksgerichtete Regierung kam es zur einzigen militärischen Konfrontation zwischen US-Truppen und kubanischen Bauarbeitern und Militärs, die beim Ausbau eines Flughafens auf dieser Karibikinsel tätig waren. Kuba exportierte Soldaten, Ärzte und Sporttrainer, gleichzeitig wurde auf der *Isla de la Juventud* Führungsnachwuchs für die südlichen Länder ausgebildet, in „Kaderschmieden für den Revolutionsexport“, wie man in westlichen und teilweise auch in östlichen Ländern argwöhnte.⁹

Nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus ab 1989 schwenkte die kubanische Regierung zunächst auf einen zurückhaltenden Kurs ein. Die russische Regierung begann mit dem Abzug noch verbleibender Truppen. Kuba suchte die Nähe zu Lateinamerika, knüpfte Kontakte mit asiatischen Ländern und erreichte eine Aussöhnung mit der katholischen Kirche, die im Besuch von Papst Johannes Paul II. 1998 zum Ausdruck kam. Mit der Regierungsübernahme von Präsident Hugo Chávez in Venezuela 1999 gewann Kuba einen Partner, der durch die mittlerweile bei 100.000 Fass pro Monat liegenden Öllieferungen einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des Regimes leistet. Entgegen den Erwartungen vieler Beobachter hat sich die Herrschaft der Castros gehalten, durch die neuere Entwicklung hin zu linkspopulistischen Regierungen in Lateinamerika gelang es Kuba, aus der von den USA ausgehenden Isolation herauszutreten. Der inzwischen durchlässig gewordenen Boykott durch die USA hat sich sogar als stabilisierendes Element erwiesen. Castro konnte sich nach einem Freund-Feind-Schema als einziger Garant der Souveränität präsentieren und mit der Attitüde „David gegen Goliath“ internationale Sympathie gewinnen.

Abbruch diplomatischer Beziehungen durch die Bundesrepublik

Nach der Revolution wurde Kuba Gegenstand der Ost- bzw. Kommunismusforschung.¹⁰ In dem vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegebenen „Bulletin“ lautete ein Artikel „Kommunisten greifen nach Lateinamerika“. „Geplant sei der „Ausbau roter Brü-

ckenköpfe vor den Pforten der USA“. Aus geopolitischer Perspektive galt die Insel als Zugang zum „amerikanischen Mittelmeer“. „So mischen sich im neuen Kuba Elemente sozialistischen, vom Kommunismus stark beeinflussten Wollens mit denen liberaler Tradition und eines romantisch gefärbten Nationalismus“, hieß es von Seiten der westdeutschen Botschaft (8. 6. 1959). Und in einem Bericht des 1970 in Guatemala ermordeten Botschafters Graf Spreti „Ist das Regime Fidel Castro kommunistisch?“ (20. 6. 1960) gelangte er zu dem Ergebnis, dass das Regime im Führungsaufbau, dem innenpolitischen Vorgehen und der Wirtschaftspolitik kommunistische Züge trage, auch wenn die Person des Kommandanten schwer einzuschätzen sei.

Schon 1959 traf eine Delegation aus der damals noch als Sowjetische Besatzungszone bezeichneten SBZ in Kuba ein, der Austausch mit der DDR und die gegenseitigen Solidaritätsbekundungen nahmen in der Folgezeit zu. Graf Spreti wurde hingegen während seiner dreijährigen Botschafterzeit kein einziges Mal von Castro empfangen. Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR teilte das Auswärtige Amt (AA) der kubanischen Botschaft, der so genannten Hallstein-Doktrin folgend, in einer Verbalnote mit, dass die sowjetisch besetzte Zone Deutschlands kein Staat im völkerrechtlichen Sinne sei. „Nur eine kleine Minderheit von Staaten, nämlich ausschließlich die Kommunistischen, zu denen sich jetzt auch Kuba gesellt“, habe sie anerkannt. Am 14. Januar 1963 wurden die Beziehungen abgebrochen. Die Schutzmachtvertretung für (bundes-)deutsche Interessen in Havanna übernahm die Französische Botschaft. Bis zum Abbruch der Beziehungen mit Kuba 1964 vertrat Brasilien die kubanischen Interessen in Bonn, anschließend übernahm die sowjetische Botschaft diese Aufgabe.

Während die Einfuhren aus Kuba in die Bundesrepublik seit 1963 stark zurückgingen, nahmen die deutschen Ausfuhren sogar zu. Schon relativ bald nach dem Abbruch der diplomatischen Verbindungen bekundete die kubanische Regierung Interesse an der formellen Wiederaufnahme von Handelsbeziehungen. Castro empfing zum Beispiel 1967 ein Vorstandsmitglied der Ruhrstickstoff AG, um über die Lieferung von Düngemitteln zu verhandeln. Seit Ende der 1960er-Jahre gab es darüber hinaus Bestrebungen von Personen in der Bundesrepublik und von Seiten der kubanischen Regierung, die wissenschaftlichen und kulturellen Kontakte zu aktivieren. 1987 erfolgte die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen. Schon im folgenden Jahr besuchten 30.000 bundesdeutsche Touristen die Insel (2007 = 103.000).

Die DDR und Kuba

Ab 1960 geriet Kuba in eine Abhängigkeit von der Sowjetunion. Die im Zuckerabkommen zwischen der Sowjetunion und Kuba vom Januar 1964 vereinbarten 5 Millionen Tonnen Lieferziffern lagen höher als die vormals mit den USA ausgehandelte Abnahmegarantie. Da die Sowjetunion jedoch eigentlich eine für die eigene Versorgung ausreichende Zuckermenge produzierte, war ein Teil zum Verkauf auf dem Weltmarkt vorgesehen. Kuba erhielt seine Erlöse durch die Lieferung sowjetischer Produkte. Die sowjetischen Hilfeleistungen an Kuba wurden auf rund eine Million US-Dollar täglich geschätzt, andere Zahlen gingen von drei Millionen aus, einzelne sprachen von 3,7 Milliarden US-Dollar im Jahr.¹²

1960 lief erstmals ein DDR-Schiff im Hafen von Havanna ein. Botschafter der DDR wurde 1963 der ehemalige Kämpfer im Spanischen Bürgerkrieg Fritz Johnne. Die DDR erhoffte sich von Kuba Lieferungen von Obst und Gemüse. Castro hatte sowohl Anfang als auch Ende der 1960er-Jahre in Gesprächen weitgehende Ankündigungen gemacht, was die Versorgung der DDR in den Wintermonaten mit Früchten anbelangte. Die von den DDR-Vertretern in Kuba durchaus realistisch, d.h. eher skeptisch eingeschätzten Versprechen konnten nicht eingehalten werden. 1968 wurde etwa der Aufbau einer Kaffee- und Gemüseproduktion im Umkreis von Havanna angekündigt. Die Samen sollten unter anderem in Holland eingekauft werden, die Leitung des verwegenen Projektes beim *Máximo Líder* persönlich liegen. Auch die von kubanischer Seite im Austausch an die DDR gelieferten Südfrüchte erfüllten die Erwartungen nur teilweise. Die ziemlich safthaltigen Orangen wurden von DDR-Bürgern als „Kuba-Apfelsinen“ bezeichnet; sie waren wesentlich schwerer zu schälen als die Orangen aus dem Mittelmeerraum.

Nach Projektbesuchen in der Provinz wurde beklagt, dass etwa in den „zwei Zuckerzentralen San German und Jatibonico die selbständige politisch-ideologische Arbeit innerhalb der Kollektive nicht gewährleistet“ sei;¹³ nur wenige Spezialisten aus der DDR seien nach den gemachten Erfahrungen zu einem zweiten Einsatz bereit gewesen. Aber auch von Seiten des DDR-Botschafters Dr. Joachim Naumann, von 1967 bis 1973 in Kuba, gab es Klagen, da es ihm über einen Zeitraum von mehreren Wochen nicht gelungen sei, einen Brief Ulbrichts an Fidel Castro zu übergeben. Im Jahresbericht der Botschaft von 1969 wurde die Hoffnung geäußert, dass die Partei eine führende Rolle einnehmen und eine „Versachlichung der kubanischen Außenpolitik, einschließlich einer Neukonzipierung der Strategie und Taktik gegenüber La-

teinamerika“ einsetzen würde.¹⁴ Gelobt wurde auch, dass die „Auffassungen vom gleichzeitigen Aufbau des Sozialismus/ Kommunismus, der Abschaffung des Geldes in historisch kurzer Frist, der Negierung der Ware-Geld-Beziehungen“ in den Reden Fidel Castros nicht mehr vorkämen und insgesamt eine „Wiederannäherung an die Positionen der sozialistischen Länder in bedeutenden Grundfragen“ und damit ein „Reifeprozess“ einsetzte. Die Lateinamerika-Konzeption Kubas sei jedoch gescheitert. Bei den bilateralen ökonomischen Beziehungen wurden eine Überschätzung der Möglichkeiten auf kubanischer Seite und Mängel bei der Realisierung eigener Verpflichtungen durch die zuständigen DDR-Organen konstatiert. Außenminister Winzer ging 1970 in einem Brief an den Sekretär des ZK Hermann Axen selbst auf eine „Verbesserung der analytischen Berichterstattung der Botschaft der DDR in Havanna“ ein, nachdem dieser sich über die ungenügende Information beklagt hatte. Im Jahresbericht 1970 konstatierte er „weitere Fortschritte der KPK und des Genossen Fidel Castro persönlich im marxistisch-leninistischen Erkenntnisprozess“. Auch dieser Text wurde intern wegen Verallgemeinerungen und einer „zu positiven Wertung der Entwicklungsprozesse“ kritisiert. Die Beziehungen zwischen der Regierungsspitze Kubas und der DDR waren nicht frei von Spannungen, deren Existenz aber nicht den betroffenen Ministerien mitgeteilt wurde. So kam es 1974 anlässlich des Staatsbesuches von Erich Honecker zu heftigen Differenzen mit Fidel Castro über den Weiterverkauf von Kontingenten kubanischen Zuckers an andere Länder. Da der Zuckerpreis auf dem Weltmarkt damals sehr hoch war, warf Castro der DDR-Führung vor, eine „Händlermentalität“ an den Tag zu legen¹⁵.

Kubanische „Produktionsarbeiter“ in der DDR

In der DDR fehlten chronisch Arbeitskräfte. Nach entsprechenden Erfahrungen mit Arbeitern aus Polen, Ungarn und Algerien wurde Ende der 1970er-Jahre über eine Kooperation mit Kuba nachgedacht, zumal aufgrund des stark gesunkenen Zuckerpreises eine Reihe von im Austausch geplanten Investitionsprojekten der DDR auf der Insel nicht realisiert, d.h. verrechnet werden konnten. Ein zwischenstaatliches „Regierungsabkommen über die Qualifizierung bei gleichzeitiger Beschäftigung“ wurde 1978 unterzeichnet, noch im gleichen Jahr kamen 1.206 Kubanerinnen und Kubaner in die DDR. Von 1980 bis 1984 wurden durchschnittlich etwa 6.000 Arbeiter im Jahr beschäftigt. Zwischen 1984 und 1987 verdoppelte sich die Zahl der eingesetzten Produktionsar-

beiter vor allem in der Reifenproduktion, der Chemiefaser-, Textil- und Werkzeugindustrie sowie bei der Montage im Fahrzeugbau.¹⁶

Laut dem Abkommen sollten vor allem junge und ledige Frauen und Männer im Alter von 18 bis 35 Jahren zum Einsatz kommen. Zuständig waren *Cubatecnica*, die dem kubanischen Ministerium für Arbeit und Soziales unterstand und das Ministerium für Arbeit und Löhne der DDR. Die kubanischen Jugendlichen sollten ein Jahr Berufserfahrung und den Wehrdienst absolviert haben und eine Einschätzung des örtlichen *Komitees zur Verteidigung der Revolution* (CDR) vorlegen. Anreise, Arbeitsvertrag und Anmeldung oblag *Cubatecnica*; die Ausreisenden unterzeichneten einen Vertrag, wonach sie einen Teil des Lohns an diese Organisation abzutreten hatten. Da die kubanischen Arbeiter teilweise in der Schwerindustrie bzw. in Betrieben mit veralteter Ausrüstung eingesetzt wurden, war die Anzahl der Rückführungen aus gesundheitlichen Gründen hoch. Eine Verlängerung konnte nur für eine weitere Qualifizierung erfolgen, allerdings hielt sich die Begeisterung der kubanischen Arbeiter offenbar in Grenzen; während die DDR hauptsächlich an der Arbeitskraft interessiert war, bestand von Seiten der kubanischen Regierung Interesse an einer weiteren Ausbildung.

Die Pässe der kubanischen Arbeiter wurden eingesammelt, für die Reise in ein anderes Land war die schriftliche Genehmigung der eigenen Botschaft erforderlich. Etwa 20 Prozent der Beschäftigten waren Frauen. Im Durchschnitt erhielten sie zwischen 500 und 600 Mark, es wurden aber auch höhere Einnahmen erzielt. Aufgrund der Einstufung in eine niedrigere Lohngruppe und kurzer Betriebszugehörigkeiten erhielten sie weniger als die deutschen Kollegen und waren deshalb unzufrieden. Vor dem Hintergrund der schlechten Versorgung daheim waren die Kubaner daran interessiert, einen Teil des Geldes in Form von Waren nach Hause zu bringen.

Die Zusammenarbeit mit den kubanischen Arbeitern war weder einfach noch vom sozialistischen Brudergeist geprägt. Während die kubanischen Gruppenleiter Gleichberechtigung gegenüber der deutschen Betriebsleitung erwarteten, ging diese ihrerseits davon aus, dass die Gruppenleiter die Interessen des Betriebs gegenüber den Arbeitern durchsetzen sollten. Die Kubaner waren in Wohnheimen untergebracht. „Außenschläfer bedürfen der Zustimmung des Bezirksbeauftragten“, hieß es im Protokoll einer Kontrollberatung kubanischer Werkstätiger im VEB Maxhütte Unterwellenborn aus dem Jahr 1981. Es gingen Beschwerden von Kubanern ein, dass ihnen der Zutritt zu Gaststätten, Diskotheken und Tanzveranstaltungen verwehrt worden sei. 1989

stellten kubanische Arbeiter nur noch 1,7 Prozent aller Produktionsarbeiter in der DDR; vorher hatten sie immerhin bis zu zehn Prozent der mit zwischenstaatlichen Verträgen tätigen Arbeiter ausgemacht. Nach der friedlichen Revolution 1989 kündigte die kubanische Regierung sofort die Verträge. Zwar teilte sie 1990 den Arbeitern mit, dass sie die Möglichkeit hätten zu bleiben, nur wenige entschlossen sich dazu, zumal die meisten von ihnen bereits ihren Arbeitsplatz verloren hatten. Zwischen dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) und dem Ministerium des Innern Kubas (MININT) bestand eine Kooperation¹⁷, die erst ansatzweise aufgearbeitet wurde. „Einen Schwerpunkt bei der Sicherung der kubanischen Werkstätigen bildet weiterhin das ungesetzliche Verlassen von Flugzeugen bei Zwischenlandungen im NSW (Nicht Sozialistisches Wirtschaftsgebiet) bei Heim- bzw. Urlaubsreisen“, heißt es in einem Bericht von 1985.¹⁸ Die DDR-Führung unterstützte die kubanische Regierung auch bei „Sicherheitsaufgaben“ auf der Insel; den kubanischen Einsatz in Angola soll sie mit mehr als 100 Millionen Mark finanziert haben.¹⁹

Kuba-Utopien in Deutschland

Irmtraud Morgeners *Rumba auf einen Herbst* (1963-65) spielt zur Zeit der Kuba-Krise und beschreibt Kuba als Ort der Gefahr und der Hoffnung für einen neuen Sozialismus. Ungekürzt konnte das Buch erst 1992 publiziert werden. Der Film *Und deine Liebe auch* unternimmt eine Rechtfertigung des Mauerbaus, in dem er eine Parallelisierung zwischen der DDR und der Verteidigung des revolutionären Kuba konstruiert. *Preludio 11*, ebenfalls mit Armin Müller-Stahl und während der Raketenkrise 1962 gedreht, beschreibt einen Invasionsversuch Kubas und verbindet ihn mit einer Liebesgeschichte. Allerdings blieb die Resonanz auf die beiden Filme gering. Obwohl die Solidarität mit Kuba auftaucht, kann vermutet werden, dass sie auch zur Herausbildung einer DDR-Identität dienen sollte.

Im Vergleich zu den eigenen Politikern waren Che Guevara, die mit ihm in Bolivien erschossene Deutsch-Argentinierin Tamara Bunke und Fidel Castro in der DDR populärer. Wolf Biermanns Lied *Comandante Che Guevara* 1973 wurde von Linken in beiden deutschen Staaten gesungen. Artikelserien in der *Jungen Welt* und Jugendbücher betonten die Rolle von Tamara Bunke.²⁰ Bücher wie *Der Weg zum Rio Grande* von Eberhard Panitz 1973

dienten unter anderem dazu, die Reiselust der eingemauerten DDR-Bewohner zu befriedigen, was ebenfalls in den Filmen *Wanderlust* und *Für die Liebe noch zu mager?* geschah. Volker Brauns *Guevara oder Der Sonnenstaat* von 1983 diskutiert am Beispiel des Revolutionärs nochmals das Verhältnis von Utopie und Revolution. Eine gewisse Zahl von DDR-Bürgern wirkte aktiv in Kuba. Es ist damit zu rechnen, dass sie in den kommenden Jahren ihre persönlichen Erinnerungen vorlegen werden. Jüngst hat Monika Krause-Fuchs, als Direktorin des nationalen Zentrums für Sexualerziehung auf der Insel als „Königin des Kondoms“ bekannt, einen Bericht vorgelegt.²¹

Mit der kubanischen Revolution setzte in beiden deutschen Staaten eine intensive Berichterstattung über Lateinamerika ein, auch der Aufschwung der sozialwissenschaftlichen Lateinamerikaforschung geht nicht zuletzt auf die Revolution zurück. In der Bundesrepublik verbanden sich damit zum Teil Bedrohungs- und Untergangsszenarien. Manche Autoren erblickten in Castro eine Gefahr für Westeuropa: „Wer wird Deutschland und Europa vor dem Osten schützen, wenn die USA ihre Soldaten zur Verteidigung des eigenen Erdteils brauchen?“²²

Kuba spielte eine Rolle bei dem Wandel des politischen Antiamerikanismus von rechts nach links in den 1960er-Jahren in der Bundesrepublik. Che Guevara beeinflusste mit seiner Schrift „Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam“ (1967) die studentische Protestbewegung und deren Bild von Lateinamerika.²³ Die Identifikation der 68er im Westen bezog sich allerdings stärker auf Che Guevara und das Kuba der 1960er-Jahre. Während sich damals die neue Linke für das guevaristische Revolutionskonzept und damit gegen die traditionelle Politik der kommunistischen Parteien aussprach, rückte später seine Person als Revolutionsreisender in den Vordergrund.²⁴

Aus der Bundesrepublik machten sich seit den 1960er-Jahren Revolutionstouristen auf den Weg. Der in Castros-Kuba kurze Zeit inhaftierte Schriftsteller Heriberto Padilla, der später eine spektakuläre und umstrittene Selbstkritik übte, schreibt in seinem Gedicht „Die Reisenden“:

„Nach den Erfahrungen von zwei oder drei Wochen
(das ist das Maximum)
schreiben sie Bücher über die Guerilla
oder den kubanischen Nationalcharakter,
über die Unbilden des Lebens oder
das vulgäre Spanisch der Einheimischen.“²⁵

Auch bei linken Sozialdemokraten und den Jungsozialisten erfreute sich der tropische Sozialismus großer Sympathie. Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine besuchte 1988 die Insel und wurde von Castro empfangen. Ger-

hard Schröder hatte als einziges lateinamerikanisches Land vor seiner Wahl zum Bundeskanzler Kuba besucht, was in der US-Öffentlichkeit 1998 mit Überraschung kommentiert wurde. Andrea Nahles – wie Schröder ehemalige Juso-Bundesvorsitzende – macht aus ihren Sympathien für das Land kein Geheimnis.

Einzelne der Revolutionsreisenden, wie Günter Maschke, haben die neue Klasse, die Verhaftungswelle, die Verfolgung von Homosexuellen, die Repression der Studenten und das Gesetz gegen die Bummelei kritisiert.²⁶ Solche Artikel blieben eher die Ausnahme, erst in den letzten Jahren erschienen in Deutschland kritische Darstellungen zu Kuba. Ein Beispiel: Der chilenische Schriftsteller und Diplomat Jorge Edwards eröffnete Anfang der 1970er-Jahre im Auftrag der linken Regierung der Volkseinheit (UPI) wieder die chilenische Botschaft in Havanna und geriet bald in Konflikt mit Fidel Castro. Er hat seine Eindrücke und seine zunehmende Distanz zum sozialistischen Kuba in dem 1973 auf Spanisch erschienenen Buch „*Persona non grata*“ zusammengefasst. Darin schildert er die im Verlaufe seines Aufenthaltes zunehmenden Gegensätze zum revolutionären Alleinvertretungsanspruch der kubanischen Regierung mit Blick auf Lateinamerika und die vorzeitige Abreise aus einem Land, das aus seiner Sicht vom Geheimdienst beherrscht wurde. Auf Deutsch erschien das Buch erst 2006.

Bemerkenswerterweise setzte die wohl stärkste Kuba-Welle im vereinigten Deutschland ein. Sie bezieht sich aber vor allem auf kulturelle Aspekte und eine Mischung aus Sonne, Salsa, Erotik. Wim Wenders Musikfilm *Buena Vista Social Club* wurde international wahrgenommen. Dagegen gilt *Havanna mi amor* von Uli Gaulke als eine Schilderung vom allmählichen Zerfall eines politischen Systems und als eine Erzählung mit ostdeutschem Hintergrund. *Heirate mich!* aus dem Jahr 2003 erzählt von der Eheschließung eines Hamburgers, der auf der Urlaubsreise eine Mulattin in Kuba kennen lernt und mit ihr und ihrem Sohn nach Deutschland zieht. Inge Viett, ein ehemaliges RAF-Mitglied, das 1982 in die DDR übersiedelte, verfasste den Reisebericht *Cuba libre bittersüß*. Am Ende ist sie sich sicher: „Selbst wenn die kubanische Revolution vollständig gestoppt und besiegt werden sollte, wird Kuba der mutigste, würdigste Verlierer sein unter allen besiegten sozialistischen Ländern.“²⁷ Die Reisen von Ostdeutschen nach Kuba in den 1990er-Jahren dienen auch zur Erfüllung nicht gelebter Träume und der Spurensuche nach dem Sozialismus. „Also packe ich den Rucksack und laufe fort auf der Suche nach dem Menschen. Also reise ich nach Kuba. Dahin wo die Internationale mit wiegenden Hüften gesungen wird. Der

Mangel in Kuba ist kein Elend, er ist ein Problem, ein ständig neu zu lösendes“. Seit den 1990er-Jahren ist die Zahl der über Kuba veröffentlichten Bücher, Bildbände und Filme gestiegen. Nostalgie-sympathien für die kubanische Revolution vermischen sich mit dem Versprechen von Sonne und einem anderen Leben. Die *Havana Club Rum* Reklame zeigt ein Bild von Che Guevara mit Zigarre und das genannte Produkt.

Die Außenpolitik nach 1990

Als Folge des Drucks der US-Regierungen brachen die meisten lateinamerikanischen Regierungen über einen längeren Zeitraum die diplomatischen Beziehungen mit Kuba ab. Einzelne linksorientierte Regierungen nahmen (vorübergehend) wieder Beziehungen auf – so die der „Volkseinheit“ in Chile (1971) und die der Sandinistischen Befreiungsfront (FSLN/Frente Sandinista de Liberación Nacional) ab 1979 in Nicaragua. Neben Mexiko war Spanien in den 1980er-Jahren das einzige westliche Land, das kontinuierliche Kontakte zu Castro und Kuba unterhielt.

Der Wandel in den privilegierten Beziehungen zwischen Kuba und Russland war vor allem eine Konzession an die russische Öffentlichkeit. Angesichts eines Transformationsprozesses mit entsprechenden Härten hatte die Bevölkerung wenig Verständnis dafür, dass Kuba nach wie vor hohe Subventionen aus Russland erhielt. Gleichzeitig berichtete die russische Presse kritisch über Kuba. Dies geschah bereits Ende der 1980er-Jahre, und die abfälligen Äußerungen Castros 1989 über den Öffnungsprozess in der Sowjetunion sowie das Verbot von *Sputnik* und *Moscow News* auf der Insel dürften eine Reaktion darauf gewesen sein. Kuba werde „die Bastion des Sozialismus bis zum letzten Blutstropfen verteidigen“, erklärte Castro.²⁸ In Moskau gab es eine kubanische Lobby, die sich auf der Grundlage historischer Beziehungen und persönlicher Sympathie für Castro stark machte. Erst 1991 gab Gorbatschow den völligen Rückzug russischer Truppen bekannt. Dennoch hielten die Beziehungen zwischen den beiden Ländern an. Der Besuch von Präsident Putin 2000 verwies sowohl auf eine Kontinuität als auch auf eine Modernisierung der zwischenstaatlichen Kooperation.²⁹ Die Schließung der Abhörstation Lourdes kann als Konzession an die USA interpretiert werden. Die neuen EU-Mitglieder aus Osteuropa, unter anderem Tschechien, haben eine kritische Position gegenüber Kuba an den Tag gelegt. Eine umfassende Zusammenarbeit mit Kuba sollte von Fortschritten mit Blick auf die Demokratisierung, die Menschenrechte und die politische Freiheit

abhängig gemacht werden. Im Juli 2003 reagierten die EU-Botschaften auf die drastische Verschlechterung der Menschenrechtslage und luden Mitglieder der kubanischen Opposition zu ihren Nationalfeiertagen ein. Daraufhin kündigte die kubanische Regierung die gesamte offizielle Entwicklungszusammenarbeit mit der EU und deren Mitgliedsländern. Anfang 2005 wurden die politischen Maßnahmen der EU vorübergehend ausgesetzt.

Neue außenpolitische Optionen ergaben sich für die kubanische Regierung durch den Aufstieg von Hugo Chávez in Venezuela zum Präsidenten und selbsternannten Revolutionär. Chávez hatte 1992 erstmals durch einen Putschversuch gegen einen demokratisch gewählten Präsidenten auf sich aufmerksam gemacht. Nach einer vergleichsweise komfortablen Festungshaft reiste er 1996 nach Havanna, wo ihn Castro persönlich am Flughafen abholte. Daraus ergab sich eine Lehrer-Schüler-Beziehung. Häufig reist

Chávez nach Kuba und auch Fidel Castro ist mehrmals in Venezuela gewesen, das lange Zeit als anti-castristisch galt. Die venezolanische Öl-Gesellschaft PDVSA bezog im Zentrum der kubanischen Hauptstadt einen aufwändig restaurierten Altbau; manche behaupten, von dort würden vom venezolanischen Parlament unkontrollierbare Auslandsgeschäfte getätigt. Öl gegen Humankapital – so können die besonderen Beziehungen zwischen Kuba und Venezuela beschrieben werden. In Venezuela wurden über 30.000 Ärzte, Sporttrainer und Sicherheitspersonal tätig, unter anderem in dem Armutsviertelprogramm *barrio adentro*. Dafür erhält Kuba rund 100.000 Fass Öl am Tag. Austauschbeziehungen beim Öl hatte es in bescheidenerer Form bereits in der Vergangenheit gegeben, nun erhielten sie jedoch höhere revolutionäre Weihen. Für Präsident Chávez, ein Ex-Militär, der nach demokratischen Wahlen an die Macht kam, bedeutet der Schulterchluss mit dem Revolutionsregime eine

Aufwertung. Insgeheim mag er hoffen, den mit der Erkrankung Castros vakant gewordenen Posten eines lateinamerikanischen Gesamtrevolutionärs und Globalisierungskritikers zu übernehmen. Allerdings dürften seine vollmundigen Bekundungen von einer Einheit zwischen Kuba und Venezuela im Bereich der Rhetorik verbleiben. Kuba verfolgt hinter dem internationalistischen Auftritt konsequent nationale Interessen. Raúl Castro zeigt geringe weltpolitische Ambitionen und sein Verhältnis zu Chávez soll reservierter sein.

Bemerkenswerterweise erfolgten mit den USA über die Jahre eine Reihe von vertrauensbildenden Maßnahmen. Und zwar in vier Bereichen: (1.) Die 1994/95 geschlossenen Vereinbarungen zur Migration unterstreichen, dass beide Länder

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Kuba ist ein gesuchter Partner für linkspopulistische Regierungen in Lateinamerika geworden. Für Hugo Chávez bedeutet der Schulterchluss mit Fidel Castro eine politische Aufwertung. Kuba hingegen profitiert von Venezuelas Öllieferungen.
picture alliance/dpa

Zeittafel

bis 1898	Spanische Kolonie (ab 1868 Unabhängigkeitskampf; führende Persönlichkeit der Unabhängigkeitsbewegung: José Martí)
1898	Eingreifen der USA, Besetzung Kubas durch die USA
1901	Erste Verfassung Kubas, jedoch mit US-Vorbehaltsrechten (sog. Platt-Amendment: Interventionsrecht der USA, Einräumung des Flottenstützpunktes Guantánamo)
1.1.1959	Flucht Batistas ins Ausland, Machtübernahme durch Castro
1960	Entschädigungslose Enteignung von US-Vermögen; Beginn des Konflikts zwischen Kuba und USA
3.1.1961	Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Kuba durch die USA
17.4.1961	Gescheiterte US-Invasion in der Schweinebucht
Anfang 1962	Vollständiges politisches und wirtschaftliches Embargo gegen Kuba durch die USA
Oktober 1962	Raketenkrise
1963	Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch die Bundesrepublik; die DDR und Kuba nehmen diplomatische Beziehungen auf
1975ff.	Einsatz kubanischer Streitkräfte in Angola und anderen afrikanischen Ländern
1977	Einrichtung von Interessenvertretungen der USA in Havanna und Kubas in Washington (jeweils in der Schweizer Botschaft)
1980	Massenflucht von ca. 130.000 Kubanern in die USA, nach Besetzung der peruanischen Botschaft in Havanna („Mariel-Krise“)
1987	Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik
1994	Kuba macht vorübergehend illegale Ausreise straffrei, was zu Massenflucht auf Booten und Flößen führt; „Balsero“ (Flößer)-Krise
1994 und 1995	Abschluss zweier Migrations-Abkommen Kuba/USA: 20.000 US-Einwanderungsvisa pro Jahr; auf See oder in der US-Basis Guantánamo aufgegriffene Flüchtlinge werden von den USA zurückgeschickt
24.2.1996	Kuba schießt zwei kleine US-Zivilflugzeuge über internationalen Gewässern ab; März 1996: Inkrafttreten des Helms-Burton-Gesetzes; die EU erarbeiten den „Gemeinsamen Standpunkt zu Kuba“
21.-25.1.1998	Besuch von Papst Johannes Paul II.
2001	Wiederaufnahme der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ)
Mai 2002	Besuch des ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter; Übergabe einer Gesetzesinitiative mit 11.000 Unterschriften (Varela-Projekt) an die Nationalversammlung (Forderung nach mehr politischen Rechten und privatwirtschaftlicher Initiative)
2003	Nach der Verhaftung von 75 Dissidenten und der Hinrichtung von drei Entführern einer Personenfähre endet die Annäherung zwischen Kuba und der EU (sog. „Cocktail-Krise“); Einfrieren aller Projekte der EZ mit Kuba
11.9.2003	Schließung des spanischen Kulturinstituts durch die kubanische Regierung
Januar 2005	Wiederaufnahme der Kontakte zu EU-Botschaften
2006	Fidel Castro gibt seine Funktionen als Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Oberbefehlshaber der Streitkräfte sowie als Präsident des Staatsrates und der Regierung vorläufig an seinen Bruder Raúl ab
Anfang 2008	Fidel Castro teilt den Rückzug von seinen Ämtern mit, sein Bruder wird vom Parlament am 24. Februar zum Staatspräsidenten gewählt
20.6.2008	Aufhebung der EU-Sanktionen gegen Kuba

Quelle: Auswärtiges Amt und eigene Recherchen

Konflikte über illegale Wanderungsprozesse vermeiden möchten. (2.) Auch unter dem Eindruck der US-Invasion 1989 in Panama zur Absetzung und Gefangennahme des damaligen Regierungschefs Manuel Noriega, der in den USA verurteilt wurde, hat die kubanische Seite die Anstrengungen verstärkt, das Drogenproblem unter Kontrolle zu bringen. Seit 1999 besteht ein regelmäßiger Austausch der Küstenwachen in diesen Fragen, 2002 kam es zur Verhaftung von im Drogengeschäft tätigen Personen. (3.) In seiner Zeit als Kommandeur von Guantánamo Bay initiierte General John Sheehan regelmäßige Treffen zwischen kubanischen und nordamerikanischen Offizieren. (4.) Es werden Anstrengungen unter-

nommen, um militärische Konflikte zwischen beiden Ländern zu vermeiden. Der Abschuss eines Flugzeugs der so genannten *hermanos del rescate* 1996 war der Anlass, um die bilaterale Kooperation zu intensivieren.

Auch mit Blick auf den Kolumbien-Konflikt hat die kubanische Regierung eher eine mäßige Rolle eingenommen – gerade im Vergleich zum Auftreten des venezolanischen Präsidenten Chávez. Im Bereich der Biotechnologie, wo man den Kubanern große Erfolge attestiert, unter der Bush-Administration aber auch der Verdacht einer eventuellen Produktion von Biowaffen genährt wurde, haben sich nordamerikanische Firmen zur Kooperation entschlossen.³⁰

Ausblick

Mehr als 30.000 Kubaner arbeiteten in der DDR, eine kleinere Gruppe studierte dort. Heute sind viele von ihnen im staatlichen Bereich tätig, sie sprechen in der Regel gut deutsch. Entgegen der offiziellen Politik wurden diese Kontakte – gerade an den ostdeutschen Universitäten – in den 1990er-Jahren fortgesetzt. Einzelne Politiker der PDS bzw. von Die Linke sind in jüngster Zeit nach Kuba gereist. Die parteinahen Stiftungen sind schon seit mehreren Jahren in Kuba aktiv. Mit die stärkste Präsenz entfaltet übrigens die Hanns-Seidel-Stiftung, die unter anderem Seminare über Wirtschaftsordnung, Tourismusförderung und Kommunalver-

fassung anbietet. Die wirtschaftlichen Beziehungen sind gerade mit dem Freistaat Bayern recht intensiv; 2007 hat unter anderem auch Mecklenburg-Vorpommern eine Wirtschaftsdelegation nach Kuba entsandt. Seit Sommer 2007 liegt ein von deutscher Seite vorgelegter Entwurf für ein Kulturabkommen vor, der auch die Eröffnung eines Goethe-Instituts in Havanna vorsieht. Die kubanische Seite wird wohl erst dann unterzeichnen, wenn alle Sanktionen der EU aufgehoben wurden. Eine nicht zu unterschätzende Größe ist das kubanische Exil in den USA und verschiedenen anderen Ländern. In den letzten Jahren haben die *hardliner* an Bedeutung verloren, gleichzeitig bestehen auf familiärer Ebene vielfältige Verbindungen, die Rücküberweisungen spielen eine wichtige Rolle in der kubanischen Gesellschaft. Die Möglichkeit, dass es zwischen dem militärisch-industriellen Komplex in Kuba, an dessen Spitze Raúl Castro steht, und den im Ausland lebenden Gruppen zu einer Form von Verständigung kommt, ist nicht völlig auszuschließen. Zum einen ist der Bildungsstand auf der Insel nach wie vor hoch, zum anderen verfügt die kubanische Diaspora über Geld, Lobbymacht in den USA und wirtschaftliche Kenntnisse. Mit den Präsidentschaftswahlen in den USA 2008 könnte sich die Situation verschieben; mittel- und langfristig dürfte die kubanische Lobby unter den Latinos in den USA zumindest demografisch weiter an Bedeutung verlieren. Am 28. Februar 2008 unterzeichnete Kuba sowohl das UN-Abkommen zu wirtschaftlichen und sozialen als auch zu politischen und bürgerlichen Rechten. Damit akzeptierte Kuba einen internationalen Rechtskodex, manche vergleichen es mit den Wirkungen der Schlussakte von Helsinki im Kalten Krieg. Die Hauptgefahr,

die derzeit von Kuba für die USA ausgeht, ist ein Massenexodus. Von daher hat auch die US-Administration ein Interesse an einer starken politischen Führung auf der Insel. Damit steigen die Chancen, dass es wie mit Vietnam zu einer Normalisierung der Beziehungen kommen könnte.

LITERATUR

Edwards, Jorge (2006): *Persona non grata*. Berlin. Fischer, Sabine (1997): Sowjetisch-kubanische Beziehungen ab 1985. Münster. Gratius, Susanne (2003): *Kuba unter Castro – Das Dilemma der dreifachen Blockade*. Die kontraproduktive Politik der „Demokratieförderung“ seitens der USA und der EU. Opladen. Hoffmann, Bert (2001): *Kuba*. In: *Handbuch der Außenpolitik*. München, S. 420–427. Hoffmann, Bert (2008): *Kuba: Wohin führt die Ära Raúl?* In: *GIGA Focus*, Nr. 2. Krämer, Raimund (1998): *Der alte Mann und die Insel: Essays zu Politik und Gesellschaft in Kuba*. Berlin. Naumann, Joachim (2004): *Die DDR und Lateinamerika (Mitte der fünfziger Jahre bis 1990)*. In: Bock, Siegfried/Muth, Ingrid/Schwiesau, Hermann (Hrsg.) (2004): *DDR-Außenpolitik im Rückspiegel. Diplomaten im Gespräch*. Münster, S. 307–323. Wulffen, Bernd (2006): *Eiszeit in den Tropen: Botschafter bei Fidel Castro*. Berlin.

Eingesehene Akten im Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA) AV Neues Amt 16.122, 16.123, 16.125, 16.126, 16.130 (Kommunismus in Kuba 1954ff.), 16.155, 16.156, 16.156; Reponierte Registratur IB2, Bd. 43; Reponierte Registratur IB2, Kuba, B 33, Bd. 348 (enthält Abbruch der dipl. Beziehungen 1963); Reponierte Registratur IB2, Kuba, B 33, Bd. 349; B 33, Bd. 502; B 33, Bd. 650.

Eingesehene Akten im Bundesarchiv (Bestand: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands Zentralkomitee Internationale Verbindungen) DY/30/IV A 2/20 281; DY/30/IV A 2/20 286; DY/30/IV A 2/20 287; DY/30/IV A 2/20 289.

ANMERKUNGEN

- 1 Boris Goldenberg (1963): *Lateinamerika und die Kubanische Revolution*. Köln, S. 11.
- 2 Vgl. dazu die Doktorarbeit von Jennifer Ruth Hosek (2004): *Cuba and the Germans: A Cultural History of an Infatuation*. University of California, Berkeley.
- 3 Nikolaus Werz (2000): *Die kubanische Revolution*. In: Peter Wende (Hrsg.) (2000): *Grosse Revolutionen der Weltgeschichte*. München, S. 276–288.
- 4 Salvador de Madariaga: *Kuba ist kommunistisch geworden*. In: *Neue Zürcher Zeitung (NZZ)*, 14.8.1960.
- 5 Die mittlerweile zugänglichen Akten zeigen, dass es heftige Auseinandersetzungen zwischen der kubanischen und russischen Seite gab. Anne Marie Mergier (2007): *Desenlace en La Habana*. In: *proceso (Sondernummer zu Kuba)* 20, S. 54–59.
- 6 Ernesto Che Guevara: *Guerillakrieg: eine Methode* (1963) und *Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam* (1967). In: Ders. (1979): *Politische Schriften*. Eine Auswahl. Berlin, S. 21–40 und S. 112–128.
- 7 Ein Spiegel-Titel hieß 1976: *Wird Afrika rot? Castros Legionäre*. In: *Der Spiegel*, 12, 30. Jg., 15.3.1976.
- 8 Michael Stührenberg: *Völker hören die Signale*. In: *zwölf Staaten Afrikas kämpfen kubanische Soldaten*. In: *Die Zeit*, 2.9.1988 und Stefan Klein: *Aufatmen beim schmerzhaften Abschied*. In: *Süddeutsche Zeitung (SZ)*, 7.3.1990.
- 9 Olaf Ihlau: *Auf der Schatzinsel der Dritten Welt*. In: *SZ*, 28./29.1.1989.
- 10 *Ost-Probleme* 11 (1959) mit einer Sondernummer zur Darstellung der „kommunistischen Aktivität“ in Lateinamerika.
- 11 *Bulletin*, 30. Januar 1960, Nr. 20, S. 193.
- 12 Michael Stührenberg: *Die Revolution übt das Überleben*. In: *Die Zeit*, 2.3.1990.
- 13 Bericht von einer Inspektionsreise 1969, in: *BArch, DY/30/IV A 2/20 289*; Volker Skierka (2001): *Fidel Castro. Eine Biografie*. Reinbek bei Hamburg. Berlin hat als erster die entsprechenden Akten aus der DDR eingesehen. Sie belegen die Vorbehalte gegenüber dem aus DDR-Sicht zuweilen sprunghaften Fidel Castro.
- 14 *Botschaft der DDR in der Republik Kuba, Jahresbericht 1969*, in: *BArch, DY/30/IV A2/20 289*, S. 1f.
- 15 Dietrich Lemke (2005): *Cuba, Castro y comercio. 30 Jahre im Dienst des Außenhandels DDR-Kuba*. Zeuthen (2., nahezu unver. Aufl.), S. 234f.
- 16 Sandra Gruner-Domic' (1997): *Kubanische Arbeitsmigration in die DDR 1978–1989. Das Arbeitskräfteabkommen Kuba-DDR und dessen Realisierung*. Berlin, S. 6f.
- 17 Gerhard Ehler/Jochen Staadt (2002): *Die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Staatssicherheit der DDR (MfS) und dem Ministerium des Innern Kubas (MININT)*. Berlin.
- 18 Hauptabteilung XIX Auswertungs- und Kontrollgruppe, Information über die Gewährleistung von Sicherheit, Ordnung und Geheimnisschutz beim Einsatz ausländischer Werkträger im Verkehrswesen, Berlin, 5.3.1985, BStU 000017.
- 19 Jochen Staadt: *Compañeras y Compañeros*. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)*, 7.6.2003.
- 20 José A. Friedl Zapata: *Tania. Die Frau, die Che Guevara liebt*. Berlin 1997, S. 28ff. behauptet, dass Tania Bunke Mitarbeiterin des MfS und des KGB gewesen sei, um Informationen über den für den Osten schwer einschätzbaren Ernesto Che Guevara zu erhalten. Dem wird von Seiten ihrer Mutter Nadia Bunke und von kubanischen Autoren energisch widersprochen: Ulises Estrada (2005): *Tania la Guerrillera y la epopeya suramericana del Che*. Melbourne/Nueva York/La Habana, bes. S. 255ff.
- 21 Monika Krause-Fuchs (2008): *Machismo ist noch lange nicht tot! Kuba: Sexualität im Umbruch*. Halle.
- 22 Peter Grubbe (1961): *Im Schatten des Kubaners. Das neue Gesicht Lateinamerikas*. München, S. 6.
- 23 Nikolaus Werz (1992): *Antiamerikanismus und der Stellenwert Lateinamerikas im europäischen Bewusstsein*. In: Wolfgang Reinhard/Peter Waldmann (Hrsg.) (1992): *Nord und Süd in Amerika*. Freiburg, Band 2, S. 1272ff.
- 24 Karin Ceballos Betancur (2003): *Auf Che Guevaras Spuren. Lateinamerikanische Reisenotizen*. Wien.
- 25 Zitiert in Hans Magnus Enzensberger (1972): *Dossier: Revolutions-Tourismus*. In: *Kursbuch* 30, S. 156.
- 26 Günter Maschke (1972): *Kubanischer Taschenkalender*. In: *Ebenda*, S. 129–147. Ders. (1973): *Kritik des Guerillero*. Frankfurt am Main.
- 27 Inge Viett (1998): *Cuba libre bittersüß*. Reisebericht. Hamburg, S. 5 u. S. 123.
- 28 *NZZ*, 10./11.12.1989.
- 29 Mervyn J. Bain (2007): *Soviet-Cuban Relations 1985 to 1991. Changing Perceptions in Moscow and Havana*. Lanham, S. 125ff.
- 30 Melanie M. Ziegler (2007): *U.S.-Cuban Cooperation*. Florida.



UNSER AUTOR

Prof. Dr. Nikolaus Werz studierte Germanistik, Geschichte und Politikwissenschaft an der Universität Freiburg, 1980/81 Mitarbeiter am CENDES/Caracas, 1982–1993 Mitarbeiter am ABI Freiburg, seit 1994 Lehrstuhl für Vergleichende Regierungslehre an der Universität Rostock; jüngste Veröffentlichung: *Lateinamerika – Eine Einführung*. Baden-Baden, 2. Auflage 2008.

Lost in Transition: Kubanisches Schattentheater

Bettina Hoyer

Kuba hat nach dem Zerfall der Sowjetunion ein anderes Gesicht bekommen. Die seit 1989 herrschende Krise wird euphemistisch mit dem Terminus „Spezialperiode in Friedenszeiten“ überschrieben. Ein Großteil der Grundnahrungsmittel muss importiert werden, Bezugsscheine für Lebensmittel und das karge Warenangebot haben in Kuba eine Art Schatten-Infrastruktur entstehen lassen, mit deren Hilfe man die Versorgung mit notwendigen Gütern meistern kann. So versucht die kubanische Bevölkerung mit kreativen und fantasievollen Methoden eine kleine Scheibe vom Devisenkuchen zu ergattern. Das ständige Pendeln zwischen der Welt des kubanischen Peso und der eigentlich nur für Touristen zugänglichen Währung des Peso convertible kennzeichnet den von Entbehrungen geprägten Alltag. Bettina Hoyer zeichnet in ihren dichten Beschreibungen ein Bild des kubanischen Alltags, der nur mit einer Mischung aus stoischer Gelassenheit, Melancholie sowie einer unerschütterlichen Portion Optimismus bei gleichzeitiger Hoffnung auf sich ändernde Zustände zu ertragen ist. Mit Metaphern des Theaters zeigt sie die kubanische Bevölkerung als „Publikum“, das an der Inszenierung eines morbiden Stückes mitspielt, die Intendanten und Hauptdarsteller nicht demontieren will, jedoch neue Rollen vorsichtig erprobt und tradierte Inszenierungen in Frage stellt. |

Die „período especial“

Das kleine Wörtchen „antes“ (davor) ist in Kuba ein häufig gebrauchter Terminus geworden, es ist sogar zum Codewort avanciert. Mit ihm werden zwei Ereignisse als Referenzpunkte markiert, die – obwohl sie selten konkret benannt werden – fast nie miteinander verwechselt werden: Der Sieg der kubanischen Revolution im Jahr 1959 und der Beginn der Spezialperiode im Jahr 1990. „Davor ist das auch schon so gewesen?“, frage ich. „Nein, nein, davor ...“ Davor, in den so genannten „goldenen Achtzigern“, registrierten die auf der Insel lebenden Kubanerinnen und Kubaner ein sehr gutes Warenangebot, viele neue Wohnungen, die Erhöhung ihrer Löhne – und sie wähten sich auf einem guten Weg. Was die meisten jedoch nicht ahnten war, dass es sich um einen Wohlstand auf Pump handelte, der nur durch die Vorzugskonditionen im Handel mit den realsozialistischen RGW-

Staaten so lange aufrecht erhalten werden konnte.

Mit dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers in Europa Anfang der 1990er-Jahre verlor der kubanische Staat innerhalb weniger Monate sowohl seine politische Rückendeckung als auch seine wichtigsten Handelspartner. Dies führte in Kuba zu Versorgungsengpässen – in der gesamten Produktion und beim privaten Konsum –, wie es sie seit 1959 nicht mehr gegeben hatte. Sowohl der Gütertransport als auch der öffentliche Nahverkehr brachen zusammen, es fehlte an Benzin, Ersatzteilen, Rohstoffen und Lebensmitteln und der Strom musste täglich mehrere Stunden abgeschaltet werden. Manchmal gab es in den ganz schlimmen Momenten nur Zuckerwasser, um den Hunger zu stillen, und Hühnereier tragen seitdem den Beinamen „Lebensretter“. Als Reaktion auf diesen Notstand rief die Regierung im August 1990 die bereits erwähnte „período especial en tiempos de paz“ (zu Deutsch: Sonderperiode in Friedenszeiten, im Folgenden „período especial“) aus.

Einkommen ohne Auskommen und Auskommen ohne Einkommen?

Diese Zwischenüberschrift beschreibt die Lebensrealität der Angestellten in Kubas staatlichem Sektor, die Lebensrealität der Rentnerinnen, Rentner und auch vieler Kleinunternehmerinnen und -unternehmer in Kuba. Verschiedenste Maßnahmen der Spezialperiode, die zum Ziel hatten, die leere Staatskasse wieder mit Devisen zu füllen, haben diese Verhältnisse bewirkt. Das durchschnittliche Monatseinkommen liegt in Kuba bei 408 Peso (*Moneda Nacional*/MN) und die Rentnerinnen und Rentner haben im Mittel 165 Peso MN monatlich zur Verfügung.¹ Diese Einkommen stehen zwar mit den Preisen auf dem rationierten Markt mit Bezugsscheinen (*libreta*), die es für alle Einwohnerinnen und Einwohner Kubas gibt, in einem ausgewogenen Verhältnis. Doch die Produktmengen, die über die kleine Angebotspalette bezogen werden können, reichen höchstens für 14 Tage – gedacht war die *libreta* ursprünglich für die Grundversorgung eines ganzen Monats. Alles was über das Bezugsscheinheft nicht erhältlich ist, muss auf dem staatlichen Markt in Peso MN, auf dem freien Agrarmarkt, dem staatlichen „Shopping“, wie Devisengeschäfte genannt werden,

bzw. dem Schwarzmarkt erworben werden. Die Preise all dieser Angebotsformen übersteigen jedoch die durch staatliche Löhne, Renten oder Sozialfürsorge vorhandene Kaufkraft um ein Vielfaches. Wie soll eine Rentnerin von diesen 165 Peso MN ihre Erkältung mit Vitaminen kurieren können, wenn eine einzige, winzige Limone in diesem tropischen Land 1 Peso MN kostet? Falls überhaupt welche zu haben sind, wie Yoani Sánchez auf ihrem Blog vom 26. Januar dieses Jahres beklagte (vgl. Sánchez 2008).² Im April wurden in Havanna die Limonen sogar für stolze 2 Peso MN pro Stück verkauft. „Warum so teuer?“, will ich wissen. „Weil es keine gibt!“, sagt mir selbstbewusst der Verkäufer.

In Kuba wird im Devisensektor mit dem CUC³ bezahlt, einem selbst gedruckten „Wechselgeld“ der kubanischen Regierung, das nur auf der Insel gültig ist und es dem Staat ermöglicht, die „echten“ Devisen aus dem Geldkreislauf zu nehmen. 1 CUC ist derzeit (Mai 2008) 24 Peso MN wert.⁴ Während der Umtausch von Peso MN in CUC an vielen Bankschaltern oder in den Wechselstuben gar nicht bzw. nur für kurze Zeit gewährt wird, ist der Tausch von CUC in die Nationalwährung hingegen jederzeit möglich. Für das Bestreiten des Lebensunterhalts sind Devisen jedoch unverzichtbar geworden (vgl. Tabelle 1). Solch essentielle Dinge wie Toilettenpapier oder Damenbinden gibt es nur für CUC zu kaufen, ebenso bestimmte Dienstleistungen, wie etwa die Nutzung des Internets. Auch Konsumgüter wie Elektrogeräte,⁵ neuwertige Kleidung oder Haushaltswaren wie Matratzen müssen in Devisen bezahlt werden. Das verfügbare Angebot an Waren und Dienstleistungen in Kuba deckt den Bedarf nicht und das größte Angebot findet sich im Devisensektor. Deviseneinkommen gibt es formal jedoch (fast)⁶ nicht. Zusätzlich zum Lohn erhalten viele Kubanerinnen und Kubaner zwar Prämien, die in Devisen oder in Naturalien vom Devisenmarkt gezahlt werden. Diese Prämien in Höhe von meistens 10–50 CUC monatlich können jedoch, zum Beispiel wegen schlechter Arbeitsdisziplin oder Kurzarbeit, wegfallen. Die Entlohnung einer 700 Peso MN verdienenden Universitätsprofessorin reicht zum Leben nicht aus (vgl. hierzu auch Escobar 2007a). Ein Auskommen in Devisen könnte sie sich mit privatem Englischunterricht sichern oder der illegalen Vermietung ihres Internetzugangs, der illegalen Vermietung eines ihrer Zimmer an ausländische

Gäste wenn Kongresse stattfinden, oder mit Botendiensten während ihrer Auslandsreisen, bei denen sie außerdem auch kräftig Elektrogeräte, Kosmetik, Schmuck und Kleidung einkauft, um sie hernach in Kuba wieder zu verkaufen⁷ oder ihr nach Spanien ausgewanderter Sohn schickt monatlich 100 Euro, von denen sie dann in Kuba gut leben kann. Viele von denen, welche die *remesas* genannten Überweisungen ausgewanderter Verwandter aus dem Ausland empfangen, müssten gar nicht arbeiten gehen, um ein Auskommen zu haben.⁸ Die *remesas* sind jedoch sehr ungleich in der Bevölkerung verteilt. Nur 62 Prozent der Kubanerinnen und Kubaner erhalten auf diesem Wege Devisen und es bestehen enorme regionale Unterschiede: Der Geldumlauf in Devisen ist in Havanna 44-mal höher als im ländlich geprägten Guantánamo im ä-

bersten Osten der Insel (vgl. Mesa-Lago 2008). Reisefreiheit gibt es für die Kubanerinnen und Kubaner nicht. Um zwischen Kuba und anderen Staaten pendeln zu können, versuchen viele eine der begehrten Anstellungen im Devisensektor mit Zeitverträgen im Ausland zu ergattern oder durch Ausländerinnen bzw. Ausländer von der Insel weggeheiratet zu werden.

Die Jugend: Video schauen statt Ausgehen

Lisa*, die in einem der für Kuba so typischen Drei-Generationen-Haushalt bestehend aus Großeltern, Tante, Mutter und Bruder in einer viel zu kleinen Wohnung lebt,⁹ ist in einem Neubauviertel am Rande Havannas aufgewachsen. Dort

war schon früher nie etwas los und jetzt erst recht nichts, was einen Teenager locken könnte. Lisa hätte gern neue weiße Kniestrümpfe, so wie sie zur Schuluniform gehören. Im Moment trägt die 16-Jährige ein Paar Strümpfe ihres 31-jährigen Onkels Antonio* ab. Aber es gibt momentan keine Strümpfe auf dem Schwarzmarkt für einen Preis, den ihre Mutter bezahlen könnte. Lisa besitzt nur dieses Paar weiße Strümpfe, also muss sie es täglich mit der Hand waschen, denn eine Waschmaschine hat die Familie nicht. Und einen PC auch nicht. Lisa geht zwar auf eine Oberschule für Informatik, aber ob das, was sie sich im Fach Programmieren ausdenkt,

Tabelle 1: Löhne und Preise auf Peso- und Devisenmärkten (alle Angaben in \$ MN)

Löhne*		ausgezahlt in \$ MN	ausgezahlt in CUC	
	Durchschnittslohn	408	-	
	Durchschnittspension	190	-	
	Universitätsprofessorin	700	-	
	Toningenieur	500	-	
	Medizintechnikerin	360	-	
	Angestellte	320	-	
Transportpreise		zahlbar in \$ MN	zahlbar in CUC	
	Camello-Bus	0,20	-	
	Normaler Bus	0,40	-	
	Express-Bus (P-Bus)	0,40–1,00	-	
	Máquina (Peso-Taxi)	10–30	-	
	Touristen-Taxi	-	mind. 48	
Lebensmittelpreise	Libreta (\$ MN) / Menge pro Monat**	Bauernmarkt (\$ MN)***	Devisenladen (zahlbar in CUC)***	
	Reis	0,25 (Pfund) / 7 Pfund	3,50 (Pfund)	9,50 (Pfund)
	schwarze Bohnen	0,20 (35 g) / 600 g	6,00–9,00 (Pfund)	25,50 (Pfund)
	Eier	0,50 (1 St.) / 10 St.	1,00–2,00 (St.)	5,50 (St.)
	Hähnchen	0,70 (Pfund) / 2 Pfund 90 g	k.A.	32,40 (Pfund)
	Nudeln	0,90 (1/2 Pfund) / 1/2 Pfund	-	24,00 (Pfund)
	Banane	-	0,80–3,00 (1 St.)	-
Weitere Bedarfsartikel	Libreta (\$ MN) / Menge pro Monat**	Bauernmarkt (\$ MN)***	Devisenladen (zahlbar in CUC)***	
	Speiseöl	0,20 (0,25 Liter) / 0,5 Liter	-	57,60 (1 Liter)
	Zahnpasta	0,65 (1 Tubel) / 1 Tube für 3 Pers.	-	37,20 (1 Tubel)
	Toilettenpapier	-	-	24,00 (4 Rollen)

* Zuweilen wird der Lohn durch eine Prämie (*estímulo*) in CUC (bis zu 50 CUC) ergänzt.

** Die vorgesehenen Mengen sind regelmäßig nicht komplett und manchmal gar nicht verfügbar. Auf dem Schwarzmarkt stehen sie häufig zu höheren Preisen zur Verfügung.

*** Alle Preise wurden zum besseren Vergleich in MN (Moneda Nacional) umgerechnet (Tauschkurs: 1 CUC = 24 \$ MN). Die Preise sind gegenüber früheren Jahren noch einmal kräftig angestiegen (bspw. kosteten 4 Rollen Toilettenpapier im April 2008 insgesamt 1,5 CUC). Die Preise in den Agrarmärkten unterliegen jahreszeitlich bedingten Schwankungen.

Quellen:

Escobar, R. (2007a): Una familia cubana concluye el 2006. In: Revista Digital Consenso No.1/2007. Unter: http://www.desdecuba.com/12/articulos/4_01.shtml (19.5.2008)
ONE/Nationales Amt für Statistik (2008): Sondeo de precios en el mercado informal. www.one.cu (19.5.2008)
Eigene Daten (2008).

auch funktioniert, kann sie nur bei Freundinnen ausprobieren, die einen PC zu Hause haben oder wenn sie selbst an der Reihe ist mit Üben am Schul-PC, vor dem zwei bis drei Schülerinnen und Schüler gleichzeitig sitzen. Den Mathematikunterricht findet sie besonders schwer: Der kommt nämlich vom Band. Nur einmal wöchentlich kommt ein Lehrer dieses Fachs in die Klasse und muss versuchen, den Schülerinnen und Schülern in der kurzen Zeit alles zu erklären, was sie in den anderen Mathematikstunden nicht richtig verstanden haben. „Diese Lehrer haben überhaupt keine Ahnung, wie man Leuten was beibringt!“, beschwert sie sich. Im Fach „Debatte und Reflektion“ sprechen die Schülerinnen und Schüler über Politik. Da ratterte sie, wie alle anderen auch, die üblichen Phrasen herunter, sagt sie. Markenkleidung ist angesagt. MP3-Player bringen die Kinder in die Schule mit. Und ob man für die Pause die richtigen Kekse aus dem Shopping, dem Devisenmarkt, mitgebracht hat, ist wichtig. Für Lisa ist beides lästig: Die politische Litanei, die hergebetet werden muss, und die Marken-Manie, bei der sie nicht mithalten kann. Sie schaut lieber zu Hause die Folgen der Telenovela auf Video an, schließlich ist sie ganz verschossen in einen der Hauptdarsteller.

Lisa hat noch einen älteren Bruder, und ihre Mutter Tania* ist allein erziehend. Diese verdient als Zahntechnikerin gerade einmal 360 Peso MN. Die Putzfrau in der zahntechnischen Abteilung, in der sie arbeitet, verdient 600 Peso MN im Monat. Sogar diejenige, die für die Sterilisation der Geräte zuständig ist, verdient mit einem Gehalt von 400 Peso MN mehr als die Medizintechnikerin, die immerhin drei Jahre Ausbildung hinter sich hat. Nach weiteren fünf Jahren berufsbegleitenden Studiums wird sie dann als Graduierte auch 400 Peso MN verdienen.

Lisas Mutter erklärt, dass Fidel Castro die ans Ausbildungsniveau angepasste Lohnstaffelung durcheinander gebracht habe, als er die Arbeit der bis dahin unterbezahlten unteren Lohngruppen aufwerten wollte: „Ein spontaner Akt, Fidel eben, dem fällt was ein, das hat überhaupt keinen Zusammenhang mit gar nichts, aber es wird gemacht.“

Der „Ytong-Faktor“ im kubanischen Nahverkehr

Der menschliche Umgang lässt sich oft sehr gut in einem Mikrokosmos beobachten. Hernach könnte man sich fragen, ob die angetroffenen Phänomene nicht metaphorische Züge tragen, die auf einen Makrokosmos angewandt werden könnten. Der öffentliche Nahverkehr, insbesondere der Busverkehr, bietet sich für eine solche „Feldstudie“ in Kuba an. Er ist für

die Alltagsbewältigung immens wichtig, schließlich gibt es nicht viele Personen, die über ein privates Auto verfügen. Und so sie denn eines besäßen, müsste der Liter Benzin mit 0,95 CUC in Devisen bezahlt werden, falls es denn welches gäbe. „Deshalb steht unser Auto meistens nur herum“, erläutert mir der Ökonom Jose* beiläufig. Gespräche über den Weg zur Arbeit und zurück können abendfüllend werden, jede Wegstrecke kann zu einem Abenteuer ausarten, auch wenn man gerade keines brauchen kann. Gibt es also Neuigkeiten zu berichten?

„Der letzte in der Schlange für den P 1?“ Es gibt keinen Letzten in der Warteschlange für den Expressbus P1. Es gibt nicht einmal eine Schlange. Stattdessen bewirkt die Frage vereinzelter Achselzucken von einigen Wartenden und die Versicherung „Der Bus kommt gleich. Das hat sich verbessert.“ Eine Revolution? Mittlerweile stehen etwa 15 Personen in der Mittagssonne auf dem unebenen Bürgersteig. Bushaltestellen sind tagsüber am besten auszumachen, wenn es viele Wartende gibt. Gibt es keine Wartenden, stellt sich allen Ortsunkundigen die Frage, wo sich eigentlich die Haltestelle befindet, denn eine Beschilderung existiert nicht. Alles hat also seine Vor- und Nachteile, auch eine Warteschlange ist zuweilen für etwas gut. Manchmal gibt es eine Schlange, manchmal machen die Leute keine mehr, erklärt man mir. Und mit einem Blick auf die stetig größer werdende Zahl der Wartenden und die zäh verstreichenden Minuten bis zum nächsten Bus fügt die Mittvierzigerin hinzu: „Aber manchmal wäre es schon gut, die Leute würden bei ihrem System bleiben und nicht einfach darauf vertrauen, dass alles schon besser geworden sei, und nachher ist hier wieder der Teufel los! Aber so sind die Leute, was will man machen?“ Die Frau ist eine derjenigen, die sich gemeinsam mit mir in den kommenden Bus quetschen wird, lamentierend, dass sie eine der ersten an dieser Haltestelle gewesen sei, ergattert sie sich Zutritt. In ihrem „Windschatten“ mit Ausländerinnenbonus versehen, drängele ich mich hinter ihr mit hinein.

Die neuen chinesischen Gelenkbusse der Firma Ytong eröffnen noch weitere Konfliktfelder: Das altbekannte System, vorn einzusteigen, sich während der Fahrt langsam ans hintere Ende des Busses „durchzukämpfen“, um dann dort wieder auszusteigen, wird revolutioniert: Die Gelenkbusse haben mehrere Türen! So wird also gern auch mal hinten eingestiegen (weswegen die Busfahrer oft zweimal anhalten: einmal vor der eigentlichen Haltestelle, um die Leute aussteigen zu lassen. Dabei werden alle hinteren Türen geöffnet. Und dann nochmals an der Haltestelle, wo dann nur die erste Tür beim Fahrer geöffnet wird, um einsteigen zu lassen.). Wer vorn eingestiegen ist, rückt nicht un-

bedingt mehr ans hintere Ende des Busses durch. Das verursacht allerdings dann einen Stau, der die Zivilcourage des Fahrers und der Passagiere wieder aufleben lässt, allerdings fordern die Fahrgäste häufig nur, dass der Fahrer endlich losfahren soll, während dieser stur darauf drängt, dass die Passagiere nachrücken. Mit mäßigem Erfolg. Die Fahrgäste bewegen sich nur nach hinten, wenn sie unbedingt müssen.

Diese neuen, durch die chinesischen Busse eröffneten Freiheiten werden versuchsweise auch auf die althergebrachten Busse angewendet. Das ist auf jeden Fall auch ein Weg auszutesten, wie weit man gehen kann. Soweit ich es miterleben durfte, führte diese Vorgehensweise allerdings zu nichts weiter als heillosem Chaos, entnervten Fahrern, die einfach eine

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Haltestelle ausließen, und ebenso entnervten Fahrgästen, die konstatierten, dass „man so gar nichts erreiche“. Die adäquate individuelle wie kollektive Umgangsform mit den neuen Möglichkeiten chinesischen Einflusses im Mikrokosmos Expressbus P1 wird anscheinend noch geprobt und gleichzeitig tradierte Verhaltensformen in Frage gestellt. Dass sperriges Gepäck von stehenden Passagieren aber weiterhin einfach von den Sitzenden auf dem Schoß aufbewahrt wird, dass die wilden Teenager mit der größten Selbstverständlichkeit der wackeligen Oma aus dem Bus helfen, dass Kleinkinder sich bei Wildfremden auf den Schoß setzen – an diesen Verhaltensweisen scheint man festzuhalten.

Weshalb und seit wann dieses Chaos in den Bussen herrsche, frage ich den unab-

hängigen kubanischen Journalisten *Reinaldo Escobar* nach seiner Einschätzung zu meinen Beobachtungen. „Die Leute haben die Gewohnheit verloren, Bus zu fahren“, sagt er. Nach 1990 gab es fast keine Busse mehr und wer es sich leisten konnte, nahm ein Taxi für 10 Peso MN. Und wer sich das Pesotaxi nicht leisten konnte, der musste (und muss noch immer!) notgedrungen seinen Aktionsradius auf das eigene Viertel beschränken. *Reinaldo* erinnert sich, dass ihm im Jahr 1985 im Umkreis von nur wenigen hundert Metern um sein Haus im Stadtteil *Nuevo Vedado* 18 verschiedene Busrouten zur Verfügung gestanden haben. Eine Busfahrt kostete damals 0,05 Peso MN, und jetzt mit 0,40 Peso MN das Achtfache. Die Löhne sind nicht so stark angehoben worden und außerdem verkehren jetzt nur noch vier dieser Routen und es handelt sich hierbei um die Expresslinien, die nur wenige Haltestellen bedienen. Den Weg von etwa vier- bis fünfhundert Metern bis zur Nationalbibliothek geht er daher lieber zu Fuß.¹⁰

Er geht, er geht nicht, er geht, er geht nicht ...

Manche Gespräche beginnen mit einem melancholischen Schweigen. „Veränderungen in meinem Alltag in den letzten fünf Jahren? Ich weiß nicht, was soll es da gegeben haben? Viele, viele Leute sind weggegangen. Meine besten Freunde sind nicht mehr da. Das hinterlässt große Leerstellen. Du fängst immer wieder von vorn an, bis der Nächste geht. Das ist für mich die größte Veränderung, davon sind alle betroffen.“ Und mit einem dann doch leicht bitteren Ton fügt mein Gesprächspartner hinzu: „Und das scheint die da oben nicht zu interessieren. Das wird ignoriert, verschwiegen. Das ist schlimm. Ist das politisch?“

Nach einem ruhigen und versonnenen Lächeln fügt der 48-jährige Musikjournalist noch hinzu: „Einer muss ja bleiben, nicht wahr?“ Selbst mich, als Reisende, die nur für ein paar Wochen auf der Insel verweilt, die aber all die Zeit über mit den Menschen über deren Alltagsleben spricht, selbst mich befällt diese Melancholie. In jedem Gespräch gibt es diese menschlichen Leerstellen. Lebensqualität,

Im Sommer 1994 kam es in Havanna erstmals zu offenen Unruhen. Nur wenige Tage später trat Castro die Flucht nach vorn an und gab die Seegrenzen vorübergehend für alle frei, die die Insel verlassen wollten. Das Schicksal jener *balseros* (*balsa* = Floß), die bei dem Massenexodus verdursteten oder ertranken, blieb in der Gesellschaft als Trauma zurück. **picture alliance/dpa**

die weggegangen ist. Die vielleicht wiederkommen wird. Offen ist jedoch, wann. Offen ist, wie. Offen ist, ob diese Träume nicht zerplatzen werden. Die Mehrzahl meiner eigenen kubanischen Freundinnen, Freunde und Bekannten lebt mittlerweile in Europa, den USA oder Kanada. Auch ich werde mit dieser eigenartigen Leere konfrontiert. „In wenigen Wochen macht ein Mensch keine neuen dicken Freunde!“, sagen mir diejenigen, die noch da sind, die es wissen müssen – und ich habe nur wenige Wochen.

Die Eltern eines sehr guten Freundes laden mich am Geburtstag dessen Bruders zu sich nach Haus zum Mittagessen ein. Sowohl mein guter Freund als auch sein Bruder leben mittlerweile in Spanien bzw. Kanada und sind mit Ausländerinnen verheiratet. In der eigenartigen Funktion einer Stellvertreterin für die eigenen Kinder, die sich, in der Hoffnung an anderen Orten mehr aus dem eigenen Leben machen zu können, davongemacht hat, sitze ich mit ihnen am Tisch und wir feiern, tanzen, singen, erinnern uns und vermissen gemeinsam. „Mehr Chancen wahrnehmen“, darauf kann sich der Vater meines Freundes einlassen. Mehr, so scheint es mir, kann er für sich selbst (noch) nicht zulassen. In dieser Familie fällt nicht ein einziges kritisches Wort zu den Diskussionen um die Zukunft oder über die Missstände in Kuba. Vor ein paar Jahren wäre das nicht weiter erwähnenswert gewesen, denn es war normal. Jetzt fällt es mir auf, denn sie sind die einzigen Kubanerinnen und Kubaner, die sich in Schweigen und Ausflüchte hüllen, und das, obwohl wir uns nahe stehen. „Veränderungen? Ich habe nichts bemerkt, aber das ist ja meine Meinung. Die Löhne sind erhöht worden. Ach, ich war ja auch lange im Ausland und kann nicht viel dazu sagen.“

Ein Wirtschaftsingenieur und eine Ärztin, beide schwarz. Er war in Angola im Krieg, er glaubte an die Ziele der Revolution. Jetzt, wo alle reden, schweigt er plötzlich. Dieses Ehepaar gehört nicht zur alten Bourgeoisie, die sich ihre Pfründe in Posten und Pöstchen wieder aufs Neue gesichert hat, die irgendwo noch eine Finca auf dem Land besitzt, die Verwandte in den USA haben, welche kurz nach der Revolution mit ihrem Kapital geflüchtet sind. Nein, diese beiden sind ein Paradebeispiel für die soziale Mobilität der kubanischen Revolution. Jetzt gehören sie zur Intellektualität und auch wieder nicht. Der Habitus ist in ihnen in nur einer Generation nicht gewachsen. Bei ihnen treffe ich auf keinen bürgerlichen Dünkel, der zu reden begonnen hat, seit es erlaubt ist, sondern auf ein resigniertes Schweigen. Die

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Pfründe mögen sie sich auch gesichert haben, aber es gibt einen Unterschied: Die Augen des Vaters leuchten und er lebt plötzlich auf, wenn er von der DDR als Vorbild für Kuba spricht, von den Jugendfestspielen, von den Idealen der Revolution. Danach herrscht wieder diese eigenartige, apathische Stille.

Die einen sind schon weg, denke ich, als ich wieder „zu Hause“ bei meinen Freunden bin, und was eigentlich ist mit denen, die sich schon fürs Weggehen entschieden haben, aber trotzdem noch in Kuba leben? Und warten? Schätzungen sprechen von zwei Millionen im Ausland lebenden Kubanerinnen und Kubanern, 1,5 Millionen davon in den USA. In Kuba fehlen Arbeitskräfte. Die „Schlacht der Ideen“ mit ihren vielen Einzelprogrammen ermöglicht vielen Kubanerinnen und Kubanern eine Qualifizierung. Es mangelt an Ingenieuren und im Schnelldurchlauf werden junge Menschen zu Lehrern ausgebildet, die aber sehr wenig verdienen und zumeist wenig motiviert sind. „Die nehmen gerade überall jeden mit Handkuss!“, sagt man mir. Andere lässt der kubanische Staat nicht weg. Ärzte zum Beispiel. Die müssen ihre „Freistellung“ beantragen. Eine Antwort auf einen solchen Antrag erhalten Kubanerinnen und Kubaner frühestens nach fünf Jahren, manchmal muss die Bürokratie noch länger an der Entscheidung feilen. Dann kommt vielleicht nach sieben Jahren die Ablehnung. Und was dann?

Meine Freundin Elvira*, wunderschön, Mitte zwanzig und sehr intelligent, ist ziemlich genervt, als sie heimkommt. Sie hatte sich mit einem Verehrer verabredet und die beiden waren in der Stadt unterwegs. Fast beiläufig eröffnete er ihr, dass er das Land verlassen will. „Was soll ich machen?“, funkeln mich Elviras Augen an. „Dann trink ich noch ein Bier mit ihm – und? Erstens will ich nicht gehen, zweitens was soll das für eine Beziehung werden? Einer, der den Yumas (Ausländer) hinterher guckt, bis er eine gefunden hat, die ihn heiratet? Oder ich werde krank vor Sorge sein, dass ihn auf einem Floß die Haie fressen? Oder er geht weg und mich lassen sie nicht? Ach was! Das hat doch alles keinen Wert!“

Dabei ist ihr Bruder Antonio* auch einer von denen, die sagen, dass sie weg wollen. Mich überrascht nicht, dass er weg will. Mich überrascht, dass er das in seiner Familie ganz offen sagt. Seine Eltern widersprechen nicht, reden nicht auf ihn ein, keine revolutionären Reden werden mehr geschwungen vom Vater, der noch vor wenigen Jahren nichts kommen ließ auf die Revolution und auf Fidel. Dieser Vater ist ein sehr ruhiger Mann gewesen, still, entschlossen und fürsorglich. Doch wenn jemand leise Zweifel äußerte am Gang der Dinge in Kuba, dann brauste er auf, erbat sich Ruhe und stellte den Fern-

seher mit den Nachrichten noch lauter, so dass jedes Reden unmöglich wurde. Heutzutage kommt derselbe Mann von den Einkäufen heim und regt sich so furchtbar über die hohen Preise auf, dass man Angst bekommt, er würde damit sein Herz gesundheitlich überfordern. „Antonio musste mir aber versprechen, dass er nicht auf ein Floss steigt!“, sagt seine Mutter.

Warum Antonio gehen will, möchte ich wissen. „Ich kann hier nichts machen. Du bekommst immer nur Steine in den Weg gelegt. Ich würde gern eine Pizzeria aufmachen, aber sie vergeben einfach keine Lizenzen. Ich möchte arbeiten und Geld verdienen und mir davon was aufbauen. Schau mal, die letzten Monate habe ich für Sepsa gearbeitet, eine Sicherheitsfirma. Solange wir unsere Dollarprämie bekommen haben, war das ein guter Job. Aber seit vier Monaten haben sie uns die Prämie nicht mehr ausbezahlt. Ohne Begründung! Es hieß, die Prämie kommt bald, aber sie kam nie. Was soll ich machen? Soll ich stehlen? Nur vom Pesolohn kann ich doch nicht leben. Alles ist hier in Devisen, hier läuft alles in Devisen! Fahrschule kostet 150 CUC! Die kannst du gar nicht mehr in der Nationalwährung machen! Der Clown für den Kindergeburtstag von meinem Sohn: 25 CUC, dieses Video vom Geburtstag, was wir gerade gesehen haben: 20 CUC! Es geht nicht mehr ohne!“

Antonio spricht mit großem Nachdruck und sehr eindringlichem Blick. Ich soll unbedingt begreifen, dass es eine Farce ist mit den Pesolöhnen und der sozialen Ungleichheit, bei gleich bleibend revolutionärer Propaganda – und es ihm reicht. Er möchte selbst entscheiden, wie seine Zukunft aussieht. Er sieht keine Perspektive

mehr für sich. Wie er das denn anstellen will mit der Ausreise, wenn er nicht auf ein Floß steigen möchte? Er ist im Bombo, der Lotterie, dem Pool, aus dem jährlich diejenigen gezogen werden, die eines der von den USA in Aussicht gestellten 20.000 Visa zur Emigration erhalten. Er hat Hoffnungen, sagt er. Und sein Freund, der hätte ein Geschäft gemacht mit einer Spanierin. Sie haben geheiratet, dann hat sie ihn nach Europa geholt und er dafür bezahlt. Ein Platz auf einem Boot hingegen kostet 10.000 US-Dollar, sagt er mir. Zu teuer für seine Verhältnisse. Eine Heirat nach Europa, meint er, sei billiger. Aber Zahlen bekomme ich nicht genannt. Und Genaueres über seine Heiratspläne erfahre ich auch nicht. Ich bin irgendwie froh, dass mich diese lieben Leute nicht fragen, ob ich nicht Teil dieses Geschäfts sein könnte, denn sie nehmen an, dass ich meinen Freund bald heiraten werde. Ich rede ihnen das auch gar nicht aus ...

Was wird mit seinem eigenen Sohn werden, der bei seiner Ex-Freundin lebt, wenn Antonio* geht? „Der bleibt natürlich hier!“ Und Antonios derzeitige Freundin, wird sie auch das Land verlassen? Sie weiß es nicht genau. Mal will sie mit, mal nicht, sagt sie selbst. Die 24-jährige Alina* arbeitet an der Kasse in einer Bank. Das ist ein guter Job, denn beim Geldwechsel geben viele Leute Trinkgeld. Mit ihr und ihrem fünfjährigen Sohn lebt Antonio zusammen in einer geräumigen Parterre-Wohnung eines Neubaus im Osten Havannas. Im Moment ist Alina zum zweiten Mal innerhalb von fünf Monaten schwanger und muss sich das Kind „wegmachen lassen“, erzählen sie mir. Kubanerinnen und Kubaner sprechen darüber auf eine Weise, in der wir von einer Warze berichten würden. Abtreibung ist kostenlos auf

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Bushaltestelle in der Provinz Matanzas. Warten und Schlangestehen ist ein Teil des kubanischen Alltags.
picture alliance/dpa

der Insel und leider ist es daher mit der Verhütung nicht weit her.

Wer Kubanerin und Kubaner ist, verzweifelt nicht!

Wer Kubanerin bzw. Kubaner ist, der muss kämpfen! „*Lucha tu yuca, táino*“¹¹, singt der Liedermacher (*trovador*) *Ray Fernandez* aus der Satellitenstadt Alamar, unweit von Havanna. Dort hat sich seit den Neunzigern aus trister Kulturwüste – man musste immer nach Havanna fahren, um Kulturereignissen beiwohnen zu können, in Alamar gab es nichts – eine für Kuba einzigartige Grassroots-Kulturbewegung herausgebildet, „erkämpft“ durch das mäandernde Künstlerkollektiv „OMNI-ZONA FRANCA“, in dessen Orbit sich auch Ray bewegt.

Der Song des Liedermachers über den schwierigen Alltag auf der Insel, verpackt in ein Gleichnis über den sich abrackernenden indigenen *Táino*, der unter dem absolutistisch herrschenden *Kazikenfürsten* auf keinen grünen Zweig kommt, ist für viele Kubanerinnen und Kubaner zur inoffiziellen Hymne avanciert. Seit der Spezialperiode werden die Wörter „*luchar*“ (kämpfen) oder „*resolver*“ (ein Problem lösen) sehr häufig im Zusammenhang mit der Bewältigung des Alltags verwendet. Wenn sich Antonios Vater beispielsweise auf die Suche nach einem neuen Dichtungsring für den Schnellkochtopf russischen Fabrikats macht, dann löst er ein Problem (der kaputte alte Dichtungsring wird schließlich mit Leim am Topf festgeklebt). Die *Jinetera*¹² jedoch, die geht kämpfen, wenn sie sich unter die Touristinnen und Touristen mischt, um ihnen das Geld aus den Taschen zu ziehen. Die

Phrase: „Mach dir keine Sorgen, das Problem ist schon so gut wie gelöst!“, obwohl noch keiner überhaupt auch nur eine Ahnung davon hat, wie eine Lösung aussehen könnte, spricht unter anderem vom unerschütterlichen Optimismus.

Antonio wirkt allerdings zerstreut, unruhig und fahrig. Ich erinnere mich plötzlich wieder, diese eigenartige Unruhe auch früher bei manchen Bekannten wahrgenommen zu haben, die innerlich schon mit ihrem Leben auf der Insel abgeschlossen hatten und nur noch nach dem Weg ins Exil suchten. Emigrieren kann man auf verschiedene Art und Weise und muss dazu nicht unbedingt das Land verlassen.

„Wusstest du, dass wir in Kuba eine der weltweit höchsten Selbstmordraten zu verzeichnen haben? Das steht in keiner Statistik des Nationalen Amtes für Statistik (ONE) und die Zahlen wirst du so auch nirgends finden. Als ich dort gearbeitet habe, wurde extra eine Versammlung einberufen, um zu klären, wie man mit diesen Zahlen umgeht“, sagt mir Elvira.

Antonio erzählt mir eine tragische Geschichte. Von einem Kubaner, der einen *Paladar* hatte, ein eigenes Auto und 14 Angestellte (natürlich nur vier legale, der Rest war illegal beschäftigt) und einen Haufen Geld. Der lebte in Saus und Braus und musste nur herumsitzen und seine Geschäfte leiten, die einfach sehr gut liefen. Aber dann wurde der Glückspilz von der Idee besessen, sich noch weiter entwickeln zu können, sein Geschäft weiter ausbauen zu wollen, seinen Reichtum zu mehren und er hatte wohl auch keine Lust mehr auf das Florettfechten mit der kubanischen Bürokratie. Die USA wurden sein Traum! Er gewann seine Ausreise im *Bombo*!!! In Miami angekommen, stellte es sich jedoch als äußerst schwierig heraus, ein eigenes Restaurant zu eröffnen und es mit genügend Gästen zu füllen. Er musste nun auch wieder selbst arbeiten – nichts mehr mit 14 Angestellten. Der war total überfordert. Er musste einen Kredit aufnehmen, das Geschäft lief nicht, die Banken konfiszierten seine Habe, ... schließlich hat er sich umgebracht. „Siehst du, man muss sich genau überlegen, ob man wirklich weggehen soll.“

Ein erlesenes Sahnehäubchen: die neuen Reichen

„Was wir jetzt geschaffen haben, ist eine Gesellschaft mit Ungleichheiten, aber auch eine, die von Grund auf ungerecht ist. Es geht nicht darum, dass wir jemandem was wegnehmen müssten. Aber wenn du siehst, dass die mit dem höchsten Einkommen in der Gesellschaft diejenigen sind, die Geld von einem im Ausland lebenden Verwandten erhalten, der ‚Neounternehmer‘, der ‚*Maceta*‘¹³ und die ‚*Jinetera*‘ sind, dann begreifst du auch,

LOST IN TRANSITION: KUBANISCHES SCHATTENTHEATER

dass die Grundlage der individuellen wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit nicht dem Prinzip ‚jedem nach seiner Arbeit‘ entspricht. Es ist nicht dein Beitrag zur Gesellschaft, der dich besser dastehen lässt“ (Veiga 2008, S. 45). *Aurelio Alonso*, Soziologe, Politologe und Herausgeber der Zeitschrift „*Casa de las Américas*“ der gleichnamigen Kultureinrichtung in Havanna bringt es auf den Punkt. Doch, es gibt sie, die Gewinnerinnen und Gewinner der letzten 17 Jahre. Wer zu den von *Heraldo Dilla* bereits vor Jahren als „Klasse der Technokraten“ bezeichneten Personen gehört, die Zugang zu politischem Kapital haben und gleichzeitig ihre Position für die Verbesserung ihrer eigenen ökonomischen Situation zu nutzen wissen, der kann es wohl, was den Lebensstandard angeht, sehr gut in Kuba aushalten. Weil sich auch der Parteifunktionär auf dem Schwarzmarkt mit Baumaterial versorgen muss, mit dem eigentlich hätte das Dach der Polizeistation gedeckt werden sollen, der Schwarzmarkthändler aber das Wegsehen vom Parteifunktionär braucht, damit er seine Geschäfte abwickeln kann, konnten sich prächtig gedeihende Allianzen entwickeln. Diejenigen, die mittels solcher Allianzen dafür gesorgt haben, dass sie in der umgestülpten Sozialpyramide gegenwärtig obenauf stehen und nicht allein am vom Ausland bestückten Tropf hängen, sondern mit ihren „Kapitalien“ eigene Geschäfte – sei es legal oder illegal – aufgezogen haben, werden auch die zukünftigen Gewinnerinnen und Gewinner sein.

Kubanerinnen und Kubaner, die sich für 980 CUC ein chinesisches Elektromofa leisten, bei denen ein Flachbildfernseher im Wohnzimmer steht, die in den Privatrestaurants der besseren Gastronomie zum Essen gehen, nur angesagte Markenkleidung tragen und ab und an ins Ausland reisen dürfen, scheinen in einer Seifenblase zu leben, an der alle sonst den kubanischen Alltag prägenden Unwägbarkeiten abprallen. Es gibt immer Benzin fürs Auto, alle erdenklichen Sorten Whisky, Rum und Likör, um für die nächsten Jahre ins Delirium zu fallen, und ich solle doch bleiben, heute wird bestimmt wieder eine Party gefeiert! Sie fahren im Taxi zum Konzert und irgendwer holt sie mit dem Auto wieder ab. Das selbstbewusste Zur-Schau-Stellen der eigenen materiellen Potentiale nimmt zu, wohingegen das Präsentieren einer revolutionären Haltung immer weniger wichtig ist. Es scheint, als gingen diese „*Have mores*“ bereits davon aus, dass ihnen diesen Reichtum keiner mehr nehmen kann. Wer den Inspektoren derzeit jedoch nicht erklären

könnte, woher das Geld für den Kauf eines Computers im Wert von 720 CUC gekommen ist, der hält sich mit solchen Großeinkäufen besser noch zurück (vgl. Fornés 2008). Irgendwann wird es nicht mehr wichtig sein, wie eine Kubanerin zu soviel Geld gekommen ist, dass sie sich einen Fernseher, einen Urlaub auf der kubanischen Inselgruppe der Cayos, eine Videokamera oder ein Mobiltelefon leisten kann.

Zukunftsdiskussionen mit ausgesuchten Akteurinnen und Akteuren

„Von meinem Lohn könnte ich doch gar nicht leben. Das ist hier alles auf den Kopf gestellt. Ich arbeite hier nur für die soziale Anerkennung. Meine Schwester schickt mir Devisen, die Devisen, ohne die hier gar nichts geht – das ist mein Einkommen. Und wenn ich ins Ausland reise, dann habe ich die Chance, Dinge mitzubringen, die hier fehlen.“ Gut, denke ich, dass ich schon sitze! Es hat sich Einiges verändert, seit ich das letzte Mal in Kuba gewesen bin. Ich habe gerade ein wissenschaftliches Institut betreten, sitze einer Professorin gegenüber, die ich vor nicht einmal fünf Minuten kennen gelernt habe und die von sich aus solche Dinge zu erzählen beginnt. Ich bin verblüfft. Seit wann sprechen die Leute so offen von dem, was ihnen nicht passt, frage ich mich und die Kubanerinnen und Kubaner. Als Referenzpunkt wird durchaus die Aufforderung zum Dialog durch Raúl Castro im Sommer 2007 genannt, obwohl viele meinen, sich nicht so genau an einen „Beginn“ erinnern zu können. Das Anstoßen beinhaltet die Chance einer dringend notwendig gewordenen kollektiven Katharsis. Die Kubanerinnen und Kubaner erleben nach langer Zeit, dass ihre Vorschläge auf offene Ohren stoßen, es tut sich tatsächlich etwas – und das tut immer gut. Es werden sinnvolle und nützliche Ideen nach oben durchgereicht und diskutiert, auf die man möglicherweise in den oberen Etagen der Staats- und Wirtschaftshierarchie nie von selbst gekommen wäre, Funktionäre müssen sich unangenehmen Fragen stellen. Ein nicht unerheblicher Nebeneffekt dieser etwas anderen Art der Massenmobilisierung ist jedoch auch, dass die Regierung mit ihrem Ohr dabei sehr nah an den Herzschlag des Volks herankommt. Und wenn das Ohr nun etwas hört, was ihm gänzlich missfällt, was wird dann geschehen mit den Sprecherinnen und Sprechern? Das Aufstacheln gegen die soziale Ordnung, die internationale Solidarität oder den sozialistischen Staat durch mündliche, schriftliche oder anders geäußerte Propaganda sowie die Herstellung, Verbreitung oder der Besitz von Propagandamaterial wird mit Gefängnisstrafen

von bis zu acht Jahren geahndet, wenn dies von staatlicher Seite als feindliche Propaganda eingestuft wird (vgl. Parlamento cubano 2008). Wer entscheidet, wann dies der Fall ist? Das ist nur einer von vielen kubanischen „Gummiparagrafen“, die Rechtsunsicherheit produzieren – im Zweifelsfall, wie wird entschieden? Heute so und morgen anders? Von den 75 Dissidenten, die im Jahr 2003 inhaftiert wurden, sitzen weiterhin 58 im Gefängnis (vgl. amnesty international 2008). In den Tagen um den ersten Mai taucht ein riesiges Plakat am Platz der Revolution in Havanna auf, wo die Demonstrationen stattfinden werden. Darauf wird Freiheit für fünf in den USA inhaftierte Kubaner gefordert, die wegen des Vorwurfs des Terrorismus dort Freiheitsstrafen von zum Teil mehr als zehn Jahren verbüßen müssen. Unwillkürlich muss ich an Yoani Sánchez denken, der ich gerade noch die Hand geschüttelt habe. Die Bloggerin, die vor wenigen Tagen für ihren Blog „Generación Y“ den Preis „Ortega y Gasset“ für digitalen Journalismus von der spanischen Tageszeitung *El País* verliehen bekam, betreibt sie feindliche Propaganda? Wie kann man so ein Plakat hier präsentieren und selbst mit Paragraphen operieren, welche es möglich machen, die 32-Jährige wegen der Einträge auf ihrem Blog für acht Jahre ins Gefängnis zu stecken? Vor diesem Hintergrund tritt der Mut dieser unaufgeregten sympathischen Kubanerin noch deutlicher hervor. Die Selbstzensur hat sie hinter sich gelassen. Anscheinend darf sie schreiben, ohne dass man sie dafür rechtlich belangt, doch nach Spanien reisen, um den Preis dort selbst in Empfang zu nehmen, lässt man sie nicht. In den Medien wird ihr Erfolg totgeschwiegen, das Lesen des Blogs über kubanische Internetzugänge verhindert. Dabei berichtet sie in ihren Texten vor allem von den Tücken und Wundern des Alltagslebens und man könnte meinen, dies trifft recht genau den sogar von hochoffizieller Ebene eingeforderten Diskurs. Die friedlichen Proteste der „Damen in Weiß“ (*Damas de Blanco*), der Angehörigen von politischen Gefangenen aus dem Jahr 2003, auf dem Platz der Revolution im April 2008 sind den staatlichen Medien eine Notiz wert, in der das „Scheitern einer konterrevolutionären Provokation“ vermeldet wird. Der Stil dieser Meldung erlaubt keine Diskussion. Dies wäre auf Basis der dort gelieferten Informationen auch gar nicht möglich: Hintergründe werden nicht genannt, der Begriff „Damas de Blanco“ taucht nicht einmal auf. Als konterrevolutionär eingestufte Personen werden im öffentlichen medialen, meint: sichtbaren Diskurs (wer sich mit wem dann doch zum Gespräch trifft, steht auf einem ganz anderen Blatt) weiterhin als Gesprächspartnerinnen und -partner nicht akzeptiert. Wie wird man konterre-

volutionär? Darüber scheint weiterhin das revolutionäre Bauchgefühl der kubanischen Regierung zu entscheiden. Mit diesem Attribut wird man von offizieller Seite versehen, und man müsste auch von offizieller Seite wieder „rehabilitiert“ werden, eine Eigendefinition an dieser Stelle wird nicht anerkannt. Die „Entkriminalisierung der Meinungsverschiedenheit“ (vgl. Escobar 2007b) wäre zunächst nötig, um gegenwärtig eine wirklich offene Diskussion in Kuba zu ermöglichen. Derzeit, meint Reinaldo Escobar, müsse man weiterhin täglich aufs Neue die politische Wetterlage der Regelauslegung studieren, um die Grenzlinien des Sagbaren erahnen zu können, und das Damoklesschwert einer rigiden Auslegung bestehender Gesetze zur Meinungsfreiheit ist weiterhin durchaus gegenwärtig. Das müsse sich endlich ändern. Aurelio Alonso, kubanischer Soziologe, Politologe und Herausgeber der Zeitschrift „Casa de las Américas“ der kubanischen Kulturinstitution mit gleich lautendem Namen, erklärt im Interview mit einer Kirchenzeitung:¹⁴ „Zurzeit befindet sich das Land in einem enormen Suchprozess, mit jeweils unterschiedlichen Kriterien. Mit viel Innovationsgeist. Es gibt welche, die Angst vor jedem neuen Schritt haben, und es gibt welche, die etwas riskieren wollen. Es heißt, das hier jeder das Gleiche sagt, das Gleiche denkt, aber dem ist nicht so“ (vgl. Veiga 2008).

Die Gretchenfrage ist also: Wie geht man mit den unterschiedlichen Standpunkten, die eine Diskussion zu Tage befördert, um? Es geht nach Ansicht von Alonso zunächst einmal darum, die Probleme auf den Tisch zu bringen, statt zu entscheiden, welche Gültigkeit besitzen und welche nicht (vgl. ebd.).

Abgesehen von der nachrangigen Frage, auf welche Weise später Entscheidungen getroffen werden, steht erst einmal die Frage nach der Toleranz der Gesellschaft gegenüber den verschiedensten zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren auf dem Prüfstein. Dürfen die Kirchen und Glaubensgemeinschaften die von ihnen eingeforderten Aufgaben in der Bildung (vgl. González 2008) wahrnehmen? Kann Toleranz gelernt werden in einer staatlich gleichgeschalteten Medienlandschaft, in der Yoani nicht vorkommt und die „Damas de Blanco“ nicht beim Namen genannt werden?

Die Diskussionen sind fragmentarisch. Kritischer Internetjournalismus, Performances, Lesungen, die Diskussionen aus dem Jahr 2007 ums *Quinquenio Gris* (einer von starker Zensur geprägten Periode in den 1970er-Jahren) – wer nicht in Künstlerkreisen oder unter Intellektuellen lebt, oder nicht in Havanna, oder nicht mit Ausländerinnen und Ausländern kommuniziert oder ohne Internet oder alles zusammen, muss sich schon anstrengen, um Zu-

gang zu Informationen zu erhalten, die nicht über die staatlichen Medien verbreitet werden und sich als Akteurin oder Akteur auch mit einer eigenen Stimme einbringen zu können. Für viele Menschen sind außer der *Granma*¹⁵, der *Juventud Rebelde*¹⁶ zum Lesen und dem Fernsehprogramm daher die Geschichten, die ihnen andere Menschen erzählen, noch die beste und zuverlässigste Informationsquelle. Und eine illegal und daher versteckt in der Wohnung und nicht außen angebrachte Satellitenantenne zum Empfang von Sendern aus den USA bringt ganz neuen Gesprächsstoff in die kubanischen Wohnzimmer und Innenhöfe. Zum Beispiel das Verhältnis von erfolgreichen und missglückten Fluchtversuchen in die USA, von dem Antonio auf diese Weise erfahren hat und das ihn nachdenklich stimmt in Bezug auf seine eigenen Pläne. Am Grundmuster hat sich bisher nichts geändert: Es ist ein verordneter Kassensturz, eine Inventur der Revolution mit ganz genauen Vorgaben dessen, was zu erfassen sei. Was mit den Anweisungen nicht kompatibel ist, erweist sich als problematisch.

Die Nachricht über die Absetzung des Bildungsministers weist beispielsweise problematische Aspekte auf. Die Meriten der neu eingesetzten Ministerin werden in den staatlichen Medien regelrecht ausgebreitet. Doch warum musste der alte Minister seinen Hut nehmen? „Vielleicht ist die Neue einfach so gut, dass der alte Minister gehen musste?“, frage ich absichtlich naiv. Da über dieses Thema nicht in den offiziellen Medien gesprochen wird, scheint mir auch keiner gern die Frage beantworten zu wollen, warum man ihn aus dem Amt genommen hat. Und darüber spekuliert man mit mir – im Gegensatz zu den lauten Tönen bei geringen Löhnen, schlechtem Gesundheitssystem, ungerechter Verteilung – bei laut gedrehtem Fernseher und mit leiser Stimme, und schon gar nicht an der Bushaltestelle. Der Stuhlantz im Schattentheater der kubanischen Regierung ist ein heikles Thema. Wer weiß schon, was dort gespielt wird? Ob es tatsächlich Fidel Castro ist, der noch mitspielt, oder ob man ihn vorschiebt, um Entscheidungen zu rechtfertigen? Zugegeben, ein kühner Gedanke, den mir die deutsche Ethnologin Sarah Louis¹⁷ da nahe legt. Nur, welcher Geniestreich ist in Kuba eigentlich undenkbar? Am kommenden Tag wird eine Reflektion von Fidel Castro in der *Granma* veröffentlicht. Und dort erklärt Fidel Castro, dass der Minister zu viele Auslandsreisen unternommen habe, das Erbe der Revolution dadurch in den Schmutz gezogen wurde und er deshalb nicht mehr auf dieser Position haltbar gewesen sei. „Der Mann war jahrelang Minister und reist doch nicht erst ein paar Monaten durch die Welt!“, sagt Elvira während der Fernseher

auf volle Lautstärke gedreht ist. Gegenüber wohnt schließlich die Frau vom CDR¹⁸, ein bisschen müsse man da noch aufpassen. Nach ein paar weiteren Spekulationen von Elvira und mir zur Rolle Fidel Castros schaltet sich ihre Mutter, die mir kurz nach meiner Ankunft in der Familie gestand: „Ich halte es nicht mehr aus! Mir steht's bis hier!“ mit dem Satz „Ich verehere Gott, ich glaube an das Gute im Menschen ... und [kurze Pause, aber es kommt von Herzen] ich verehere Fidel!“ ins Gespräch ein. Mit einem „Ich verehere – niemanden!“ bezieht Elvira daraufhin Position und beendet das Gespräch. Fidels Errungenschaften scheinen, solange er präsent ist – also noch etwas veröffentlicht wird, was seinen Namen trägt – nicht offen demontiert werden zu können. Dies wäre auch ein Verrat an jenen, die diese Errungenschaften mit aufgebaut und dafür ein Opfer nach dem anderen gebracht haben. Die Politik der Kohäsion (vgl. hierzu Hoffmann 2008) erstreckt sich nicht nur auf die politischen Eliten. Konsolidieren muss die politische Führung auch die „kubanische Volksseele“. Dass das Bildungssystem nun zusammenfällt, dass das Gesundheitssystem nicht mehr hält, was es verspricht, dass man es verfallen lässt im Status quo, der mit allerhand Alibis begründet werden kann, ist immer noch anders zu ertragen, als würde der Intendant des Theaters die Bühne betreten und erklären, dass das Stück an dieser Stelle zu Ende sei, leider, man habe



Foto: foto-gratia

UNSERE AUTORIN

Bettina Hoyer, Ethnologin (M.A.) studierte Ethnologie, Soziologie und Psychologie an der FU Berlin. Im Zuge ihres Studienabschlusses spezialisierte sie sich auf Lateinamerika und insbesondere auf die Beziehungsstrukturen in der kubanischen Alltagskultur. Derzeit arbeitet sie als freie Autorin, Übersetzerin und Lektorin in Berlin und ist Mitbegründerin des Übersetzerinnen- und Übersetzer-Netzwerkes *LinguaTransFair*. Im Sommer 2008 erscheint das gemeinsam mit Sebastian Landsberger verfasste landeskundliche Spanischlehrbuch für die gymnasiale Oberstufe „Cuba. Identidad entre revolución y remesas“ (Schmetterling Verlag Stuttgart).

sich verschätzt und könne die Aufführung keine Minute länger bezahlen.

Stattdessen kann sich das Publikum damit die Zeit vertreiben zu kommentieren, wie ein Requisit nach dem anderen plötzlich aus dem Stück verschwindet, um verhöckert zu werden, ein Schauspieler nicht mehr wiederkommt, um seine Rolle weiterzuspielen und ein anderer notgedrungen etwas zusammenstottert. Aber das Publikum ist brav, gut erzogen und es dazu noch gewohnt, mit Versprechungen hingehalten zu werden. „Die Magie der Worte“, sagt *Reinaldo Escobar*, sei ein beliebtes politisches Mittel in Kuba. Wenn man oft genug „Effektivität“ und „Produktivität“ sagt, dann werde sich das schon einstellen, man müsse nur daran glauben und seine Opfer bringen und dann sei es bald soweit. Oder?

Die unendliche Spezialperiode?

Im Jahr 1990 als Notstand ausgerufen, dauert die Spezialperiode mittlerweile mehr als 17 Jahre an. Damals wurden „Maßnahmen, die uns zuwider sind“ (Fidel Castro) in die Wege geleitet. Muss ein solches Maßnahmenpaket nicht irgendwann in aller Form für beendet erklärt werden? Müsste die Regierung nicht diese Maßnahmen eines Notstands wieder zurück nehmen und einen anderen, einen „Normalzustand“ deklarieren? Unmöglich, denn die Kinder dieser Spezialperiode sind mittlerweile Teenager. Sie werden nicht durch die alten magischen Formeln „*¡Patria o muerte! ¡Venceremos!*“¹⁹ oder „*¡Hasta la victoria siempre!*“²⁰ als neugeklonte Revolutionäre dem Zauberhut entsteigen. Die Erfahrungen ihrer Primärsozialisation in 17 Lebensjahren lassen sich nicht zurücknehmen. In vielen Gesprächen, die ich im April auf der Insel führte, haben die Kubanerinnen und Kubaner mir gegenüber geäußert, dass die Spezialperiode ihrer Meinung nach bereits vorbei sei. Dabei rekurrieren sie auf die wirtschaftliche Situation. Es wird ein Vergleich der wirtschaftlichen Situation in den ersten Jahren der Spezialperiode mit der gegenwärtigen Lage gezogen, die sich enorm verbessert hat. Aber auf die individuelle Lebenssituation angewandt, stellt sich die Lage im Vergleich häufig so dar: Von „Ich habe wirklich alles versucht, aber es gibt nirgendwo Huhn!“ hat sich die Situation in „Ich habe wirklich alles versucht, aber es gibt einfach nirgendwo Huhn für den Preis, den ich mir leisten könnte. Wir sind ein Land der Dritten Welt und ich gehöre zu den Armen in diesem Staat.“ gewandelt. Es gab früher kein

Huhn und heute leider auch nicht. Dabei schwingt das resignierte Eingeständnis eines persönlichen Versagens mit, im Schattentheater der Spezialperiode keinen der vorderen Plätze ergattert zu haben, der die Wege zu einem besseren Lebensstandard eröffnet hätte. Unausgesprochen und nicht in Frage gestellt bleibt in dieser Positionierung die mögliche Verantwortung der Theaterintendanz für die eigene Lage. Nach Ansicht anderer Kubanerinnen und Kubaner ist die Spezialperiode noch nicht abgeschlossen, weil die für die Bevölkerung so unangenehmen Folgen dieser Maßnahmen (gemeint sind die entstandene soziale Ungleichheit, die zu geringen Löhnen, die inkohärenten Gesetzesnovellen oder unsinnigen Verbote) nicht sang- und klanglos zum Normalzustand erklärt werden dürften. Die Frage, ob mein Aufenthalt in Kuba denn noch in die Spezialperiode fällt, beantwortet mir der *Máximo Líder* in seinem Kommentar zum Zeitgeschehen, veröffentlicht am 16. April in der *Granma*, sogar selbst: Seiner Ansicht nach habe Kuba die Spezialperiode noch nicht ganz verlassen. Fidel Castro bleibt mit dieser Aussage bei seiner Anweisung zum „Schattentheater“: Konkrete Indikatoren für ein Ende der Spezialperiode werden von ihm nicht benannt. Doch vielleicht ist an dieser Stelle ein Perspektivwechsel hilfreich. Das kleine Wörtchen „antes“ wird mit ziemlicher Sicherheit wieder auftauchen, um kodiert einen neuen Referenzpunkt in der kubanischen Zeitgeschichte zu markieren, mit dem der Volksmund einen wirklichen Wandel bezeichnet. Ein Volksentscheid sozusagen. Dafür braucht es wohl aber noch ein wenig Geduld. Allein die neuerdings den Kubanerinnen und Kubanern eingeräumte Möglichkeit, angehäuftes Devisenvermögen in immer üppigeren Dimensionen im eigenen Land ausgeben zu können, ist, so wie sich die gegenwärtige Situation darstellt, keine hinreichende Bedingung. Welcher Markstein wird wohl ein neues „antes“ hervorbringen? Dies kann erst in einer noch ungewissen Zukunft bestimmt werden, denn „antes“ impliziert, dass in fortgeschrittener Zeit der Referenzpunkt in die Vergangenheit gesetzt wird. Die gegenwärtig im Mikrokosmos eines neuartigen Bustyps oder im Makrokosmos einer kubanischen Innenpolitik ausgemachten Bewegungen lassen sich alle noch als Teil desselben Theaterstücks interpretieren.

ANMERKUNGEN

* Name geändert

- 1 Der Reallohn ist demnach von 188 Peso MN im Jahr 1989 auf 45 Peso MN im Jahr 2007 gefallen und bei den Renten betrug die „Realrente“ 56 Peso MN im Jahr 1989 und 22 Peso MN im Jahr 2006. Besonders von Armut betroffen sind in Kuba Personen über 60 Jahre, weibliche Haushaltsvorstände, Schwarze und Mulatten. Die Armut ist im Osten des Landes größer, weshalb es eine starke Binnenmigration in die Hauptstadt gibt (Mesa-Lago 2008, S. 16ff.).
- 2 Die Preise auf dem freien Bauernmarkt stiegen 2007 um 23,7% an, Tendenz weiter steigend (Mesa-Lago 2008, S. 4)
- 3 Der kubanische Peso, unterteilt in 100 Centavo, ist die offizielle Landeswährung (*Moneda Nacional*). Die kubanische Regierung gibt auch so genannte Peso convertibles aus – kurz CUC genannt –, ein nur auf Kuba konvertibles „Touristengeld“. Diese Währung erlangte neue Bedeutung, seit der Dollar am 8. November 2004 als offizielles Zahlungsmittel ungültig wurde.
- 4 Zum besseren Vergleich: Der Umtauschkurs des Euro zum CUC lag Anfang Mai 2008 1 zu 1,48, so dass ein Euro 35,52 Peso MN entspricht.
- 5 Im Jahr 2007 (dem „Jahr der Energierevolution“) wurden pro Bezugsscheinheft (*libreta*) je ein Elektrogerät (Kühlschrank, Reiskocher, Dampfkochtopf, Wasserkocher) für die Bevölkerung in Peso MN bereitgestellt. Es gab einen „Zwangsumtausch“ von alten Kühlschränken gegen neue, wobei die funktionstüchtigen alten Geräte einfach abtransportiert wurden und ein neues chinesisch-kubanisches Produkt für ca. 6.100 Peso MN erworben werden konnte. Diese Summe kann auch in 52 Raten abbezahlt werden, wobei Zinsen anfallen und der Preis auf fast 7.100 Peso MN steigt. Die Garantie für den Kühlschrank beträgt nur drei Monate.
- 6 Eine Ausnahme bilden die Privatunternehmer (*cuentalpropistas*), welche sich entscheiden müssen, ob sie ihre Geschäfte in CUC oder Peso MN anbieten. Entscheiden sie sich für den Devisensektor, erzielen sie ein Deviseneinkommen, müssen jedoch auch alle Steuern in CUC abführen und per Gesetz ihre Einkäufe im Devisensektor tätigen. Beispiele hierfür sind die Privatrestaurants (*paladares*) oder die private Zimmervermietung an Ausländerinnen und Ausländer (*casas particulares*).
- 7 Die Grenze für mögliche Geschäftchen stellt eigentlich nur die Fantasie der Kubanerinnen und Kubaner dar.
- 8 Kubanischen Ministerien zufolge gibt es auf ganz Kuba bezogen 210.797 Personen im arbeitsfähigen Alter ohne Interesse oder Motivation, eine Arbeit aufzunehmen. Dies entspricht 4,3% der arbeitsfähigen Bevölkerung von insgesamt 4.857.300 Personen. Das Nationale Statistikamt ONE schätzt, dass in Havanna 20% der arbeitsfähigen Bevölkerung keiner Arbeit nachgeht. 45% dieses Personenkreises bemühen sich zwar aktiv um einen Arbeitsplatz, nehmen jedoch keine Arbeit im staatlichen Sektor an, weil diese nicht gut bezahlt wird und sie als Angestellte oder Selbstständige mehr verdienen. 17% der Studienabgänger technischer Studiengänge aus dem Jahr 2007 sind an den Arbeitsplätzen, die ihnen angeboten werden, nicht erschienen (vgl. Mesa-Lago 2008, S. 17).
- 9 In Kuba gibt es ein riesiges Wohnungsdefizit (vgl. Mesa-Lago 2008, S. 35).
- 10 Ende 2007 waren erst 806 von 8.000 chinesischen Bussen in Kuba eingetroffen. Die Zahl der funktionstüchtigen Autobusse stieg jedoch nur um 395 Busse gegenüber 2006 an, während 5% mehr Fahrgästen zu verzeichnen waren (Mesa-Lago 2008, S. 8).
- 11 Der Titel bedeutet in Anspielung auf das Brotäquivalent (Yuca) der indigenen Taínos etwa:

„Kämpf um dein Brot, Taíno“. Das Lied ist auch im Internet zu sehen, z. B.: <http://de.youtube.com/watch?v=bn3U8DtIVwA&feature=related>

- 12 Jinetera (wörtlich: Reiterin), Prostituierte, die ihr Geld v. a. durch einen „Begleitservice“ von Touristinnen und Touristen verdient.
- 13 Maceta werden im kubanischen Volksmund reiche Leute bezeichnet, die mit krummen Geschäften reich wurden.
- 14 Alle Übersetzungen von Zitaten aus spanischsprachigen Medien durch den Diplombersetzer Sebastian Landsberger.
- 15 Granma ist eine der wenigen offiziellen Tageszeitungen Kubas, benannt nach dem Name der Yacht, mit der Castros Trupp 1956 aus dem Exil kam.
- 16 Juventud Rebelde (span.: rebellische Jugend) ist die kubanische Tageszeitung, die vom Jugendverband Kubas (Unión de Jóvenes Comunistas) herausgegeben wird.
- 17 Sarah Louis führte eine umfangreiche Feldforschung über das kubanische Musikerkollektiv Habana Abierta durch.
- 18 Die „Komitees zur Verteidigung der Revolution“ (CDR) sollen lt. offizieller Denkart in den Häuserblocks der Städte und in den kleinen Dörfern auf dem Land die kleinste Einheit der Revolution darstellen und über die Erfolge der Revolution „wachen“.
- 19 Auf Deutsch: „Vaterland oder Tod! Wir werden siegen!“
- 20 Auf Deutsch: „Bis zum Sieg, immer!“

LITERATUR

- amnesty international (2008): 5. Jahrestag der Verhaftungswelle. In: Kuba-Koordinations-Gruppe. Unter: <http://www.amnestykuba.de/?option=more&id=17&page=1&PHPSESSID=f34a6c64dd42fc96a92fd23acde9602e> (19.5.2008)
- Escobar, Reinaldo (2007a): Una familia cubana concluye el 2006. In: Revista Digital Consenso No. 1/2007. Unter: http://www.desdecuba.com/12/articulos/4_01.shtml (19.5.2008)
- Escobar, Reinaldo (2007b): Despenalizar la discrepancia. In: Revista Digital Consenso No. 7/2007. Unter: http://www.desdecuba.com/18/articulos/2_01.shtml (19.5.2008)
- Fornés, Frederico (2008): ¿Comprar o mirar? Preocupaciones ciudadanas sobre los 'cambios': Precios prohibitivos y una lista negra de 'nuevos ricos' que elabora la policía. In: Cubaencuentro. Unter: <http://www.cubaencuentro.com/es/cuba/articulos/comprar-o-mirar-78544/> (gnews) /1208145600
- Hoffmann, Bert (2008): Kuba: Wohin führt die Ara Raúl? In: GIGA Focus Lateinamerika, Nr. 02/2008, Hamburg, GIGA.
- González, Lenier (2008): La Iglesia Católica está ahí, está viva, junto a su pueblo. In: Espacio Laical, año 4 No. 1, 2008. La Habana.
- Mesa-Lago, Carmelo (2008): La economía cubana en la encrucijada: legado de Fidel, debate sobre el cambio y opciones de Raúl (DT) DT N 19/2008–23/04/2008. In: Real Instituto Elcano. (19.5.2008). Unter: http://www.realinstitutoelcano.org/wps/portal/rielcano/contento?WCM_GLOBAL_CONTEXT=/Elcano_es/Zonas_es/DT/19-2008
- Parlamento cubano (2008): Ley 62/87 Art. 103. Unter: <http://www.parlamentocubano.com> (19.5.2008)
- Sánchez, Yoani (2008): „Steckbrief“. In: Generación Y. Unter: http://www.desdecuba.com/generation_y_de/ (19.5.2008)
- Veiga, Roberto (2008): El Papa nos dejó un desafío de diálogo. In: Espacio Laical, año 4 No. 1, 2008. La Habana.

Santería, Son und Revolution – eine kurze Geschichte der kubanischen Musik

Arne Birkenstock / Eduardo Blumenstock

Musik liegt in Kuba fast rund um die Uhr in der Luft! Musik ist für Kubaner ein Ventil, aber auch ein Konzentrat der Lebensfreude und Vitalität. Die Ursprünge kubanischer Musik liegen in der afrikanischen Kultur, deren musikalisches Repertoire eine Fusion mit der Musik der spanischen Kolonialisten einging. Afrikanische Sklaven reichert ihre Kultur in einer von weißen Kolonialherren dominierten Welt mit europäischen Musikstilen an. Die Riten der Santería, die ihre Wurzeln in den religiösen Vorstellungen der Yoruba-Völker Westafrikas hat, verschmolzen mit den Traditionen des Bänkelliedes, das spanische Migranten nach Kuba brachten. Ebenso stehen die Habanera, der erste musikalische „Export“ Kubas nach Europa, und die Rumba musikalisch in der Tradition Afrikas. Der heutige Exportschlager und das Herzstück kubanischer Musik, der Son, ist ein Paradebeispiel für die kreative Fusion afrikanischer, spanischer und indianischer Instrumente und Rhythmen in der kubanischen Populärmusik schlechthin. (So verdanken auch die alten Herren des „Buena Vista Social Club“ ihren Bekanntheitsgrad dem Comeback des Son!) Mambo, Chachachá und schließlich der Bolero entstanden in den Vergnügungspalästen von Havanna, in denen sich wohlhabende US-Amerikaner vergnügten. Kubas Einfluss auf den Latinjazz und die Salsa fallen ebenfalls in diesen Zeitraum. 1959 hält im Zuge der kubanischen Revolution der Nueva Trova Einzug in Kubas Musikszene und schuldet mit revolutionären Hymnen pflichtbewusst dem Zeitgeist Tribut. Doch trotz staatlich gelenkter und politisch genehmer Musikproduktionen – so das Fazit von Arne Birkenstock und Eduardo Blumenstock – entwickelt sich Kubas Musikszene weiter, setzt Trends in der Populärmusik und versteht es sehr wohl, sich mit musikalischen Anleihen aus dem „imperialistischen“ Teil der Welt zu vermischen. |

„Mit unserer Musik haben wir Kubaner mehr Träume und Genüsse exportiert als mit unserem Tabak, mehr Süße und Energie als mit unserem Zucker. Die afrokubanische Musik ist Feuer, Geschmack und Rauch in einem; sie ist Honig, Lebenselixier und Halt. Sie lässt sich genießen wie edler Rum, der mit den Ohren getrunken wird und es schafft, die Leute miteinander zu vereinen. Alle Sinne werden zum Leben erweckt.“

Fernando Ortiz

Die Wurzeln: Fusion afrikanischer Trommeln und spanischer Gitarren

Im karibischen Raum und auf Kuba wird die würzige Mischung der Musik aus spanischen Gitarren und afrikanischen Trommeln auch als „sandunga“ bezeichnet. Nach Hernando Calvo Ospina soll sich das afrikanische Wort aus der andalusischen Bezeichnung eines Salzfasschens „sa“ und dem Namen für den schwarzen

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Musik liegt in Kuba fast rund um die Uhr in der Luft! Ein Straßenmusiker in Santiago de Cuba erfreut Passanten und Touristen mit kubanischen Rhythmen.

picture alliance/dpa

afrikanischen Pfeffer „ndunga“ zusammensetzen. Der schwarze Pfeffer und das weiße Salz symbolisieren somit die kubanische Musik. *Fernando Ortiz* bezeichnete sie einmal als „Liebesgeschichte zwischen afrikanischen Trommeln und spanischen Gitarren, als lebendes Beispiel für interkulturelle Besamung“. Dabei ist völlig klar, dass sich hinter dieser poetisch verklärten Liebesnacht, die zu einzigartigen musikalischen Fusionen führte, eine leidvolle Geschichte aus Kolonialismus, Sklaverei und Rassismus verbirgt. Die beiden Partner, die auf Kuba zur „interkulturellen Besamung“ zusammenfanden, hätten unterschiedlicher nicht sein können, aber ergänzten sich in musikalischer Hinsicht prächtig: In Sachen Rhythmus war die europäische Musik weit hinter der afrikanischen zurück, bei Melodie, Harmonik und Kompositionstechnik war es umgekehrt. Die Elemente der verschiedenen Kulturen, die aufeinander trafen, verschmolzen im Laufe des 18. Jahrhunderts zur heutigen kubanischen Musik. Dass Kubas Musik praktisch keine Spuren der Eingeborenen, die vor der Landung der Spanier auf Kuba lebten, aufweist, hängt mit der traurigen Tatsache zusammen, dass diese gleich durch die erste Invasionswelle ausgelöscht wurden. Die Bevölkerung Kubas setzt sich hauptsächlich aus den Nachfahren von Spaniern und Afrikanern zusammen.

Die Kultur der Sklaven

Durch die Auslöschung der ursprünglichen Bevölkerung war der Bedarf an Arbeitskräften in den Plantagen sehr groß. Im Gegensatz zum Hochland der Anden in Südamerika, wo die afrikanischen Sklaven bei Landwirtschaft und Minenabbau aufgrund der Höhenluft und Kälte nicht überleben konnten, entsprachen die klimatischen Bedingungen im karibischen Raum denen der Herkunftsländer der Sklaven und so konnten sie hier bestens ausgebeutet werden. Der afrikanischstämmige Bevölkerungsanteil stieg auf Kuba schnell an, denn die Feldarbeit auf den großen Plantagen, wo Genussmittel für Europa angebaut wurden, konnte ohne die afrikanischen Sklaven nicht bewirtschaftet werden. Die Menschen wurden aus sehr unterschiedlichen Regionen auf dieser Reise ohne Rückfahrtschein nach Amerika verschleppt: Einige stammten aus weniger entwickelten Völkern des Dschungels und der Savanne, andere kamen aus straff organisierten Königsstämmen. Religion und Kultur der einzelnen Gruppen waren natürlich sehr unterschiedlich. Viele Riten und Gebräuche gingen auf dem Weg nach Amerika unwiederbringlich verloren, schließlich wurden die Afrikaner entwurzelt, mit anderen Kulturen vermischt und in eine von

Weißer dominierte Welt verschleppt. Dies alles und die Trennung von Familien und Stämmen führten dazu, dass afrikanische Traditionen und kulturelle Ausdrucksweisen nicht in Reinform weiter bestehen konnten.

Die Afrikaner und ihre Nachkommen trugen zu einer Herausbildung spezifischer amerikanischer Kulturen mit eigenen Merkmalen bei. Denn trotz des Traumas der Gefangennahme, Verfrachtung und der Zwangsarbeit verloren die Sklaven nicht völlig den Kontakt zur Kultur ihrer Vorfahren. Vor allem in Brasilien und in der Karibik, wo die Schwarzen und Mulatten den Hauptanteil der Bevölkerung ausmachten, kamen die kulturellen afroamerikanischen Elemente auf, die bis in die heutige Zeit noch vorhanden sind. Dass diese afroamerikanischen Ausdrucksformen zum großen Teil neu sind, hängt auch damit zusammen, dass die Europäer vor allem jüngere Menschen nach Amerika verfrachteten. Da in Afrika die Ausübung vieler Gesänge, Tänze und des heiligen Trommelspiels ein Privileg der älteren Männer war, kamen also weniger „ausgebildete“ Musiker nach Amerika – eine Erklärung, warum so viel Neues entstehen konnte.

Vor allem auf dem Land, auf den Zuckerrohr- und Kaffeeplantagen, verschmolzen mit der Zeit europäische und afrikanische Riten und Gesänge. In den Städten gab es zwar weniger Sklaven, hier fanden sie aber mehr kulturelle Ausdrucksmöglichkeiten als auf den Plantagen. Sie wurden zum Beispiel in Kirchenchören eingesetzt oder musizierten in Kongregationen, Bruderschaften oder anderen organisierten Gruppen. Auf Kuba veranstalteten Sklaven und ihre Nachfahren öffentliche Tanzveranstaltungen. Die wurden von der Obrigkeit zunächst als heidnisch abgelehnt. Man setzte die Musiker dieser Tanzveranstaltungen aber bei Beerdigungen und Fronleichnamprozessionen ein, an denen sie mit Gesängen, Trommeln und Schellen teilnahmen. Neben offiziellen Feiertagen und ähnlichen Anlässen sangen die Sklaven während der Arbeit auf den Plantagen. Plantagenbesitzer setzten ihre Sklaven gerne bei Tanzfesten und anderen Gelegenheiten als Musiker ein, und sei es nur, um ihrem Besuch eine Tanzeinlage dieser „Wilden“ zu demonstrieren. Auf diese Weise lernten sie europäische Tänze, Lieder und Instrumente kennen, die sie in ihre Musik integrierten.

Eine Frau vor einem Santeria-Altar. Viele Kubaner sind Anhänger der Götter, die die afrikanischen Sklaven mitbrachten. Man legte katholische Heilige und Götter zusammen, wobei man die Namen der Heiligen mit den Qualitäten der Götter belegte.

picture alliance/dpa

Zu einem verbindenden Element wurde auch die Sprache: Die Afrikaner kommunizierten untereinander in der Sprache ihrer Herren, da sie selbst aus verschiedenen Sprachfamilien kamen. Mit der Sprache flossen spanische Romanzen, Lieder und Geschichten in die Kultur der Afroamerikaner ein. Es sind vor allem die Rhythmen Afrikas, die auf Kuba einen maßgeblichen Einfluss auf die Musik hatten, die ansonsten eher von europäischer Harmonik und Melodik geprägt war. Polyrhythmische Strukturen, alte und neue Perkussionsinstrumente und Tänze aus Afrika haben die Musik nachhaltig beeinflusst. Afrikanische Einflüsse sind hier bis heute auch in der Sprache und in religiösen Praktiken deutlich erkennbar.

Die Riten der Afrikaner konkurrierten und vermischten sich mit dem Christentum der weißen herrschenden Gesellschaft. Aus diesem Synkretismus entstanden typisch afroamerikanische Gebräuche wie der Voodoo in Haiti und auf Kuba die Santería, von der ein starker Einfluss auf die Musik Kubas ausging.

Die Santería

Die Santería (von „santo“, heilig) ist ein Hauptbestandteil der kubanischen Mu-

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

sik. Die Weißen versuchten den Sklaven ihre Religion aufzuzwingen, was nicht leicht war, denn das religiöse Grundverständnis der Afrikaner war ein fundamentales anderes. Während die christliche Religion auf das Jenseits orientiert ist und die Christen deshalb ihr Dasein auf das Leben nach dem Tod ausrichten, ist das afrikanische Grundverständnis weitaus mehr auf das Diesseits gelenkt. Religion hilft, das Leben zu meistern. In den afrokubanischen Religionen wird kein Unterschied zwischen dem Diesseits und dem Jenseits gemacht, der Tod ist nichts weiter als ein Übergang ins Land der Ahnen. Gemeinsam ist Christentum und vielen afrikanischen Religionen der Glaube an ein höheres Wesen, das die Welt erschaffen hat. Der Katholizismus mit seinen vielen Heiligen und Seligen kommt der Santería sehr entgegen. In den afrikanischen Religionen gibt es, ähnlich wie bei Griechen und Römern, eine große Anzahl miteinander verwandter Götter. Um die eigenen Gottheiten in den Katholizismus zu integrieren, begannen die Afrokubaner bald, diese Götter, Orishas genannt, bestimmten Heiligen der katholischen Kirche zuzuordnen. Dies diente zunächst der Tarnung, um unter dem Deckmantel des Christentums eigene Kulte weiterführen zu können. Man legte Heilige und Götter

einfach zusammen, wobei man die Namen der Heiligen mit den Qualitäten der Götter belegte. So wurde die heilige Barbara, die den gläubigen Katholiken vor Unwetter schützt, dem afrikanischen Gott des Donners, Changó, zugeordnet.

Die Christen konnten mit dieser Zusammenlegung von Gottheiten und Heiligen leben, und die Schwarzen schmückten die Heiligen mit Muscheln, Steinen oder anderen Objekten, die ihre Götter bewohnten. Damit konnten auch die Schwarzen selbst und ihre Gebräuche und Tänze über die Jahrhunderte überleben. Die Riten der Santería waren für die Sklaven außerordentlich wichtig, denn ihre Musik und ihre Tänze waren das einzige Ventil der Flucht aus der bitterbösen Realität.

Das offensichtliche Unterscheidungsmerkmal zwischen christlichen Gottesdiensten und einer Santería-Versammlung ist die Rolle der Musik. Die Instrumentalensembles der Santería bestanden aus vier Gruppen: drei Trommeln, drei güiros¹, einer maraca² und einem cencerro³. Die Trommeln waren heilig und wurden „batá“ oder „ilú“ genannt. Man glaubte, dass das Spiel der batá magische Kräfte verleihen und Ordnung herstellen, Bitten erfüllen, Reichtum bringen, Unheil abwenden oder gar prophezeien konnte. Jeder

SANTERÍA, SON UND REVOLUTION – EINE KURZE GESCHICHTE DER KUBANISCHEN MUSIK

Gott hatte sein eigenes Lied und seinen Tanz, was zu einer unglaublichen tänzerischen Ausdrucksvielfalt führte.

Die Teilnehmer von Santería-Sessionen rufen Götter wie Changó an. Der Trancezustand, in den sich die Medien begeben, wird durch den Rhythmus ausgelöst, der sich steigert und wie der Herzschlag bei Angst immer schneller pulsiert. Jeder Gottheit werden Lieder im Call-and-Response-Prinzip dargebracht, wobei alle Feste mit Gesängen und Tänzen und dem Anruf einer speziellen Gottheit, des Eleguá, begonnen und beendet werden. Das Frage-und-Antwort-Schema ist eine Struktur, die sich sowohl in weltlichen als auch in religiösen Liedern findet und die afroamerikanische Musik maßgeblich beeinflusst hat. Ein Chor und ein Solist wechseln sich ab, wobei es für den Solisten unabdingbar ist, textlich gut improvisieren zu können, damit sein Thema innerhalb des Liedes fortentwickelt wird.

Die Música Campesina

Im Verlauf der Kolonialzeit kamen viele spanische Migranten in den Osten Kubas, die die Tradition des Bänkelgesangs mitbrachten. Die Sklaven nahmen diese alten Weisen in ihr Repertoire auf und veränderten sie mit ihren Rhythmen. Aber auch die eingewanderten spanischen Bauern hatten einen großen Anteil an der weiteren Entwicklung der kubanischen Musik. Aus dieser ländlichen Musik (Música Campesina) Kubas entstanden viele Rhythmen, die später weltweit populär wurden.

Die Königin der Música Campesina ist Celina González. Einige ihrer frühen Texte zeugen von ihrem Interesse für die Santería-Kulte der Afrokubaner. In ihrem Lied „Santa Barbara“ begreift sie den Synkretismus der Santería als Teil der kubanischen Identität und besingt die Heilige, die mit dem Yoruba-Gott identifiziert wird. In dem Lied heißt es: „Gesegnete Heilige Barbara. Für dich erhebt sich meine Leier und bewegt sich inspiriert vor deinem schönen Antlitz. Es lebe Changó.“ Die alte kubanische Musik, die Celina González so erfolgreich wieder belebt hat, bekam entscheidende Impulse im 19. Jahrhundert, nachdem auf der Nachbarinsel 1804 die Republik Haiti von Sklaven ausgerufen wurde. Viele reiche Franzosen flohen vor ihren rebellierenden Sklaven von Haiti nach Kuba, und Haiti verlor seine Führungsrolle im Zuckerexport an das damals noch spanische Kuba, das plötzlich mit unerwartetem Reichtum gesegnet war. Die kubanische Bourgeoisie

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

nahm die französische Mode, aber auch die Lieder und Tänze mit Freude auf. In Havanna hatte sich schon während ihrer Besetzung durch die Engländer (1762) im Siebenjährigen Krieg Englands gegen Spanien der englische „country dance“ verbreitet, in Santiago de Cuba hielt nun die französische Variante des Kontertanzes Einzug und sollte die kubanische Musik nachhaltig beeinflussen.

Erster musikalischer Exportschlagere Kubas ist die Habanera, die in der Folge sowohl die klassische Musik als auch die Volksmusik Spaniens und Lateinamerikas maßgeblich beeinflusste. Aufgrund des regen Austausches zwischen Kolonie und Mutterland kam die Habanera von Kuba ins spanische Königreich und wurde dort um 1850 durch das Volkstheater im ganzen Land populär. In der Folge wurde die Habanera sowohl in der klassischen Musik als auch in zahlreichen Populär-Musikstilen Spaniens und Lateinamerikas weiterverarbeitet, zum Beispiel im Tango. Ihre rhythmische Grundstruktur dieses Zweiviertel-Taktes setzt sich aus einer punktierten Achtel, einer Sechzehntel und zwei weiteren Achteln zusammen (wem diese Beschreibung des Habanera-Rhythmus nicht viel sagt, der sollte sich die ersten Takte der Habanera aus Bizets berühmter Oper „Carmen“ – „L'amour est un oiseau rebelle“ – ins Gedächtnis rufen: tam, ta tam tam – tam, ta tam tam).

Vieja Trova

Wichtigster Vorläufer für die Habanera als Liedform war das alte kubanische Lied, die „Vieja Trova“. Die ursprüngliche Vieja Trova war stark von Elementen aus italienischen Opern und französischen Romanzen geprägt. Im Zuge der Unabhängigkeitskriege ab 1893 wurden die Texte immer „kubanischer“, das hieß zunächst einmal national-patriotisch, später aber auch romantisch. Aus dieser Zeit stammt der Text zu einem der weltweit bekanntesten kubanischen Lieder: zu „*Guantanamera*“. Der kubanische Nationaldichter José Martí hat es ursprünglich als Gedicht geschrieben, das später vom „König der Melodien“, *Joseito Fernández*, vertont wurde. José Martí gilt als Vater der Unabhängigkeit Kubas, obwohl er selbst schon 1895 im Kampf der Kubaner gegen die spanische Kolonialmacht fiel. Die besten Orte, um alter und neuer kubanischer Musik zu lauschen, sind bis heute die „Casas de la Trova“. Hier erklingen die Stimmen der „*trovadores*“ (Troubadoure), Profis und Laien, die ihre Lieder und Balladen vortragen. Die Casas de la Trova sind Zentren zur Pflege der trovadoresken Musik, und es gibt mehrere von ihnen in fast jeder kubanischen Stadt. Das Musikprogramm in diesen Institutionen ist heute sehr vielfältig, neben einzel-

nen Sängern treten auch Sextette und Septette auf, die Son spielen, jenen Stil also, der über die CD und den Film „*Buena Vista Social Club*“ weltweit bekannt wurde. Die Casas de la Trova sind so etwas wie Clubs oder Kneipen, haben häufig allerdings nicht einmal einen Getränkeausschank. Publikum und Musiker bringen sich ihre Getränke dann selber mit und genießen diese Häuser als Begegnungsstätte für Musiker und ihre Zuhörer. Ein wahres Heiligtum ist die Casa de la Trova in Santiago de Cuba. Aber auch dieses berühmteste aller Gesangshäuser darf man sich nicht wie einen europäischen Konzertpalast vorstellen. Es ist ein schlichter Raum mit großen Fenstern und einer kleinen Bühne, auf der samstags und sonntags praktisch durchgehend musiziert wird. Die Wände des Raumes sind voll gepflastert mit Bildern und Fotos berühmter Sänger und Musiker. Beim Besuch einer solchen Casa erfährt man mehr über die Musik dieser Insel als in jedem geschriebenen Artikel.

Die Rumba

Die Rumba entstand um 1880, kurz nach der Abschaffung der Sklaverei. Das formale Verbot von Sklavenhandel und Sklavenehaltung brachte den Schwarzen zunächst einmal wenig. Sie waren zwar keine Sklaven mehr, hatten aber weder Arbeit noch ein Dach über dem Kopf. Viele von ihnen zogen daher von den Plantagen in die Stadt, wo sie sich in den Massenquartieren der Slums sammelten. Die Musikinstrumente dieser besitzlosen Menschen waren Alltagsgegenstände: kleine Holzstäbchen (*claves*), Löffel, leere Kommoden und improvisierten Klangkörpern wie Fischkisten – den *cajones*. Genau genommen ist die Rumba ein Oberbegriff für verschiedene Rhythmen und steht musikalisch deutlich in der Tradition Afrikas, da der Gesang hier nur von Perkussionsinstrumenten begleitet wird. Bedeutend für die spätere Musik (auch Salsa) sind die oben genannten *claves*, die den Schlüssel, die „*clave*“, der Rhyth-

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

Der inzwischen
verstorbene
Compay Segundo
und Ry Cooder.
Die CD zum
gleichnamigen
Film von Wim
Wenders „Buena
Vista Social Club“,
die Ry Cooder
produziert hat,
enthält über-
wiegend Lieder
und Sones aus
der Jugendzeit
dieser Rentner-
band, die auf ihre
alten Tage noch
einen Grammy
gewann.
picture alliance/dpa

Ballsälen oder in den Baracken der Skla-
ven. Musik und Tanz verschmolzen im Son
zu etwas Eigenständigem und Neuem, zu
einer eigenen kubanischen Ausdrucks-
form.

Kaum hatte der Son seine endgültige
Form angenommen, erreichte er auch
schon die Straßen des Stadtzentrums von
Santiago de Cuba, und von da aus An-
fang des 20. Jahrhunderts Havanna. In
den Zwanzigerjahren sorgten dann zahl-
lose Son-Ensembles in der Hauptstadt für
Furore. Eines der bekanntesten wurde das
„Sexteto Habanero“ und prägte auf ihren
ersten Schellackplatten den typischen Stil
des kubanischen Son mit dem vom Plek-
trum angezupften synkopierten *tres*⁴, dem
konstanten Schrapfen der Gitarre, der
clave, dem Rasseln der maracas und den
Basstönen der *botija*⁵, die den charakte-
ristischen Ostinato – also andauernd die
gleiche Tonfolge – durchlaufen ließ. Dass
als siebtes Instrument später eine Trompe-
te hinzugefügt wurde, ist dem berühmten
Trompeter *Felix Chapottín* zu verdanken,
der seine Karriere an den Stränden Hav-
annas begonnen hatte. In den Son-En-
sembles improvisiert die Trompete über
den „Montuno“ (Refrain) im Kontrapunkt
zum Gesang.

Mit dem großen Erfolg des „Sexteto (bzw.
später Septeto) Habanero“ kam es in der
Folge zu einem Boom, und die Zahl der
Son-Ensembles wuchs sprunghaft an. Die
meisten Musiker dieser Gruppen konnten
keine Noten lesen und erhielten nie eine
„ordentliche“ musikalische Ausbildung.
1928 brachte der Musiker *Moisés Simón*
den berühmten Son-Pregón „*El Manisero*“
(„Der Erdnusswaffelverkäufer“) heraus.
Der Son-Pregón ist eine Variante des Son,
die sich aus den Melodien der Markt-
schreier und Straßenhändler entwickelt
hat, die ihre Ware anpriesen, indem sie
umgedichtete Lieder zu bekannten Melo-
dien sangen. Das Wort „pregón“ weist
auf diese Herkunft hin, denn der „prego-
nero“ war ursprünglich der Zeitansager
auf öffentlichen Plätzen. Eine außerge-
wöhnliche Interpretin, die „*El Manisero*“
weltberühmt machte, war die Sängerin
und Pianistin *Rita Montaner*. Als sie 1928
nach Europa reiste, um bei einer Revue
von *Josephine Baker* mitzuwirken, hatte
sie viele in Europa bis dahin unbekannte
kubanische Rhythmen und Lieder im Ge-
päck. Sie öffnete die Türen der europäi-
schen Musikszene für Rumbas, Danzones,
Sones und auch für die vielen Musiker.

Eine ganz herausragende Stellung inner-
halb des Son Cubano hatte auch das
„*Trío Matamoros*“, das 1925 gegründet
wurde. Das Trio aus dem Osten der Insel
wurde mit seinen dreistimmigen Gesän-

men liefert. Die Texte der Rumba haben
auf Kuba auch die Funktion einer Art so-
zialer Chronik des Volkes übernommen.
Sie sind in dieser Funktion mit dem heute
verbreiteten Rap vergleichbar. Später
wurde die Rumba kommerzialisiert, um sie
den Gewohnheiten europäischer und
nordamerikanischer Ohren anzupassen.
Große Orchester wie die „*Lecuona Cu-
ban Boys*“ brachten sie nach Europa, wo
die Rumba immensen Erfolg hatte und in
der Folge zu einem der beliebtesten Stan-
dardtänze europäischer Ballhäuser mu-
tierte.

Vom Kontertanz zum Son

Der heutige Exportschlager Kubas, der
Son, geht auf den *Danzón* zurück, den
man als ersten kubanischen Nationaltanz
ansehen kann und in dessen würdevollen
Tanzschritten man deutlich das Erbe des
europäischen Kontertanzes sieht. Als Mo-
detanz hatte dieser zwar eine geringe Le-

bensdauer, doch er beeinflusste nachhal-
tig die ihm folgenden Tänze und Rhyth-
men – so auch den Son, das Paradebei-
spiel für die Integration afrikanischer und
spanischer Elemente in der kubanischen
Populärmusik.

Der Son entstand in ländlich-bäuerlichen
Gebirgsgebieten wie *Barbacoa*, *Guan-
tánamo* und *Manzanillo* sowie in den Vor-
orten von Santiago de Cuba. In den Ber-
gen lagen die kleinen Höfe weit ausein-
ander und die Feste der Bergdörfer
dienten dazu, dass die isoliert vonein-
ander lebenden Bergbauern zusammentref-
fen, miteinander ins Geschäft kommen
und Neuigkeiten austauschen konnten.
Die Lieder des Son hatten deshalb oft die
Funktion von Troubadour-Gesängen. Im
Son verschmolzen spanische Gitarre,
afrikanische Trommeln und die indiani-
schen „singenden Früchte“ (*maracas*), fast
das einzige Erbe seiner Ureinwohner, zu
einer kubanischen Einheit. Zum Gesang
wurde auch getanzt, aber eben ganz an-
ders als in den europäisch dominierten

gen äußerst berühmt. *Miguel Matamoros*, der Leiter und Gründer der Gruppe, schrieb viele der bekanntesten Sones, die zum Repertoire der in den letzten Jahren bei uns so bekannten Herren des „Buena Vista Social Club“ gehörten. Die CD zum gleichnamigen Film von *Wim Wenders* „Buena Vista Social Club“, die der nordamerikanische Gitarrist *Ry Cooder* produziert hat, enthält überwiegend Lieder und Sones aus der Jugendzeit dieser Rentnerband. Dass sie mit diesem Repertoire auf ihre alten Tage noch mal einen Grammy gewinnen würden, damit hätten sie wohl selbst am wenigsten gerechnet. Der Sänger *Ibrahim Ferrer* konnte zum Beispiel schon seit Jahrzehnten nicht mehr von seiner Musik leben, weil sie längst aus der Mode gekommen war, und verdingte sich als Schuhputzer.

Für die ersten entscheidenden Schritte des Son in Richtung der Salsamusik, wie wir sie heute kennen, ist *Arsenio Rodríguez* verantwortlich. Eigentlich hieß er *Ignacio Loyola* und hatte den Spitznamen „*cieguito maravilloso*“ („wunderbarer Blinder“), weil er durch einen Eselstritt schon als Kind sein Augenlicht verloren hatte; wunderbar war er als tres-Spieler. 1940 erweiterte er sein traditionell besetztes Son-Septett um ein Klavier und vier Trompeten, was die harmonischen Möglichkeiten des Son enorm steigerte, ohne die perkussive Rhythmik zu schwächen. Mit dieser neuen Son-Besetzung war Rodríguez stilbildend, zahlreiche Musiker machten es ihm nach, und aus den überschaubaren Gruppen entstanden immer größere Orchester. Seine Arrangements waren erste Varianten des „Mambo“ von *Oreste López*, die er in den beiden großen Kabarets *Tropical* und *Tropicana* berühmt machte.

Mambo, Chachachá und Bolero

Diese großen Orchester wurden auch gebraucht, denn Kuba wurde ab den Dreißigerjahren immer mehr zum Ferienparadies für wohlhabende US-Amerikaner, deren Dollars die Kabarets in Havanna wie Pilze aus dem Boden schießen ließen. Heute sind die luxuriösen Vergnügungspaläste entweder ganz verschwunden oder zu Gewerkschaftsräumen umfunktioniert worden. Die wichtigsten dieser Kabarets waren damals, wie die kubanische Wirtschaft, insgesamt fest in nordamerikanischer Hand. Wie in den USA herrschte auch auf Kuba strikte Rassentrennung: Die eleganten Kabarets blieben den Weißen vorbehalten, Farbige durften sie nur durch den Personaleingang betreten. Die Vierziger- und Fünfzigerjahre waren nicht nur die erste Hochphase des Latinjazz, in dieser Zeit entstanden auch zwei wichtige Genres, die wieder einmal zu großen musikalischen

Exportschlagern der kleinen Karibikinsel werden sollten: der Mambo und der Chachachá. Der Begriff „Mambo“ war erstmals 1931 als Titel eines Stückes von *Oreste López* aufgetaucht.

In dieser Zeit nahmen immer mehr Radiostationen ihren Betrieb auf und brachten die Rhythmen der Karibik in die großen Städte. Bei einer dieser Radiosendungen stellte *Oreste López* sein neues Stück vor, in dem er seine Musiker während eines Breaks, bevor das Klavier einstieg, viermal „Mambo“ singen ließ. Der Erfolg stellte sich sofort ein und der Mambo war geboren. Doch erst drei Jahre später wurde dieses Stück bei RCA Victor auf Schallplatte eingespielt, und erst danach wurde es auch von anderen Musikern als neuer Rhythmus ernst genommen.

Zum Durchbruch kam der Mambo dann durch den Pianisten und Orchesterchef *Damaso Pérez Prado*, der in seine Arrangements Saxofone synkopische Läufe spielen und den Bass den Rhythmus forcieren ließ. Pérez Prado ging nach Mexiko, wo er ein lateinamerikanisches Ensemble gründete, mit dem er weitere Elemente des Jazz in seine Danzón-Variante integrierte und das Ganze dann „Mambo“ taufte. Pérez Prado konzentrierte sich auf die Instrumentalmusik, nur in einigen seiner Stücke ließ er die Musiker kurze Riffs singen, wie zum Beispiel „*Qué rico es el Mambo*“ („Wie herrlich der Mambo ist.“) in dem gleichnamigen Stück. Dieses und viele andere Stücke wurden zunächst in Lateinamerika und den USA und später auch in Europa zu großen Tanzhits.

Nach dem trotzdem eher kurzlebigen Triumph von Pérez Prado kehrte einer der Sänger aus dem Orchester des Mambo-Königs von Mexiko nach Kuba zurück und entwickelte sich hier nach Meinung vieler Kubaner zum „größten Sänger aller Zeiten“: *Benny Moré* (Bartolomé Maximiliano Moré) hatte seine Karriere in den Zuckerrohrplantagen von Cienfuegos begonnen, und das Zuckerrohr und das Produkt, das man daraus herstellte, sollte ihm zum Schicksal werden. Die Werbemusik für Baccardi machte ihn reich, der übermäßige Konsum von Rum brachte ihn um. Er starb 1963 im Alter von nur 44 Jahren. Anfang der fünfziger Jahre gründete er sein eigenes Orchester. Benny Moré nahm mit seiner „Banda Gigante de Benny Moré“ zahlreiche Platten auf und unternahm viele Tourneen ins Ausland. Der ursprünglich despektierlich gemeinte Spitzname „*bárbaro del ritmo*“ („Rhythmusbarbar“) steht

Die „Salsa-Königin“ *Celia Cruz* posiert mit ihrem Grammy. Die legendäre Salsasängerin nahm mehr als 70 Alben auf und spielte in Filmen, darunter „Mambo Kings“ und „Die Perez-Familie“. *Celia Cruz* starb 2003 an einem Krebsleiden.

picture alliance/dpa

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Dieses Bild kann aus
urheberrechtlichen Gründen
nicht angezeigt werden

mittlerweile für einen der geachtetsten Musiker Kubas.

Zu der Zeit, als Benny Morés Lieder aus den Juke-Boxes Havannas schallten, war die Insel immer fester in der Hand der nordamerikanischen Unterwelt. Kuba war zu einer gigantischen Spielhölle gekommen, zu einer Welt von Gewalt und Erpressung und zu einem großen Bordell für Touristen vor allem aus den USA. Allein in Havanna gingen über 70.000 Frauen der Prostitution nach. US-Amerikaner hatten die Insel so fest im Griff, dass sie selbst dem Diktator Batista aufgrund seiner Hautfarbe den Zutritt zum amerikanischen Yachtclub verweigern konnten. Die Tatsache, dass der Staatspräsident klein beigab und seinen eigenen Yachtclub gründete, sagt viel aus über die damaligen Machtverhältnisse.

So problematisch der Ausbau und Ausverkauf Kubas als nordamerikanischer Vergnügungspark war, für die Musiker der Insel waren diese Jahre eine Blütezeit, denn an jeder Ecke Havannas gab es Nachtclubs und Kabarets und damit Auftrittsmöglichkeiten. In dieser Zeit entstand auch der Chachachá. „*La Engañadora*“ („Die Betrügerin“; 1951) war das erste Lied dieses Genres. Es stammt aus der Feder des Geigers und Komponisten *Enrique Jorrín*. Der Legende nach wurde Enrique Jorrín von einem Mädchen zum ersten Chachachá inspiriert, das das Lokal als weiß gekleidetes Mauverblümchen betrat, kurz im Bad verschwand und als aufgetakelte Schönheit in den Tanzsaal zurückkehrte. Der Titel spielt auf diese chamäleonartige Veränderung an. Jorrín trat mit seinem „Orquesta América“ regelmäßig im „Salón Prado y Neptuno“ auf und war von Oreste López' Stil beeinflusst. Um diesen Stil weiterzuentwickeln, verkürzte er die Einleitungen, um den Gesang hervorzuheben, und beschleunigte den Schlusspart.

Ein neues Genre war kreiert und brauchte einen Namen, da selbst die Tanzpaare bereits neue Bewegungen auf diesen Rhythmus entdeckt hatten. Das dreifache Klopfen der Tänzer auf die Tanzdielen soll die Musiker dazu inspiriert haben, ebenfalls dreimal auf den Boden zu klopfen und zu singen: „*Chachachá es un baile original*“ („Chachachá ist ein origineller Tanz.“). Dieser lautmalerische Name bezeichnete fortan einen Rhythmus, der unter dem Sternenhimmel des *Tropicana* seine ersten Erfolge feierte und von da aus die Tanzpaläste der USA eroberte.

Zwischen den fetzigeren Sones, Mambos, Rumbas und Chachachas mussten natürlich auch Schmusenummern im Repertoire sein. Das war dann der Bolero.

Der Bolero ist eine Art langsame Variante des Danzón, der sich seit Mitte der Achtzigerjahre des 19. Jahrhunderts entwickelt hat. Seine Hochphase hatte der Bolero in den Vierziger- und Fünfzigerjahren und wurde zum vielleicht größten musikalischen Exportschlagere Kubas. Heute ist der Bolero in ganz Lateinamerika und Spanien Bestandteil der örtlichen Folklore. Mit dem Bolero von Maurice Ravel hat er nur den Namen gemeinsam, da er ein Zweiviertel-Takt ist. In Santiago de Cuba, wo – wie oben beschrieben – eine andere Stilform des Kontertanzes als in Havanna gespielt wurde, entwickelten die Musiker den so genannten „cinquillo“, eine rhythmische Figur aus fünf Noten, die synkopisch ist (Achtel, Sechzehntel, Achtel, Sechzehntel, Achtel). Dieser Rhythmus war eine der prägendsten afrikanischen Zutaten für den Bolero und für die kubanische Musik insgesamt. Bald war aus dem europäischen ein afrokubanischer Kontertanz geworden. Die existierenden Formen und Tänze wurden in dieser Zeit jedoch bunt vermischt, man bediente sich munter aus dem Fundus an europäischen Tänzen und afrikanischen Rhythmen. So war auch der bereits erwähnte Danzón entstanden, dessen Musik stark dem afrokubanischen Kontertanz ähnelte, aber im Tanz ganz anders war: Beim Kontertanz tanzten mehrere lose Paare miteinander, beim Danzón dagegen vergnügten sich einzelne, eng umschlungene Paare auf einer einzigen Bodenfliese – das tänzerische Fundament für den lateinamerikanischen Bolero war damit gelegt. Der Bolero vermischte sich dann auch mit anderen Musikstilen. Die große Popularität des Son Cubano brachte Musiker auf die Idee, eine Mischung aus den beiden Erfolgs-Rhythmen Bolero und Son, einen Bolero-Son, zu kreieren. Die Lieder des Bolero-Son begannen mit einem langsamen Bolero, den man dann schneller spielte, mit dem Rhythmus des Son unterlegte und auch melodisch leicht abwandelte.

Von den 26 verschiedenen musikalischen Genres, die Emilio Grenet in seiner Studie zur Populärmusik 1938 auf Kuba ausmachte, waren Bolero und Son mit Abstand die beliebtesten und meistgespielten Rhythmen. Später folgten Boleros-Mambos und Kreuzungen mit dem Chachachá. Alle großen kubanischen Sänger und Sängerinnen von Benny Moré bis Rita Montaner sangen und sangen Boleros.

Kubas Einfluss auf Latinjazz und Salsa

Schon seit Mitte der Dreißigerjahre gingen kubanische Musiker in die USA, wo sie auf Swing- und später Bebop-Musiker trafen und mit ihnen zusammenarbeiteten. Der erste wirklich bekannte war Ma-

rio Bauzá, der 1937 im Orchester von Chick Webb für Furore sorgte. Daraufhin holte Bauzá seinen Schwager, den Sänger Francisco Grillo („Machito“), nach New York und gründete auf Anraten seines Freundes Dizzy Gillespie sein eigenes Orchester unter dem Namen „Machito y sus Afroclubers“. Diese Band, die viele als das beste karibische Ensemble aller Zeiten bezeichnen, bestand nur an der Perkussion aus Lateinamerikanern. Alle Bläser waren mit Nordamerikanern besetzt. Das Beispiel machte Schule, auch andere Jazzmusiker beschäftigten sich mit den neuen Klängen aus der Karibik, die viele für die progressivere Musik hielten. Aus dieser Zusammenarbeit entstanden die ersten Fusionen des Jazz mit den afrokubanischen Tänzen, die später als Latinjazz bekannt wurden.

In der Folge haben sich viele herausragende Instrumentalisten in die internationale Jazzszene aufgemacht. Allen voran stehen der Pianist Jesús „Chucho“ Valdés, der Klarinettist und Saxofonist Paquito D’Rivera und der Trompeter Arturo Sandoval. Der 1941 in Havanna geborene Pianist Chucho Valdés erforschte seine afrikanischen Wurzeln und gründete die Band „Irakere“ (das Wort kommt aus der Yoruba-Sprache und heißt so viel wie Dschungel oder Vegetation), die nicht nur eine Band, sondern auf Kuba zur Institution geworden ist. Chucho Valdés brachte mit „Irakere“ mehr als 25 der besten kubanischen Musiker hervor. Die Gruppe ist zu einer Art Musikschule auf allerhöchstem Niveau geworden. Paquito D’Rivera und Arturo Sandoval spielten bei „Irakere“, ihnen folgten Musiker, die dann so herausragende Gruppen wie „NG La Banda“ oder „Los Van Van“ gründeten.

Den Ursprung seiner Musik sieht Chucho Valdés in den afrokubanischen Religionen. Er erforschte die Rhythmen und fertigte zusammen mit anderen Musikern eine Studie über die gesamte populäre Musik Kubas an. Darauf aufbauend, arbeitete er an vielen anderen Projekten. Er und seine Musiker von „Irakere“ erforschten die Riten und Messen der Sklaven, ließen sich die alten Lieder vorsingen, studierten die afrikanischen Sprachen und Legenden und machten sich mit den vielen Rhythmen, Tänzen und Instrumenten vertraut. So entstanden Tanzstücke mit batá-Trommeln wie „Bacalao con pan“ („Stockfisch mit Brot“) und seine Schwarze Messe „Misa Negra“.

Einer der bekanntesten Schützlinge von Paquito D’Rivera und Chucho Valdés ist der afrokubanische Pianist Gonzalo Rubalcaba. Seine sagenhafte Technik und sein gutes Jazzfeeling lassen sein Klavierspiel bisweilen klingen, als ob hier vier Hände am Werk wären. Rubalcabas Vater Guillermo war ebenfalls ein großer Pianist, sein Großvater Jacobo war Posonist und Komponist. Sein Handwerk

erlernte Gonzalo auf dem Konservatorium von Havanna, wo er neben Klavier auch Schlagzeug und Perkussion studierte. Rubalcaba spielt nicht nur Latinjazz. Er beherrscht auch das allgemeine Jazzrepertoire wie kaum ein anderer Pianist. Entdeckt von Chucho Valdés und Paquito D’Rivera spielte Rubalcaba bereits als Teenager in Havanna und tourte dann auch durch Europa, wo Dizzy Gillespie auf ihn aufmerksam wurde. Ab Ende der Achtzigerjahre etablierte er sich auf der Weltbühne.

Salsa bezeichnet nicht einen spezifischen Rhythmus, sondern ist ein Oberbegriff für ein großes Sammelsurium verschiedenster lateinamerikanischer, insbesondere karibischer Rhythmen, die in New York ab den Sechzigerjahren vermischt, aufgenommen und popularisiert wurden. Die Kubanerin Celia Cruz, ein Topstar unter den „Salseros“ (so werden Salsa-Musiker und Tänzer genannt), sagt über diese Musik: „Salsa ist Mambo, Chachachá, Rumba, Son – alle kubanischen Rhythmen in einem.“ Sie hat Recht – denn die meisten Zutaten, die im Laufe der Zeit zum Salsa zusammengemixt wurden, stammen tatsächlich aus Kuba. Die Regierung Castro verstieg sich angesichts dieser Ahnengalerie zu der These, Salsa sei nur ein imperialistischer Ausdruck für das Plagiat kubanischer Musik. Das ist natürlich Unsinn. Der Son ist vielmehr für die Salsa das, was der Blues für den Jazz in Nordamerika ist. Er ist Vorläufer und Bestandteil. Doch viele andere Elemente sind drin wie die Rhythmen Plena und Bomba aus Puerto Rico.

Von der Nueva Trova bis heute

Am 8. Januar 1959 erringen die drei Bärtigen Che Guevara, Fidel Castro und Camilo Cienfuegos mit ihrer Revolution den Sieg über die Diktatur Batistas, vor allem aber auch über die Dominanz der USA und die Degradierung der Insel zum nordamerikanischen Vergnügungspark. Das Pendel des Zeitgeistes schlägt nun ins andere Extrem, und die Auswüchse der „imperialistischen Dekadenz“ werden verboten. Für viele Vergnügungspaläste kommt das Aus, nicht nur aus politischen Gründen, sondern vor allem, weil die nordamerikanische Kundschaft fehlt. Carlos Puebla textete in seinem Lied „Y en eso llegó Fidel“: „Se acabó la diversión, llegó el comandante y mandó a parar.“ („Schluss mit den Vergnügungen, der ‚comandante‘ kam und befahl aufzuhören.“). Havanna wird jetzt zur Pilgerstätte linker Intellektueller und Abenteurer aus aller Welt. Die Musik wird dem neuen Zeitgeist angepasst. Es entstehen Lieder, die die neuen Helden und ihre Taten preisen und als Nueva Trova bezeichnet werden. „Trova“, weil man an die alten kubanischen Lieder

erinnern will, wie sie ab Ende des 19. Jahrhunderts zu hören waren. „Nueva“, weil sie Teil einer neuen Botschaft sind. Die Bewegung Nueva Trova breitete sich als „Nueva Canción“ ab den Sechzigerjahren des 20. Jahrhunderts in ganz Lateinamerika aus.

Zunächst aber fand die kubanische Revolution von 1959 in Carlos Puebla ihren Volkssänger. Er war Mechaniker in einer Zuckerfabrik und hatte schon vor der Revolution in kubanischen Rhythmen wie dem Son und der Guajira gegen Diktator Batista und die US-Imperialisten angeungen. Durch den Umsturz auf Kuba wurde Puebla aber zum großen Sänger der Revolution. Er beschreibt die aktuellen Ereignisse in pathetischen Liedern und be-seelt die Revolutionstouristen in der „Bodeguita del Medio“, der Bar, in der Ernest Hemingway die Cocktails zubereitete. Puebлас bekanntestes Lied ist das legendäre „Hasta siempre, Comandante Che Guevara“, in dem es pathetisch heißt: „Uns bleibt die offene, innigst geliebte Klarheit deiner geliebten Präsenz, Comandante Che Guevara.“ Obwohl das Phänomen auch in anderen lateinamerikanischen Ländern zeitgleich entstand und sich ähnlich entwickelte, war die Entstehung der Nueva Trova auf Kuba und die geglückte Revolution doch das Maß aller Dinge für die Liedermacher in ganz Lateinamerika.

Nach Puebla sind die bekanntesten Re-präsentanten der Nueva Trova Silvio Rodríguez und Pablo Milanés. Silvio Rodríguez soll angeblich am Anfang der Revolution Verhören unterzogen worden sein. Deshalb sagt ein kubanischer Witz: „Früher war Silvio untersagt – jetzt ist er Pflicht.“ Er selbst sagt, dass er nie die Stimme der

Revolution sein wollte, das würde er Fidel Castro selbst überlassen, aber er glaube fest an die Revolution.

Die Revolutionsregierung bemühte sich um die Musiker, von denen viele nach der Schließung der Nachtclubs praktisch arbeitslos waren. Natürlich ist diese staatlich gelenkte Musikindustrie problematisch. Produziert wird nur, was genehm ist, denn der Staat mischt sich als wichtigster Auftraggeber und Produzent auch in die Produktionspolitik ein. Die Musikindustrie war abhängig von bisweilen repressiven Zensur- und Aufsichtsbehörden, die viele Künstler ins Exil trieben. Eine weitere Einschränkung bedeuteten die Folgen des US-amerikanischen Wirtschaftsembargos und der sozialistischen Mangelwirtschaft, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion besonders stark zum Tragen kamen. Der allgegenwärtige Materialmangel in fast allen Wirtschaftszweigen bestimmt natürlich auch die Musikszene der Insel: Verstärkeranlagen, Musikinstrumente, Noten usw. sind auf Kuba oft äußerst schwer zu beschaffen. Immerhin: Wie im Filmgenre und in anderen Künsten konnten sich auch einige Musiker ihre Nischen bewahren und sogar mit regimekritischen Titeln an die Öffentlichkeit gehen. Die Kulturpolitik der kubanischen Regierung hat, bei allen teilweise auch dramatischen Einschränkungen, die Musikszene am Leben erhalten. Auf Kuba gibt es heute über hunderttausend Musiker, die mit der reichhaltigen musikalischen Tradition ihres Landes experimentieren und sie beständig weiterentwickeln. Auch Anleihen an die Jazzmusik aus der Heimat der ansonsten geschmähten „Imperialisten“ im Norden sind erlaubt. Strömungen wie der Rap und Hip-

SANTERÍA, SON UND REVOLUTION – EINE KURZE GESCHICHTE DER KUBANISCHEN MUSIK

Hop sind auf Kuba heute ebenfalls zu hören. Sie wurden längst von Gruppen wie den „Orishas“ aufgenommen, mit der nötigen Portion Son angereichert und zu einer kubanischen Ausprägung entwickelt. Ihr Name ist kein Zufall, sie wollen die afrokubanische Musik weiterentwickeln. Kritische Liedtexte sind in den letzten Jahren ebenfalls möglich: So bringt die Band „NG – Nueva Generación“, deren Name Programm ist, mit ihren umgangssprachlichen Texten die Stimmung vieler Kubaner auf den Punkt. Andere Musiker, die auf Kuba leben, aber ständig um die Welt touren, sind längst Bestandteil der weltumspannenden Rock-, Pop- und Jazzszene geworden, die dieser kleinen und hochmusikalischen Insel zahlreiche Anregungen verdankt. Das kubanische Erbe wird weiterentwickelt. Die Kubaner haben es in den letzten hundert Jahren verstanden, Trends in der Populärmusik zu setzen und haben sich nie geweigert, andere Musikströmungen mit ihren Wurzeln zu vermischen. Wir dürfen gespannt sein auf das, was diese kleine Insel mit der großen musikalischen Vielfalt noch hervorbringen wird – ungeachtet der politischen Veränderungen, die dieses Land mit der Abdankung ihres Jefe Máximo auf jeden Fall durchmachen wird.

LITERATUR

Birkenstock, Arne/Blumenstock, Eduardo (2002): Salsa, Samba, Santería. Inklusive Audio-CD mit 19 von den Autoren ausgewählten Originalaufnahmen. München.

Mießgang, Thomas (2000): Der Gesang der Sehnsucht – Die Geschichte des Buena Vista Social Club und der kubanischen Musik. Köln.

Ortiz, Fernando (1952): La transculocación blanca de los tambores negros. Caracas.

Roy, Maya (2000): Buena Vista – Die Musik Kubas. Heidelberg.

ANMERKUNGEN

1 Der Güiro (Guori, spansich „Flaschenkürbis“) ist ein etwa 30 bis 40 Zentimeter langes, hohles Rhythmusinstrument aus Holz und gehört zur Familie der Perkussionsinstrumente, genauer zur Gruppe der Schrapp- und Reibidiophone.

2 Maracas (deutsch „Rumba-Rasseln“ oder „Rumba-Kugeln“) sind Perkussionsinstrumente, die zur Gruppe der Idiophone gehören.

3 Cencerro (oder Campanal bezeichnet eine trapezförmig gestaltete Kuhglocke aus Kupfer- oder Messingblech von zehn bis 20 Zentimeter. Das Perkussionsinstrument wird mit einem Holzstab angeschlagen.

4 Tres (spanisch: drei) ist eine kubanische Gitarre mit drei Saitenpaaren.

5 Ein Blasinstrument, das einen kräftigen, tiefen Ton hervorbringt. Es sieht aus wie eine Amphore mit Löchern. Das Instrument ersetzt in Son-Orchestern den Kontrabass.



UNSER AUTOR

Arne Birkenstock, Jahrgang 1967, finanzierte sein Studium als Akkordeonist für verschiedene Latin-Bands. Er lebt und arbeitet in Köln als Autor und Dokumentarfilmregisseur. 1999 veröffentlichte er gemeinsam mit Helena Rüegg ein Buch über den argentinischen Tango („Tango: Geschichte und Geschichten. dtv 24237). 2004 lief sein Dokumentarfilm „12 Tangos“ sehr erfolgreich in den deutschen Kinos. Siehe auch www.arnebirkenstock.de



UNSER AUTOR

Eduardo Blumenstock, geboren 1965 in Madrid, studierte Lateinamerikanistik in Köln, Madrid, Santiago de Chile und Buenos Aires. Er ist Pianist und musikalischer Leiter mehrerer Latin-Formationen, daneben arbeitet er als Übersetzer und Dozent für spanische Sprache und Literatur.

Kuba im Spiegel der Literatur

Wolfgang Rössig

José Martí, Kubas Nationalheld, erfährt als Dichter dieselbe Verehrung wie als Freiheitskämpfer. Diese Verbindung von Geschichte, Politik und Literatur ist charakteristisch für Kubas Literaturschaffende. In vielen Werken kubanischer Schriftsteller sind die Suche nach der kubanischen Identität und das Streben nach politischer Unabhängigkeit zentrale Motive. Das über 500 Jahre währende Streben nach Unabhängigkeit, die Fremdbestimmung durch die spanische Kolonialmacht und die Annexionsgelüste der USA haben Kubas Literatur nachhaltig geprägt, Unrecht anprangernde, Demokratie und Gerechtigkeit einfordernde Stimmen hervorgebracht. Kubanische Literaten haben sich in ihren Gedichten und Büchern schon immer mit den historischen, politischen und sozialen Verhältnissen, in denen die Menschen auf Kuba lebten und leben, auseinandergesetzt. Gerade die Literatur des 20. Jahrhunderts spiegelt eindrucksvoll die wechselvolle und schillernde Wirklichkeit der karibischen Insel wider. So darf es nicht verwundern, dass viele Schriftsteller nach der Revolution des Jahres 1959 in ihrem literarischen Schaffen beeinträchtigt wurden. Ein Teil von ihnen wählte das Exil. Aus ihren Werken spricht oftmals eine trotzige Liebe zu Kuba. Gleichzeitig rechnen sie provokant mit den hehren Idealen der Revolution ab und schildern überaus realistisch das karge Leben in den Zeiten der „Sonderperiode“. Wolfgang Rössig beschreibt die wesentlichen Epochen der kubanischen Literatur und vermittelt Einblicke in Leit motive, Werk und Schaffen der bekanntesten kubanischen Schriftstellerinnen und Schriftsteller. |

Frühe Ansichten: Kolumbus und Humboldt

„Er versichert, jene Insel sei die schönste, die Menschaugen jemals erblickt hätten“, lautet der Eintrag vom 28. Oktober 1492 im Schiffstagebuch von Christoph Kolumbus (1451–1506), und so war der große Admiral der erste, der je etwas über Kuba geschrieben hat. Nur wusste er gar nicht, wo er sich befand. „Auf Cubanacán“ hatten die Tainos der zuerst entdeckten Insel Guanahani (dem heutigen Hispaniola) geantwortet, als Kolumbus sie fragte, wo denn Gold zu finden sei. „Die Indios sagten, auf dieser Insel gäbe es Goldgruben und Perlen, und der Admiral sah eine Stelle, die zur Bildung

von Perlen geeignet war, und auch Muscheln, die ein Anzeichen dafür sind, und der Admiral glaubte zu verstehen, dass dorthin Schiffe des Großen Khans kämen, und zwar sehr große Schiffe, und dass es von dort bis zum Festland zehn Tagereisen seien.“

Immerhin verdanken wir Kolumbus die ersten Beobachtungen der kubanischen Flora und Fauna, von Palmen, die ganz anders aussahen als an der afrikanischen Westküste und mit deren Zweigen man Häuser baute, von hohen Ufergräsern, schönen Gebirgszügen, wasserreichen Flüssen, von lieblich singenden Vögeln und Hunden, die niemals bellten.

Wesentlich präziser beschreibt der deutsche Naturforscher Alexander von Humboldt (1769–1859) Kuba. Hier wird er heute als „zweiter Entdecker“ verehrt, der als Europäer der Insel entscheidende Anstöße auf der Suche nach der eigenen Identität gab. Auf der Fahrt in das heute kolumbianische Cartagena hatte er einen

dreimonatigen Aufenthalt in Havanna eingelegt, dessen Anblick am Eingang des Hafens er als einen der „lachendsten und malerischsten, dessen man an der Küste des äquinoktialen Amerika nördlich vom Erdgleicher (Äquator) sich erfreuen kann“ beschrieb. Dass man Humboldts „politischen Essay“, der 1826 in Paris erschien, auf Kuba alsbald wegen „immenser Gefährlichkeit“ verbot, lag daran, dass Humboldt in der ersten detaillierten Studie über Kuba überhaupt nicht nur die Natur der Insel mit wachen Augen beobachtete, sondern auch die Sklaverei als „größtes Übel der Menschheit“ vehement verurteilte.

Nationale Identität und Sklavenroman

Umso erstaunlicher, dass 1839 in Havanna „Cecilia Valdés o La Loma del Angel“ von Cirilo Villaverde (1812–1894) erschei-

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

nen konnte, wenn auch in gekürzter Form, aber immerhin 20 Jahre vor Harriet Beecher Stowe's „Onkel Toms Hütte“: die erste literarische Anklage eines Kubaners gegen die Sklaverei in der Form eines Liebesdramas.

Der Autor war als Sohn eines Arztes auf einer großen Zuckerrohrplantage aufgewachsen und war mit den Lebensverhältnissen der Sklaven daher nur zu gut vertraut. Die fiktiven Helden des Romans, die junge Mulattin Cecilia Valdés, die sich in ihren weißen Halbbruder verliebt, und ihren Vater, der spanische Plantagenbesitzer und Sklavenhändler Leonardo Gamboa, begriffen die zeitgenössischen Leser als Musterbeispiele einer zutiefst ungerichten Kolonialgesellschaft und es erschütterte sie, wenn eine alte Sklavin der Tochter ihres Besitzers erklärt: „Euer Gnaden wissen nicht – und möge Gott verhüten, dass Sie es jemals wissen – was es heißt, eine Sklavin zu sein. (...) Man lässt sie in keinem Fall nach ihrem eigenen Gutdünken entscheiden. Euer Gnaden, das beginnt damit, dass man ihr nicht erlaubt, den Mann zu heiraten, den sie mag oder liebt. Die Herren geben und nehmen ihr den Ehemann. Sie kann auch nicht sicher sein, für immer an seiner Seite zu leben, oder dass sie selbst ihre Kinder aufziehen wird. Wenn sie es am wenigsten

erwartet, verfügen die Besitzer ihre Scheidung, verkaufen ihren Mann und auch ihre Kinder, und trennen die Familie derart, dass sie niemals mehr auf dieser Welt zusammenkommen. Und dann, wenn die Frau jung ist und sich einen anderen Mann sucht und wenn sie nicht durch den Schmerz über den Verlust ihrer Kinder umkommt, ja dann sagen die Herren, dass diese Frau ja keine Gefühle hat, dass sie nicht leidet und dass sie keine Liebe für irgendjemanden empfindet.“

Selbst die idyllische Beschreibung der *Vuelta Abajo*, Kubas berühmter Tabakregion in der Provinz Pinar del Río, „ein immenses und wunderbares Bild, das auf keinem Gemälde Platz findet und das vom menschlichen Auge nicht in seiner ganzen Größe wahrgenommen werden kann“, nutzt Villaverde zu unverhohlener Sozialkritik: „Im Gegensatz dazu bietet sich in nördlicher Richtung dem Auge des Reisenden eine so tiefe, schroffe, schwermütige und finstere Gegend, dass er vermeint, anderen Boden und ein anderes Klima vorzufinden. Auch wenn heute der größte Teil des Bodens bis über Bahia Honda hinaus landwirtschaftlich bearbeitet wird, so verfliegt dadurch nicht dieser düstere Eindruck, vielleicht weil es sich um Zuckermühlen handelt, vielleicht weil das Klima zweifellos feuchter und heißer ist, vielleicht weil die Menschen und Tiere dort intensiver ausgebeutet und misshandelt werden als in anderen Teilen der Insel. Bei ihrem Anblick schlägt die Bewunderung schnell um in Verstimmung und die Freude in Bedauern.“

Den 1844 in Spanien erschienenen Roman „Sab“ von Gertrudis Gómez de Avellaneda (1814–1883), der eine Liebesbeziehung eines Mulattensklaven mit seiner weißen Herrin schildert, verbot die wach gewordene Zensur auf Kuba sofort, weil er „subversive Gedanken über das System der Sklaverei auf dieser Insel“ enthalte. Dennoch wurde Gertrudis Gómez de Avellaneda, die aufgrund ihres recht unkonventionellen Liebeslebens viel Aufsehen erregte, bei ihrer Heimkehr nach Kuba 1859 als Literatin mit höchsten Ehren

gefeiert, starb später jedoch mittellos und vergessen.

Dem aus einfachen Verhältnissen stammenden Mulatten Gabriel de la Concepción Valdés (1809–1844), ein Autodidakt, der unter dem Pseudonym Plácido schrieb, erging es noch schlimmer: er wurde von den spanischen Kolonialbehörden einer nicht nachgewiesenen Verschwörung gegen den Staat beschuldigt und hingerichtet. Seine Gedichte waren die ersten, die sowohl bei den Gebildeten wie im Volk Anklang fanden. Neben erzwungenen Lobeshymnen finden sich bereits unverhohlenen rebellische Aussagen. Berühmter noch wurde José María Heredia y Heredia (1803–1839), der wie Villaverde ins Exil fliehen musste. Von Mexiko aus schrieb er Gedichte, wobei ihn seine Liebe zu Kuba und der Glaube an die Demokratie neben romantischen Natursichten wie „En el teocalli de Cholula“ und „Oda al Niágara“ auch zu mehreren politischen Dichtungen inspirierten. „Himno del desterrado“ (1825), die Hymne des Verbannten, wurde zum Kampfgesang der kubanischen Patrioten des 19. Jahrhunderts: „Kuba! Frei wirst du einst dich seh'n, und rein wie die lichtdurchflutete Luft, die du atmest, wie die brausende Woge, die den Sand an deinem Gestade du küssen siehst. Wenn auch Verräter schändlich ihm dienen, vergebens schäumt des Tyrannen Wut, und nicht umsonst zwischen Kuba und Spanien breitet endlos ihr Wasser die See.“

José Martí: Kubas größter Patriot

José Martí (1853–1895), größter Dichter und Schriftsteller Kubas, Kämpfer und für die kubanische Unabhängigkeit gefallener Märtyrer, gilt als Wegbereiter des Modernismo, einer Ende des 19. Jahrhunderts entstandenen literarischen Strömung, die der Literaturwissenschaftler Angel Rama als „die erste dichterische Unabhängigkeitsbewegung Lateinamerikas“ bezeichnete. Noch immer ist Martí der Autor, auf den sich alle Kubaner einigen können, der vom sozialistischen Kuba ebenso vereinnahmt wurde und wird wie von den Exilkubanern in Miami, die ihre Botschaften über „Radio Martí“ auf die Insel schicken. Als in der schlimmsten Phase der „Sonderperiode“ Anfang der 1990er-Jahre viele gebildete Kubaner ihre Bibliotheken auf dem Büchermarkt der Plaza de Armas zu Geld machen mussten, um ihre Familie zu ernähren, da ließ man die dicken Wälzer von Marx und Engels leichten Herzens ziehen. Aber wenn jemand eine Gesamtausgabe von José

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

José Martí (1853–1895), Dichter und Nationalheld, gilt als Wegbereiter der literarischen Unabhängigkeitsbewegung Lateinamerikas. Martí wird vom sozialistischen Kuba ebenso vereinnahmt wie von den Exilkubanern in Miami. Das Bild zeigt das José-Martí-Denkmal auf dem „Platz der Revolution“ in Havanna.

picture alliance/dpa

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Der Büchermarkt auf der Plaza de Armas in Havanna. In den kargen Zeiten der „Sonderperiode“ machen Kubaner ihre Bibliotheken zu Geld. picture alliance/dpa

Martí anbot, sah man ihm zutiefste Verzweiflung an.

Martís „Versos Sencillos“ (1891), die „einfachen Verse“, die in Liedform als „Guanatanamera“ um die ganze Welt gingen, und „Ismaelillo“ (1882), die zärtlichen Gedichte an seinen Sohn, bei dem er „von allem entsetzt“ Zuflucht suchte, sind nur eine Facette seines umfangreichen dichterischen und essayistischen Schaffens. Schon mit 15 Jahren schloss er sich den Aufständischen des ersten Unabhängigkeitskrieges an, wurde verhaftet und musste nach sechs Monaten im Gefängnis ins Exil nach Spanien gehen, bevor er sich zwischen 1880 und 1895 in New York niederließ. 1892 gründete er zusammen mit Antonio Maceo und Máximo Gómez die Revolutionäre Kubanische Partei (PRC) und brachte die Zeitschrift „Patria“ heraus. Dabei kämpfte er nicht nur gegen die spanische Kolonialmacht, sondern auch gegen die Annexionsgelüste der USA, deren Großmachtinteressen gegenüber Kuba er fürchtete: „Ich habe lange in dem Ungeheuer gelebt und kenne seine Eingeweide: meine Schleuder ist die Davids.“ In seinen in ganz Lateinamerika verehrten Schriften von „Nuestra América“ (1891, Unser Amerika) wehrte er sich gegen die Expansionsbestrebungen der USA und forderte eine Vorreiterrolle Kubas bei der Schaffung eines freien und unabhängigen Lateinamerika: „Die Völ-

ker Amerikas sind um so freier und glücklicher, je mehr sie sich von den Vereinigten Staaten abwenden.“

Martís Glaube, dass eine grundlegende Veränderung der herrschenden Verhältnisse nur auf bewaffnetem sozialrevolutionärem Weg zu erreichen sei und der Befreiungskampf als ethische Pflicht über den nationalen Rahmen hinaus wirke, führte den schwächlichen kränkelnden Mann in die Kämpfe des zweiten Unabhängigkeitskrieges, wo er als einer der ersten im Alter von 42 Jahren fiel. Später wird sich der Internationalismus eines Che Guevara an Martís berühmte Worte erinnern: „In welchem Vaterland kann ein Mann mehr Stolz empfinden als in unseren schmerz erfüllten Republiken Amerikas, die inmitten von stummen Indiomassen, beim Lärm des Kampfes zwischen Buch und Altarleuchter, auf den blutigen Armen einer Hundertschaft von Aposteln errichtet wurden?“

Die Entdeckung der Afrokubanischen Identität

Die 1902 gegründete Kubanische Republik sollte die Hoffnungen auf nationale Unabhängigkeit und soziale Integration schnell enttäuschen. In den Aufsätzen von Fernando Ortiz (1881–1969) verband sich die Kritik der „kubanischen Dekadenz“ mit

einem vehementen Plädoyer für gesellschaftliche Erneuerung. Aufgrund seiner wegweisenden ethnologischen und afrokubanischen Studien gilt Ortiz gar als der „dritte Entdecker Kubas“. Besonders anschaulich legte er 1940 die widersprüchliche Identität Kubas in seinem Essay „Contrapunteo cubano del tabaco y del azúcar“ (1940, Tabak und Zucker. Ein kubanischer Disput) dar: „Der Anbau des Tabaks verlangt ununterbrochene, äußerst sorgfältige Pflege; man kann den Tabak nicht wie das Zuckerrohr sich selbst überlassen“, schreibt er, um dann im Detail die Unterschiede zwischen der „zärtlichen und eifrigen Verwöhnung durch den arbeitenden Menschen“, die der Tabakanbau erfordert, „als ginge es darum, ein Kunstwerk zu schaffen“, mit dem harten Schnitt des Zuckerrohrs zu vergleichen, das man nicht Blatt für Blatt wie beim Tabak, sondern mit Stumpf und Stiel abschlägt: eine brutale Arbeit, die man nur Sklaven überträgt. Tabak- und Zuckerpflanze, ein einziger Gegensatz, sind „zu den Beweggründen der Akteure und zu Stützen wie zu Fesseln des Volkes gemacht“ worden, folgert Ortiz: „Die Geschichte Kubas studieren, sei es seine Innen- oder seine Außenpolitik, heißt deshalb eigentlich immer, die Geschichte des Zuckers und des Tabaks als der beiden entscheidenden Systeme seiner Wirtschaft studieren.“

Den afrokubanischen Kulturen Santería, Palo Monte und Abakuá widmete sich Lydia Cabrera (1899–1991). In den 1930er-Jahren sammelte sie mündlich überlieferte afrokubanische Mythen und Fabeln, besonders die des Yoruba-Volksstammes, und schrieb sie auf. Mit ihren „Cuentos negros de Cuba“ (Schwarze Erzählungen aus Kuba), die schon 1936 auf französisch in Paris erschienen waren, bediente sie in Europa den in dieser Zeit verbreiteten Afrikakult, der bei Picasso und im Surrealismus deutlichen Ausdruck findet.

Nicolás Guillén (1902–1989), Kubas berühmtester schwarzer Dichter, setzte afrokubanische Traditionen in Lyrik um und wurde zusammen mit Alejo Carpentier zum führenden Vertreter der Negrista-Bewegung, die eine „mulattische Poesie“ forderte, bei der lautmalend die Rhythmen und Klangfarben der Musik, die Dialekte der schwarzen Kubaner, ihre Mythen, Zauber und Beschwörungen dominieren. Stolz auf die afrikanische Herkunft drückt schon das in „Motive des Son“ (1930) erschienene Auftaktgedicht vom „Negro Bombón“, dem „dicklippigen Neger“ aus, der negativ besetzte Rassenmerkmale ins Positive verkehrt: „Warum gerätst Du so in Wut, wenn sie dich ‚dicklippiger Neger‘ nennen, wenn Du doch den Mund eines Heiligen hast, dicklippiger Neger? Dicklippig wie Du bist, hast Du doch alles!“

„Mulattisch“ ist für Guillén das grundlegende Wesen Kubas, dessen Synkretismus aus hispanischen und afrikanischen Wurzeln er als „Santa Bárbara auf der einen Seite, auf der anderen Changó“ beschreibt. Oft verknüpfen die Gedichte Guilléns, der 1937 in die Kommunistische Partei eintrat, den Stolz auf die afrokubanische Lebenswelt mit expliziter politischer Kritik, die 1937 zum Beispiel die Unverschämtheit der Touristen in einem zum Bordell degradierten Land mit spielerischer Leichtigkeit attackiert. Dagegen wirken spätere Lobeshymnen auf Kubas sowjetischen Bruder und die perfekte sozialistische Gesellschaft, in der man alles hat, was man braucht, aus heutiger Sicht allzu naiv. Wegen seiner dogmatischen Intoleranz als langjähriger Vorsitzender des neu gegründeten Schriftstellerverbands UNEAC, in dessen Funktion er zentrale Verantwortung für die staatliche Kulturpolitik trug, ist seine Position als „zweiter Nationaldichter Kubas“ nicht unumstritten.

Direkt beeinflusst von Guillén ist Nancy Morejón (*1944), in deren berühmtem Gedicht „Mujer negra“ die Geschichte der Schwarzen von der Sklaverei bis in die Gegenwart in hymnischer Freude endet.

Einen ganz anderen Verlauf nahm die Karriere der bedeutendsten weißen Dichterin Kubas des 20. Jahrhunderts. Dulce María Loynaz (1903–1997) war Mitglied

einer der großen Adelsfamilien Kubas, Tochter eines berühmten Generals des Befreiungskrieges und damit eine der reichsten Damen der Insel. Nach der Revolution ging sie in ein inneres Exil und veröffentlichte fast 30 Jahre keine Zeile mehr. Spät, erst 1987, widerfuhr ihrer Poesie, die keiner Richtung zuzuordnen ist, auch von offizieller Seite Anerkennung. Noch in den 1990er-Jahren pilgerten kubanische Intellektuelle zu Lesungen der Poetin in ihre palastartige Villa in Havanna, in der Luxus und Prunk einer Zeit zu sehen waren, die kaum ein Kubaner noch aus eigener Anschauung kannte. Junge Kubaner, die in zerfallenden, qualvoll überfüllten Solares (Mietshäuser) lebten, lauschten atemlos den eklektischen, unpolitischen Gedichten, die Dulce mit warmer fester Stimme vortrug, während ihr Blick auf Kronleuchter, Meißner Porzellan und einen Steinway-Flügel fielen. Es heißt, dass viele junge Schriftsteller Kubas Luxus nur deshalb beschreiben konnten, weil sie im Haus Dulces gewesen waren: Anderswo gab es all das nicht mehr. Das alte Havanna, wie es bei Dulce noch zu besichtigen war, hat Alejo Carpentier (1904–1980), der zweite große Wegbereiter der Negrista-Literatur, in seinen Essays besonders eindrucksvoll beschrieben. Carpentier, der „internationalste“ und vielgereiste Schriftsteller Kubas, mit französischem Vater und russischer Mutter, die in der Schweiz studiert hatte, war der Hauptvertreter des „Wunderbar Wirklichen“. Mit diesem Begriff beschrieb er eine Realität in den Ländern Latein-

amerikas und der Karibik, in der sich im alltäglichen Leben genau wie in der großen Geschichte Mythologie und Wirklichkeit vermischten. Ihren Ausdruck findet diese Konzeption besonders in dem Haiti-Roman „El reino de este mundo“ (1949, Das Reich von dieser Welt), in dem das Schicksal des (fiktiven) Sklaven Ti Noel vor dem Hintergrund des haitianischen Sklavenaufstands erzählt wird. In „Los pasos perdidos“ (1953, Die verlorenen Spuren) gerät ein Musikwissenschaftler auf der Suche nach indianischen Instrumenten immer tiefer in den Urwald, und in „Concierto Barroco“ (1974, Barockkonzert) treffen Vivaldi, Strawinsky und Händel im Karneval von Venedig auf den schwarzen Sklaven Filomeno, der mit seiner afrikanischen Musik ihre Ordnung durcheinander bringt.

Als Anspielungen auf Verhältnisse in Kuba hat man besonders seinen Roman „El siglo de las luces“ (1962, Explosion in der Kathedrale) gelesen, in dem es vor der historischen Kulisse der Französischen Revolution in der Karibik um Machtmissbrauch geht, dem ursprünglich fortschrittliche Gedanken der Aufklärung zum Opfer fallen. Am meisten über Kuba liest man jedoch in Carpentiers autobiographisch geprägtem Spätwerk „La consagración de la primavera“ (1978, Le Sacre du Printemps). Hier erleben die russische Tänzer-

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Noch in den 1990er-Jahren entführte Dulce María Loynaz (1903–1997), die bedeutendste weiße Dichterin Kubas, ihr Publikum mit Lesungen in eine längst vergangene Welt Kubas.

picture alliance/dpa

rin Vera und der kubanische Architekt Enrique den Spanischen Bürgerkrieg, den Terror des kubanischen Batista-Regimes und den Sieg der Revolution. In diesem Roman feiert Carpentier den Malecón von Havanna als einzigartigen Ort, eine Bühne, auf der sich immer wieder neue Szenen mit Licht, Wellen und Wind ereignen. Carpentier erzählt auch Geschichten aus dem Chinesenviertel Havannas und feiert Havanna als „Stadt der Säulen“: ein Text, der auf Kuba als kleiner Bildband mit Schwarzweißfotos bei Touristen lebhaftes Interesse findet: „Die unglaubliche Fülle von Säulen in einer Stadt, die ein wahrer Säulenstapelplatz, ein Säulenuwald, eine endlose Kolonnade geworden ist, die letzte Stadt, die Säulen in einer solchen Überfülle besitzt; Säulen noch dazu, die nach dem Auszug aus ihrem ursprünglichen Standort, dem Innenhof, eine Geschichte des Verfalls der Säule quer durch die Zeiten darstellen (...) Säulen, zur Hälfte dorisch, zur Hälfte korinthisch, ionische Zwergsäulen, Karyatiden aus Zement, schüchterne Illustrationen oder Degenerationen ...“

Erzählfreude jenseits der Revolution

Ganz andere Wege als bei Guillén und Carpentier ging die literarische Experimentierfreude bei José Lezama Lima (1910–1976) und Guillermo Cabrera Infante (1929–2005), zwei der größten kubanischen Schriftsteller dieses Jahrhunderts. Beide distanzierten sich schon früh von der Regierung Fidel Castros. Lezama Lima blieb jedoch auf Kuba und wird dort bis heute entweder schwärmerisch verehrt oder als eklektisch abgelehnt. Sein großer, unendlich vielschichtiger Roman „Paradiso“ (1966) ist ein neobarockes Sprachkunstwerk, in dem vordergründig die Geschichte des Protagonisten José Cemí und in Rückblenden die der Familien seiner Eltern erzählt wird, doch spielt Lezama dabei mit allen nur erdenklichen Versatzstücken abendländischer Bildung und inszeniert homoerotische Phantasmagorien. „Lezama Lima zu lesen, ist eine der härtesten und oft auch ärgerlichsten Tätigkeiten, die es geben kann“, befand der argentinische Schriftsteller Julio Cortázar. Wie singulär Lezamas Stil ist, verrät bereits eine Beschreibung der auf Kuba allgegenwärtigen „rejas“: „Eisengitter erinnerten an untergehendes Barock, waagrecht angeordnete Gusseisenstäbe traten in aufsteigenden Bogen auseinander und liefen in einem verzierten Maul zusammen. Morgens, zur Stunde des Saubermachens, wurden die beiden anderen Türen geöffnet, deren Gitter dann hinter dem von drei korinthischen Säulen gestützten Portal zu stehen kamen. Eines der Gitter war, obgleich in einer Tür angebracht,

nur ein Fenster. Das andere ließ sich wie eine Tür öffnen. Zu beiden Seiten der Gittertüren kam je eine Jalousientür. Innen schlossen zwei mehrgliedrige Holzläden die beiden vorderen Räume vollständig ab, die den Salon mit dem Haupteingang verbanden. Die nur als Fenster dienende Tür war an Karnevalstagen sehr begehrt, denn sie bot eine höchst bequeme Aussicht und Schutz gegen heftige Überfälle von Papierschlangen und die vorüberflutenden schreienden Menschenmassen, die ihre Arme wie Windmühlenflügel oder in schlafwandlerischem Schwertkampf schwenkten.“

Von großer Fabulierkunst zeugen auch die Werke von Guillermo Cabrera Infante (1929–2005), der anfänglich die Revolution noch unterstützte, dann aber im Gegensatz zu Lezama Lima ins Exil nach

London ging und zu den härtesten Kritikern des Castro-Regimes wurde. In seinem großen Roman „Tres tristes tigres“ (1967, Drei traurige Tiger) feiert das rauschhafte Nachtleben des mit der Revolution untergegangenen Havanna seine Auferstehung. Mit höchster sprachlicher Virtuosität werden in Bruchstücken unter anderem die Erlebnisse eines Schauspielers, eines Starfotografen, eines kinobegeisterten Schriftstellers und zweier Kabarettängerinnen im vergnügungssüchtigen, von nordamerikanischen Touristen überfluteten vorrevolutionären Havanna in den letzten Monaten der Batista-Diktatur erzählt, mit zungenbrecherischen Wortspielen, vitaler Komik und immer neuen Wendungen der kubanischen Alltagssprache, die aus dem Mund des Sprachkünstlers Bustrófedon

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

respektlos sogar Geistesgrößen wie Martí, Guillén, Carpentier und Lezama Lima persifliert. In seinem zweiten, autobiographisch geprägten Roman „La Habana para un Infante difunto“ (1979) wird die Welt von Havanna rund um das Haus und dessen Bewohner in der Calle Zulueta 408 wieder lebendig, das er als 12-Jähriger erstmals betreten hatte. Doch während die Wohnung von Lezama Lima in der Calle Trocadero 162 heute als Museum zu besichtigen ist, ließ die Regierung das von Cabrera Infante so eindringlich beschriebene Haus abreißen, um – wie der exilierte Autor behauptete – das Andenken an ihn zu tilgen.

Sowohl von Cabrera Infante wie von Lezama Lima geprägt ist das Werk von Severo Sarduy (1937–1993), der ins Pariser Exil ging und sich in seinem bekanntesten

Buch, dem strukturell komplizierten Roman „De donde son los cantantes“ (1967, Von wo die Sänger sind) in barock wuchernder, spielerisch-traumhaft verfremdeter Weise mit Havanna auseinandersetzt und im Schlusskapitel unter dem Titel „Der Einzug Christi in Havanna“ die triumphale Ankunft Fidels in Havanna im Januar 1959 persifliert. Auch Virgilio Piñera (1912–1979), ebenfalls aus dem Umfeld von Lezama Lima, wurde wegen seiner homosexuellen Neigung und seiner Parteinahme für den verfeimten Lyriker Padilla von offizieller Seite schikaniert, ging aber nicht ins Exil. In seinem Roman „Pequeñas Maniobras“ (1963, Kleine Manöver) versucht ein Antiheld in der Menge übersehen zu werden, bis ihm dies als Nachtwächter in einem Spiritistenhaus endlich gelingt.

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

Revolutionsroman und Testimonio-Literatur

Die siegreichen Revolutionäre verlangten nach anderen Texten. Prämiert wurden zum Beispiel Erzählungen über den Befreiungskampf in der Sierra Maestra und den sich anschließenden gesellschaftlichen Umwälzungsprozess, wobei José Soler Puig (1916–1996) mit seinem 1960 erschienenen Erstlingsroman „Bertillón 166“ über Castros „Bewegung 26. Juli“ das Genre prägte. Dabei sind diese Klassiker der Revolutionsliteratur literarisch keineswegs zu unterschätzen. Gerade in den ersten Jahren nach dem Triumph der Revolution war recht freies Schreiben möglich und wurde enthusiastisch genutzt. So gehen auch die literarischen Reportagen von Lisandro Otero (1933–2008) wie „Cuba: Z.D.A.“ (1960, Rebellion im Paradies) über die Agrarreform oder der Roman „En ciudad semejante“ (1970, Stadt im Feuer), der die letzten Jahre des korrupten Batista-Regimes zum Thema hat, weit über ideologische Gefälligkeitstexte hinaus. Wegen seiner Verfilmung von Gutiérrez Alea weit über die Grenzen Kubas hinaus bekannt wurde der Roman „Memorias del subdesarrollo“ (1965, Erinnerungen an die Unterentwicklung) von Edmundo Desnoes (*1930), der die Geschichte eines jungen kubanischen Bourgeois schildert, der sich an die neuen Verhältnisse nicht anzupassen vermag und sich selbst als immer nutzloser empfindet.

Neben den Revolutionsromanen erlangte seit Ende der 1960er-Jahre die so genannte Testimonio-Literatur große Bedeutung, die über die Niederschrift autobiographischer Berichte „einfachen Leuten“ eine Stimme geben wollte. Genrebildend wurde „Der Cimarrón“ (1966) des Ethnologen und Essayisten Miguel Barnet (*1940), der auf der Grundlage langer Tonbandinterviews mit dem 106 Jahre alten Esteban Montejo die „Lebensgeschichte eines entflohenen Negersklaven aus Kuba, von ihm selbst erzählt“ (so der Untertitel der deutschen Übersetzung), zu Papier bringt: „Die Glocke der Plantage war am Ausgang. Die läutete der Aufseher. Um vier Uhr dreißig morgens wurde das Ave Maria geläutet. Ich glaube, das

Alejo Carpentier (1904–1980) war der internationalste Schriftsteller Kubas, Wegbereiter der Negrista-Literatur und Hauptvertreter des magischen Realismus.

picture alliance/dpa

Dieses Bild kann aus urheberrechtlichen Gründen nicht angezeigt werden

waren neun Glockenschläge. Man musste sofort aufstehen. Um sechs Uhr läuteten sie eine andere Glocke, die nannte man Gänsemarschglocke: Da musste man auf einem Platz außerhalb der Baracke antreten. Die Männer auf einer Seite und die Frauen auf der andern. Dann bis elf aufs Feld, dann aßen wir Dörrfleisch, gekochtes Gemüse und Brot. Dann, bei Sonnenuntergang, kam das Abendgebet. Um acht Uhr dreißig läuteten sie das letzte Mal zum Schlafengehen. Das hieß das Schweigen.“ Weniger Anklang fand das 1969 erschienene Buch „Canción de Rachel“ (Lied der Rachel) über einen ehemaligen Bühnenstar des Alhambra-Theaters im Havanna der ersten Jahrhunderthälfte, obwohl auch dieses Werk weit über der Flut von Nachahmern steht, deren Vorzüge eher im revolutionären Eifer als in der literarischen Qualität lagen. Barnet selbst kam 1981 mit „Gallego“ (Alle träumten von Cuba), das einen Anfang des Jahrhunderts nach Kuba eingewanderten Galicier von seinem Leben als Lastenträger, Kohleverkäufer und Straßenbahnschaffner in den Armenvierteln Hav-

annas erzählen lässt, wieder zu Ehren und spielt noch heute im Kulturbetrieb Kubas eine große Rolle. Inzwischen weiß man, dass bei der Authentizität immer wieder literarisch nachgeholfen wurde. Wer mit einer Fülle von Details und Geschichten über den Alltag in Havannas Stadtteil Vedado während der letzten Batista-Jahre lesen möchte, in dem Barnet seit jeher lebt, wird zu seinem halbautobiographischen Buch „Oficio de ángel“ (1989, Das Handwerk des Engels) greifen, das die Entwicklung eines Jugendlichen bis zum Beginn der Revolution schildert.

Als führenden Literaturtheoretiker der Revolution gilt der Dichter und Essayist Roberto Fernández Retamar (*1930), der Leiter der „Casa de las Americas“ wurde. Besonders hervorzuheben ist „Calibán. Apuntes sobre la cultura en nuestra América“ (1971, Kaliban. Essays zur Kultur Lateinamerikas), das einen Bogen von der Symbolik der aus Shakespeares „Der Sturm“ stammenden Figuren zur neokolonialistischen Abhängigkeit des Kontinents schlägt.

Der Ethnologe und Essayist Miguel Barnet, Mitbegründer der Testimonio-Literatur, wurde durch die Veröffentlichung „Der Cimarron. Die Lebensgeschichte eines geflohenen Negersklaven aus Kuba, von ihm selbst erzählt“ bekannt. Miguel Barnet ist ein entschiedener Befürworter enger Kulturbeziehungen zwischen Kuba und Deutschland.

picture alliance/dpa

Gegen die Revolution: Nichts! – Die „Affäre Padilla“

In den ersten Jahren der Revolutionäre herrschte in literarischer Hinsicht eine recht große Toleranz. So konnte Reinaldo Arenas (1943–1990) mit „El mundo alucinante“ (1969, Wahwitzige Welt) einen nicht systemkonformen pikaresken Abenteuerroman über den revolutionären mexikanischen Dominikanerpater Fray Servando Teresa de Mier (1765–1827) vorlegen, der „zwischen Exil und Scheiterhaufen“ lebte, und 1968 wurde der Gedichtband „Fuera del juego“ (1968, Außerhalb des Spiels) von Heberto Padilla (1932–2000) mit dem Literaturpreis des kubanischen Künstler- und Schriftstellerverbandes (UNEAC) ausgezeichnet, dann aber vom Verbandskomitee als „ideologische Manifestation außerhalb der Prinzipien der Kubanischen Revolution“ verurteilt. „Innerhalb der Revolution: Alles! Gegen die Revolution: Nichts!“, hatte Fidel Castro schon 1961 als Lösung vorgegeben. „Endgültig – er war kein Dichter der Zukunft. Er sprach viel von den schwierigen Zeiten und analysierte die Ruinen, war aber nicht fähig, sie zu stützen“, hatte Padilla gedichtet und war plötzlich tatsächlich „außerhalb des Spiels“. 1971 zwang man ihn zu einer erniedrigenden Selbstkritik mit vorgestanzten Floskeln, die dazu führte, dass bei einer Reihe von kubanischen Autoren jegliche Begeisterung für die Revolution erlosch und auch renommierte Intellektuelle aus aller Welt wie Jean-Paul Sartre, Mario Vargas Llosa, Julio Cortázar, Juan Rulfo und Octavio Paz auf Distanz zum Castro-Regime gingen. In seinem Roman „En mi jardín pastan los héroes“ (1981, In meinem Garten grasen die Helden) rechnete der endlich in die USA entlassene Padilla mit dem sozialistischen Kuba ab, das von den gesellschaftlichen Normen abweichende Mitbürger „parametrieren“ ließ.

Besonders schlimm traf es in dieser Zeit die Homosexuellen, und die kurz vor dem Freitod im Exil verfasste Autobiographie „Antes que anochezca“ (1992, Bevor es

Nacht wird) von Reinaldo Arenas erzählt nicht nur von Padillas „Parametrierung“, sondern auch von der eigenen, die den seine Homosexualität hemmungslos auslebenden Schriftsteller in Umerziehungslager führt: „Eines der erschütterndsten Zeugnisse, die in spanischer Sprache über Unterdrückung und Rebellion geschrieben worden sind“, so der peruanische Schriftsteller Mario Vargas Llosa. Mit freiwilliger Selbstkritik, wie sie später in sehr differenzierter Form auch Eliseo Alberto (*1951) in seinem bemerkenswerten „Informe contra mi mismo“ (1996, Rapport gegen mich selbst) leisten wird, setzt sich der Romanheld in „Los iniciales de la tierra“ (1987, Die Initialen der Erde) von Jesús Díaz (1941-2002) auseinander. Hier muss Carlos, der Protagonist, angesichts seiner bevorstehenden Aufnahme in die Partei die Frage beantworten, ob er ein vorbildlicher Revolutionär und Arbeiter war, was ihn dazu zwingt, sein persönliches und politisches Leben vor und nach der Revolution zu rekapitulieren: „Er unterbrach die Lektüre in der dunklen Gewissheit, in einem Labyrinth gefangen zu sein, und da kam Gisela vom Nachtdienst zurück, todmüde, sagte sie und beugte sich über das Formular, diese schlichte Lebensbeichte, vor der Carlos die ganze Nacht über versucht hatte, seine Vergangenheit zu rekonstruieren, und sich gefragt hatte, warum er dieses und nicht jenes getan hatte, warum ihm fast nie das gelungen war, was er gewollt hatte, sondern immer nur eingetreten war, was der Zufall oder das Schicksal oder wer weiß was verfügt hatte, als sei das Leben nur ein nicht mehr rückgängig zu machender Pfusch, den man erst bemerkt, wenn es zu spät ist, und der ihn jetzt aus diesem immer noch leeren, fragenden, stummen Formular anlagte.“ Zwölf Jahre sollte es dauern, bis der Roman in Kuba veröffentlicht wurde. 1992



UNSER AUTOR

Wolfgang Rössig ist Reiseautor, Reisefotograf, Übersetzer und Publizist. Studium der Romanistik und Germanistik in München und Toulouse (Abschluss M.A.), langjähriger Redakteur für Romanische Literaturen bei „Kindlers Neues Literaturlexikon“, Autor von über 20 Reiseführern, darunter drei über Kuba.

hatte man aber von den Perestroika-Ideen des Autors genug und bürgerte ihn de facto aus, während er in Berlin weilte. In seinem Roman „Dime algo sobre Cuba“ (1998, Erzähle mir etwas von Kuba) beschrieb er mit trockenem Humor die Odyssee eines aus einem Drittland in Miami gelandeten kubanischen Zahnarztes, der – um bei den US-Behörden Anrecht auf Asyl zu bekommen – sechs Tage und sechs Nächte auf der Dachterrasse eines Hauses in Miami verbringt, und dann sonnenverbrannt als „Floßflüchtling“ vor der Küste Floridas im Meer ausgesetzt wird.

Schreiben in der „Sonderperiode“

Der Tag, den der Salsasänger Willy Chirino nach dem Mauerfall auch für Kuba prophezeite, sollte nicht kommen. Stattdessen rief Fidel Castro die „Sonderperiode in Zeiten des Friedens“ aus, die drastische wirtschaftliche Einschnitte und 1994 eine Massenflucht mit selbst gezimmerten Flößen über das Meer nach Florida auslöste.

Besonders erfolgreich wurde der Roman „La nada cotidiana“ (1995, Das tägliche Nichts) von Zoé Valdés (*1959), wobei sicherlich auch die bislang Männern vorbehaltene Schilderung eines zügellosen Sexuallebens eine Rolle spielten. In die gleiche Bresche schlägt Daina Chaviano (*1957), die seit 1991 im Exil in Florida lebt und in „El hombre, la hembra y el hambre“ (1998, Havanna Blues) das Doppelleben einer Frau als Künstlerin und Prostituierte inmitten der Mangelwirtschaft der 90er-Jahre behandelt.

Noch obsessiver schildert Pedro Juan Gutiérrez (*1950) in seiner „Trilogía sucia de La Habana“ (1998, Schmutzige Trilogie von Havanna) die Zeit der Sonderperiode, in der alles Mangelware ist außer Sex und Alkohol. Gutiérrez schreibt in der Manier eines Henry Miller oder Charles Bukowski, doch selbst wer seine Obszönität zu übertrieben findet, wird einräumen, dass man selten Anschaulicheres über die Lebensverhältnisse im qualvoll überfüllten Stadtteil Centro Habana und seinen Solares (Mietshäuser) gelesen hat, in deren Zimmern oft eine ganze Familie hausen muss und wo fast täglich heruntergekommene Häuser einfach einstürzen.

Selbstredend sind die Bücher von Gutiérrez auf Kuba nur unter der Hand erhältlich, anders als die spannenden Kriminalromane von Leonardo Padura Fuentes (*1955). Mit seiner Detektivfigur Mario Conde führt der Autor den Leser durch ganz Havanna, in Situationen, die wirklich realistisch sind und kubanisches Leben ungeschminkt, aber ohne Übertreibungen schildern.

Auf dem barocken Prachtboulevard Pa-

seo del Prado in Centro Habana mit seinen bröckelnden Häusern spielt ein Roman von Miguel Mejides (*1950), während Reinaldo Montero (*1952) die Uferpromenade Malecón in Szene setzt: „Der riesige Malecón, das dunkle Meer und die hellen Augen Rosas scheinen dich in eine lyrische Stimmung zu versetzen, du hast sogar Lust, o Rosa zu sagen, ohne o, aber leicht exklamatorisch, denn du hast die Hoffnung, dass Nacht und Meer dir als Komplizen zu Hilfe eilen und Rosas Augen während des Spaziergangs auf dem Malecón Lust bekommen, sich für einen Kuss zu schließen. So einfach ...“

„Wenn ich verloren gehe, dann such mich ... auf Kuba“ hatte der spanische Dichter Federico Garcia Lorca, der 1930 Havanna besuchte und in vollen Zügen genoss, an seine Eltern in Granada geschrieben. Kubanostalgie ist noch immer Mode. Das gilt auch für die neue Literatur jener kubanischer Emigranten, die bereits in den USA aufgewachsen sind und die auf Englisch schreiben wie Cristina Garcia (*1958) in ihrem Roman „Dreaming in Cuban“ (1992, Träumen auf Kubanisch) über eine durch die Revolution getrennte Familie oder Ana Menendez (*1970), die in ihrer Sammlung von Kurzgeschichten „In Cuba I Was a German Shepherd“ (2001, Damals in Kuba) das Niemandland zwischen Miami und Havanna beschreibt, in dem alte Kubaner von einer lange verlorenen Heimat träumen und junge Kubaner von einem Paradies, das sie nur aus Erzählungen kennen. Ein Paradies, das Ernest Hemingway (1899–1961) liebte, der in Kuba fast als Nationaldichter verehrt wird, obwohl oder gerade weil er die Zuckerinsel in „Islands in the Stream“ mit harten Worten beschrieben hat: „Das war jetzt das Stück der Straße, das er nicht mochte, wenn er in die Stadt fuhr, und dieses Stücks wegen nahm er sich immer den Drink mit. Er trank ihn gegen die Armut, gegen den Schmutz, gegen den Staub von vierhundert Jahren und die Rotznasen der Kinder, gegen die abgebrochenen Palmen am Straßenrand und die Dächer, die aus Konservendbüchsenblech zusammengenagelt waren, gegen das Elend der Syphilis, die nicht behandelt wurde, gegen den Unrat in alten Flussbetten und die Hühner, die so verlaust waren, dass sie keine Federn an den Halsen hatten, gegen die Krätze im Genick der alten Männer und den Altweibergeruch und die brüllenden Radios.“

Die Touristen erinnern sich an andere Sätze: „Mi Mojito en La Bodeguita, mi Daiquiri en El Floridita.“ Jeder träumt von Kuba, auf seine Weise.

Wie die Revolution nach Kuba kam

Harald Falckenberg (Hrsg.):
Kuba – Bilder einer Revolution.
 Mit Texten von Boris Groys und
 Klaus Honnef.

Philo Fine Arts / EVA Europäische Verlagsanstalt,
 Hamburg 2008, 288 Seiten, 64 Euro.

Castro war sich der Bedeutung der Fotografie für die Sache der Revolution durchaus bewusst. Anlässlich eines Gesprächs im Jahr 2000 mit den „Revolutionsfotografen“ Raúl Corrales, Roberto Salas, Liborio Noval und Alberto Korda äußerte er die Feststellung: „Nur dank Euch sind wir noch da.“ Castro hat damit die nachhaltige Wirkung „revolutionärer Bilderwelten“ auf das kollektive Gedächtnis Kubas – und auch der (Nach-)Welt – angemessen beurteilt. Wohl kaum eine andere Revolution wurde ästhetischer, heroischer und inszenierter abgelichtet als die kubanische Variante des Umsturzes. Harald Falckenberg, Kunstsammler und Herausgeber des opulenten Fotobandes „Kuba – Bilder einer Revolution“, schildert in der Einleitung des bibliophilen Bandes sein zunächst vergebliches Bemühen, eine größere Ausstellung mit Arbeiten des kubanischen Fotografen Alberto Korda zu realisieren. Alberto Korda war jener, immer noch weitgehend unbekannt Fotograf, der das ikonengleiche Porträt Che Guevaras mit seiner Leica fotografierte. Das meistreproduzierte Foto (s. u.) der Welt schmückte nicht nur unzählige Studentenbuden, Wohngemeinschaften und Millionen von T-Shirts. Noch heute prangt das Porträt – liebevoll und naiv nachgemalt – auf Plakatwänden, die an oftmals maroden Gebäuden, die nur noch vage an die spanische Kolonialarchitektur erinnern, in nahezu jeder Stadt Kubas angebracht sind. Durch die Vermittlung des Kulturmanagers Jesús Irsula, der Ausstellungen kubanischer Künstler in Europa organisiert, gelang es Harald Falckenberg schließlich, eine umfassende Werkschau kubanischer Revolutionsfotografie nach Hamburg – und damit erstmalig in die Bundesrepublik – zu holen. Die Retrospektive umfasste eine Auswahl von über 200 Fotografien und ca. 70 Revolutionsplakate. Der aus dieser Werkschau entstandene und unlängst veröffentlichte Fotoband bietet einen repräsentativen Querschnitt der Arbeiten von Raúl Corrales (gest. 2006), Alberto Korda (gest. 2001), Liborio Noval, Osvaldo Salas (gest. 1992) und dessen Sohn Roberto Salas.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, stammen die in dem Band vereinten Foto-

grafien allesamt aus der „heroischen“ und „euphorischen“ Zeit der Jahre 1959 bis 1965. Es sind eben jene Jahre, in denen auf Kuba durch radikale Reformen soziale Umwälzungen und grundlegend neue Verhältnisse geschaffen wurden, die zwangsläufig zum Konflikt mit Washington führen mussten. Der sich 1959 anbahnende Konflikt wird in einigen der im Band dokumentierten Fotografien mit durchaus subtiler Botschaft offenkundig. Ein ikonischer Beleg, dass sich die kleine Karibikinsel nicht scheuen und die Auseinandersetzung mit der Weltmacht USA wagen wird, ist das Foto *David y Goliath* (S. 194) von Alberto Korda. Das Bild zeigt einen zwerghaft kleinen Fidel Castro vor der übergroßen Statue Abraham Lincolns in Washington und symbolisiert die kräftemäßig ungleich verteilte, aus der Sicht Castros jedoch gerechtfertigte und unumgängliche Konfrontation.

Die Bilder von Corrales, Korda, Noval und Salas halten den „Zauber des Umsturzes“ in magischen Bildern und Porträts dergestalt fest, dass die Leiden (und Leichen der „nachrevolutionären Säuberungen“) der Vergessenheit anheimfallen und die Revolution zum Mythos gerinnt. So sind die Aufnahmen der militärischen Aktionen in der Sierra Maestra, die in unzähligen Bildern dokumentiert und im offiziellen Presseorgan *Revolucion* veröffentlicht wurden, größtenteils nachgestellt. Die meisten dieser Fotos stammen also aus der Zeit, als die Kämpfe bereits gewonnen waren. Die Bilder dokumentieren das Lagerleben der Guerillas, sind mithin vom Pathos der Revolution getragene Nach- und Darstellungen. Deutlich wird bei diesen „revolutionären Performances“ (Boris Groys), dass sich das Kameraobjektiv auf die Revolutionsführer konzentriert: Fidel Castro und Ernesto Che Guevara sind allgegenwärtig. Die oft stimmungsvollen Schnappschüsse verzichten weitgehend auf die verbissene Ernsthaftigkeit, die zum Beispiel der sowjetischen Revolutionsfotografie der 1920er-Jahre anhaftet. Eine solche Art der nostalgischen und „revolutionären Folklore“ (Klaus Honnef) dokumentiert nicht die Mühen und Plackereien des revolutionären Alltags, sondern eine „politisch-ästhetische Revolution, eine Revolution im Lifestyle, die (...) ihre eigene Mode, ihr eigenes Design schafft“ (Boris Groys). Häufig sind die zwanglos erscheinenden Schnappschüsse bewusste Inszenierungen, die nur scheinbar alltägliche Situationen zeigen. Wenn Castro und Guevara beim Golfspiel präsentiert werden (S. 222–228), so ist dies eine klug durchdachte Anspielung auf die seinerzeit populären Fotografien US-amerikanischer Präsidenten auf dem Golfplatz. Die Her-

ren Revolutionäre hatten bei all ihren Auftritten die Kamera stets fest im Blick und zeigten schon damals ihre nackten Oberkörper im Dschungel-Camp. (Ein Bild, das sich erst in jüngster Zeit für russische und französische Staatsoberhäupter schick!) Ihr Auftreten erinnert ein wenig an unbeholfene Medienstars, die sich im Stil durchaus konventioneller Modefotografie in Szene setzen lassen. Alberto Korda war in der Tat, bevor er zum „ästhetischen Chronisten der Revolution“ ernannt wurde, ein erfolgreicher Akt- und Modefotograf. Und auch Liborio Noval hatte Erfahrungen in der Werbefotografie.

Castro und Guevara hatten – so Klaus Honnef in seinem Beitrag „Die Revolution in Kuba und die Fotografie“ – von Anfang an die publizistische Seite ihres Unternehmens im Auge und verwendeten daher auch Zitate aus anderen heroischen Tagen und Zeiten. So erinnert das von Raúl Corrales aufgenommene Bild *La Caballeria* (S. 170/171), das eine verwegene Reiterscharen mit wehenden kubanischen Fahnen auf den Betrachter zureitend zeigt, an Aufnahmen von Emilio Zapata und die Bilder der mexikanischen Revolution. Die Bildsprache einzelner Aufnahmen hat ihren Teil dazu beigetragen, dass am Ende der Mythos über die Realität siegte. Geschichte wird in eine mythologische Dimension verkehrt. Das wohl bekannteste Beispiel ist das berühmte Bild von Che Guevara als *guerillero heroico*, das am 5. März 1960 während einer Trauerfeier für 81 Hafearbeiter, die bei der vermutlich von der CIA inszenierten Explosion des Tankers *La Coubre* im Hafen von Havanna ums Leben kamen, entstand. Das Bild, das zunächst nicht in der offiziellen Tageszeitung *Revolucion* veröffentlicht wurde, hing achtlos in Kordas Atelier, bis der italienische Verleger Giangiacomo Feltrinelli 1967 zufällig auf das Bild stieß und von Korda zwei Abzüge geschenkt bekam. Zu Lebzeiten Guevaras gelangte das inzwischen berühmte Konterfei nicht an die Öffentlichkeit. Erst nach Guevaras Erschießung in Bolivien druckte Feltrinelli die ersten tausend Poster mit Kordas Foto, das daraufhin in Millionen Exemplaren verbreitet wurde. Korda hat im Übrigen für die Rechte an seinem Bild nie einen Cent Honorar erhalten. So wie dieses Bild eine Legende aufzubauen half, präsentiert der Fotoband das gewaltige Bildepos eines längst vergangenen politischen Umsturzes. Der Fotoband bietet mehr als nur einen „ikonischen Genuss“. Er vermittelt einen Einblick in die „Macht der Bilder“, die Fotografien inne- wohnen können. Und er ist gleichzeitig ein Lehrstück für politische Kommunikation, in der Bilder mit einer exakten Zielvorstellung inszeniert und produziert wer-

den. Wenn man den Blickwinkel wechselt und sich auf die Alltagsszenen und kubanischen Stimmungsbilder des Fotobandes konzentriert, entdeckt man Kubanerinnen und Kubaner, die die bewegten Zeiten mit „karnevalesker Heiterkeit“ (Harald Falckenberg) genießen. Genau diese Fotos sind es, die – so unlängst in der Rezension einer Wochenillustrierten – eine Ahnung vom unerfüllten Traum vermitteln, die Geschichte so zu verändern, dass dabei eine menschlichere Gesellschaft herauskommt.

Siegfried Frech

Die Vorteile Europas

Martin Hüfner:

Europa. Die Macht von morgen.

Carl Hanser Verlag, München/Wien 2006, 308 Seiten, 19,90 Euro.

Europa befand sich angesichts der gescheiterten Verfassungsreferenden in Frankreich und den Niederlanden lange in einer Krise, von der noch nicht ausgemacht ist, ob sie mit dem Vertrag von Lissabon vollends überwunden ist. Auch ökonomisch betrachtet taugt der Kontinent aus der Perspektive vieler Beobachter kaum für eine Führungsrolle. „Europa“, konstatiert dennoch Martin Hüfner, „ist stärker, als wir denken“. Uns stehe ein europäisches Jahrzehnt bevor.

Zu Recht weist der frühere Chefvolkswirt der Hypo Vereinsbank und Senior Economist der Deutschen Bank, der inzwischen als Berater und Publizist tätig ist, populäre Irrtümer zurück, etwa dass die EU-Osterweiterung insgesamt Arbeitsplätze vernichte oder die EU für die Bürokratisierung allein verantwortlich zeichne. Man denke nur an die Brüsseler Anti-Diskriminierungs-Richtlinie, die von der rot-grünen Bundesregierung noch wesentlich erweitert wurde. Und die Integration der Staaten Osteuropas hat – im Interesse hiesiger Arbeitsplätze – erst das Bewusstsein für die sehr hohen deutschen Löhne geschaffen. Der Autor benennt zudem Vorteile Europas, die bisweilen unterschätzt werden, wie die Existenz des größten Binnenmarktes der Welt oder die erfolgreiche Transformation von Plan- in Marktwirtschaften.

Gleichwohl ist vieles, was er anführt, wenig handfest. Der neue Stil, den Europa in der Weltpolitik verfolge und der ihm so viele „Freunde“ einbringe, dürfte eher der Not als einer Tugend geschuldet sein. Militärische Stärke – und das heißt zugleich: die Schwäche Europas – scheint für Hüfner ohne jede Bedeutung zu sein. Ob die von ihm festgestellten „emotionalen Qualitäten“ Europas sich als belastbar erweisen, möchte man lieber nicht auf die Pro-

be gestellt sehen. Hüfner vertritt aufgrund der europäischen Integration die Überzeugung, dass die Nationalstaaten in Zukunft verschwinden. Aber deren Ende wurde schon häufiger beschworen. Mindestens so viele Argumente sprechen für eine Renaissance der Nationalstaaten. Eine schlüssige Analyse, weniger eurozentrisch angelegt, müsste beide Entwicklungen berücksichtigen.

Es ist durchaus erfrischend zu lesen, dass Hüfner Europa Vorteile in der Globalisierung gegenüber Amerika und Asien attestiert. Aber auf einem anderen Blatt steht, ob es auch realistisch ist. In dem Maße, in dem der Autor Europa überschätzt, unterschätzt er die USA, China und Indien. Fragen nach der politischen Union, der europäischen Verfassung nach der Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon und der Erweiterung bzw. Vertiefung der Union, um nur eine kleine Auswahl zu treffen, harren weiterhin einer Beantwortung. Zum weltweiten Modell taugt das kaum. Hüfner möchte dem verbreiteten Pessimismus etwas entgegensetzen und erweist sich dabei als blinder Optimist – in beiden Fällen keine gute Voraussetzung, um mit Selbstbewusstsein schwierige Aufgaben zu lösen.

Ralf Altenhof

Die Heuss-Briefe – Der Auftaktband der „Stuttgarter Ausgabe“

Hrsg. und bearbeitet von Ernst Wolfgang Becker:

Theodor Heuss, Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945–1949.

K. G. Saur Verlag München 2007. 621 Seiten, Ill., Theodor Heuss, Stuttgarter Ausgabe, hrsg. von der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus. 39,80 Euro.

Wenige Monate vor Kriegsende, am 13. Januar 1945, schilderte Theodor Heuss seinen Tagesablauf in einem Brief an den Journalisten und Schriftsteller Wilhelm Stapel:

„Was ich treibe? Sehr viel. Um 1/7 Uhr rüttle ich den Heizofen u. besorge ihn, dann steige ich von uns[erem]. Hügel mit zwei Blechkannen in das Dorf Handschuhsheim herab u. hole für einige Pfennige ‚entrahmte Frischmilch‘, ich lüfte und mache die Betten [...]. Dies alles nicht wegen einer späten Leidenschaft zur bürgerlichen Idylle [...], sondern weil die gegenwärtige Weltgeschichte dem Herzen meiner Frau schlecht bekommt [...]. Manche meinten zu meinem 60. Geburtstag ich solle Erinnerungen niederschreiben; ich habe ‚Hemmungen‘. [...] Die Jugend wäre ja ganz reizvoll, [...] aber mein eigener Beitrag als ‚Handelnder‘ in der politischen Geschichte ist gering und rechtfertigt ein solches Unterfangen nicht.“

Doch da ihm für eine „geplante neue Arbeit das Material fehlte (Bibliotheken geschlossen)“, begann Heuss, „wie ein alter Mann ‚Erinnerungen‘ zu schreiben“, denn er meinte: „Bis unsereins wieder Tätigkeit findet, wird es lange dauern...“ (Brief an eine Jugendfreundin, 24. Mai 1945). Würde Heuss nun weiter „mit biederer Stete“ Biographien verfassen (die Robert-Bosch-Biographie, an der er seit 1942 arbeitete, war soeben im Manuskript fertig geworden; als erstes bedeutendes Werk in der amerikanischen Besatzungszone erschien sie dann 1946), mit Verlegern und Redakteuren verhandeln, mit Familienangehörigen, Verwandten, Freunden korrespondieren? Beileibe nicht! Nur wenige Monate nach der eingangs zitierten „Hausmannsidylle“ war er wieder als Handelnder in der Politik aktiv – und vier Jahre danach, am 12. September 1949, wurde Heuss zum ersten Bundespräsidenten gewählt.

Die beiden Daten, Mai 1945 und September 1949, markieren den zeitlichen Rahmen des Auftaktbands einer auf acht Bände projektierten Reihe mit Heuss-Briefen, der so genannten „Stuttgarter Ausgabe“. Sie wird herausgegeben von der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus und enthält zum größten Teil bislang unbekannte und unveröffentlichte Briefe, Schriften, Reden und Gesprächsnotizen. Die Periodisierung der einzelnen Bände orientiert sich an Heuss' Biographie sowie an bekannten Weichenstellungen der deutschen Geschichte von 1892 bis zu seinem Tod 1963.

Die im vorliegenden Band „Theodor Heuss. Erzieher zur Demokratie. Briefe 1945–1949“ veröffentlichten 219 Briefe (von etwa 1.500 erhaltenen aus dieser Zeit) sind von nicht zu unterschätzendem Wert. Heuss war nicht nur Briefschreiber, Biograph, politischer Pädagoge. Gleich im Mai 1945 bekam er die Möglichkeit, seine seit 1905 kontinuierlich ausgeübte Tätigkeit als Journalist (was er „von Haus aus“ sei, so Heuss am Tag seiner Wahl zum Bundespräsidenten zu einem Reporter der *Neuen Zeitung*) wieder aufzunehmen: Die amerikanische Besatzungsmacht übertrug ihm zusammen mit zwei weiteren Journalisten und Politikern (einem Kommunisten und einem Sozialdemokraten) die Lizenz für die Neugründung einer Zeitung (der *Rhein-Neckar-Zeitung* in Heidelberg). Heuss arbeitete außerdem an Neuauflagen früherer Werke, engagierte sich in der liberalen Parteipolitik auf Landes- und Länderebene und übernahm Ende 1945 das Amt des ersten württembergisch-badischen Kultministers. Der Rücktritt von diesem Amt im De-

zember 1946 bedeutete jedoch nicht das Ende seiner politischen Aktivitäten. Im Gegenteil, sie weiteten sich aus. Er nahm an mehreren Konferenzen der Liberalen Weltunion in England teil und engagierte sich beim Versuch, eine gesamtdeutsche liberale Partei (DPD) in Ost- und Westzone zu gründen. Im Frühjahr 1947 wurde er als Vertreter der westlichen Zonen an die Spitze der neuen Partei gewählt. Während den Verfassungsberatungen im Parlamentarischen Rat 1948/49 (die FDP-Fraktion hatte ihn darin zu ihrem Vorsitzenden gewählt) beeindruckte Heuss „durch seine historischen und staatsrechtlichen Kenntnisse, durch seine anspruchsvolle Rhetorik und durch sein ausgeprägtes Talent zum Ausgleich zwischen festgefahrenen Positionen“ (Thomas Hertfelder).

Es erweist sich als ein guter Griff der Verantwortlichen, an den Anfang der Gesamtausgabe die Edition der „Briefe 1945–1949“ zu stellen, bieten sie doch eine Fülle von spannenden, teils dramatischen Materialien zur Biographie von Theodor Heuss, zum familiären Umfeld, zur Staats- und Gesellschaftsauffassung, zum Demokratieverständnis dieses liberalen, bildungsbürgerlichen Demokraten. Ediert sind: Reden und Vorträge bei Veranstaltungen und im Rundfunk, Bemerkungen zu Zeitungs-, Zeitschriften- und Buchpublikationen, Notizen über Auseinandersetzungen mit Vertretern der ostzonalen liberalen Partei; Briefe an Politiker, Schriftsteller, Wissenschaftler, Verleger, Architekten, US-Militärs. Bekannte Namen befinden sich unter den Adressaten: Politiker wie Reinhold Maier, Paul Löbe, Konrad Adenauer, Johannes R. Becher, Carlo Schmid; Schriftsteller wie Alfred Döblin, Josef Eberle und Margret Boveri; Historiker wie Friedrich Meinecke und Willy Andreas; Verleger wie Peter Suhrkamp und Hermann Leins. Die umfangreiche private Korrespondenz mit seiner Frau, Elly Heuss-Knapp, und mit weiteren Familienangehörigen und Freunden zeigen den Anteil nehmenden Menschen Theodor Heuss.

Entsprechend vielfältig ist der Inhalt der Briefe. Hier einige konkrete Beispiele aus den Kurzregesten:

Für 1945: ‚Schicksal gemeinsamer Verwandter und Bekannter‘. ‚Anordnung der Teilnahme von Schülern an einem Gedenktag für die Opfer des Faschismus‘. Für 1946: ‚Verbindung zum Widerstand um Carl Goerdeler ... Stimmung in der deutschen Bevölkerung‘. ‚Ernährungslage, Entnazifizierung‘. ‚Vereinigung von SPD und KPD, Erzählband von Elly Heuss-Knapp‘. ‚Aufnahme von Vertriebenen ...

Entnazifizierung der Jugend, Denunziantentum‘. ‚Wahl zum Vorsitzenden der DVP in der US-Zone.‘ Für 1947: ‚Streit über die Zustimmung zum „Ermächtigungsgesetz“ von 1933‘. ‚Haltung von Pazifismus, Föderalismus und Einheitsstaat‘. Für 1948: ‚Reformbedarf in den Volksschulen, Befürwortung des humanistischen Gymnasiums‘. ‚Reden über die Revolution von 1848/49‘. ‚Währungsreform‘. ‚Beziehung zu Konrad Adenauer‘. ‚Befürwortung des Zusammenschlusses von Württemberg und Baden‘. ‚Ablehnung von Volksbegehren im Grundgesetz‘. Für 1949: ‚Adenauer-Krise‘. ‚Deutsch-französische Verständigung‘. ‚Einschätzung von Freier Marktwirtschaft und Staatsinterventionismus‘.

Ohne Wenn und Aber stellte sich Heuss dem „Verbrecherischen“ des Nationalsozialismus und der Haltung der Bevölkerung. „Die Deutschen [müssen] bei dem Wort Demokratie ganz von vorn anfangen im Buchstabieren...“, zitiert der Herausgeber des Auftaktbandes, Ernst Wolfgang Becker, in seiner profunden Einleitung Heuss aus seiner Rede in Berlin „Um Deutschlands Zukunft“ (März 1946), und wenn die Amerikaner dabei auf Denazifizierung und die Methode der Umerziehung von außen setzten, sprach und schrieb Heuss vom „Weg der Selbstreinigung“ und Erneuerung von innen. Nachsichtiger als andere war Heuss als Minister hie und da, wenn er etwa von Beamten aus der NS-Zeit um „Denazifizierungsbekundungen“ gebeten wurde; doch er verbürgte sich nur „für wirklich ernste Fälle“, die ihm „sachlich und menschlich am Herzen liegen“. In allen anderen Fällen musste er „Enttäuschungen am laufenden Band abgeben“ (Brief vom 27. Mai 1946).

Dieser sorgfältig edierte, mit Abbildungen, einem ausgezeichneten Quellen- und Literaturverzeichnis, einem ausführlichen Personen- und Sachregister versehene Band der Heuss-Briefe 1945–1949 wurde von Ernst Wolfgang Becker, dem stellvertretenden Geschäftsführer der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, bearbeitet und herausgegeben. Für Wissenschaft und Publizistik, für historisch, politisch und kulturell Interessierte eine schier unerschöpflich Quelle. Erleichtert wird die Lektüre wie auch das gezielte Suchen durch ein detailliertes „Verzeichnis der Briefe“ und durch stichwortartige Kurzregesten über die wesentlichen Inhalte der Dokumente, welche die ganze Breite von Heuss' Interessen, Aktivitäten, Einstellungen und Gedanken zeigen.

Wir dürfen gespannt sein auf die weiteren sieben Bände der Heuss-Briefe, die unter anderem die Jahre 1933–1945, den Briefwechsel mit der Bevölkerung 1949–

1959 und die Zeit von seiner Wahl zum ersten Bundespräsidenten 1949 bis zu seinem Tod 1963 umfassen werden.

Walter-Siegfried Kircher

„Doppelte“ Diktaturerfahrung

Sandra Kalniete:

Mit Ballschuhen im sibirischen Schnee. Die Geschichte meiner Familie.

Herbig Verlag, München 2005, 352 Seiten, 22,90 Euro.

Ligita Dreifelde, Sandra Kalnietes Mutter, wurde 1941 als 14-jähriges Mädchen zusammen mit ihren Eltern von der Sowjetunion nach Sibirien deportiert. Aivars Kalnietis, den Vater der späteren lettischen Außenministerin und kurzzeitigen EU-Kommissarin, ereilte das gleiche Schicksal acht Jahre später, als er und seine Mutter in die UdSSR verschleppt wurden. Kalnietes Eltern lernten sich in Sibirien kennen und heirateten dort 1951. Im folgenden Jahr wurde Sandra Kalniete geboren. Sie blieb ein Einzelkind. „Weitere Sklaven wollten Vater und Mutter der Sowjetunion nicht gönnen“. Erst 1957 durfte die Familie nach Lettland zurückkehren; drei Angehörige hatten Sibirien nicht überlebt: Emilija Dreifelde und Janis Dreifelds, Kalnietes Großeltern mütterlicherseits, sowie Aleksandrs Kalnietis, der Großvater väterlicherseits.

Kalniete erzählt die Geschichte ihrer Familie sehr anschaulich. Als Quellen dienten die Berichte ihrer Eltern sowie lettische und sowjetische Akten. Der Leser kann sich ein Bild machen von den schier unerträglichen klimatischen und hygienischen Bedingungen, zu denen, jedenfalls in den Anfangsjahren, der Hunger noch dazukam. „Die Lager“, heißt es einmal, „wurden zu Inseln des Gravens in einem Meer von Eis und Schnee“. Und an einer anderen Stelle: „Der nackte Kopf war von eitrigen Geschwüren bedeckt. Mit feisten Wänsten labten sich die Läuse daran wie an einem Fressnapf“.

Wer Kalnietes Buch liest, versteht, weshalb viele Osteuropäer gegen einen einseitigen Antifaschismus Position beziehen. Die Balten litten sowohl unter den deutschen Nationalsozialisten als auch unter den sowjetischen Kommunisten. Letztere besetzten 1940 Lettland und verleibten es der UdSSR ein. Unter bisweilen fadenscheinigen Begründungen wurden „antisowjetische Elemente“ und „Volksfeinde“ verhaftet und deportiert. Als Beweis des verbrecherischen Vorgehens von Janis Dreifelds diente dem NKWD dessen Haus mit vier Wohnungen, dessen Jahreseinkommen von 12.000 Lat sowie dessen Landwirtschaft. Dabei hatten die

lettischen Bürger verinnerlicht, empört sich Kalniete, „in einem Rechtsstaat zu leben, in dem man einen unschuldigen Menschen nicht wie einen Verbrecher nachts aus seinem Bett reißen, in einen Viehwaggon stecken und mit unbekanntem Ziel verschleppen kann“.

Als die Deutschen 1941 in Lettland einmarschierten, fühlten sich viele Letten „befreit“ aufgrund der Erfahrungen, die sie zuvor mit den Bolschewisten gemacht hatten: „Nicht einmal Kinder waren in den Folterkammern des NKWD geschont worden“. Aber schon bald erkannten viele Letten in der scheinbaren „Befreiung“ eine abermalige Okkupation. „Die entsetzlichsten Tage waren der 30. September und 8. Dezember 1941, als in Rumbula 24.000 lettische und etwa 1.000 deutsche Juden ermordet wurden. (...) Bis Januar 1942 wurden im Generalkommissariat Lettland etwa 70.000 lettische Juden sowie zwischen Januar und Juni 1942 mehr als 14.000 aus Westeuropa deportierte Juden vernichtet“. Kalniete stellt die den Letten vielfach attestierte besondere Sympathie für den Nationalsozialismus oder einen angeborenen lettischen Antisemitismus in Abrede, ohne einen gewissen Bodensatz, der sich in jedem Volk finde, zu negieren.

Nach dem Einmarsch der Rotarmisten 1944 in Lettland wurden viele Letten, die auf Seiten der Deutschen gekämpft hatten, von den Sowjets als Vaterlandsverräter behandelt, unabhängig von den Umständen, unter denen der Einsatz für die Deutschen erfolgte, wie zum Beispiel im Fall von Sandra Kalnietes Großvater. „Welchen Vertreter der neuen Macht hätte es schon interessiert, dass Aleksandrs Kalnietis seine Tätigkeit als Kfz-Mechaniker bei der Deutschen Wehrmacht 1941 auf Anweisung der Arbeitsbehörde angetreten hatte?“ So versteckte er sich als Partisan für Monate in den Wäldern. Kurze Zeit nachdem er zu seiner Familie zurückgekehrt war, wurde er von einer Einsatzgruppe des NKWD festgenommen. Das Urteil lautete: zehn Jahre Haft im Straflager mit besonders scharfem Regime sowie fünf Jahre Sonderumsiedlung. Auch hier kam, allerdings erst wenige Jahre später im Zuge einer weiteren Repressionswelle, die Sippenhaft zum Tragen: Aleksandrs Frau Milda Kalniete und ihr Sohn Aivars Kalnietis wurden 1949 als „Familienangehörige eines Banditen (...) auf ewige Zeiten“ nach Sibirien verschleppt.

Ein Jahr zuvor hatte Ligita Dreifelde indes die Erlaubnis zur Rückkehr nach Lettland erhalten. Aber Ende 1949 wurde sie in ihrer Heimat erneut verhaftet und nach Sibirien deportiert. Ihr Entlassungsschein sowie ihr Pass waren gestohlen worden, so dass sie sich nicht ausweisen konnte,

des eigenmächtigen Verlassens des Sondersiedlungsortes bezichtigt und wieder zurückgeschickt wurde: ein deutliches Zeichen der herrschenden Willkür im Totalitarismus.

Die Autorin erweist sich als entschiedene Verfechterin des Antitotalitarismus: „Westeuropa“, schreibt sie, „hat die Schrecken des Nationalsozialismus erlebt, während der Kommunismus im Bewusstsein von vielen eher als eine Art unschuldiger intellektueller Begeisterung für Salongeleiter über Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit figuriert. Tatsächlich waren sowohl der Nationalsozialismus als auch der Bolschewismus verbrecherische, totalitäre Regime, die die Massenvernichtung von Menschen betrieben“, und zwar jeder auf seine Art. Zu Recht sieht Kalniete in der Geografie einen wichtigen Faktor. „Die Nazis im überbevölkerten Europa schränkte die Geografie ein, den Sowjets hingegen bot sie die Möglichkeit, sich ungestört und heimlich in den unendlichen Weiten Sibiriens breit zu machen“. Was dort geschah, gleichsam verborgen hinter einem eisigen Vorhang, hat noch nicht vollständig Einzug gehalten ins kollektive Gedächtnis Europas. Gleichwohl, wer den heutigen Diskussionsstand mit jenem vor zehn Jahren vergleicht, kommt nicht umhin, deutliche Fortschritte zu konstatieren. Die hartnäckige, auf der historischen Wahrheit beharrende Haltung der Balten hat wesentlich dazu beigetragen. Das ist auch das Verdienst Sandra Kalnietes.

Ralf Altenhof

Roman Herzog – Die Erinnerungen

Roman Herzog:
Jahre der Politik. Die Erinnerungen.

Siedler Verlag, München 2007,
416 Seiten, 22,95 Euro.

Das Buch des ehemaligen deutschen Bundespräsidenten ist keine Autobiographie im herkömmlichen Sinn. Kindheit und Jugend bleiben nahezu unberücksichtigt. Die „Jahre der Politik“ stehen im Vordergrund. Bevor Roman Herzog in die Politik ging, konnte er bereits auf eine wissenschaftliche Karriere zurückblicken. Der Rechtswissenschaftler, u. a. Mit herausgeber des Grundgesetzkommentars „Maunz-Dürig-Herzog“, war von der Mitte bis zum Ende der 1960er-Jahre Professor in Berlin und anschließend für drei Jahre an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer.

Die erste Funktion, die er in der Politik bekleidete, war die des Staatssekretärs und Bevollmächtigten des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund in Bonn (1973–1978). Herzog schildert, dass er während jener Jah-

re wichtige Entscheidungen oft „im Nebenzimmer“ miterlebt habe. „In dieser Rolle, die teils der Unterstützung der eigentlich Entscheidenden, teils ihrer unmittelbaren Beratung diene, habe ich mich meist wohler gefühlt, als wenn ich selbst zu entscheiden hatte“. Für einen ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts und Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland ein bemerkenswertes Eingeständnis.

Es folgte der Wechsel nach Baden-Württemberg, wo er zunächst Kultusminister wurde. Offenherzig räumt Herzog ein, mit der Bildungspolitik sei er „nie ganz warm geworden“. Wer seine Darstellung liest, gewinnt den Eindruck, dass dies auch mit den Verhältnissen im „Ländle“ zu tun hatte. Herzog spricht von Mentalitätsunterschieden. Das hinderte ihn nicht daran, von 1980 bis 1983 das Amt des Landesinnenministers auszuüben, dem er mehr abgewinnen konnte.

Danach stieg Herzog gleich mehrere Stufen auf der Karriereleiter nach oben: Er wurde Vorsitzender des Ersten Senats und Vizepräsident am Bundesverfassungsgericht, bevor er von 1987 bis 1994 als dessen Präsident fungierte. Schließlich stand Herzog als Präsident der Bundesrepublik Deutschland an der Spitze des Staates (1994–1999). Kurz nach dieser Wahl hatte er gesagt: „Ich will Deutschland in den nächsten fünf Jahren so repräsentieren, wie dieses Deutschland wirklich ist: friedliebend, freiheitsliebend, leistungsstark, um Gerechtigkeit zumindest bemüht, zur Solidarität bereit, tolerant, weltoffen und – was mir fast das Wichtigste erscheint – unverkrampft“. Unverkrampft? Das weckte bei manchem gleich die Befürchtung, Herzog wolle die NS-Zeit relativieren. Aber der übliche Sturm im Wasserglas legte sich bald wieder.

Der neue Bundespräsident wusste sehr wohl mit der Last der deutschen Vergangenheit umzugehen. Er führte den „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ in Deutschland ein. In seine Amtszeit fielen die 50. Gedenktage des Warschauer Aufstands, der Befreiung der Konzentrationslager, der Bombardierung Dresdens und des Endes des Zweiten Weltkriegs, so dass besonderes Feingefühl nötig war. Auschwitz, daran lässt Herzog keinen Zweifel, könne man mit keiner Rede „gerecht“ werden. Der 8. Mai 1945 ist für ihn sowohl ein Tag der Befreiung als auch ein Tag der Niederlage. So versucht er, beiden Seiten gerecht zu werden: einerseits der Befreiung der NS-Lager und dem Ende der Diktatur, andererseits der Kriegsgefangenschaft und der Vertreibung vieler Deutscher.

In Erinnerung bleiben wird Herzog dennoch mit einem anderen Anliegen. Im April 1997 sagte er in Berlin: „Durch Deutschland muss ein Ruck gehen“. Herzog kritisierte die im Land verbreitete Mut- und Antriebslosigkeit und forderte zu einer Umkehr auf. Heute beurteilt er diese Rede zu Recht als seine wohl wichtigste im Amt des Bundespräsidenten. Sie firmiert in der deutschen Öffentlichkeit schlichtweg als die „Ruck-Rede“. Herzogs Ziel war es, Deutschland zu erneuern. Freilich hätte man sich in den Erinnerungen eine Antwort auf die Frage gewünscht, ob er denn mit den seither eingetretenen Veränderungen zufrieden sei. Da die Repräsentation (nicht zuletzt im Ausland) zu den wichtigsten Aufgaben des Bundespräsidenten gehört, berichtet Herzog auch über Staatsbesuche und Begegnungen mit bedeutenden Persönlichkeiten. Seinen Besuch in Polen erlebte er als Gratwanderung, da es sowohl darauf ankam, der deutschen Schuld im Dritten Reich als auch den deutschen Opfern nach 1945 gerecht zu werden. An Lech Walesa hat ihm dessen burschikose Art gefallen, die Herzog offenbar entgegenkam. Bei Königin Elisabeth II. beeindruckte ihn deren „Wissens- und Erfahrungsschatz, wie ich ihn bei keinem anderen meiner zahlreichen Gesprächspartner angetroffen habe“. Den Staatsbesuch in China 1996 erachtet Herzog „als den wichtigsten und wohl auch schwierigsten meiner ganzen Amtszeit“. Auch dabei kam es auf das richtige Abwägen an – zwischen dem Ansprechen der Menschenrechtssituation und der Berücksichtigung wirtschaftlicher Interessen.

Leider beschränken sich die Erinnerungen oft auf Anekdoten. Tiefer in die Materie dringt Herzog – aus Rücksicht auf seine Gesprächspartner – nicht ein. Die ersten Jahre in der Politik bergen deshalb sehr viel interessantere Einblicke als die späteren. Hier übertreibt es Herzog bisweilen mit der Diskretion, zumal er alle paar Seiten glaubt, daran erinnern zu müssen. Dagegen hätte man sich manchmal etwas mehr Zurückhaltung gewünscht. So kommentiert Herzog seinen Eintrag ins Gedenkbuch zum 50. Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz folgendermaßen: „Hier öffnen die Toten den Lebenden die Augen“. Die Fernsehkameras filmten diesen Satz und sandten ihn in die Welt. Und die Welt war begeistert“. Dass der Autor den letzten Satz besser gestrichen hätte, scheint ihm nicht in den Sinn gekommen zu sein. Da schlägt gesundes Selbstbewusstsein mitunter in Selbstgewissheit, ja Selbstüberschätzung um. Einen Ruck wird dieses Buch nicht auslösen.

Ralf Altenhof

Das totalitäre System eine Sekte

Klaus Schnellenkamp:
**Geboren im Schatten der Angst.
Ich überlebte die Colonia Dignidad.**

Herbig Verlag, München 2007,
238 S., 19,90 Euro.

Die deutsche Sekte Colonia Dignidad in Chile sorgte jahrzehntelang für Aufsehen. Häufig war von Menschenrechtsverletzungen und kriminellen Machenschaften die Rede, lange ohne hinreichende Belege anführen zu können. Im Laufe der 1990er-Jahre verdichtete sich die Beweislage, so dass Paul Schäfer, der Gründer der Sekte, 1996 fliehen musste. Schäfer konnte erst 2005 verhaftet und im folgenden Jahr wegen sexuellen Missbrauchs von Kindern und illegalem Waffenhandel zu zwanzig Jahren Haft verurteilt werden. Klaus Schnellenkamp berichtet in seinem fesselnden Buch über die ersten dreiunddreißig Jahre seines Lebens. Er wird 1972 in der Sekte geboren. Sein Vater ist „Außen- und Wirtschaftsminister“ der Kolonie und enger Vertrauter Paul Schäfers. Von der Identität seiner Eltern erfährt Klaus Schnellenkamp erst Ende 1989, als die Sekte ins Visier des chilenischen Staates gerät. Auch wer seine sechs Geschwister sind, weiß er bis dahin nicht. Der Leser erlebt die Sekte als ein totalitäres System, dessen Anfänge in Deutschland zu suchen sind.

Paul Schäfer gründet in den 1950er-Jahren in Siegburg die „Private Sociale Mission“. Als 1961 gegen ihn wegen Unzucht mit Abhängigen ermittelt wird, macht er sich mit einigen Getreuen auf nach Chile, um die Colonia Dignidad ins Leben zu rufen. Dort lässt man der Landbevölkerung medizinische Hilfe zukommen. Schnell erwirbt sich die Sekte den Ruf des sozialen Wohltäters. Doch unter dem Deckmantel der Nächstenliebe baut Schäfer systematisch ein Terrorregime auf. Kinder verschwinden spurlos, medizinische Experimente werden nicht nur an Tieren, sondern auch an Menschen betrieben. Als Augusto Pinochet 1973 durch einen Putsch an die Macht kommt, wird „die ‚Kolonie der Würde‘ zum professionellen Folterzentrum im Auftrag des chilenischen Geheimdienstes DINA“ und zum militärischen Sperrgebiet.

Zu dieser Zeit liefert Schnellenkamps Mutter ihn „dem Missionierungswahn eines Psychopathen aus“. Denn die Kinder wachsen auf Anweisung Schäfers ohne Eltern in Gleichaltrigengruppen auf, nach Geschlecht streng getrennt. Für Gefühle zwischen Eltern und Kindern oder unter Geschwistern ist da kein Platz. Eine „Tante“, eine der vielen Erwachsenen der Kolonie, ist für die Kinder verantwortlich. Schläge sind an der Tagesordnung. Ver-

trauen und Liebe können so schwerlich wachsen. Nach außen erweckt man den Eindruck von Traumfamilien, wie für Verwandte in Deutschland gestellte Fotos offenbaren.

Die Mitglieder der Sekte werden unwissend gehalten; selbst die Bibel wird den meisten vorenthalten. Die Indoktrination übernimmt Schäfer selbst. Zugang zur Bibliothek bekommt nur die Führungsclique. Alles außerhalb der Sekte ist des Teufels. Schnellenkamp beschreibt die Colonia Dignidad als ein „Staat im Staate, faschistisch organisiert, ein Mikrokosmos, der von Angst, Misstrauen, Schuldgefühlen lebt, von Demütigung, Folter und Psychopharmaka“. Ein Spitzelsystem sorgt dafür, dass jeder jeden überwacht und Schäfer alles unter Kontrolle hält. „Das Opfer wird vor versammelter Mannschaft angeprangert und bloßgestellt, wobei Schäfer es versteht, die ihm zugetragene Nachricht als ihm durch den Heiligen Geist offenbart hinzustellen“. Es gibt keinerlei Freiraum. Militärischer Drill und Beten bestimmen den Alltag. Bei geringsten Vergehen drohen drastische Strafen. Jeden kann es treffen. Das Arsenal der Sanktionen reicht von Prügel und Essensentzug über Elektroschocks bis zu psychischer Folter und blutigen Geißelungen. Einmal erleidet Schnellenkamp gar eine Schädelfraktur. Nach einem Fluchtversuch bekommt er über ein Jahr Redeverbot. Manchmal sind die Qualen, denen Schnellenkamp ausgesetzt ist, so schlimm, dass er sich den Tod als Erlösung wünscht.

Jedes tatsächliche oder vermeintliche Vergehen führt Schäfer auf sexuelle Ursachen zurück. Vor dem Schlafengehen müssen die Schüler beten, um „gegen Angriffe des Satans mit seiner bösen Fleischeslust“ gewappnet zu sein. Jugendliche werden in der Pubertät einkaserniert, gefoltert und mit Medikamenten traktiert, um ihnen jeden sexuellen Gedanken auszutreiben. Der Tagesablauf ist streng geregelt; über alles ist Rechenschaft abzugeben und Buch zu führen. Für Toilettengänge sind maximal anderthalb Minuten vorgesehen. Wer die Zeit überschreitet, muss wegen „sexueller Teufeleien“ – gemeint ist die Selbstbefriedigung – mit Folter rechnen. „Die drei- bis vierminütige Spagatübung zwanzig Mal pro Tag ist ein Muss, um gegen dämonische Offensiven sexueller Art anzukämpfen“. Während einerseits alles Sexuelle verteuelt wird, erweist sich andererseits Paul Schäfer als pädophiler Sadist. In seinem „Lusttempel“ müssen die Jungen und Jugendlichen „Liebesdienste“ leisten. Dabei spricht Schäfer im Namen Gottes und firmiert als dessen Stellvertreter auf Erden. Er gilt in der Colonia Dignidad als der

„Gesalbte“. Gibt es noch ein höheres Maß an Doppelmoral?

Nach Schäfers Flucht lockert sich das Regime in der Kolonie etwas. Aber es dauert bis ins Jahr 2004, als Schnellenkamp es, inzwischen 31 Jahre alt, unter großen Schwierigkeiten durchsetzen kann, in Santiago am deutschen Berufsbildungszentrum eine Ausbildung zum Industriekaufmann zu beginnen. Das Leben außerhalb der Sekte führt zunächst zu einem Freiheitsschock. Er ist völlig auf sich gestellt, muss vieles neu lernen und sich in der Welt „draußen“ erst zurechtfinden. Im Jahr 2005 gelingt ihm schließlich der Ausstieg aus der Sekte und – mit Hilfe eines Fernseheteams – die Ausreise nach Deutschland. Als er bald nach der Ankunft krank wird, ruft ihn sein Schwager aus der Kolonie in Chile an und macht ihm Vorhaltungen. „Kein Wunder, dass es dir dreckig geht. Wer die Gemeinde Gottes verlässt, muss mit der Hölle rechnen“. Schnellenkamps Darstellung ist nichts für schwache Nerven. Der Autor wollte das Trauma seiner Kindheit und Jugend aufarbeiten. Entstanden ist ein erschütternder Bericht über Erlebnisse, die man zu kennen glaubt: aus George Orwells „1984“ – aber das war Fiktion, hier ist es Wirklichkeit. Der Leser erhält Einblick in eine völlig fremde Welt und wird zwangsläufig konfrontiert mit den Verhältnissen im eigenen Land. Bekanntlich neigen wir zum Jammern und Klagen – auf hohem Niveau. Die Lektüre dieses Buches macht bescheiden, denn sie führt uns die Grundlagen unseres Gemeinwesens vor Augen: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und ein hohes Maß an Wohlstand. All das nehmen wir längst als selbstverständlich an, wiewohl es das keineswegs ist. Klaus Schnellenkamps Buch zeigt das eindringlich.

Ralf Altenhof

Eine Art Abrechnung

Jürgen Schreiber:

Meine Jahre mit Joschka. Nachrichten von fetten und mageren Zeiten

Econ, Berlin 2007,
205 S., 19,90 Euro.

„Freunde waren wir nie“, lautet der erste Satz in Jürgen Schreibers Studie über Joschka Fischer. Und als müsste der Autor den Leser (und sich selbst?) endgültig überzeugen, steht das Diktum auch am Ende des Bandes. Tatsächlich dürfte den Journalisten und Publizisten mit dem deutschen Außenminister von 1998 bis 2005 eine Art Hassliebe verbunden haben. Das kann nicht funktionieren, auch hier nicht. So ist Schreibers Buch in erster Linie eine Abrechnung, und zwar eine aus Enttäuschung.

Zu Beginn von Fischers politischer Karriere, die Schreiber über die Jahre hinweg begleitet hat, herrschte noch gegenseitiges Einvernehmen. „Wir standen im selben Lager, (...) hatten einen Draht zueinander“. Später sah er in Fischer den Groß-Politiker, der um seine Wichtigkeit wusste, mit „bedeutungsschwangerer Miene“ auftrat, kaum noch für Gespräche zugänglich war, der „Sultan, der Hof hielt“, unverkennbar „von der Ruhmsucht angekränkelt“. Zwischen beiden hatte eine Entfremdung stattgefunden.

Das führt bei Schreiber nicht zu Schwarz-Weiß-Schilderungen. Der Verfasser hegt – wie könnte es bei einer Hassliebe anders sein? – sogar Bewunderung für den ehemaligen Außenminister. Er preist dessen Redekunst, Durchsetzungsvermögen und Realitätssinn. Fischer sei angesichts einer „hochgradig situativen Intelligenz“ in jeder Lebensphase über sich hinausgewachsen. Schreiber pflegt zwar durchgängig einen schnoddrigen Tonfall, dieser wird seinem Gegenstand aber durchaus gerecht. Viel spricht für die Einschätzung des Autors, wonach Fischer von seiner Zugehörigkeit zur Sponti-Bewegung profitiert habe. „Es klingt komisch, grade die Sponti-Nummer mit ihren Hauruck-Entschlüssen und ihren informellen Wegen, dem Durchwurschteln, Durchmögeln, dauerndem Improvisieren, auch Intrigieren, war ein erstklassiges Übungsgelände für einen Parlamentarier“.

Auch dort, wo Fischer wenig schmeichelhaft davonkommt, ist Schreiber zunächst kaum etwas entgegenzuhalten. Dabei gelingen ihm sogar besonders treffende Formulierungen: „Fischer hätte eigentlich gar keine Überzeugungen gebraucht, er war von sich überzeugt“. Es ist die Ungläubigkeit, mit welcher der Autor die große Beliebtheit des einstigen Außenministers bei der deutschen Bevölkerung zur Kenntnis nimmt, die ihm die Feder führte: „Wenn je stimmte, dass politische Leader vom Publikum erdachte Charaktere sind, auf ihn (Joschka Fischer) trifft es zu“. Damit zielt Schreiber ins Schwarze. Aber um diesen Sachverhalt im Einzelnen zu belegen und tiefer in die Materie vorzudringen, hätte er mehr Distanz zu seinem Gegenstand aufbringen müssen. Das kann Schreiber nicht leisten. Er stand Fischer von Anfang an, auch wenn er es im Rückblick nicht wahrhaben möchte, viel zu nahe. Das verhindert eine sachliche Analyse, wo sie unabdingbar ist. Deshalb verwundert es nicht, dass Schreibers Kritik an Fischer bisweilen wenig überzeugend erscheint. So tituliert er den ehemaligen Außenminister als „Emporkömmling“, der „irgendwie verkleidet“ wirkte. Dessen mangelnde Manieren sind ihm mehrmals einen Seitenhieb wert. „Hin-

zu kamen die eine Spur zu klassischen Schlipse (die man selbst nie kaufen würde)“. Hier sind Neid und Missgunst un schwerer als Triebfeder der Beanstandungen auszumachen. Sogar an Fischers Arbeitszimmer hat Schreiber herumzumäkeln: „Kein Designer, dem ich Farbaufnahmen vom Fischer-Museum vorführe, konnte dem Ambiente mehr als ein Kopfschütteln abgewinnen“. Harmonisiert hier das Holz nicht mit den Stoffen, stört den Kritiker dort die „unglücklich gewählten Ledersofas mit deutlichen Gesäßabdrücken“. Auf diese Weise bewirkt der Autor das Gegenteil von dem, was er erreichen möchte – nämlich eher eine Solidarisierung mit dem Ex-Politiker, statt eine Entmystifizierung des grünen Selbstdarstellers.

„Am Ende“, schreibt Schreiber einmal über Fischer, „verkörperte er den Staat, den er einst hatte abschaffen wollen“. Das mag sein, dürfte mancher Leser konstatieren, aber besser so als umgekehrt.

Ralf Altenhof

Wie nützlich sind internationale Sozialstandards?

Christoph Linzbach/Uwe Lübking/
Stephanie Scholz/Bernd Schulte (Hrsg.):
Globalisierung und Europäisches
Sozialmodell.

Nomos, Baden-Baden 2007,
466 S., 49,00 Euro.

Im Mittelpunkt des vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderten Bandes stehen die mit der Globalisierung einhergehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen. Dabei wird die Frage nach den Auswirkungen auf das europäische Sozialmodell aufgeworfen. Allerdings geschieht dies weniger in globalisierungskritischer Absicht, wie das leider bisweilen schon die Regel ist. Vielmehr betonen die Herausgeber, ohne negative Erscheinungsformen zu verschweigen, die positiven Effekte der Globalisierung. „Dieser Prozess hat in allen Teilen der Welt erhebliche Zuwächse an Einkommen, Qualifikationen und Lebensqualität erzeugt, was erst durch die sukzessive – und in ihrer Zielsetzung nicht abgeschlossene – Liberalisierung des Handels ermöglicht wurde. Gerade zahlreiche Länder Asiens, Lateinamerikas und Afrikas konnten durch Öffnung ihrer Märkte und Eingliederung in den Welthandel große Wohlfahrtsgewinne erzielen“. Das hat wiederum Rückwirkungen auf die reichen Industrieländer. Ob des demographischen und ökonomischen Wan-

dels geraten deren Sozialsysteme unter Druck. So stellt sich in der Europäischen Union mancher die Frage: Kann die Etablierung internationaler sozialer Standards womöglich Abhilfe leisten? Stephanie Scholz, Bernd Schulte, Christoph Linzbach und Uwe Lübking bejahen dies. Sie verweisen auf die weit verbreitete Argumentation, wonach einheitliche Sozialstandards sowohl die heimische Wirtschaft vor unliebsamer ausländischer Konkurrenz schützen als auch in Entwicklungs- und Schwellenländern zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen beitragen.

Dagegen äußern Norbert Berthold und Michael Neumann Zweifel an der Nützlichkeit internationaler Mindeststandards. Die beiden Volkswirte sprechen sich für eine groß angelegte Bildungsoffensive aus und damit für eine Investition in Humankapital. „Davon hätten langfristig sowohl die ärmeren Länder als auch die Industriestaaten Europas Vorteile, wird doch mit wachsendem weltweitem Humankapital der produzierte Kuchen größer und die Handelsspezialisierung weiter zunehmen. Damit aber werden die Weltmarktpreise weiter fallen, und der europäische Konsument profitiert hiervon ebenfalls.“ Auch Klaus Schrader erweist sich als entschiedener Befürworter einer stetigen Akkumulation von Humankapital, weil sich in Folge der Globalisierung die Anforderungen an die Arbeitnehmer

verändert hätten. Gefragt seien heute, so der Mitarbeiter am Institut für Weltwirtschaft in Kiel, gut ausgebildete, selbständige und flexible Beschäftigte.

Den im Zusammenarbeit mit der Forderung nach internationalen Sozialstandards als Sanktionsinstrument ins Spiel gebrachten Handelsbeschränkungen kann Schrader gar nichts abgewinnen. Protektionistische Maßnahmen würden gerade jenen schaden, denen angeblich geholfen werden sollte. Der Autor plädiert eindeutig für den Freihandel, weil nur eine Öffnung der Märkte gewährleistet, „Aufholprozesse in Gang zu setzen, welche die materiellen Grundlagen für eine Überwindung sozialer Missstände schaffen“.

Und wie ist es um die Auswirkungen der Globalisierung auf die Arbeitsmärkte in der Europäischen Union bestellt? Diesem Komplex widmet sich Martin Schulte, der zu dem Ergebnis kommt, dass die nordeuropäischen Staaten die Herausforderung der Globalisierung besser bewältigen als die west- und südeuropäischen. Das zeigt sich beispielsweise an der niedrigeren Arbeitslosen- und der höheren Beschäftigungsquote in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern. Der Verfasser, der am Institut für Wirtschaft und Gesellschaft (IWG) in Bonn tätig ist, führt dies auf anpassungsfähigere Arbeitsmärkte, ein höheres Qualifikationsniveau, geringere gesamtwirtschaftliche Regulierung, niedrigere Abgabenbelastung der Arbeitseinkommen sowie be-

schäftigungsfördernde Sicht- und Verhaltensweisen (u. a. größere Dienstleistungsorientierung, höhere Aus- und Weiterbildungsbereitschaft) zurück.

Besonderes Interesse verdienen schließlich die Ausführungen von Heiner Keupp, die den Sammelband beschließen und einen Blick in die Zukunft werfen. Der Autor betont statt der „Fürsorge“ in einem „Versorgungssystem“ die Bedeutung der „Selbstsorge“ und der Eigeninitiative. Während erstere den Klienten quasi zu einem auf lebenslange Hilfe angewiesenen Objekt degradiert, ihn in eine passive Konsumentenhaltung zwingt, aktiviert letztere in Form einer „Empowermentperspektive“ die verborgenen Ressourcen und Potenziale des Einzelnen, der als Subjekt und in seiner Menschenwürde wahrgenommen wird. Dies bedeutet nicht zuletzt Hilfe zur Selbsthilfe, so dass der Grundsatz der Subsidiarität zum Tragen kommt. Keupp zielt mit „Empowerment“ auf die „Gewinnung oder Wiedergewinnung von Kontrolle über die eigenen Lebensbedingungen“. Insbesondere im bürgerschaftlichen Engagement sieht er ein ausbaufähiges „Empowermentpotenzial“. Das Buch hält Deutschland gewissermaßen den Spiegel vor. Es beschreibt in wünschenswerter Klarheit die Auswirkungen der Globalisierung. Wer dieses Buch liest, dem wird schlagartig bewusst, dass wir in unseren Reformbemühungen nicht nachlassen dürfen. Alles andere wäre fatal.

Ralf Altenhof

Wenn Sie **DER BÜRGER IM STAAT** abonnieren möchten, erhalten Sie die Zeitschrift für nur € 12,80, vier Hefte im Jahr, frei Haus. Schicken Sie diesen Abschnitt zurück an:

Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt.

Sollten Sie jeweils drei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres nicht abbestellt haben, läuft das Abonnement weiter.

Hiermit erteile ich widerruflich die Abbuchungsermächtigung für den Jahresbezugspreis in Höhe von € 12,80.

Name, Vorname bzw. Organisation

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Geldinstitut

Konto-Nr. BLZ

Datum, Unterschrift

Rechtlicher Hinweis:

Ich kann diese Bestellung binnen 14 Tagen widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung (Poststempel) an: Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt.

Ich habe von meinem Widerspruchsrecht Kenntnis genommen.

Datum, Unterschrift

LANDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG BADEN-WÜRTTEMBERG

Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart
Telefon 0711/164099-0, Service -66, Fax -77
lpb@lpb-bw.de, www.lpb-bw.de

Direktor: Lothar Frick -60
Referentin des Direktors: Sabina Wilhelm -62
Stellvertretender Direktor: Karl-Ulrich Templ -40

Stabsstelle Marketing
Leiter: Werner Fichter -63
Öffentlichkeitsarbeit: Joachim Lauk -64

Abteilung Zentraler Service

Abteilungsleiter: Günter Georgi -10
Haushalt und Organisation: Gudrun Gebauer -12
Personal: Ulrike Hess -13
Information und Kommunikation: Wolfgang Herterich -14
Siegfried Kloske, Haus auf der Alb, Tel.: 07125/152-137

Abteilung Demokratisches Engagement

Abteilungsleiter/Gedenkstättenarbeit: Konrad Pflug* -30
Landeskunde und Landespolitik: Dr. Iris Häuser -20
Bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt,
Zivilgesellschaft: Dr. Jeannette Behringer -23
Schülerwettbewerb des Landtags: Monika Greiner* -25
Stefan Paller* -26
Frauen und Politik: Beate Dörr/Sabine Keitel -29/-32
Freiwilliges Ökologisches Jahr: Steffen Vogel* -35
Anke Schütze*/Charlotte Becher* -36/-34
Stefan Paller* -37

Abteilung Medien und Methoden

Abteilungsleiter/Neue Medien: Karl-Ulrich Templ -40
Politik & Unterricht/Schriften zur politischen Landes-
kunde Baden-Württembergs: Dr. Reinhold Weber -42
Deutschland & Europa: Jürgen Kalb -43
Der Bürger im Staat/Didaktische Reihe:
Siegfried Frech -44
Politische Bildung Online/E-Learning: Susanne Meir -46
Internet-Redaktion: Klaudia Saupe -49

Abteilung Haus auf der Alb

Tagungsstätte Haus auf der Alb,
Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach
Telefon 07125/152-0, Fax -100
www.hausaufderalb.de

Abteilungsleiter: Dr. Markus Hug -146
Hausmanagement: Erika Höhne -109
Bibliothek: Gordana Schumann -121
Schule und Bildung: Robert Feil -139
Internationale Politik und Friedenssicherung:
Wolfgang Hesse -140
Europa – Einheit und Vielfalt: Dr. Karlheinz Dürr -147

* Bürositz: Paulinenstraße 44-46, 70178 Stuttgart
Telefon: 0711/164099-00, Fax -55

Abteilung Regionale Arbeit

Regionale Arbeit, Jugend und Politik
Politische Tage für Schülerinnen und Schüler
Veranstaltungen für den Schulbereich

Außenstelle Freiburg
Bertoldstraße 55, 79098 Freiburg
Telefon: 0761/20773-0, Fax -99
Leiter: Dr. Michael Wehner -77
Jennifer Lutz -33

Außenstelle Heidelberg
Plöck 22, 69117 Heidelberg
Telefon: 06221/6078-0, Fax -22
Leiter: Wolfgang Berger -14
Angelika Barth -13
Peter I. Trummer -17

Außenstelle Tübingen
Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach
Telefon: 07125/152-133, Fax -145
Leiter: Rolf Müller -135
Klaus Deyle -134

LpB-Shops/Publikationsausgaben

Bad Urach Hanner Steige 1, Telefon 07125/152-0
Montag bis Freitag
8.00–12.00 Uhr und 13.00–16.30 Uhr

Freiburg Bertoldstraße 55, Telefon 0761/20773-10
Dienstag und Donnerstag 9.00–17.00 Uhr

Heidelberg Plöck 22, Telefon 06221/6078-11
Dienstag 9.00–15.00 Uhr
Mittwoch und Donnerstag 13.00–17.00 Uhr

Stuttgart Staffenbergstraße 38,
Telefon 0711/164099-66
Montag und Donnerstag 14.00–17.00 Uhr

Newsletter „einblick“
anfordern unter www.lpb-bw.de/newsletter

DER BÜRGER IM STAAT IM INTERNET

Aktuelle, ältere und vergriffene Hefte zum Downloaden: www.buergerimstaat.de

BESTELLUNGEN

Alle Veröffentlichungen der Landeszentrale (Zeitschriften auch in Klassensätzen) können schriftlich bestellt werden: Landeszentrale für politische Bildung, Marketing Stafflenberstraße 38, 70184 Stuttgart, Telefax 0711/164099-77 marketing@lpb.bwl.de oder im Webshop: www.lpb-bw.de/shop

FORDERN SIE UNSERE VERZEICHNISSE AN

oder orientieren Sie sich im Internet unter lpb-bw.de.

Wenn Sie nur kostenlose Titel mit einem Gewicht unter 1 kg bestellen, fallen für Sie keine Versandkosten an. Für Sendungen über 1 kg sowie grundsätzlich bei Lieferungen kostenpflichtiger Produkte werden Versandkosten berechnet.

www.lpb-bw.de